8C

Freitag, den 1.Mai 1942

bis

Sonnabend, den 16.Mai 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Sonntag, den 17. Mai 1942

19^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Sonntag, den 17. Mai 1942

19^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

431

/9 Krakau

Montag, den 18. Mai 1942

10^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg

11^{15} Überreichung des Kriegsverdienstkreuzes I. Klasse an Staatssekretär Dr. Bühler

11^{45} Besprechung mit Pressechef Gaßner

16^{00} Besprechung mit DRK-Oberstführer Dr. Heller und seinem Stellvertreter Dr. Graeger.

16^{15} Besprechung mit SA-Oberführer Peltz

20^{00} Der Herr Generalgouverneur besucht einen Vortrag von Colin Roß im Ostinstitut.

21^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Krakau

Dienstag, den 19. Mai 1942

9.30 Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11.30 Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

12.00 Feierliche Amtseinführung des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen in der Regierung des Generalgouvernements SS-Obergruppenführers Krüger in Anwesenheit von Vertretern aus Partei, Staat und Wehrmacht.

Der Herr Generalgouverneur ergreift das Wort zu folgender Ansprache:
Meine Herren! Ich habe Sie hier zusammengebeten, um mit Ihnen den Abschluß des organisatorischen Aufbaues des Landes "Generalgouvernement" als Nebenland des Großdeutschen Reiches heute feierlich zu vollziehen.

Als wir zu Beginn unserer Arbeit die ersten organisatorischen Grundlagen aufbauten, schuf ich einen "Chef des Amtes" und neben ihm den "Höheren SS- und Polizeiführer" als Leiter der Exekutive. Im Laufe der nun schon fast 3 Jahre währenden Entwicklung hat sich die Regierung des General/gouvernements herausgebildet, und in immer stärkerem Maße die Notwendigkeit gezeigt, im Generalgouvernement die präziste und klarst überschaubare Organisation der polizeilichen Exekutive aufzubauen.

Ich möchte den heutigen Anlaß benutzen, um Ihnen, Parteigenosse Krüger, in unser aller Namen - darüber hinaus im Namen aller Polizei- und SS-Kräfte des Generalgouvernements - des Führers und meine Anerkennung für die angesichts der ungeheuren Schwierigkeiten dieses Raumes gerade auf dem Gebiet der Sicherheit geleistete Aufbauarbeit zum Ausdruck zu

19.5.1942

bringen. Ich habe diese Anerkennung wiederholt den Polizei- und den SS-Kräften gegenüber ausgesprochen und möchte das heute in besonders feierlicher Weise tun, weil mir ein so schöner Anlaß dazu gegeben ist.

Nachdem die Regierung des Generalgouvernements aufgebaut ist, sind nunmehr auch die gesamten Fragen des Polizei- und Sicherheitswesens in engstem Einvernehmen mit Parteigenossen Himmler besprochen worden. Das Ergebnis dieser Besprechungen liegt in einem Führererlaß vor, der die Frage der Zusammenarbeit von Generalgouverneur und Polizei im Generalgouvernement endgültig regelt. Der wesentlichste Inhalt dieses Führererlasses ist in einer Urkunde niedergelegt, die ich Ihnen, Parteigenosse Krüger, nunmehr zu übergeben den Vorzug habe. Sie lautet:

> Im Namen des Deutschen Volkes verleihe ich dem Höheren SS- und Polizeiführer im Generalgouvernement SS-Obergruppenführer und General der Polizei Friedrich Wilhelm Krüger für die Dauer seines Amtes als Leiter des Staatssekretariats für das Sicherheitswesen im Generalgouvernement die Amtsbezeichnung "Staatssekretär".
>
> Der Führer
> Adolf Hitler

Auf Befehl des Führers überreiche ich Ihnen diese Urkunde. Ich sichere Ihnen den Schutz des Reiches für die Durchführung Ihrer Arbeiten zu. Ich frage Sie, ob Sie gewillt sind, der Aufforderung des Führers entsprechend, als sein getreuer Gefolgsmann die Sicherheit in diesem Lande zu gewährleisten.

(Staatssekretär Krüger: "Ich bin gewillt!")

19.5.1942

Ich heiße Sie herzlichst als Staatssekretär in dem Ihnen übertragenen Aufgabengebiet willkommen und wünsche Ihnen für Ihr schweres und verantwortungsvolles Amt alles das Beste.

Staatssekretär Krüger erwidert mit folgenden Worten:

Für die an mich gerichteten Worte der Anerkennung darf ich Ihnen, Herr Generalgouverneur, meinen wärmsten Dank zum Ausdruck bringen. Ich habe mich besonders gefreut, daß Sie, Herr Generalgouverneur, meiner Männer gedacht haben, die fast drei Jahre hier im Einsatz stehen. Wir wollen jener gedenken, die ihr Letztes, ihr Leben, im Einsatz und im Kampfe für die Sicherheit dieses Gebietes hingegeben haben.

Herr Generalgouverneur! Schenken Sie mir Ihr Vertrauen, das die Voraussetzung für die Erfüllung der mir gestellten Aufgaben ist, dann glaube ich Sie versichern zu können, daß dieses Gebiet weiterhin zum Gedeihen Ihres Generalgouvernements in Ordnung gehalten werden wird.

12^{45} F r ü h s t ü c k

16^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Dr. Veesenmaier.

19^{30} Der Herr Generalgouverneur besucht die Erstaufführung

"Die Schneider von Schönau"

Komische Oper von Jan Brandts-Buys.

22^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Mittwoch, den 20. Mai 1942

9^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{00} Besprechung mit Vertreter im Amt Stahl.

10^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler

10^{45} Besprechung mit Staatssekretär Krüger

11^{00} Besprechung mit Präsident Bauder

11^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Krüger, Präsident Bauder, Oberbaurat Hofer, Notar Gutbrod, Stadthauptmann Pavlu, Architekt Dr. Pohl und Pgn. Aldinger.

12^{00} Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur Verordnungsentwürfe zur Unterzeichnung vor.

12^{15} Besprechung mit Präsident Watzke

12^{30} Besprechung mit Pressechef Gaßner

12^{45} Besprechung mit Vertreter im Amt Stahl

14^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf

19^{22} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach Wien

Donnerstag, den 21. Mai 1942

bis

Mittwoch, den 27. Mai 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Sonnabend, den 23. Mai 1942

Besprechung zwischen dem Führer und dem Generalgouverneur in Berlin.

Der Führer hat den Herrn Generalgouverneur aus Anlaß seines Geburtstages zu einem Essen in die Reichskanzlei eingeladen. Der Herr Generalgouverneur hat den Ehrenplatz neben dem Führer eingenommen. Der Führer hat in denkbar zufriedener und anerkennender Weise mit dem Herrn Generalgouverneur während des ganzen Mittagessens über die Aufbauarbeit im Generalgouvernement gesprochen.

Kressendorf / Krakau

Donnerstag, den 28. Mai 1942

8.15 Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf nach seinem Aufenthalt im Reich.

10.05 Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg in Krakau.

10.10 Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith

11.20 Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple

12.15 Besprechung mit dem Staatssekretär für Sicherheitswesen SS-Obergruppenführer Krüger

12.45 Besprechung mit Pressechef Gaßner

13.05 Empfang der Amtsleiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP.

Vertreter im Amt Stahl spricht Reichsleiter Dr. Frank im Namen der Amtsleiter des Arbeitsbereiches zum Geburtstag die besten Wünsche aus und überreicht eine Geschenkmappe, in der die wichtigsten Ereignisse der bisherigen Parteigeschichte im Generalgouvernement zusammengestellt sind.

Reichsleiter Dr. Frank dankt in herzlichen Worten für die Glückwünsche und das Geschenk. Er weist auf das große Interesse hin, das der Führer allen Geschehnissen im Generalgouvernement und insbesondere der Tätigkeit der Partei entgegenbringt, und verlangt eine Steigerung der Parteiarbeit in den kommenden Monaten, die ihren Höhepunkt im zweiten Parteitag des Generalgouvernements, zu dem eine Reihe prominenter Gäste aus dem Reich zu erwarten sei, finden müsse.

28.5.42

14[25] Besprechung mit Geheimen Oberbaurat Rattinger, Oberbaurat Hofer und Baumeister Stuchlik.

14[40] Besprechung mit Intendant Stampe und Kapellmeister Antolitsch vom Staatstheater.

Der Herr Generalgouverneur macht davon Mitteilung, daß auf Grund seiner Besprechung mit dem Führer vom 23. Mai das Staatstheaterorchester "so zusammenbleiben müsse, wie es war", d.h.,daß alle bereits eingezogenen Musiker aus der Wehrmacht entlassen und Neueinberufungen nicht mehr stattfinden würden.

15[00] Besprechung mit Verlagsleiter Strozyk

Der Herr Generalgouverneur dankt im Namen des Führers für ein Geschenk des Zeitungsverlages und teilt mit, in welch' anerkennender Form der Führer sich über Krakau und seine kulturellen Leistungen geäußert hat.

15[10] Besprechung mit Hauptschriftleiter Stöppler und Verlagsleiter Strozyk.

15[20] Empfang der leitenden Persönlichkeiten der Philharmonie des Generalgouvernements, des Chefdirigenten Hindemith, des stellvertretenden Chefdirigenten Erb, des Intendanten Haslinde sowie der Referentin Mikorey.

Der Herr Generalgouverneur teilt mit, daß das geplante Pfitzner-Konzert infolge Erkrankung des Meisters nicht stattfinden könne und daß diese Tatsache durch eine kurze Zeitungsnotiz der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden solle.

28.5.42

In der Unterredung werden dann Angelegenheiten der Philharmonie behandelt. Insbesondere legt der Herr Generalgouverneur großen Wert auf die Einarbeitung des auf seine Initiative hin gebildeten Chores, dessen Leitung in den Händen des stellvertretenden Chefdirigenten Erb liegt. Die Chormitglieder sollten für jede Probe und Aufführung eine finanzielle Entschädigung und wenn möglich auch Sonderzuweisungen erhalten, sodaß sie jeder Zeit zur Verfügung stehen könnten.

Die Philharmonie des Generalgouvernements müsse es als ihre Hauptaufgabe ansehen, die alte deutsche Kulturstadt Krakau mit deutschem Kulturwollen zu erfüllen. Den Vortrag beschwingter Musik müsse sie anderen Orchestern überlassen.

16^{00} Besprechung mit Herrn Naux (Treuhand-Verwertung)

19^{30} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

V/9

Freitag, den 29. Mai 1942

7^{10} Abfahrt des Sonderzuges vom Bahnhof Krakau nach Spala.

14^{07} In Tomaschow melden sich Gouverneur Kundt und Kreishauptmann Glehn beim Herrn Generalgouverneur.

14^{45} Ankunft Waldbahnhof Spala. Dort melden sich die Gouverneure Dr. Fischer und Zörner beim Herrn Generalgouverneur. Der Herr Generalgouverneur wird durch den Chef des Stabes beim MiG. Oberstleutnant von Wedel begrüßt.

Anschließend Fahrt mit Kraftwagen zum Hause des MiG. Dort wird der Herr Generalgouverneur durch den Militärbefehlshaber im Generalgouvernement General der Kavallerie von Gienanth begrüßt.

T e e m p f a n g beim MiG.

16^{00} Beginn der militärischen Vorträge.

17^{00} Besichtigungsfahrt mit Pferdewagen durch den Wald.

18^{30} Rückkunft zum Sonderzug.

19^{25} Fahrt zum Hause des MiG.

19^{30} A b e n d e s s e n im Hirschsaal.

Warschau

Samstag, den 30. Mai 1942

3^{35} Abfahrt des Sonderzuges von Spala nach Warschau.

7^{55} Ankunft des Sonderzuges auf dem Hauptbahnhof Warschau.
Der Herr Generalgouverneur wird beim Verlassen des Zuges durch Gouverneur Dr. Fischer begrüßt.
Anschließend Fahrt zum Schloß Belvedere.

10^{30} Sitzung im Konferenzzimmer des Schlosses Belvedere.
Teilnehmer:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. B o e p p l e
Staatssekretär K r ü g e r
Abteilungspräsident Dr. S i e b e r t
Gouverneur Dr. F i s c h e r
Gouverneur Z ö r n e r
Gouverneur K u n d t
Gouverneur Dr. W ä c h t e r
Gouverneur Dr. W e n d l e r

Im Verlauf der Sitzung erscheinen noch:
Präsident B a u d e r
Präsident N a u m a n n

(Protokoll siehe Beiakten)

13^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Oberfeldkommandanten in Warschau Generalmajor Rossum in Anwesenheit der drei Verbindungsoffiziere.

13^{30} M i t t a g e s s e n im Deutschen Haus, gegeben von Gouverneur Dr. Fischer.

16^{00} T e e im Schloß Belvedere.

30.5.1942

19⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur besucht das im Stadttheater für verwundete Soldaten veranstaltete Konzert.

Unter Leitung des Kapellmeisters Dörrie bringt das aus polnischen Musikern bestehende Orchester zum Vortrag:

"Die Moldau, sinfonische Dichtung von Smetana,
das Violinkonzert von Paganini,
die I.Sinfonie von Brahms.

21⁰⁵ Nach Schluß des Konzerts begibt sich der Herr Generalgouverneur zu Fuß nach dem Palais Blanka, wo von Stadthauptmann Leist ein Abendessen gegeben wird.

Auf einen Willkommensgruß des Stadthauptmanns Leist erwidert der Herr Generalgouverneur mit folgenden Worten:

Herr Stadthauptmann! Wir sind gern Ihrer Einladung gefolgt und danken Ihnen herzlich für Ihre Gastfreundschaft. Für mich persönlich möchte ich sagen, daß mein Eindruck von der Arbeit, die Sie unter Führung meines alten Parteigenossen Dr. Fischer leisten, hervorragend ist. Möge Ihnen bei Ihrer Arbeit auch weiterhin Glück beschieden sein!

23³⁵ Abfahrt des Sonderzuges vom Bahnhof Warschau-Ost nach Lublin.

Lublin

Sonntag, den 31. Mai 1942

3^{45} Ankunft des Sonderzuges in Lublin.

9^{15} Abfahrt der Wagenkolonne vom Bahnhof Lublin.

9^{25} Besichtigung des nach der Judenumsiedlung neu hergerichteten Ghettos.

9^{40} Rundfahrt durch die Stadt Lublin und Besichtigung des bisher von Juden bewohnten Stadtteils.

10^{20} Fahrt zum Stadtpark.

10^{40} Besuch des Reserve-Kriegslazaretts durch den Herrn Generalgouverneur.

10^{50} Fahrt zum Ausflugsort Lindenhorst.

Das Erholungsgebiet "Lindenhorst" liegt 4 km von der Stadtmitte Lublins entfernt und hat früher als Kindererholungsstätte gedient. Es soll nunmehr den Reichsdeutschen von Lublin eine Ausflugsmöglichkeit bieten. Diese Erholungsstätte, die unter anderem Kinderspielplätze, einen Reitplatz und eine Imbißhalle mit einem schönen Ausblick auf die Stadt den Besuchern zur Verfügung stellt, soll Mitte Juni eröffnet werden.

11^{40} Fahrt zum Distriktsgebäude.

31.5.1942

11 50 Sitzung im Sitzungssaal des Distriktsgebäudes.

An dieser Sitzung nehmen teil: Der Herr Generalgouverneur, die Gouverneure Zörner, Dr. Wächter, Kundt und Dr. Wendler, die drei Verbindungsoffiziere Oberst Fischer, Oberst von Tschammer und Osten und Oberstleutnant von Dazur, Amtschef Oberregierungsrat Engler und einige Abteilungsleiter des Distrikts, Abteilungspräsident Dr. Siebert.

Gouverneur Zörner eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:

Herr Generalgouverneur! Ich darf Sie, die Herren Gouverneure und die Herren Ihrer Begleitung an diesem schönen Sonnen- und Sonntag in unserer Distrikthauptstadt begrüßen. Wir Lubliner freuen uns besonders darüber, wenn Sie, Herr Generalgouverneur, zu uns in diesen Landwirtschaftsdistrikt, der auch landschaftlich so schön ist, kommen, der, als wir hier mit unserer Arbeit anfingen, noch als wilder Osten galt, schwer zu erreichen, primitiv in seiner Lebensweise für die hier beschäftigten Deutschen. Inzwischen hat sich das wesentlich geändert. Heute ist Lublin eine Stadt geworden, in der alle Deutschen gern weilen. Sie nehmen auch alle die kleinen Unangehmlichkeiten bei ihrer Arbeit für den Führer und Großdeutschland gern in Kauf und freuen sich von Herzen, wenn sie Ihre Anerkennung erlangen. Lublin ist jetzt mit seinen Unterkunftsmöglichkeiten, mit seiner Verpflegung, mit seinen deutschen Lokalen und Kaffeehäusern, mit seinem Lichtspielhaus und seinem Stadttheater so reichhaltig ausgestattet, daß wir uns manchmal wie in einer deutschen Stadt vorkommen. Dieses Empfinden haben auch unsere Soldaten, sei es, daß sie aus der Heimat hierher kommen oder als Verwundete in den Lazaretten Unterkunft finden. Mögen unsere Soldaten nach Lublin, nach Samosz oder Pulawy kommen, sie fühlen sich bei uns wie zu Hause. Ein Hauch der deutschen Heimat umweht sie, werden sie

31.5.1942

doch von deutschen Schwestern und deutschen Ärzten betreut. In diesen schönen Sommermonaten macht das Lubliner Land auch sonst beinahe einen heimatlichen Eindruck.

Herr Generalgouverneur, Sie sind diesmal an einem Sonntag nach Lublin gekommen. Und so haben wir denn auch unser Programm sonntäglich ausgestaltet. Ich habe keinen Gefolgschaftsappell angesetzt, weil eine größere Anzahl unserer Gefolgschaftsmitglieder heute in Pulawy oder in Naleczow zum Wochenende Erholung findet. Wir werden sie vielleicht dort begrüßen können.

Wir tagen hier in einem Saale, der früher einmal der Schalterraum der Finanzverwaltung gewesen ist. Im Einvernehmen mit den Wehrmachtsstellen haben wir ihn dann entsprechend umgebaut, die Finanzkassen sind in ein neues Gebäude verlegt worden. Das Distriktsgebäude beherbergt nur die Diensträume der eigentlichen Distriktsverwaltung. Die übrigen Abteilungen wie Ernährung und Landwirtschaft, Justiz, Wirtschaft, Gesundheitswesen, sind außerhalb dieses Hauptgebäudes untergebracht.

Amtschef Oberregierungsrat Engler gibt darauf einen kurzen Überblick über die Arbeit der Distriktsverwaltung. Er habe es, so führt er aus, als seine Hauptaufgabe angesehen, den Grundsatz der Einheit der Verwaltung nach Möglichkeit durchzuführen. Selbstverständlich seien bei dieser Aufgabe immer gewisse Hemmungen und Schwierigkeiten zu überwinden. Aber gerade im Distrikt Lublin sei für die Zusammenarbeit der einzelnen Abteilungen des Möglichste erreicht worden.

31.5.1942

Der Distrikt Lublin zähle wie alle anderen Distrikte zehn Krefshauptmannschaften, sieben bezw. demnächst neun Landkommissariate und zwei Stadtkommissariate. Die Arbeit im Distrikt könne als durchaus befriedigend bezeichnet werden. Die Kreishauptmänner setzten sich für die Erfüllung ihrer Aufgaben mit ihrer ganzen Persönlichkeit ein. Eine der Hauptaufgaben der Kreishauptmänner sei die Erfassung der Getreidekontingente gewesen. Hier sei ein sehr gutes Ergebnis gezeitigt worden, die Kreishauptmannschaften hätten bis zu 70 %, einige sogar über 100 % abliefern können. Auch in diesem Jahre werde man bestrebt sein, schon frühzeitig die Erntekontingente zu erfassen.

Die Unterbringung der Kreishauptmannschaften sei im allgemeinen gut. Eine besonders primitiv untergebrachte Kreishauptmannschaft solle im Herbst dieses Jahres an einen günstiger gelegenen Ort verlegt werden.

In Cholm, der Zentrale der Ukrainer, habe der Herr Generalgouverneur seinerzeit die Kathedrale eingeweiht. Der ukrainische Erzbischof bitte um die Zurückgabe weiterer Häuser und Güter. Die Distriktsverwaltung gehe aber von dem Standpunkt aus, daß nur das zurückgegeben werden könne, was einwandfrei als früheres ukrainisches geistliches Eigentum nachgewiesen werde.

Hinsichtlich der Umsiedlung sei im Laufe des Jahres eine Aktion durchgeführt worden, die vielleicht bessere Erfolge gezeitigt hätte, wenn sie in engerem Einvernehmen mit der Verwaltung geschehen wäre.

Die Landarbeiter, die aus dem Distrikt hinausgeschickt würden, würden zunächst durch ein Lager geschleust. Auch hier sei das Ergebnis recht erfreulich. Die Arbeiter, die aus dem Reich zurückgekommen

31.5.1942

seien, hätten im allgemeinen gute Berichte über ihren Aufenthalt im Reich gegeben. So könne man erwarten, daß auch fürderhin die Forderungen des Reiches für Arbeitervermittlung erfüllt werden könnten.

Man sei jetzt im Begriff, den Baudienst zu organisieren. Er sei bislang im Distrikt Lublin noch nicht so aufgezogen gewesen wie beispielsweise im Distrikt Krakau. Angesichts der zahlreichen Meliorationsarbeiten sei die Hilfe des Baudienstes unbedingt vonnöten . Die Musterungen seien im Gange und zum Teil schon durchgeführt.

Die allgemeine Sicherheit sei in den meisten Teilen des Distrikts mehr oder weniger gewährleistet. Gegen das Auftreten von Partisanen und Banditen werde mit dem nötigen Nachdruck eingeschritten werden. Im allgemeinen verhalte sich die polnische Bevölkerung verhältnismäßig ruhig, soweit sie nicht durch bolschewistische oder Einflüsse der Widerstandsbewegung aufgehetzt werde. Auch für die Stadt Lublin könne man eigentlich von irgendwelchen Schwierigkeiten mit der polnischen Bevölkerung nicht sprechen.

Vor kurzem habe man aus der Stadt Lublin etwa 40 000 Juden herausgenommen. Man habe diejenigen Juden, die in Fabriken arbeiteten, oder als Heimarbeiter im deutschen Interesse tätig seien, in ein neues Ghetto eingesiedelt. Es handle sich um 3000 bis 4000 Juden. Außerhalb der Stadt Lublin gebe es noch verschiedene stark jüdisch bevölkert kleine Städte und ein Lager, das dauernd mit Juden belegt sei. Man hoffe, im Laufe der Zeit eine möglichste Säuberung des Distrikts von Juden zu erreichen. Es habe sich herausgestellt, daß gerade im Distrikt Lublin der Jude die Drohne war und daß die Bevölkerung froh ist, diese Elemente, von denen sie bedrückt worden sei, los geworden zu sein. Die Polen begännen einzusehen, daß die deutsche Verwaltung einen ganz

wesentlichen Unterschied gegenüber der polnischen Verwaltung bedeute. Die Gerechtigkeit, Objektivität und Unbestechlichkeit der deutschen Verwaltung machten auf die Polen Eindruck.

Zusammenfassend könne gesagt werden, daß von allen Dienststellen des Distrikts vorbildliche Arbeit geleistet und durch ernste Arbeit aus den einzelnen Dienststellen das nur irgendwie Mögliche an Leistung herausgeholt werde.

Landwirtschaftsrat Barth gibt hierauf einen eingehenden Überblick über den Aufbau der Pferde -, insbesondere der Vollblutzucht.

Der Herr Generalgouverneur richtet zum Schluß der Sitzung folgende Worte an Gouverneur Zörner und seine Mitarbeiter:

Herr Gouverneur! Nachdem mir vorhin schon SS- und Polizeiführer Globoznik einen Bericht über die Sicherheitslage erstattet hat, nehme ich mit Genugtuung von den Berichten Ihres Amtschefs und des Landwirtschaftsrats Barth Kenntnis. Im übrigen ist ja die Situation des Distrikts bekannt: der Distrikt Lublin ist die große Ernährungshoffnung des Generalgouvernements. Ich nehme an, daß so wie bisher unter Ihrer Führung, Herr Gouverneur, und unter der bewährten Mitarbeit Ihrer Männer die Entwicklung des Distrikts auch weiterhin erfreulich sein wird.

Ich bin heute sozusagen auf der Durchfahrt wieder einmal hierher gekommen. Ich freue mich, an diesem schönen sonnenstrahlenden Tag feststellen zu können, wie befriedigend überall, auch in der Stadt Lublin, die Arbeit vorangeht. Ich gedenke hier vor allem des Umstandes, daß Sie durch Schaffung eines Grüngürtels

31.5.1942

und durch Anlage von Ausflugspunkten dafür sorgen, daß sich hier deutsches Leben in gemütvoller Weise verwurzeln kann. Das wird sicherlich dazu beitragen, daß sich auch im ganzen deutschen Volke das Vorstellungsbild von Lublin als einer deutschen Stadt - wir können in diesem Jahre der Tatsache gedenken, daß Lublin seit nunmehr 600 Jahren eine deutsche Stadt ist, - festigen wird. Lublin ist ja auch einer der wichtigsten Vororte und ein Rückhalt des ganzen Kriegsgeschehens. Sie werden vielleicht in den kommenden Wochen und Monaten erneut angesichts der kriegerischen oder sonstigen Ereignisse gewiße Schwierigkeiten verspüren. Aber Sie sind hier genügend geschützt, und ich bin dessen gewiß, daß es keinerlei ernste Schwierigkeiten im inneren Betrieb des Distrikts geben wird. Ich glaube auch, daß Sie mit einem schönen Ernteergebnis rechnen können, sind doch die Vorbereitungen für die Ernteerfassung schon getroffen. Die Stimmung der Bevölkerung ist im allgemeinen befriedigend. Einige Schwierigkeiten, die es hinsichtlich der Übersteigerung von Exekutivmaßnahmen gegeben hat, werden wir überwinden. Im übrigen ist es ja nicht unsere Aufgabe, den Polen das Leben schön zu machen, sondern aus diesem Gebiet eine weitere Kraftreserve für den Sieg unseres deutschen Volkes zu schaffen. Ich weiß, daß diese Aufgabe bei Ihnen, Herr Gouverneur, und Ihren Mitarbeitern in besten Händen liegt.

Schluß der Sitzung 12 Uhr 15 Minuten.

31.5.1942

1300 M i t t a g e s s e n im Saal des Deutschen Hauses.

Gouverneur Zörner ergreift das Wort zu folgender Begrüßungsansprache:
Herr Generalgouverneur! Es ist mir eine große Freude, Sie mit Ihrem engeren Mitarbeiterstab und die Herren Gouverneure der anderen Distrikte an diesem schönen Sonntag bei uns begrüßen zu können. Weiter begrüße ich als Vertreter der Wehrmacht Herrn Generalmajor von Altrock, als Verterter der Polizei den Herrn SS- und Polizeiführer Globoznik. Alle, die wir hier in Lublin als deutsche Männer tätig sind und für den deutschen Sieg arbeiten, haben das Bestreben, entsprechend Ihren Weisungen aus diesem Lande das herauszuholen, was der Führer und was Deutschland für die Erringung des Sieges braucht. Im Distrikt Lublin steht die Landwirtschaft als wichtigster Wirtschaftsfaktor absolut im Vordergrund. Daher soll und wird dieses Überschußgebiet von uns so bearbeitet werden, daß wir wirklich imstande sind, für den Existenzkampf unseres Volkes aus diesem Lande das Möglichste herauszuholen.

Herr Generalgouverneur, ich hoffe, daß wir im Laufe dieses Tages noch Gelegenheit haben werden, Ihnen weitere Schönheiten dieses Landes zwischen Weichsel und Bug, dieses Ihres Distriktes Lublin zu zeigen. Ich bitte meine Lubliner Deutschen, mit mir auf das Wohl des Herrn Generalgouverneurs und unserer Gäste zu trinken.

Der Herr Generalgouverneur richtet darauf folgende Worte an Gouverneur Zörner: Herr Gouverneur! In meinem und im Namen der Gäste möchte ich unser aller herzlichen Dank für Ihre freundlichen Begrüßungsworte zum Ausdruck bringen. Ich freue mich, wieder einmal nach Lublin gekommen zu sein, dieser vorgeschobenen deutschen Hochburg, und ihre allmähliche

31.5.1942

Weiterentwicklung in Augenschein nehmen zu können. Die Aufgaben, die der Führer dem unendlich wichtigen Raum des Generalgouvernements gestellt hat, sind angesichts des entscheidenden Kriegsgeschehens gewachsen. Aber die Schwierigkeiten, die sich uns entgegenstellen, werden nach altbewährter nationalsozialistischer Kampfmethode gemeistert. Ich weiß, daß der Distrikt Lublin bei Ihnen und Ihren Mitarbeitern in guten Händen ist, daß hier soldatische deutsche Nationalsozialisten am Werke sind. Ich kann Ihnen nur die Versicherung abgeben, daß ich immer gern an den Distrikt Lublin denke und mir, im Geiste auch auf der Krakauer Burg immer wieder an Ihren schwierigen Aufgaben teilnehmend, vorstelle, wie sehr Sie in treuer Kameradschaft diesen Schwierigkeiten gegenübertreten.

Ich war vor wenigen Tagen beim Führer und hatte Gelegenheit, mit ihm eingehend über die Aufgaben dieses Raumes im Zusammenhang zu sprechen. Da konnte ich zu meiner großen Freude und stolzen Genugtuung feststellen, daß der Führer von unserer Aufgabe eine umfassende uns alle auszeichnende Kenntnis besitzt. Wir werden vielleicht mit größeren Erweiterungen unseres Aufgabengebietes zu rechnen haben. Und dann werden wir, Herr Gouverneur Zörner, bei der alten Methode bleiben, die wir ~~uns~~ als alte Generalgouvernementsmänner seit fast drei Jahren angewendet haben. Ich habe dem Führer die Erklärung abgegeben, daß ich nur das eine Ziel habe, ihm, seiner Wehrmacht und dem deutschen Volke zu dienen. Das Generalgouvernement ist auch in seinem staatlichen Teil eine Kriegseinrichtung; alles ist hier kriegswichtig und unterliegt dem Ernst der Kriegszeit. Ich kann ruhig sagen, daß wir vor keiner Aufgabe zurückschrecken werden, daß wir alles daransetzen werden, um diese Notwendigkeiten mit allen Mitteln notfalls auch jenen

31.5.1942

beizubringen, die, seien es nun Polen, Ukrainer oder sonstige Fremdvölkische, versuchen sollten, sich gegen unsere autoritäre Führung in diesem Raum zu stellen. Möge Ihnen, Herr Gouverneur, möge Ihren Mitarbeitern, möge dem Amtschef und dem SS- und Polizeiführer Globoznik, möge den deutschen Soldaten auch weiterhin das Glück beschieden sein, am Werke des Führers mitzuarbeiten!

Ich trinke auf das Wohl des Herrn Gouverneurs Zörner und aller Deutschen des Distrikts Lublin.

15[15] Abfahrt mit Kraftwagen nach Naleczow.

16[00] Ankunft im Hause des Gouverneurs Zörner, der Villa Gioia in Naleczow.

Anschließend Besichtigung einiger Kameradschaftsheime von Abteilungen der Distriktsverwaltung.

17[00] K a f f e e t a f e l im Garten der Villa Gioia.

18[20] Vorlage der Um- und Neubaupläne der landwirtschaftlichen Forschungsanstalt Pulawy durch Professor Dr. Christiansen-Weniger und Kreishauptmann Brandt.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sein Einverständnis mit Durchführung der vorgelegten Pläne und spricht Professor Dr. Christiansen seine Anerkennung für die von ihm geleistete Arbeit aus. Er ersucht Prof. Dr. Christiansen, sich wegen der Durchführung der Pläne mit Hauptabteilungspräsidenten Naumann in Verbindung zu setzen. Weiter erklärt der Herr Generalgouverneur die geplanten Bauvorhaben für kriegswichtig. Er verfügt, daß nach Fertigstellung der Bauten von einer Einweihungs- oder Eröffnungs-

feier

31.5.1942

unter allen Umständen Abstand genommen wird.

20[15] A b e n d e s s e n in der Villa Gioia.

21[00] Lichtbildervortrag des Prof. Dr. Christiansen-Weniger über die Türkei (Anatolien).

23[40] Abfahrt des Sonderzuges von Naleczow nach Krakau.

Krakau

Montag, den 1.Juni 1942

7^{30} Ankunft des Sonderzuges in Krakau.

8^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

8^{10} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10^{30} Besprechung mit Staatssekretär Krüger.

12^{25} Der Herr Generalgouverneur empfängt H.Schneider-München.

12^{35} Besprechung mit dem stellvertretenden Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement Stahl.

15^{30} Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs an der Sitzung der Hauptabteilungsleiter im Kleinen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes.

(Siehe Beiakten)

18^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

18^{25} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

18^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Dienstag, den 2. Juni 1942

9^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

9^{50} Vortrag des Herrn Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10^{45} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Der Herr Generalgouverneur gibt Präsident Ohlenbusch Anweisung für eine Zeitungsnotiz über die Hauptabteilungsleitersitzung vom 1. Juni.

Im Anschluß werden die Programme für die Besuche des Reichsjugendführers Axmann und des Slowakischen Kriegsministers Catlos in Krakau besprochen.

Präsident Ohlenbusch berichtet dann aus seinem Arbeitsgebiet. Dabei regt er den Bau eines Lazarettzuges in einer der Waggonfabriken des Generalgouvernements an, der im Namen des Reichsleiters nach dem Vorbild verschiedener Reichsleiter des Reiches der Wehrmacht zum Geschenk gemacht werden solle. Die Kosten würden sich auf ca. 2 Millionen Zloty belaufen.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden und ersucht Präsident Ohlenbusch, in Besprechungen mit Präsident Gerteis die Möglichkeiten des Baues eines solchen Lazarettzuges zu untersuchen.

Weiter teilt Präsident Ohlenbusch mit, daß vom jetzigen Zeitpunkt an das Generalgouvernement 14tägig im Reichsprogramm des Rundfunks, und zwar in der Zeit von 21 Uhr bis 22 Uhr unter dem Motto: "Musik aus dem Generalgouvernement" in Erscheinung treten werde. Für diese Sendungen würden Orchester des Generalgouvernements (Philharmonie, Staatstheaterorchester, Orchester der Stadt Warschau, Kapellen der Luftwaffe und des Heeres usw.) eingesetzt.
Auch für die "schöne Musik" von 17 bis 19 Uhr werde das Generalgouvernement in Zukunft eigene Sendungen bestreiten. Nötig sei dazu der Einbau einer Regiezelle im Staatstheater Krakau.

2.Juni 1942

11 Uhr Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe einer

1. Verordnung über den Ausgleich von Vermögensverlusten (Ausgleichsverordnung)
2. Verordnung über die Beschlagnahme von Vorkriegsforderungen zum Zwecke des Ausgleichs von Vermögensverlusten
3. Verordnung über die Errichtung einer Ausgleichsstelle für das Generalgouvernement
4. Verordnung über die Meldepflicht polnischer Offiziere im Distrikt Galizien
5. Verordnung über die Feststellung des Haushaltsplanes des Generalgouvernements für das Rechnungsjahr 1941
6. Verordnung über die Errichtung einer Bewirtschaftungsstelle für Baustoffe im Generalgouvernement
7. Dritten Verordnung über die Ernährungs- und Landwirtschaft im Distrikt Galizien
8. Siebten Verordnung über die Einführung von Vorschriften der allgemeinen Verwaltung im Distrikt Galizien

vor. Ministerialrat Plodeck gibt zu den ersten drei Verordnungsentwürfen als zuständiger Abteilungsleiter nähere Erläuterungen und erklärt dabei, daß die anfänglichen Bedenken der Hauptabteilung Finanzen wegen der Errichtung einer Ausgleichstelle beseitigt worden wären.

2.6.1942

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe, desgleichen einige von Herrn Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh vorgelegte Disziplinarurteile.

11[20] Besprechung mit Rechtsrat Dr. Hammerle.

Rechtsrat Dr. Hammerle berichtet, daß die Übernahme des Sonderdienstes durch den Staatssekretär für das Sicherheitswesen bevorstehe. Offen stünden noch einige wichtige Fragen, die in der kommenden Verordnung festgelegt werden müßten. Zweckmäßig wäre vor allem, daß der Inspektion des Sonderdienstes ein gewisses Aufgabengebiet übertragen werde.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Rechtsrat Dr. Hammerle, alle diesbezüglichen Fragen mit Staatssekretär Dr. Bühler eingehend zu besprechen, und gibt dafür folgende Richtlinien:

Der Sonderdienst ist ausschließlich eine Einrichtung des Generalgouvernements. Er untersteht befehls- und gliederungsmäßig, organisatorisch und finanziell ausschließlich dem Generalgouverneur. Der Inspekteur des Sonderdienstes wird ebenso wie sämtliche Dienstgrade vom Generalgouverneur berufen und abgesetzt. Der Vorschlag hierzu wird vom Staatssekretär für das Sicherheitswesen unter Gegenzeichnung des Chefs der Regierung vorgelegt. Der Inspekteur des Sonderdienstes untersteht dem Generalgouverneur unmittelbar. Er tritt gleichzeitig zum Stabe des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen. Der Sonderdienst gilt nicht als Polizei; er untersteht daher in keiner Weise dem Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei oder dessen

2.6.1942

Organen im Lande.

Rechtsrat Dr. Hammerle weist dann darauf hin, daß über seine Person die verschiedensten Gerüchte im Umlauf seien, insbesondere darüber, daß der Herr Generalgouverneur ihm sein Vertrauen entzogen habe.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß dies nicht der Fall sei, und erklärt sich bereit, in nächster Zeit auf der Burg eine Veranstaltung mit dem Sonderdienst und seinem Inspekteur durchzuführen.

11[30] Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl

11[45] Besprechung mit Hauptbannführer Förschle in Anwesenheit von Hauptabschnittsleiter Stahl.

Gegenstand ist die Gestaltung des Programms aus Anlaß des Besuches des Reichsjugendführers Axmann in Krakau.

11[50] Besprechung mit SA-Oberführer Peltz in Anwesenheit von Hauptabschnittsleiter Stahl.

SA-Oberführer Peltz legt Reichsleiter Dr. Frank die Vorschläge der Obersten SA-Führung für die Spiegelfarbe der SA des Generalgouvernements zur Genehmigung vor. Er macht davon Mitteilung, daß der Amtschef der Obersten SA-Führung Anfang Juli einen Besuch im Generalgouvernement beabsichtige.

Anschließend berichtet er von den großen Schwierigkeiten, die sich bei der Beschaffung von Gewehren und Munition für die SA-Wehrmannschaften zeigten. Man benötige ungefähr 5000 Gewehre.

2.6.1942

Der Herr Generalgouverneur empfiehlt wegen dieser Frage die Verbindung mit dem Militärbefehlshaber im Generalgouvernement und dem Chef der Rüstungsinspektion aufzunehmen. Auch Gouverneur Kundt habe seines Wissens Waffen zur Verfügung. Am besten sei ein Besuch beim Militärbefehlshaber im Generalgouvernement, bei dem man gleichzeitig die offizielle Einladung zur Teilnahme am 2. Parteitag des Generalgouvernements überbringen könne. Er würde es wärmstens begrüßen, wenn an den Feierlichkeiten aus Anlaß des Parteitages bereits eine Formation der SA-Wehrbereitschaften teilnehmen könne.

12^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt Senatspräsident Dr. Schmauser.

12^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt Ministerialrat Kolbach in Anwesenheit von Präsident Watzke.

Auf eine Frage von Hofrat Watzke, ob eine Entscheidung über den Wirkungsbereich des Auftrages von Staatssekretär Dr. Mühlmann, unter dessen Verwaltung immer noch einige wichtige Museen ständen, gefallen sei, erklärt der Herr Generalgouverneur, daß er Staatssekretär Bühler bereits die Weisung gegeben habe, daß dieser Auftrag erloschen sei.

Hofrat Watzke teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß die Hauptabteilung Forsten zwecks Schulung von Nachwuchskräften forstliche Fachkurse im Rahmen der Institute von Lemberg eingerichtet wissen wolle. Die Möglichkeit dazu sei jederzeit gegeben.

2.6.1942

12^{45} Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt stellt dem Herrn Generalgouverneur Ministerialdirektor Ebert (Berlin), Oberlandforstmeister Franke (Berlin), Oberlandforstmeister Leiber (Berlin) und Oberlandforstmeister Heimstedt (Berlin) vor.

Bei dieser Gelegenheit gibt der Herr Generalgouverneur seine Einwilligung zu Errichtung von forstlichen Fachkursen im Rahmen der Lemberger Institute.

13^{00} Besprechung mit Verlagsleiter Strozyk.

15^{30} K a f f e e - Empfang sämtlicher Staatssekretäre und Hauptabteilungsleiter.

16^{15} Gruppenaufnahme des Herrn Generalgouverneurs mit den Herren seiner Regierung.

18^{30} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf)

Krakau

Mittwoch, den 3. Juni 1942

9^{50} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

9^{55} Vortrag des Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{00} Besprechung mit Direktor Dr. Coblitz.

Der Herr Generalgouverneur verfügt auf Antrag:

1. die Verteilung des Veit Stoss-Preises in voller Höhe erfolgt noch in diesem Jahr, und zwar aus Anlaß der Eröffnung der Ausstellung "Deutsche Künstler sehen das Generalgouvernement" im August oder September.

2. Aus Anlaß der 400jährigen Wiederkehr des Todestages von Kopernikus hat das Institut für Deutsche Ostarbeit eine große Publikation über Kopernikus zur Veröffentlichung zu bringen. Die Bestände der Staatsbibliothek über dieses Sachgebiet stehen zu diesem Zweck dem Institut für Deutsche Ostarbeit zur Verfügung. Herrn Präsidenten Watzke ist von dieser Entscheidung Mitteilung zu machen.

3. Eine Verwendung des Schachweltmeisters Aljechin kommt aus verschiedensten hochwichtigen Gründen nicht infrage. Eine Verwendung Aljechins kann lediglich in seiner Eigenschaft als Schachmeister stattfinden. Direktor Dr. Coblitz erhält den Auftrag, sich wegen Errichtung einer Schachschule unter Leitung von Aljechin-Bogoljubow mit Präsident Ohlenbusch in Verbindung zu setzen.

3.6.1942

11^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberst Giese.

Oberst Giese überbringt eine Einladung zur Teilnahme am Eintopfessen im Anschluß an die Kundgebung in einer Flugzeughalle am 4. Juni. Der Herr Generalgouverneur sagt seine Teilnahme zu.

18^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Donnerstag, den 4. Juni 1942

8^{00} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

9^{35} Besprechung mit Oberleutnant von Dazur.

9^{40} Fahrt zum Flughafen.

9^{55} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf dem Flughafengelände.

Dort wird der Herr Generalgouverneur von Generalleutnant Sommé und Hauptabschnittsleiter Stahl begrüßt. Im Anschluß daran schreitet er die Front einer Ehrenformation der Hundertschaft des Generalgouvernements ab.

10^{00} Beginn der Feier aus Anlaß der Übereignung von Urkunden an die Sieger im Leistungskampf der Betriebe.

Nach Begrüßungsworten des Hauptabschnittsleiters Stahl ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Die heutige Kundgebung ist für uns Deutsche im Generalgouvernement eine große Freude. Es ist das erste Mal, daß wir im Namen unserer nationalsozialistischen Bewegung den deutschen Arbeiter, das deutsche Arbeiten im Generalgouvernement selbst in den Mittelpunkt einer Feier stellen. Wir haben hier in mühevollem Aufbau den Staat errichtet, den der Führer befohlen hat, das Generalgouvernement. In diesem Generalgouvernement liegt die gesamte Reichsautorität zusammengeballt zur größten Kriegsaufgabe, die diesem Zwischenland zwischen Ostfront und Heimat gestellt ist. Wir haben in diesem Raum neben dem Staat die Partei aufgebaut, die NSDAP, diese vom Führer dem deutschen Volk geschenkte genial gefaßte Glaubensordnung unserer Nation, und haben damit für alle Zukunft dokumentiert, daß hier die Fahne des

4.6.1942

des Reiches Adolf Hitlers, die Fahne des nationalsozialistischen Befreiers Europas nie wieder niedergeholt wird. Hier wird nie wieder ein Polen oder etwas Ähnliches erstehen. Dieses Gebiet bleibt für alle Ewigkeit deutsch!

Und so ist es mir heute sowohl als Generalgouverneur wie als Reichsleiter, sowohl in meiner Eigenschaft als Chef dieses Nebenlandes des Großdeutschen Reiches wie auch als Führer der Parteiorganisation in diesem Raum eine große Freude, die Männer und Frauen zu begrüßen, die als deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen der Stirn und der Faust sich in diesem Raum betätigen.

Ich danke Euch, daß Ihr aus der Heimat, aus den altgewohnten Verhältnissen von zu Hause zu uns hier in den Osten gekommen seid, daß Ihr nunmehr unermüdlich, fleißig, brav, tapfer und sauber das ideale deutsche Arbeitertum vertretet, das uns in der Welt in die Höhe geführt hat. Nicht die Schwätzer, nicht die Träumer, nicht die Gaukler und die phantasiebegabten Phrasendrescher schaffen Werte und Werke und bauen ein Volk auf, auch nicht die, die sich allerorts immer wieder in Stimmungen verlieren, sondern die hart entschlossenen werkbereiten Gestalter unseres Gemeinschaftsschicksals sind es, diese Arbeitsmänner und Arbeitsfrauen, denen die mit der Waffe kämpfende Front den Nachschub, die Sicherung der Arbeitsleistung, die Sicherung der Munition, der Waffen, der Nahrung und des Transports verdankt. Gerade wir in diesem Raume können ermessen, welche Leistung das ist. Wenn wir daran denken, daß für den gesamten Nachschub der Ostfront vom äußersten Norden bis zum äußersten Süden über

4.6.1942

zwei Drittel des Gesamtbedarfs durch das Generalgouvernement nachgefahren werden müssen, daß alle Verbindungslinien von der Front in die Heimat fast zu vier Fünfteln wieder über das Generalgouvernement laufen, so können wir ermessen, welche Bedeutung Eure Arbeit, Kameraden und Kameradinnen, für das Kriegsschicksal dieser Zeit hat.

Ihr seid aber vor allem die Träger des großen Sozialismus, von dem die Bewegung Adolf Hitlers ausging. Schauen wir gerade hier im Osten an, wie sich die Front gegen uns bildet, diese Front der Plutokraten und der Sowjetunion, der Juden und all' derer, die damit zusammenhängen. Sie gönnen uns den Sozialismus Adolf Hitlers nicht. Die Plutokraten der Welt haben davor gezittert, daß ihre eigenen Massen gegen diese Skandale der plutokratisch kapitalistischen Wirtschaft aufstehen würden. Deshalb sollte auch das nationalsozialistische Regime Adolf Hitlers vernichtet werden. Heute können sich Millionen unserer Volksgenossen in Sowjetrußland selber überzeugen, was von diesem Sowjetparadies zu halten ist, von den Elendsheimstätten, von den verkümmerten Menschen, von den Verwahrlosungs- und Elendszentralen aller Art. Da steht man erschrokken still und sagt sich: es war die höchste Zeit, daß der Führer diesen Entschluß zum größten und entscheidungsvollsten Sieg unseres Volkes gefaßt hat. Wehe uns, wenn der Jude in der Form der Sowjetrussen über unser deutsches Volk gekommen wäre! Dann wäre es mit allem Glück, aller Freude, allem Aufbau vorbei gewesen, aber auch mit aller ehrlichen Arbeit in Deutschland.

Deshalb stehen wir hier als Sozialisten. Und, meine lieben Arbeiter und Arbeiterinnen, für mich als alten Pargeigenossen ist es eine besondere Freude

heute in Eurer Mitte zu sein. Wir haben hier ein grosses Gemeinschaftswerk zu vollführen. Denken Sie immer daran, daß dieses Land durch das Blut bester deutscher Männer im Waffenrock deutsch wurde. Das wurde nicht erschwätzt, nicht erhandelt, auch nicht in irgend welchen diplomatischen Diskussionen dem deutschen Raum zugefügt, sondern durch das deutsche Schwert und dadurch, daß Tausende deutscher Männer bereit waren, unter den Fahnen Adolf Hitlers lieber den Tod als eine Niederlage hinzunehmen. In 18 Tagen wurde dieser polnische Schlendrian vernichtet und zerstört. Immerhin kostete dieser Krieg gegen Polen bestes deutsches Blut.

Daher ist es unmöglich, daß sich in diesem Raum irgendeine Form von Kriegsgewinnlertum breitmacht. Es ist ausgeschlossen, daß sich hier jemand privat maßlos bereichern zu können glaubt, und ich werde wie ein Wütender dagegen ankämpfen, ganz gleich, in welcher Stellung sich jemand befindet. Ich werde niemanden schonen, der glaubt, daß aus dem Blut der besten Deutschen und aus dem Schweiß bester deutscher Männer der einzelne hier kommerzielle Gewinne machen kann. Wir werden sie alle entdecken, einen nach dem anderen, und ich erkläre, daß von diesem Augenblick an jeder vor meiner verfolgenden Faust zittern soll. Ich werde dazwischen schlagen, wo sich nur Spuren davon zeigen, daß sich jemand am Gemeinschaftsgut vergreift oder irgendwie sonst glaubt, daß dieses Gebiet oder ein anderes irgendwo von deutschen Truppen erobertes Gebiet nur dazu da wäre, damit er persönlich schmutzige Geschäfte machen kann. Wir sind hier nicht zum Spaß und Vergnügen; dieses Land ist kein paradiesischer Tummelplatz für solche Gelüste, sondern es ist die ernste Kampfbahn eines weltgeschichtlichen Versuches, das Weichselland für alle Zukunft dem deutschen Raum einzufügen und eingefügt

zu halten. Wer sich des Ernstes dieser Entschlossenheit des Führers und seines Reiches nicht bewußt bleibt, der wird es spüren.

Der Krieg tritt in seine entscheidende Phase ein. Allüberall sind die Versuche spürbar, die geschlossene Front unseres Volkes vielleicht doch noch im letzten Augenblick lockern zu können. Man täusche sich nicht über die Entschlossenheit der nationalsozialistischen Staatsführung, mit allen, aber auch allen Mitteln jeden Versuch zu zerschmettern, diese Front unseres Volkes irgendwie zu erschüttern. Und Sie, meine Arbeiter und Arbeiterinnen, die Sie an maßgebender Stelle hier die innere Front halten, sie seien von mir gerade auch im Generalgouvernement aufgerufen, mit in der vordersten Kampffront dieser inneren Linie zu marschieren. Die Fahne des Führers ist die Fahne des sozialistischen Freiheitskrieges gegen Hunger und Terror. Der Sieg Adolf Hitlers und seiner Wehrmacht wird der Ausdruck für den beglückenden Frieden sein, der dann für alle Zukunft der Not unseres Volkes ein Ende machen wird.

Es bedarf dieser letzten großen Anstrengung. Wir können und müssen jetzt von jedem Deutschen das Höchste verlangen. Aber dieses Höchste wird auch vom Führer ununterbrochen anerkannt. Ich erinnere Euch daran, daß das erste Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes ein deutscher Arbeiter bekommen hat, in Anerkennung nicht etwa nur der hervorragenden Leistung dieses einzelnen Ausgezeichneten, sondern darüber hinaus in Anerkennung all' dessen, was Millionen bester deutscher Männer und Frauen nunmehr in Werken ohne Zahl leisten. Wir werden dann aber auch im Generalgouvernement die Aufgaben erfüllen, die uns der Führer in so grandioser Weise gestellt

4.6.1942

hat. Wir sind gegenüber dem Osten zur Zeit noch das letzte staatlich völlig durchorganisierte, wirtschaftlich und parteipolitisch geformte Gebiet. Daher ist es klar, daß gerade in den kommenden Monaten sich die Verantwortung in diesem Gebiet steigern wird. Mein Appell über diese Versammlung hinaus an alle Deutschen dieses Raumes geht dahin, in jeder Form das eigene Interesse zurückzustellen und sich allein den Gemeinschaftsaufgaben zuzuwenden.

Der Führer hat in seiner letzten Reichstagsrede schon jenes große Wort von der absolutesten restlosen Hingabe an das Gemeinschaftswerk gesprochen. Wir sind hier die Träger der Heimat als Idee. Jeder von uns trägt die Heimat in sich. Wir sind die Träger des Werkes der Zukunft, und leuchtenden Auges schauen wir in dieses große Land im Osten, das uns für alle Zukunft die Nahrungssorgen nehmen wird. Dafür bedeutet es für uns eine stolze Aufgabe. Wenn heute einmal der Krieg vorüber ist und die siegreichen Fahnen Adolf Hitlers allüberall an Türmen und Häusern flammend aufgehen, wenn die Siegeshymnen erklingen, und wenn die Fahnen sich dann ehrfürchtig senken vor den toten Leibern der in diesem Kriege Gefallenen, dann können wir dessen gewiß sein, daß dies in alle Zukunft hinein der letzte Krieg unseres Volkes war. Dann werden wir dank Adolf Hitlers Genialität den Raum haben, der den immer wachsenden Geschlechtern unseres Volkes Brot, Leben und Freiheit sichert. Dann wird aus dem Opfer dieser Zeit der größte Segen erstehen, den jemals ein Volk der Welt vom ewigen Herrgott empfangen durfte.

Es ist kein leichtes Lied, dieses Lied des deutschen Kampfes, das immer nur lautet: Opfer, Opfer, Opfer, - das immer nur lautet: Arbeit, Arbeit, Arbeit -, das immer nur sagt: Leistung, mehr Leistung

4.6.1942

noch mehr Leistung. Wir haben als Deutsche kein leichtes Leben auf dieser Welt. Die Generationen, die vor uns waren, mußten den Kampf auch bestehen. Auch sie waren immer wieder von Not und Hunger und Elend umgeben. Auch sie haben den Kampf bestanden, oder es drohte Unheil, wenn sie den Kampf nicht bestanden hatten.

Aber einmal wird ein anderes Lied ertönen, und das heißt dann: Leben, Freude, Arbeit, Glück. Es ist kein leichtes Leben, als Deutscher geboren zu sein. Es war für uns, gerade auch für die Generation, die diese zwei Kriege nun miterlebt, kein Leichtes, was uns das Schicksal auferlegte. Und wir können hier nur alle sagen: jede Verknappung an Lebensmitteln, alles, was auf diesem Gebiete noch kommen wird, jede Verknappung an Kleidern und Schuhen, jedes Transportunglück, alles, was uns das Leben erschwert, muß in Gemeinschaftsarbeit ausgeglichen werden. Wir wollen aber dafür sorgen, daß an dem, was uns bleibt, jeder seinen gerechten Anteil hat.

Das Generalgouvernement als Staat verpflichtet sich feierlich zu einer höchstmöglichen Fürsorge für die arbeitenden Menschen in diesem Raum. Ich habe die Regierung des Generalgouvernements angewiesen, dafür zu sorgen, daß die Lebensverhältnisse der deutschen arbeitenden Menschen hier so gestaltet werden, daß sie auch gern bei uns sind. Und sie sollen den Eindruck haben, daß sie für mich die wichtigste Gruppe der Bevölkerung sind. Vergessen Sie aber nie, daß wir von der Gesamtbevölkerung dieses Raumes nur ein Prozent ausmachen. Daraus können Sie wieder ermessen, wie schwierig die Ordnungs- und Führungsaufgaben auch in diesem Raume sind. Vergessen Sie das vor allem nie, wenn da und dort an dem, was noch nicht erreicht ist, Kritik laut werden sollte.

4.6.1942

Vergessen Sie auch nicht, daß wir hier nicht frei arbeiten und schalten und wirken können, sondern daß wir aus einem völlig zerstörten Gebiet unter den denkbar schwierigsten Umständen das zu machen hatten, was wir heute sehen. Immerhin schauen wir mit Stolz auf dieses Werk. Erst vor wenigen Tagen hat der Führer Gelegenheit genommen, mir persönlich in der Reichskanzlei seine Anerkennung für das Gemeinschaftswirken aller Deutschen in diesem Raum in großartiger Weise zum Ausdruck zu bringen.

So dürfen wir, arbeitende Kameraden und Kameradinnen, diesen heutigen Festtag der Auszeichnung von Musterbetrieben in der stolzen Gewißheit begehen, daß, wenn ich wieder einmal Diplome verleihe, eine weitere große Reihe von Musterbetrieben des Generalgouvernements mit dem Diplom der deutschen Arbeit wird versehen werden können.

Wir wollen uns in die Augen sehen, ich Euch und Ihr mir, ich sitze auf meiner Burg nicht abgeschlossen und abgezirkelt, sondern ich bin ebenso wie Sie in dieses Land geschickt, um eine ganz wahnsinnig schwierige Aufgabe zu erfüllen. So können wir auch nur Arm in Arm diesen Marsch gehen. Wir brauchen uns gegeneinander nicht falsch zu verstehen. Wenn ich daher in aller Härte sage, was gesagt werden muß, so soll das Euch nur die Gewißheit geben, daß hier alte entschlossene Nationalsozialisten am Werke sind. Den Ton kennt Ihr aus dem Deutschen Reich, es ist hier derselbe. Der Nationalsozialismus bringt dem deutschen Leben den Inhalt. Wenn man heute da und dort noch auf die Partei und das Regime kritische Bemerkungen häuft, so möchte ich demgegenüber sagen: welche Bewegung hätte jemals auch nur annähernd das für Deutschland geleistet, was die NSDAP Adolf Hitlers getan hat. Wir sind nicht jedem bequem, das wissen wir; aber das ist unser

Stolz. Wenn uns die Kapitalisten und Pfaffen nicht mögen, dann wissen sie, warum. Das beruht auf Gegenseitigkeit.

Ich habe Euch also zu danken und aufzufordern, mir zu geloben, daß Ihr in diesem härtesten Kampf immer entschlossen seid, Eure letzte Kraft in den Dienst für den Sieg Adolf Hitlers und seiner Wehrmacht einzusetzen. Ich verspreche Euch dafür: wenn wir gesiegt haben, wollen wir 8 Tage lang ein Riesensiegesfest in Krakau feiern. Da räume ich die Staatskasse des Generalgouvernements aus und lade Euch alle als meine Gäste ein. Aber bis dahin kann ich das nicht, da muß ich mit dem Geld knauserig sein wie der Alte Fritz.

Ich kann meine Aufgabe hier nur erfüllen, weil ich mir in Gestalt dieser deutschen Menschen, die hier ideal wirken, zum größten Teil alte verhauene, zu Trotz und Tod entschlossene Parteigenossen hereingerufen habe. Hier kann ich keine alten Wackelgreise und müde Philister brauchen, keine papiernen Aktenstiere, sondern nur Männer, die die Sonne sehen und nicht beschreiben, die Arbeit machen und sie nicht nur dirigieren. Hier brauche ich diesen frischen Luftzug. Im übrigen geht bei uns die Sonne zuerst im ganzen Deutschen Reich auf; daher sind wir auch diejenigen, die am frühesten aufstehen und zweifellos am spätesten ins Bett gehen. Das soll unser Ehrgeiz sein, daß nicht nur die einzelnen Betriebe, sondern das ganze Generalgouvernement am Schluß unserer Arbeit vom Führer selbst das Diplom eines deutschen Musterbetriebes erhalten wird. -

Nun erwarte ich Euer Gelöbnis.

Ein Arbeiter des Flugzeugausbesserungswerkes spricht hierauf das Gelöbnis.

4.6.1942

Hauptabschnittsleiter Stahl verliest dann den Text eines an Reichsorganisationsleiter Dr. Ley gerichteten Begrüßungstelegramms.

Mit dem von Hauptabschnittsleiter Stahl auf den Führer ausgebrachten Sieg-Heil und den Liedern der Nation findet die Feier ihren Abschluß.- Nach der Feier nimmt der Herr Generalgouverneur an einem Eintopfessen in der Kantine des Flughafenbetriebes teil.

4.6.1942

15^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Ministerialdirektor Lehmann.

Ministerialdirektor Lehmann berichtet über den Stand der Militärjustiz und teilt die allgemeinen Grundlinien der Entwicklung der Militärjustiz mit.

Der Herr Generalgouverneur wünscht, daß ihm künftig Urteile der Militärgerichte über Polen und Ukrainer im Tenor bekanntgegeben werden. Ministerialdirektor Lehmann sagt dieses zu.

16^{00} General Becker berichtet über den Stand der ordnungspolizeilichen Organisation im Generalgouvernement und über die Vorgänge im Distrikt Lublin. Weiter ersucht er den Herrn Generalgouverneur, sich im Hinblick auf den Fall Heydrich wieder ein Begleitkommando zuzulegen.

Der Herr Generalgouverneur billigt die im Distrikt Lublin ergriffenen Maßnahmen und beauftragt General Becker, die Frage eines neuen Begleitkommandos mit dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen Krüger zu besprechen.

16^{15} Besprechung mit Pressechef Gaßner und Hauptschriftleiter Stöppler.

Die beiden Herren berichten über ihren Besuch in Preßburg.

Der Herr Generalgouverneur gibt anschließend Anweisungen über die pressemäßige Behandlung des demnächst stattfindenden Gatlos - und Armannbesuches.

4.6.1942

16^{50} Besprechung mit Oberbaurat Hofer.

17^{00} Besprechung mit dem Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Naumann.

Hauptabteilungsleiter Naumann macht eingehende Ausführungen über die Pferdezucht im Generalgouvernement. Man müsse drei verschiedene Gruppen unterscheiden:

1. Vollblutzucht und Rennen.

Es sei notwendig, die Rennen in Lemberg und Lublin (im nächsten Jahr auch in Warschau) auf verordnungsmäßige Grundlage zu stellen. Die Verordnung werde demnächst zur Unterschrift vorgelegt.

2. Dienst am Pferde.

Die Verordnung darüber sei bereits rechtskräftig geworden.

3. Die allgemeine Zucht.

Bei Übernahme der Zivilverwaltung sei vereinbart worden, daß die Wehrmacht unter der Leitung von Oberlandesstallmeister Rau das Pferdewesen im Generalgouvernement im Auftrage des Generalgouverneurs betreuen solle. Das Generalgouvernement bezahle die neu anzukaufenden Pferde, während die Wehrmacht für die Unkosten an Futter und Stallungen und den Oberlandesstallmeister aufkomme. Rau führe das Kommando über die Gestüte.

Richtig wäre es nun, wenn die Regierung des Generalgouvernements diesen Zweig übernehmen würde. Dazu wäre es notwendig, daß man allmählich mit der Ausbildung einer Reihe von Gestütskommandanten beginne, um dann beim Fallen der Entscheidung einen gewissen Apparat zur Verfügung zu haben.

4.6.1942

Bis jetzt habe das Generalgouvernement 900 Staatshengste im Besitz. Man müsse die Gefahr vermeiden, daß die Gestüte des Generalgouvernements sich zu reinen Heeresgestüten entwickelten.

Der Herr Generalgouverneur führt die Errichtung eines Staatsgestüts-Betriebes als eine Notwendigkeit aus und ersucht Hauptabteilungsleiter Naumann, die von ihm als notwendig erachteten Vorarbeiten in Angriff zu nehmen.

Hauptabteilungsleiter Naumann erklärt dann, daß er in der nächsten Woche mit Staatssekretär Backe zwecks Lieferung von Lebensmitteln aus dem Generalgouvernement verhandeln werde, und fragt an, ob er dabei mit den Zahlen, die er in der letzten Hauptabteilungsleitersitzung vorgetragen habe, operieren könne.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden. Dabei müsse aber von Hauptabteilungsleiter Naumann darauf hingewiesen werden, daß diese Zahlen die äußerste Leistung des Generalgouvernements auf diesem Gebiet darstellten. Die Lieferungen dürften auch nicht in das Reich direkt gehen, sondern müßten an die Wehrmacht und an die Lazarette im Generalgouvernement abgeführt werden.

Hauptabteilungsleiter Naumann erklärt in diesem Zusammenhang noch, daß lediglich die Lieferung von 50 Millionen Stück Eiern ins Reich vorgesehen sei.

Der Herr Generalgouverneur ersucht zum Schluß Hauptabteilungsleiter Naumann, zur kommenden Besprechung über die Landwirtschaftliche Zentralstelle einen Vertreter zu schicken.

4.6.1942

17.20 Besprechung mit Staatssekretär Krüger.

18.45 Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

IV/9 Krakau

Freitag, den 5. Juni 1942

7^{50} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

10^{30} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

10^{55} Besprechung mit Ministerialrat Wille.

Dem Herrn Generalgouverneur teilt der Präsident der Hauptabteilung Justiz in der Regierung des Generalgouvernements Wille mit: der frühere Gouverneur des Distrikts Galizien habe sich vorgestern erschossen. Damit ist der Fall Lasch abgeschlossen. Der Prozeß gegen ihn findet nicht statt.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß der Präsident der Hauptabteilung Justiz die Akten des Falles Lasch zur Einsicht durch den Staatssekretär anfordern soll.

Hauptabteilungspräsident Wille berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß im Reich die Frage einer Vereinheitlichung des Patentrechts erörtert werde. Er habe bislang diese Frage dilatorisch behandelt. Inzwischen habe der Gesandte Albrecht in einem persönlichen Schreiben an den Gesandten von Wühlisch um Auskunft gebeten, ob in dieser Angelegenheit schon etwas geschehen sei. Er, Präsident Wille, habe dem Staatssekretär Dr. Bühler Vortrag gehalten, und daraufhin sei nach Berlin die Antwort gegeben worden, daß zwar der Gedanke der Vereinheitlichung des Patentrechts an sich bestechend wäre, doch könne sich vorläufig die Hauptabteilung Justiz noch nicht entschließen, das Patentamt des Generalgouvernements vorzeitig aufzugeben und damit die gesamte Patentfrage im Generalgouvernement vom Reich abhängig zu machen.

5.6.1942

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß hinsichtlich der Vereinheitlichung des europäischen Patentrechts, einer Auflösung des Patentamtes des Generalgouvernements und der Einfügung des Patentsrechts in dasjenige des Reiches es vorläufig beim bisherigen Zustand zu verbleiben habe.

Hauptabteilungspräsident Wille teilt weiter mit, daß bisher Landesverrat- und Spionagefälle immer an das Reichskriegsgericht abgegeben worden seien. Von seiten der Wehrmacht werde jetzt angesichts der Überlastung der Militärjustiz ein anderes Verfahren gewünscht. Nun frage sich, ob man evtl. eine Zweigstelle des Volksgerichtshofes im Generalgouvernement errichten solle. Die Hauptabteilung Justiz wie auch das Reichsjustizministerium seien damit nicht einverstanden, vor allem habe sich auch Staatssekretär Dr. Freisler mit Nachdruck dagegen gewendet. Man sei deshalb auf den Gedanken gekommen, einen eigenen Volksgerichtshof im Generalgouvernement zu schaffen. Für die Regelung dieser Frage werde ein Sachberater beigezogen werden, der Hilfsrichter beim Volksgerichtshof gewesen sei.

11[15] Besprechung mit Hauptabteilungspräsidenten Dr. Paersch

Präsident Dr. Paersch gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die gegenwärtige Währungslage.

Er legt sodann dem Herrn Generalgouverneur einige Exemplare gefälschter 50-Groschen-Stücke vor. Diese Geldstücke seien, wie Präsident Dr. Paersch ausführt, in ziemlich großem Umfange hergestellt worden. Die Emissionsbank habe sich daher veranlaßt gesehen, die 50-Groschen-Stücke im Betrage

5.6.1942

von etwa 3 Millionen Zloty aus dem Verkehr zu ziehen.

11³⁰ Besprechung mit Ministerialrat Plodeck

Auf die von dem Herrn Generalgouverneur an Ministerialrat Plodeck gerichtete Frage über seine Stellungnahme zu den Wirtschaftskammerorganisationen erwidert Ministerialrat Plodeck, daß er in Abwesenheit seines Chefs, des Präsidenten der Hauptabteilung Wirtschaft, keine amtliche Erklärung zu dieser Frage abgeben könne.

Der Herr Generalgouverneur betont, daß er diese Organisation für völlig überorganisiert ansehe und daß er in der morgigen Sitzung in dieser Richtung wirken werde.

Ministerialrat Plodeck teilt weiter mit, daß sich der Landeshauptmann Kate - Oberschlesien an ihn wegen des gemeinsamen Erwerbs der Grube Jaworschno durch das Generalgouvernement und die Provinz Oberschlesien gewendet habe.

Der Herr Generalgouverneur ermächtigt Ministerialrat Plodeck, unverzüglich bei Staatssekretär Dr. Bühler alle geeigneten Schritte zu tun, damit im Benehmen mit Gauleiter und Oberpräsidenten Bracht die Sicherstellung des Betriebes der Grube Jaworschno im Dienste des Generalgouvernements herbeigeführt werden kann.

11⁵⁰ Besprechung mit Arbeitsführer Hinkel.

Oberstarbeitsführer Hinkel berichtet dem Herrn Generalgouverneur über den Aufbau und den

5.6.1942

Einsatz des polnischen Baudienstes. Auf Grund der einschlägigen Verordnung sei nunmehr im Einvernehmen mit der Hauptabteilung Arbeit die Erfassung und Musterung der polnischen Mannschaften durchgeführt. Erfreulicherweise sei in diesem Jahre die Erfassung wesentlich besser gewesen als im vergangenen Jahr. Von den etwa 140 000 Mann, die erfaßt worden seien, seien schon rund 80 000 gemustert und würden jetzt planmäßig eingestellt. Die Musterung sei befriedigend verlaufen; gegenüber einem Ergebnis von nur 10 % im vorigen Jahr seien es diesmal 90 bis 95 %. Die noch fehlenden Mannschaften würden durch entsprechende Strafmaßnahmen angehalten, sich zur Musterung zu stellen, und man habe mit diesen Strafmaßnahmen gute Erfolge erzielt.

In der vorigen Woche sei Reichsarbeitsführer Hierl mit ihm in Lemberg gewesen, wo eine eingehende Aussprache über alle in Betracht kommenden Probleme stattgefunden habe. Im übrigen könne er feststellen, daß der Einsatz von Reichsarbeitsdienst-Führern im Generalgouvernement wie auch im weiteren Osten von großem Segen gewesen sei. Deshalb halte der Reichsarbeitsführer es auch für geboten, daß er, Oberstarbeitsführer Hinkel, bis auf weiteres im Generalgouvernement bleibe.

Der Herr Generalgouverneur spricht Oberstarbeitsführer Hinkel seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete Arbeit aus.

12^{10} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Direktor Laux und die Sachverständigen Berisch und Grimm von der Treuhandverwertungsstelle.

5.6.1942

Dem Herrn Generalgouverneur werden einige Silbergeräte vorgelegt, die als Gastgeschenke bzw. auch als Sportpreise Verwendung finden sollen.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt SS-Hauptsturmführer Pfaffenroth, eine Liste der übergegebenen Gegenstände anzufertigen und für die Verwahrung der Silbersachen Sorge zu tragen.

1129 15[00] Trauerakt für Blutordensträger Stabamtsleiter Pg. Kastein im Haus der NSDAP.

Der Herr Generalgouverneur hält dabei folgende Ansprache:

Kamerad Kastein! Der Augenblick ist gekommen, da sich Dein Führer von Dir verabschiedet. Im Namen des Führers Adolf Hitler senke ich dankbar mein Haupt vor Dir und weihe Dir den letzten Gruß des größten Deutschen beim Flug in die Ewigkeit. Der Führer hat Dir, Kamerad Kastein, in Anerkennung Deines heldischen Opfertodes für Deutschlands Größe die Ehre des soldatischen Begräbnisses zuteil werden lassen. Wie die anderen heroischen Gefallenen des deutschen Freiheitskrieges wirst auch Du Deine Siegesfahrt in die Unsterblichkeit antreten. Dein Führer verabschiedet sich von Dir. Das Reich verabschiedet sich von Dir. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei verabschiedet sich von Dir.

Der Führer dankt Dir für den heldischen Einsatz Deines Lebens. Du hast ihm unter Einsatz Deiner Kraft gedient, Du hast ihm die Kraft Deiner Seele geweiht. Du lebtest aufrecht und stark seinem Vorbild nach. Das Reich Adolf Hitlers dankt Dir.

5.6.1942

Du hast ihm in seiner Größe gedient, Du hast Dich aufgeschwungen zu der Erkenntnis, daß dieses Reich der Inhalt unseres Lebens ist, und hast es zum Inhalt Deines Lebens gemacht. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei dankt Dir für den Glauben, für den Opfermut, mit denen Du die größte Idee aller Zeiten mutvoll vertratest.

Nicht zuletzt steht vor Dir der Reichsleiter und Generalgouverneur dieses Kampfgebietes und nimmt bewegten Herzens Abschied von Dir, der Du an gefährlichster Stelle in schwerer Stunde Dein Leben hingabst. Ziehe hin in die unsterbliche Höhe des Unausdenkbaren. Alles, was wir Menschen vermögen, ist gebannt an diese Erde. Was Du uns jetzt voraus hast, ist die Unsterblichkeit. Mögest Du beim ewigen Herrgott Fürsprecher sein für unseren Führer, für unsere Waffen, für unseren Sieg und für unseren Glauben und mögest Du in der Millionenzahl der ewigen Seelenflammen nun auch Dein Leuchten im Äther erkennen lassen.

Frau Kastein! Vor Ihnen verneigen wir uns. Sie haben dem Führer und Vaterland das gegeben, was der Inhalt Ihres Lebens war. Wir können nur in Demut vor diesem Opfer schweigen und Ihnen versprechen, daß der Opfertod Ihres heldischen Mannes unvergessen bleiben wird. Indem wir uns von ihm verabschieden, hat ein Höherer, der ewige Herrgott, der unser Leben in sich trägt, sein Schicksal zu dem seinen gemacht. Ihr Schicksal, Frau Kastein, wird das unsere sein. Der Führer läßt Ihnen danken.

5.6.1942

16^{20} Fahrt vom Hause der NSDAP nach Kressendorf.

17^{50} Der Herr Generalgouverneur führt ein telefonisches Gespräch mit Reichsminister Dr. Lammers.

Gegenstand dieses Gespräches ist der Erlaß über die künftige Benutzung des Salonwagens.

Grundsätzlich wird vereinbart, daß der Herr Generalgouverneur 2 Mal im Monat den Salonwagen für Fahrten auf den Strecken Krakau - Berlin und München - Wien - Krakau benutzen darf. Reichsminister Dr. Lammers wird dem Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller eine entsprechende Mitteilung zugehen lassen.

19^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Kressendorf nach Krakau zum Institut für Deutsche Ostarbeit.

20^{00} Besuch des Vortrages von Prof. Dr. Kienle im Ostinstitut über das Thema:

"Das Weltsystem des Kopernikus und das Weltbild unserer Zeit".

21^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

Sonnabend, den 6. Juni 1942

8^{30} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

9^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Prof. Dr. Kienle, der in Begleitung von Direktor Dr. Coblitz erschienen ist.

9^{25} Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung über die Beschränkung von Grundeigentum aus Gründen der Reichsverteidigung im Generalgouvernement
2. einer Zweiten Verordnung der Verordnung vom 31. August 1940 über die Behandlung feindlichen Vermögens und
3. eines Erlasses zur Schutzbereichsverordnung vom Juni 1942

zur Unterschrift vor.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Verordnungsentwürfe.

Über eine Verordnung über das Verbot der Taufen von Juden wird vom Herrn Generalgouverneur eine neue Besprechung angesetzt.

9^{45} Arbeitsbesprechung über die Kammerorganisation der gewerblichen Wirtschaft im Königssaal der Burg.

(S. Beiakten)

6.6.1942

12³⁰ Feierliche Begrüßung des Reichsjugendführers Axmann im Haus der NSDAP in Anwesenheit der Leiter der Arbeitsgebiete des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP.

Der Herr Generalgouverneur widmet dem Reichsjugendführer folgende Begrüßungsworte:

Reichsjugendführer! Lieber Parteigenosse Axmann!

Als Reichsleiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP heiße ich Sie, Reichsjugendführer, bei uns herzlich willkommen. Nachdem Sie schon früher unserem Aufbauwerk aufrichtiges Interesse gewidmet haben, kommen Sie nun in einem Augenblick zu uns, in dem die Regierung des Generalgouvernements vom staatlichen Sektor aus durch den Erlaß einer die Jugendfürsorge betreffenden Verordnung dafür gesorgt hat, daß im Rahmen der staatlichen Organisation den Plänen der Hitlerjugend des Reiches - ich kann ruhig sagen - in programmatischer Weise entsprochen ist. Aus diesem Anlaß werden wir beide zu der Jugend des Generalgouvernements sprechen, und Sie können uns dabei die Richtung aufzeigen, wie Sie sich die Jugendarbeit der Partei im Generalgouvernement vorstellen.

Die Partei sieht und strebt in einem schweren Kampf einem großen Ziel entgegen. Wir haben hier ein großes Bollwerk machtvoll aufgerichtet, wir haben die deutschen Menschen weltanschaulich und führungsmäßig in der Hand, wir sorgen dafür, daß die Sauberkeit dieses Raumes gewährleistet bleibt und daß die deutschen Menschen hier nach den großen Zielen des Führers nationalsozialistisch ausgerichtet werden.

6.6.1942

In diesem Gesamtrahmen bedeutet für uns in diesem Raum die Jugend alles. Sie ist die große Hoffnung dafür, daß dieser Raum in aller Ewigkeit deutsch bleiben wird. Sie soll hier seelisch-geistiges Heimatempfinden in sich einwurzeln lassen und dadurch der eigentliche Träger und Gestalter des Deutschtums in diesem Raum werden. Diese Aufgabe ist neben der Schule und den anderen Einrichtungen, die sich mit der Jugend beschäftigen, der Hitlerjugend in führender Form gestellt. Sie soll hier die absolute Vorrangstellung in der Betreuung der Jugend haben und zusammen mit der Schule dafür sorgen, daß unser völkischer Nachwuchs in diesem Raum mustergültig ist.

Parteigenosse Axmann, Ihr Name leuchtet nunmehr neben dem Namen des Reichsleiters Baldur von Schirach über der deutschen Jugend. Wir sind stolz und froh, den Jugendführer des Reiches, der unter Baldur von Schirach in seiner Person auch oberster Repräsentant der Partei und des Reiches auf dem Gebiete der Jugendführung ist, in unserer Mitte zu wissen. Ich heiße Sie nochmals in unserer aller Namen herzlich willkommen. Ihr Besuch ist für uns eine große Freude und Anspornung.

Reichsjugendführer Axmann dankt in einer kurzen Ansprache für die warmen Worte der Begrüßung des Reichsleiters.

Krakau

Sonntag, den 7. Juni 1942

8^{38} Der Herr Generalgouverneur begrüßt auf dem Hauptbahnhof in Krakau den slowakischen Verteidigungsminister General Catlos.

9^{00} Frühstück zu Ehren des slowakischen Verteidigungsministers General Catlos im Kasino der Burg.

11^{00} M o r g e n f e i e r der Hitlerjugend im Staatskasino aus Anlaß des Besuches des Reichsjugendführers Arthur Axmann in Krakau.

Nach einleitenden Worten des Hauptbannführers Förschle an die Kundgebungsteilnehmer, unter denen sich als Ehrengast General Catlos befindet, ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Exzellenz! Lieber Kamerad Axmann! Meine Herren, Kameraden und Kameradinnen, Parteigenossen!

Wieder einmal vereint uns eine festliche Stunde in diesem Raum. Wir haben durch ein Grundgesetz des Generalgouvernements der Hitlerjugend auch im staatlichen Rahmen die totale Führung der Jugend im engsten Zusammenwirken mit der Schule übertragen. Damit ist durch die Herstellung der Personalunion in der Führung der Jugendarbeit, in der Partei und im Staat im Generalgouvernement ein gewaltiger Fortschritt erzielt und nunmehr eine Entwicklungsgang möglich, der für die gesamte Jugendarbeit im Osten Vorbild sein wird.

Meine lieben Jungen und Mädel! Damit seid Ihr im Namen des Führers zu ernsten Aufgabe aufgerufen, mitzuhelfen, daß dieses Land, das durch den Heldenmut der deutschen Soldaten und der Soldaten der mit uns verbündeten Völker, als deren einen starken und stolzen Vertreter wir hier General Catlos begrüßen können, dieses Land, das durch den Opfertod vieler Tausender bester Deutscher erorbert wurde, nunmehr

7.6.1942

durch Gemeinschaftsarbeit dem deutschen Lebensraum immer enger eingefügt wird. Für Euch ist das die stolzeste und schönste Sendung, die der Führer einem jungen Leben überhaupt geben kann.

In seinem Buch "Mein Kampf" schreibt der Führer: "Es wird aus jedem Krieg dann der Segen entstehen, wenn der Opfertod und die Hingabe besten Blutes sich für alle Zukunft dadurch fruchtbar zeigt, daß neuer Lebensraum dem Volk sieghaft zuwächst." Dies ist hier im Generalgouvernement, in diesem alten deutschen Führungsland des Ostens der Fall; aus dem Opfertod der Helden des Polenkrieges wächst hier eine stolze Ordnung, ein stolzes Nebenland des Reiches empor. Ihr, meine jungen Kameraden und Kameradinnen, seid nunmehr aufgerufen, in die Zukunft hinein das zu sichern und zu erhalten, was die Generation Euerer Väter erobert hat. Wir werden einmal abtreten, und Ihr werdet dann an unserer Stelle die Fahne unseres Führers ergreifen. Ihr werdet dann in diese Aufgabe hineingestellt werden, auf Euch wird der Segen eines großen Schicksals herableuchten, Eure Seelen wird das Bewußtsein durchdringen, daß es eine der gewaltigsten Aufgaben der Welt ist, sich als deutscher Mann, als deutsche Frau zu bewähren. Wir kommen aus einem ewigen göttlichen Wollen heraus. Unserem Volk ist Größtes bestimmt, und dieser Generation von deutschen Menschen ist vom ewigen Schicksal das größte Reich aller Zeiten vorgedeutet. Dieses Großdeutschland, von dem wir sprechen, ist nicht nur groß, weil es in sich das größte Territorium, das jemals deutsch war, bergen wird, sondern es soll auch groß sein vor allem durch den großen Charakter des Volkes, durch die große seelische und geistige Haltung dieser Nation, die zu Höchstem berufen scheint.

7.6.1942

Wenn wir nun im Oktober dieses Jahres auf das zurückschauen, was die deutsche Führung in diesem Raume in drei Jahren vermocht hat, und wir das, was wir an Schmutz, Zerstörung, Terror, Ohnmacht, an Elend, Seuchen und Verwahrlosung übernommen haben, vergleichen mit dem leuchtenden Bild einer werdenden gesunden Ordnung in diesem Raum, eines Lebens, das sich überall entfaltet und auch zum Segen der fremdvölkischen Bewohner dieses Raumes wird, dann könnt Ihr, meine jungen Freunde, ermessen, daß dieses Werk auch vor dem ernstesten und kritischsten Beurteiler bestehen kann. Heute ist in diesem Land eine Klarheit und strenge Sauberkeit spürbar.

Wir können sagen: "Jeder Deutsche, der in diesen Raum kommt, findet hier seine Heimat." Und auch Ihr, meine Jungen und Mädel, sollt hier Eure wirkliche Heimat finden. Ihr sollt in diesen Raum hineinwachsen, und er soll um Euch wachsen und in Euch hineinwachsen. Ihr sollt hier die starken Wurzeln eines neuen deutschen Lebensraumes tragen, der einmal so wird wie Württemberg oder Baden oder die Mark Brandenburg, wie Bayern oder die Ostmark. Wie Wien oder Hamburg sollen auch Krakau und Warschau, Lemberg, Lublin oder Radom hineinwachsen in die deutsche Gemeinschaft des Lebens und des Heimatempfindens.

Wir kommen und gehen in dieses Land nicht als Gewaltherrscher. Unsere Absichten sind nicht terroristischer oder unterdrückerischer Art. Wir behüten wohlgefügt in die Interessen des großdeutschen Raumes die Lebensrechte auch der Polen oder Ukrainer in diesem Raum. Wir haben den Polen und Ukrainern weder ihre Kirchen noch ihre Schulen und ihre Erziehung genommen. Der Deutsche will nicht gewalttätig entnationalisieren; wir sind uns selbst genug, und wir wissen, daß man in unsere Gemeinschaft hineingeboren werden muß und daß es eine Auszeichnung

7.6.1942

ist, ihr anzugehören. Daher können wir auch mit diesem Werk vor der Welt bestehen.

Ich möchte Euch, meine lieben Jungen und Mädel, danken, daß Ihr so tapfer und mutig seid und daß Ihr meinem Ruf in diesen Raum mit Euren Eltern gefolgt seid, und ich möchte Euch dafür versprechen, daß meine ganze leidenschaftliche ge ergriffene Anteilnahme Eurem Schicksal gelten soll. Mein persönlicher Ehrgeiz wird sein, Euch die besten Schulen, die besten Erziehungsanstalten Eurer Hitlerjugend-Organisation, die vorbildlichsten Heimstätten, Sportplätze und alle Entwicklungsmöglichkeiten mit allen Mitteln aufzubauen und aufzurichten. (Starker Beifall)

Ihr seid dabei aufgerufen nach dem stolzen Wort des Führers in seiner letzten Reichstagsrede, wonach man jetzt nicht von den Rechten des Einzelnen zu sprechen hätte, sondern von den Pflichten, Euch klar zu sein, daß diese Zeit den schwersten Kampf unseres Volkes bedeutet. Ihr müßt Euch klar sein, daß in dem Augenblick, in dem wir hier in diesem Raum friedlich beim Strahlen unserer Fahnen zusammensitzen, Tausende von deutschen Soldaten und Soldaten unserer Verbündeten im schwersten Kampf um die Durchsetzung des Lebensanspruches unserer Nation stehen, daß dort Männer fallen, die auch Kinder haben, die auch Familie besitzen, deren Frauen bangen, und daß in diesen Wochen und Monaten über viele deutsche Jungen und Mädel die schwere und kummervolle Stunde gekommen ist und kommen wird, in der die Meldung kam und kommt, daß der Vater oder ältere Bruder für Deutschlands Größe gefallen ist. Diesem Opfer müßt Ihr Euch immer auch bei Euren Ansprüchen vertraut fühlen.

Wir sind in diesem Land nicht, um Feste zu feiern oder um irgendwie Kommerziell-Geschäftliches im Einzeldasein zu erringen trachten, und wir sind nicht

dazu da, irgendwelchen Geschäftemachern den Weg zu bahnen, sondern allein dazu, die größte idealistische Sendung unserer Zeit zu erfüllen, den Osten, das von altersher große Traumfeld der deutschen Nation, in die Jahrtausende hinein sicherzustellen. (Beifall) Seit Jahrhunderten träumten unsere Vorfahren von diesem gewaltigen Geschehen.

Schaut Euch die Stadt Krakau an: sie war Hansestadt genauso wie Hamburg oder Bremen oder Lübeck oder Danzig; Krakau war deutsche Hansestadt mit deutscher Gemeindeform, deutschem Recht, deutschen Bauten und deutschen Menschen. Deutsche Künstler besten Blutes haben das Stadtbild geformt. Nur weil wir in unserem Reich schwach wurden, weil wir uns zerfetzten und innerlich aufrissen, weil fürstliche Willkür oder sonstiger Hader, konfessioneller und ständischer Streit unsere Nation uneins machte, gingen diese Positionen verloren.

Aber nun steht hinter uns ein Reich, geschaffen wie ein eherner Block, gefügt wie vom Herrgott selber, zusammengeschweißt zu einem Jahrtausende überdauernden Wollen. Dieses Reich Adolf Hitlers und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wird uns Vorbild sein und der Ansporn und das Reservoir aller Kräfte, damit wir diesen Kampf diesmal anders bestehen und durchhalten können, als ihn die armen aber großen kämpfenden Deutschen des Mittelalters in diesem Raum zu führen vermochten.

Ihr müßt Euch immer wieder in Eure Herzen einprägen: der Einzelne ist nichts, er ist ein kleiner Tropfen im Strom unseres Volkes, ein Blatt am Baum unserer Nation. Keiner kann irgendwie ändern, wann und wie er geboren wird, wie er sein Leben führt und wie er es endet. Wir müssen in uns die Hingabe an den göttlichen Willen tragen, der uns in diese Zeit hineingestellt hat. Wir Nationalsozialisten wissen auch, daß das nicht müde Resignation oder demütige Denkungsart darstellt; wir knieen nicht vor

Menschen und wir verdunsten unsere Gehirne nicht durch Weihrauch. Wir schauen in die Sonne, in das Blühen und Gedeihen der Welt, wir tragen die Sonne eines großen völkischen Bewußtseins in uns und wir wissen, daß der Herrgott unser Werk dann segnen wird, wenn wir uns als tapfere deutsche Männer und Frauen bewährt haben.

So, meine Kameraden und Kameradinnen, möchte ich Euch sehen. Ich möchte Sie, Kamerad Axmann -, das ist mein Wunsch - der Sie die Jugendarbeit im Generalgouvernement verantwortlich führen, bitten, mit den Jungen und Mädeln in dieser Richtung zu arbeiten. Wenn wir dann am kommenden Parteitag des Sieges in Nürnberg die Partei des Generalgouvernements dem Führer vorführen, soll die Hitlerjugend des Generalgouvernements dem Führer mit blitzenden Augen und hocherhobenen Hauptes, mit flammenden Herzen und zielklaren Geistes zeigen, daß im Osten das ganze deutsche Volk wieder eine Jugend erlebt. (Starker Beifall) Mein Ziel, Parteigenosse Axmann, der ich Sie als Vertreter des Führers in der Jugendarbeit der Partei und des Deutschen Reiches mit besonderer Herzlichkeit hier begrüße, ist es, daß ich als Generalgouverneur und als Reichsleiter alles tun will, Ihnen in diesem Raum zu helfen, der deutschen Jugend die Gedanken Adolf Hitlers zum Lebensinhalt zu machen.

(Lang anhaltender Beifall)

Nach den Ausführungen des Herrn Generalgouverneurs ergreift Reichsjugendführer Axmann das Wort zu Ausführungen über die Jugendarbeit im Ostraum.

Mit der von Hauptbannführer Förschle ausgebrachten Führerehrung und den Liedern der Nation findet die Feier ihren Abschluß.

Sonntag, den 7.Juni 1942

13^{10} M i t t a g e s s e n zu Ehren des slowakischen Verteidigungsministers Generals Catlos und des Reichsjugendführers Axmann im Danziger Saal der Burg zu Krakau.

Während des Essens konzertiert auf dem Hofe der Burg ein Musikkorps der Luftwaffe.

Der Herr Generalgouverneur hält folgende Begrüssungsansprache:

Exzellenz! Reichsjugendführer! Meine Herren!

Ich habe die hohe Ehre, im Namen der Regierung des Generalgouvernements Sie, Exzellenz, auf das herzlichste in unserer Mitte zu begrüßen. Auch Sie, Parteigenosse Axmann, begrüße ich von ganzem Herzen im Namen aller Deutschen des Generalgouvernements.

Wir freuen uns sehr, daß Sie, Exzellenz, die Reise ins Generalgouvernement angetreten haben, um hier auf der alten deutschen Burg zu Krakau ein neues Freundschaftszeichen der deutsch-slowakischen Verbindung und Verbrüderung zu erleben. Wir sind stolz darauf, daß wir in Ihnen den führenden Soldaten der tapferen slowakischen Armee begrüßen dürfen, haben wir es doch auch dem heroischen Einsatz der slowakischen Verbündeten zu verdanken, daß dieses Land, das Generalgouvernement, an seiner Ostgrenze von Konflikten und Sorgen fern gehalten wird. Die Slowakei und das Generalgouvernement sind Nachbarn: auf viele hundert Kilometer erstreckt sich die gemeinsame Grenze. Und das Leben wird sich - dessen bin ich gewiß - über diese Grenze hin und her entwickeln zum Segen und Vorteil des deutschen und des slowakischen Volkes.

Die große Gemeinschaft, die wir hier erleben, die uns unser genialer, unvergleichlicher Führer Adolf Hitler gegeben hat, hat im slowakischen Volk eine begeisterte Hingabe an das gemeinsame europäische Ordnungsziel gefunden.

7.6.1942

Das großdeutsche Reich, das nationalsozialistische Reich Adolf Hitlers wird diese Freundschaft und diese Bereitschaft des slowakischen Volkes zur Einordnung in die gemeinsamen Notwendigkeiten unseres Kontinents nie vergessen. Die Slowaken waren im Feldzug gegen Polen die einzigen Verbündeten, die wir hatten. Damals im September 1939 war es nur die Slowakei, die sich als fremdes Land mit den deutschen Fahnen verbündet hatte. Daß dieser Krieg für uns im Generalgouvernement den Ausgangspunkt unseres Lebens bildet, ist auch als ein hohes Verdienst der slowakischen Nation anzuerkennen.

So verbindet mich als den Generalgouverneur dieses Raumes in diesem Augenblick mit Ihnen, Exzellenz, der stolze Gedanke an die Vereinigung unseres und des slowakischen Volkes im Kampf gegen die polnischen terroristischen Unmenschen.

Dieses Land ist und bleibt für alle Zukunft deutsch. Diese Grenze, die an der Tatra gezogen ist, ist im Schutze des Führers geborgen. Und so werden wir auch in langen Jahrhunderten des Blühens und Gedeihens unser Gemeinschaftsleben in diesem Raum führen. Seien Sie überzeugt, Exzellenz, daß ich, was von meiner Seite aus geschehen kann, alles daran setzen werde, um die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern immer enger zu gestalten.

Ich erhebe mein Glas und trinke auf das Wohl des slowakischen Staatspräsidenten Tiso, auf Ihr Wohl, Exzellenz, auf das Wohl der tapferen slowakischen Armee und des slowakischen Volkes. -

In besonders herzlicher Weise gilt mein Gruß auch Ihnen, Parteigenosse Axmann. Sie haben die Schwierigkeiten der Reise ins Generalgouvernement nicht gescheut. Ich habe heute Morgen in der Kundgebung der Hitlerjugend zum Ausdruck gebracht, daß Sie bei Ihrer Arbeit auf mich sowohl als Chef des Staates wie als Reichsleiter stets rechnen können.

7.6.1942

Sie dürfen überzeugt sein, daß ich für die Aufgabe, die Sie als Reichsjugendführer haben, stets volles Verständnis zeigen werde. Ich trinke auf Ihr Wohl.

Der slowakische Verteidigungsminister General Catlos erwidert mit folgenden Worten:
Exzellenz! Meine Herren! Ich bin Ihnen, Exzellenz sehr dankbar dafür, daß ich Gelegenheit habe, heute hier weilen zu dürfen. Das ist für mich persönlich, für die gesamte slowakische Armee und den slowakischen Staat eine große Ehre.

Ich war mit Euer Exzellenz damals in Lemberg, als Galizien dem Generalgouvernement einverleibt wurde. Damals habe ich sehen können, welche Zustände dort herrschten. In den letzten Wochen bin ich nun wieder in Lemberg gewesen und habe dort einen gewaltigen Unterschied zu den damaligen Verhältnissen feststellen können. Und ich kann nur sagen: heute kann man sofort sehen, wo deutsche Ordnung, wo deutsche Autorität und deutsches Regime herrschen.

Ich war vor drei Jahren in Krakau. Damals war diese Stadt voller Juden und zeigte ein Bild der Unordnung. Und heute? - Wenn ich mir Krakau heute ansehe, dann kann ich nicht verstehen, wie es möglich ist, innerhalb dreier Jahre diese große Ordnung zu schaffen. Ich war auf dem Fest der deutschen Jugend und habe dort erlebt, wie eine Idee die ganze deutsche Nation eint; wie die Jugend von dem Gedanken an den Führer beseelt ist.

Die ganze deutsche Nation ist jetzt ihrer historischen Aufgabe gerecht geworden. Sie hat eine Arbeit geleistet, die in uns, den anderen Völkern und Nationen, die Erkenntnis reifen ließ, daß nur unter deutscher Führung und deutschem Regime in der ganzen Welt jene Ordnung aufgerichtet werden kann, die für die Zukunft nicht wieder Konflikte und Kriege

7.6.1942

erstehen lassen wird. Die ganze Welt wird dann so konsolidiert sein, daß wir alle in Zukunft für unsere Völker ruhig arbeiten können.

Ich persönlich möchte Ihnen, Exzellenz, nochmals als Soldat der slowakischen Armee meinen Dank zum Ausdruck bringen. Wir haben im Norden unseres Landes eine gemeinsame Grenze mit dem Generalgouvernement. Bisher war Polen unser Nachbar, und etwas weiter nach Osten die bolschewistische Union. Damals war immer etwas nicht in Ordnung, immer gab es Konflikte. Wir sind ein kleines Volk. Die Polen hatten stets spekuliert, sie wollten uns immer etwas wegnehmen. Andererseits war die bolschewistische Propaganda bei uns sehr gefährlich. Unser Volk stand ja als slawisches Volk dem durch die Bolschewiken repräsentierten russischen Volk näher.

Nun haben wir eine große Grenze im Norden mit dem Generalgouvernement gemeinsam. Wir haben vom Norden her keine Bedrohung mehr zu befürchten und können jetzt in Ruhe leben, ohne gestört zu werden. Das danken wir vor allem auch Ihnen, Exzellenz, und Ihrer Tatkraft.

Ich habe dank Ihrer freundlichen Einladung Gelegenheit gehabt, zu sehen, welches Leben in Krakau herrscht. Ich konnte feststellen, welche Kraft und welcher Wille hier am Werke sind. Das bedeutet auch für uns Slowaken eine starke moralische Unterstützung

Das große historische Werk, das Sie, Exzellenz, hier im Generalgouvernement vollbracht, die Arbeit, die Sie für Großdeutschland und den Führer leisten, erfüllt uns mit Bewunderung. Wir sind stolz darauf, daß wir mit unserer kleinen Armee zusammen mit unseren deutschen Verbündeten für unser gemeinsames Interesse, für ein neues Europa kämpfen dürfen.
Ich erhebe mein Glas und trinke auf Ihr Wohl, Exzellenz.

7.6.1942

15^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Stadion. In seiner Begleitung befinden sich unter anderen General Catlos und Reichsjugendführer Axmann. Im Stadion finden Vorführungen der H.J. statt.

17^{00} T e e - Empfang zu Ehren des slowakischen Verteidigungsministers General Catlos in Haus Kressendorf.

19^{25} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach Berlin.

IV/9

Montag, den 8. Juni 1942

bis

Sonntag, den 14. Juni 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Dienstag, den 9. Juni 1942

18.00 In der Neuen Aula der Friedrich-Wilhelms-Universität spricht der Herr Generalgouverneur vor Dozenten und Studenten über das Thema:

Rechtsidee und Volksgemeinschaft.

(S.Anlage)

Anlage

Auf Einladung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin sprach Generalgouverneur Reichsminister Dr. Hans Frank über das Thema:

Rechtsidee und Volksgemeinschaft.

Nach kurzen einleitenden Worten des Rektors der Berliner Universität Prof. Dr. Kreuz begann Reichsminister Dr. Frank mit seinem Vortrag. Er führte aus:

Meine Kameradinnen und Kameraden! Ich bin gern der Einladung gefolgt, in einem ernsten geistesgeschichtlichen Augenblick über ein tiefes, das ganze deutsche Volk angehendes Problem zu Ihnen zu sprechen. Ich komme von Krakau, von einer stolzen Burg im Osten, die inmitten eines Landes aufragt, das jetzt in einen grandiosen weltgeschichtlichen Ablauf hineingestellt ist. Ich sehe von dieserBurg aus die endlosen Ströme deutscher Soldaten nach Osten ziehen, die Ströme, in denen der unerschöpfliche Kraftquell unserer Nation liegt, die den Krieg siegreich beenden wird.

Dieser Krieg mit seinen gewaltigen Ereignissen zwingt alle Lebensgebiete unseres Volkes in seinen Bann. Für uns Juristen ist es nicht nur selbstverständlich, sondern stets der stolze Zug der Bildung gewesen, die uns Rechtswahrern zuteil wurde, daß wir das Recht niemals als Selbstzweck ansahen, sondern es als mit dem Gemeinschaftsleben unseres Volkes unlösbar verbunden betrachteten. So verstehen wir auch, daß jetzt das Recht in den Dienst des Krieges einbezogen wird.

Die Beeinflussung des Rechts durch den Krieg wird oft in das gefährliche Wort umgedeutet: "inter arma silent leges". Dieses alte Wort, daß das Recht verstummt, wenn die Waffen sprechen, kann ich in seiner Totalität nicht anerkennen. Der Jurist wird den Vorrang des Krieges immer anerkennen. Ich bin jedoch der Meinung, daß im Kriege mit allen den feinen sozialen Nervenzonen vor allem die Rechtsempfindlichkeit des Volkes unbedingt der strikten Beachtung bedarf. So darf denn das Recht im Kriege nicht hintangestellt oder beiseite geschoben werden, sondern - in den Dienst des Krieges gestellt - ist es mit in die Notwendigkeit des Krieges uneingeschränkt einzubeziehen und wird daran mit/wirken, den Entscheidungskampf der Waffen um jeden Preis mit einem Siege zu beenden. Das bedeutet, daß sowohl in Gesetzgebung wie auch in Rechtssprechung unserer Nation das gesichert wird, was an äußeren Ordnungsnotwendigkeiten und an inneren Wertsicherungen für den Sieg Voraussetzung ist. So werden der Soldat wie der Bürger und jeder andere, der unter der Rechtsautorität des Reiches steht, diesen Kriegsdienst des Rechtes führen.

Wir stehen heute in der Periode der Entwicklung des neuen Reiches. Alles kann nur unter dem geschichtlich-substantiellen Gedanken stehen: wie gestaltet sich dieses Reich, wie wird es? Dieses Reich, das durch den Sieg die größte Ausdehnung seines Machtbereiches erlangen wird, die es jemals in der Geschichte hatte, es bedarf auch hier der inneren Ordnung, die ihm Ewigkeit verleihen wird. Noch nie war ein Reich denkbar ohne Recht - oder gegen das Recht. Reich und Recht gehören, wie die weltgeschichtliche Erfahrung lehrt, zusammen. So muß dieser Kriegsdienst des Rechtes als eine aus der normalen Entwicklung des Rechtslebens herausgeschnittene Sonderzone mit Eigengesetzlichkeiten angesehen werden.

501

Nach der Machtübernahme war die deutsche Gesetzgebung stets bemüht, das Recht mit dem wirklichen Empfinden des Volkes in Einklang zu bringen. Wir haben durch die Erbhofgesetzgebung, durch die Weiterbildung des Reichrechts, durch die Schaffung des Arbeits-, Wehr-, Kultur- und Rasserechts die großen notwendigen Voraussetzungen der totalen Neuordnung unseres Gemeinschaftslebens so rechtzeitig gestaltet, daß daraus die Elemente des Sieges durch ein völlig umgewandeltes, mit neuem Glauben, mit neuen Impulsen, mit neuen Entschlossenheiten und Geschlossenheiten erfülltes Volk geschaffen wurden. Diese Tat des Führers als des größten Gesetzgebers der deutschen Geschichte ist und bleibt die monumentalste Leistung der deutschen Rechtsgeschichte überhaupt.

Unmittelbar nach dem Kriege hoffe ich dem Führer den Entwurf des großdeutschen Volksgesetzbuches vorlegen zu können, an dem seit vielen Jahren die besten Köpfe des deutschen Rechts planen. Dieses Volksgesetzbuch wird die Erkenntnisse nationalsozialistischer Rechtspflege endgültig zusammenfassen. Doch sind schon alle bisherigen Gesetze so rechtzeitig errichtet worden, daß sie jetzt für den Krieg eine völlige Wandlung des Volksbewußtseins herbeigeführt haben. Die Vollendung dieser Wandlung wird das Volksgesetzbuch mit sich bringen, indem es Rechtsidee und Volksgemeinschaft endgültig zu einem harmonischen Zusammenklang bringt und das durchsetzt, was wir im 20. Jahrhundert von einer volksgenössischen Gemeinschafts-Rechtsordnung erwarten.

Ich möchte auch heute mein schon so oft wiederholtes Bekenntnis dahin ablegen: ich glaube an die Möglichkeit der Verbindung von autoritärer Staatsführung und richterlicher Unabhängigkeit. Ich glaube

an die Möglichkeit des Einbaues von Rechtssicherheit im weitesten Sinne in die autoritäre Staatsführung.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Worte, die der Führer in seiner letzten Reichstagsrede gesprochen und in denen er sich selber als obersten Gerichtsherrn des deutschen Volkes bezeichnet hat. Dem Führer ist an diesem Tage vom deutschen Volke eine Vollmacht gegeben worden. Diese dem Führer gegebene Vollmacht stellt in der deutschen Rechtsgeschichte eine außergewöhnliche Neuerung dar. Für die deutsche Rechtswelt ist damit eine der schwersten Entscheidungen gefallen. Der Führer hat sich dem deutschen Rechtsleben als Richter vorangestellt. Und wir können als Nationalsozialisten und als Deutsche im Interesse des Rechtes dieses unmittelbare Eintreten des Führers in richterliche Funktionen nur begrüßen. Es kann kein Zweifel mehr darüber sein, daß der Führer der oberste Gerichtsherr des deutschen Volkes ist. Andererseits ist es aber eine Frage, inwieweit neben diesen totalen richterlichen Funktionen des Führers richterliche Arbeit in Deutschland wird tätig sein können. Der Führer hat mit mir gerade im Hinblick auf seine Erklärung in der letzten Reichstagsrede anläßlich unseres Beisammenseins am 23. Mai 1942 darüber gesprochen und mich bevollmächtigt, folgendes zu sagen:

Der Führer ist der Überzeugung, daß die weitaus überwiegende Mehrheit der deutschen Richter ihre Aufgaben hervorragend erfüllt. Er wird deshalb nur dafür sorgen, daß da, wo aus der Rechtsprechung in einzelnen Fällen Gefahren für die einheitliche Führung des Reiches entstehen können, die Rechtsprechung mit dem Kriegsziel in Einklang gebracht wird. Es ist klar, daß nach unserer Anschauung nur ein Richter Recht sprechen kann. Indem der Führer als

oberster Richter selber die Funktion der Rechtsprechung übernommen hat, sind Richterbegriff und Richterfunktion durch den Führer in einer Weise bestätigt worden, die wir Nationalsozialistischen Rechtswahrer nur begrüßen können.

Es ist nun Aufgabe der zukünftigen Entwicklung, die Möglichkeiten der deutschen Rechtsprechung voll wahr zu nehmen. Und hier müssen wir von folgenden Grundsätzen ausgehen: Ein Volk läßt sich nicht durch Gewalt beherrschen, ein Volksleben ohne Recht ist undenkbar. Gewalt ist nur ein technisches Moment, das nie an die Stelle des Rechtes treten kann. So lebt das deutsche Volk aus seinem Recht als freies Volk und kann nie durch Gewalt zur Volksgemeinschaft gezwungen werden.

Der Deutsche trägt in seinem Rassecharakter ein Merkmal, das unendlich ernst zu nehmen ist: eine ungewöhnliche Rechtsbedürftigkeit und Rechtsempfindlichkeit. Aus dem Sehnen nach Gerechtigkeit und Recht sind die schönsten Motive unseres nationalen Lebens entstanden. Jedoch bedarf wie alle kulturellen Werte auch das Recht des staatlichen Schutzes. Es geht andererseits aber nicht an, daß in einem Staat einem Mitglied der Gemeinschaft Ehre, Freiheit, Leben, Eigentum genommen werden, dass man es verstößt und verurteilt, ohne daß es zuvor gegen die erhobenen Anklagen hat Stellung nehmen können. Hierin kann uns die Wehrmacht ein Vorbild sein: dort ist jeder so lange freies, geachtetes und gleichberechtigtes Mitglied der Gemeinschaft, bis ein Richter - unabhängig über ihm stehend - zwischen Anklage und Verteidigung abgewogen und geurteilt hat.

Audiatur et altera pars - auch der andere werde gehört! Es ist das alte heilige Bild des deutschen Rechts: hier steht der Vertreter der Gemeinschaft,

der Staatsanwalt, der die Anklage erhebt, - dort der Beschuldigte, der in freier Rede zu den gegen ihn erhobenen Anwürfen Stellung nehmen und als freier Mann sein Recht verteidigen kann. Über beiden aber thront unabhängig im tiefsten Sinne des Wortes ein Richter, der nach seinen Gesetzen und seinem gerechten Empfinden zwischen beiden abwägt und das endgültige Urteil fällt.

Wir wollen uns gerade hier vor der werdenden Rechtswahrergeneration mit Freude und Stolz allen Verleumdungen der Rechtsarbeit entgegen zum Richtertum bekennen und sagen, daß die Rechtsarbeit eine der stolzesten Sendungen völkischer Bewußtheit darstellt. Wir sind so gut deutsche Nationalsozialisten wie jeder andere auch, und daher müssen wir uns gerade jetzt, wo so gern und so leicht und mit billigen Worten Kritik an der Arbeit des Rechtswahrers geübt wird, im Interesse des Reiches Adolf Hitlers zu unseren rechtlichen Aufgaben bekennen.

Wir haben einen stolzen Stand. Wir werden in diesem großen Reiche vor allem daran denken, daß Tausende und Abertausende von Mitarbeitern des deutschen Rechtslebens für des Führers und des Reiches Sieg gefallen sind und daß eine Fülle von deutschen Rechtsmännern mit den höchsten Ehrenzeichen dieses Krieges begabt wurden. Für uns ist es daher gewiß, daß das Rechtsleben und der Rechtsstand in Deutschland ihre große Zukunft haben.

Die Germanen haben ihr Staatsleben nur durch die Rechtsprechung geoffenbart. Und es ist ja heute nicht so, daß in Deutschland eine bestimmte Gruppe die Befugnis, die Germanen für sich in Anspruch zu nehmen, allein gepachtet hätte. Vielmehr kann kein Zweifel daran bestehen, daß man ohne den Gedanken

der volksgenössischen Rechtshilfe in den germanischen Stämmen, also ohne deren hohen Sinn für Recht und Gerechtigkeit nicht von ihrem Gemeinschaftsleben würde sprechen können.

Wenn der Richter im Namen des Volkes, im Namen der völkischen Gemeinschaft, angetan mit den Zeichen seiner Würde, begabt mit dem Stab des Reiches und des Rechtes, Recht sprach, dann war dies bis in die jüngste Zeit hinein eine symbolische heilige Handlung im Dienste der Gemeinschaft, und alle Häupter neigten sich vor dieser Figur, weil sie die tragende Gestalt der Ewigkeit unserer Gemeinschaftsgerechtigkeit ist.

Wir stehen daher in der Geschichte unseres Reiches mit vollem Bewußtsein für diese Rechtsidee ein. Die Rechtsidee aber bedeutet: Schutz dem Volksgenossen im gemeinnützigen Wirken. Die Entziehung von Freiheit, Ehre, Leben und ehrlich erworbenem, sozial-gerechten Eigentum soll nur möglich sein im Wege des richterlichen Spruches: "Keine Volksgemeinschaft ohne Recht". In diesem Bewußtsein bitte ich den Führer jedes Mal, wenn ich ihn sehe: "Führer, schütze Du uns und unser deutsches Recht!"

Der Wahrnehmer und Wahrer des Rechtes ist der Richter. Indem er nicht nur die Funktion der Gemeinschaft gegenüber dem Einzelnen, sondern auch dessen Interessen gegenüber der Gemeinschaft vertritt, ist der Richter ein Vermittler, ein Ausgleich zwischen Gemeinschaft und Individuum. In Hinsicht auf die übermäßige Autorität des Staates ist der unabhängige Richter der einzige, der wirklich den einzelnen Bürger zu schützen in der Lage ist. Er kann seine Klagen weiterleiten, dem individuellen Schutzbedürfnis entsprechen. Wenn aber diese Instanz verlorengeht, dann befindet sich der Volksgenosse plötzlich ohne Schutz

und Hilfe, ohne Schirm und Hort und ist der Allgewalt des Staates schutzlos preisgegeben. Fiele der Richter fort oder würde seine Autorität wanken, so würde auch das Vertrauen des Volkes in den Staat und seine Akte verschwinden; denn hier ist die Instanz, die allein wahrhaft zwischen beiden abwägen kann.

Das Recht ist also nicht nur ein Hort des Vertrauens zwischen Volk und Führung, es ist auch ein Wahrer der Freiheit. Genau so wenig, wie ein Volk ohne Recht leben kann, kann es auch nicht ohne Freiheit bestehen. Freiheit aber bedeutet auch die Möglichkeit der geistigen Entfaltung. Wir sind kein Volk der slawisch-jüdischen Vermassung und verfallen nicht dem Wahn der geistigen Nivellierungsmöglichkeit von 80 Millionen. Im Anfang, Mittelpunkt und Ziel unseres völkischen Lebens steht die schöpferische Persönlichkeit. Sie ist Ausdruck unserer völkischen Kraft, der Stärke und des Lebenssinnes von Reich und Volksgemeinschaft. Diese schöpferische Persönlichkeit äußert sich darin, daß sie sich immer wieder in der jungen Generation den Problemen einer neuen Zeit mit neuen Offenbarungen und neuen Glaubensinhalten leidenschaftlich verschreibt.

Wir glauben an diese idealistische Kraft unserer Nation und werden uns gegen alle Formen von vatikanischem Index oder jüdischer Überzensierung von früher sperren. Die schöpferische Persönlichkeit einer Nation ist die höchste Gnade. Ihr den Weg zu bereiten, ist Aufgabe der Gemeinschaft; denn sie zu unterdrücken ist in jedem Falle der Gemeinschaft schädlich.

So, wie der Geist sich frei zu entfalten hat und das Genie gefördert werden muß, darf man auch die wissenschaftliche Erkenntnis nicht hemmen wollen. Es geht nicht an zu behaupten, daß die Wissenschaft, wie sie im Jahre 1933 gewesen, fortan also bleiben müsse. Es gibt keine nationalsozialistische Physik.

Ich bin mir bewußt, daß ich im Augenblick der einzige in diesem Saal bin, der dies alles aussprechen kann. Aber ich bin ein genau so alter Parteigenosse wie alle die anderen und habe ein Recht, zu sprechen wie jene. Ich werde immer in vorderster Reihe mit meiner Treue zum Führer stehen und habe als Führer des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes die Erziehung des jungen Rechtswahrers auf seine zukünftigen Aufgaben unter mir. Ich habe die Akademie für Deutsches Recht gegründet, habe das Reichsrechtsamt der NSDAP gegründet und wache über die nationalsozialistische Klarheit des Rechtes. Ich glaube an ein ewiges heiliges Recht, dessen saubere Anwendung allein unser Volk für die Erfüllung der Aufgaben reif machen kann, zu denen der Führer es berufen hat.

Ich weiß, daß Justiz und Richtertum dauernd Angriffen ausgesetzt sind, und habe mich immer aufs schärfste dagegen gewendet. Ich weiß aber auch, daß Richter sein eines der höchsten, größten und verantwortungsvollsten Ämter im deutschen Volksaufbau darstellt. Wohl sind Fehler und Irrtümer in der Rechtssprechung vorgekommen, und diese Irrtümer sind schlimm, weil sie in ihren Auswirkungen für die Volksgemeinschaft schädlich sein können. Indessen kann man deshalb nicht auf die Justiz verzichten wollen, die in ihrer menschlichen Organisation wie jede andere Institution auch ihre Fehler hat, genau so wenig, wie man die Medizin verwerfen wird, wenn eine ihrer Arzneien fehlschlägt oder weil es trotz ihrer Bemühungen immer noch Krankheiten gibt.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß das Reich des Führers viele Jahrhunderte zu bestehen haben wird. Wir müssen daher das völkische Rechtsbewußtsein und den Vorrang der schöpferischen Persönlichkeit bejahen;

denn eine Volksgemeinschaft ohne Recht ist nach deutscher Staatsauffassung undenkbar. Deshalb sei dem Führer auch gedankt, daß er selber die Sorge für die Rechtsprechung durch den Einsatz seiner eigenen Persönlichkeit übernommen hat.

Das Recht steht über dem Volke; denn das Volk ist ihm unterworfen. Das Recht steht auch unter dem Volke; denn es dient ihm. Vor allem aber: das Recht ist im Volke; denn in ihm lebt es und wird durch das völkische Rechtsbewußtsein fortgebildet. Die von uns aufgestellten Gesetze aber, denen wir als Ausdruck unseres Rechtsbewußtseins dienen, bestimmen das Leben unseres Volkes.

So soll die Kritik am Recht unsere Aufgabe sein; denn wir wollen diese Kritik um des Rechtes willen üben. Genau so wollen wir aber auch die Irrtümer des Richters bekennen um des Richters willen. Wir wollen uns jedoch auch in Zukunft weiterhin so fanatisch und entschlossen gegen Angriffe auf uns wehren, wie jene Angriffe auf uns gedacht sind. Ich persönlich wie auch meine Mitarbeiter am Recht, wir dienen ja alle einem Ziel, der Größe und Stärke unseres Reiches. Wir wollen als deutsche Männer und Frauen weiter kämpfen, für ein wahres, echtes Recht eintreten und ihm, seiner Größe und Heiligkeit unsere Arbeit und Anstrengungen weihen. Und wir sind deshalb keine schlechteren Nationalsozialisten als alle anderen.

Ich bin mir bewußt, daß der Kampf um das deutsche Recht und um die Gestaltung der Rechtspflege noch lange nicht beendet ist, sondern noch viele Jahre andauern wird. Möge der deutsche Richter seiner Aufgabe bewußt bleiben, Diener des Rechts und der Gemeinschaft, Gefolgsmann des Führers und Kämpfer der Wahrheit zu sein!

Bei aller Härte dieser Zeit und dem Bewußtsein der neu beginnenden monumentalen Epoche des größten Reiches unseres Volkes bleibt uns ein Leitsatz: Recht und Reich, Rechtsidee und Volksgemeinschaft sind untrennbar miteinander verbunden, so wie der Führer mit seinem Volke eine unlösbare Einheit bildet.

/9 Kressendorf/Krakau

Montag, den 15.Juni 1942

8^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.

10^{00} Ankunft auf der Burg.

10^{05} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler

11^{00} Besprechung mit Ministerialrat Wolsegger.

11^{20} Besprechung mit Staatssekretär Krüger.

12^{00} Besprechung mit Chefdirigent Hindemith / Philharmonie und Intendant Stampe / Staatstheater.

Gegenstand der Besprechung sind die Pläne der Philharmonie des Generalgouvernements und des Staatstheaters für die Ende September beginnende Winterspielzeit.

Der Herr Generalgouverneur läßt dabei dem Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs Kammergerichtsrat Dr. Keith den Auftrag übermitteln, Oberst Weiß folgende Mitteilung zukommen zu lassen:

Die Angelegenheit der u.k-Stellung der Orchestermitglieder des Staatstheaters Krakau ist als endgültig bereinigt anzusehen; dem Generalgouverneur ist unverständlich, daß entgegen der ihm vom Führer gegebenen Weisung noch andere Stellen in diese Angelegenheit hineinreden wollen. Seit dem unmittelbaren Eingreifen des Führers ist das Reichspropagandaministerium nicht mehr zuständig.

Bei dieser Gelegenheit weist Intendant Stampe darauf hin, daß eine Erhöhung der Eintrittspreise für das Staatstheater geplant sei.

15^{05} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

Dienstag, den 16. Juni 1942

11[20] Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11[30] Besprechung mit Pressechef Gassner.

11[40] Besprechung mit Bankdirigent Dr. Paersch.

12[00] Besprechung mit DRK - Oberstführer Dr. Heller.

Oberstführer Dr. Heller teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß er in der Angelegenheit des vermissten Soldaten Grau Ermittlungen angestellt habe. Es sei ihm gelungen, die Adresse eines Kameraden des Grau, nämlich eines Soldaten Feighammer bzw. dessen Vaters festzustellen. Es sei auch gelungen, die Feldeinheit des Soldaten Feighammer zu ermitteln. Man bemühe sich nun, mit diesem Soldaten F. in Verbindung zu treten, werde auch dem Vater des F. schreiben, ob er etwas Näheres wisse. Die Herstellung einer Verbindung mit dem Soldaten F. sei aber nur über die hiesige Frontleitstelle möglich. Erst wenn es gelungen sei, den Standort der Feldeinheit des Soldaten F. zu finden, werde er, Dr. Heller, in der Lage sein, einen besonderen Kurier dorthin zu schicken.

Auf ein Ersuchen des Herrn Generalgouverneurs erklärt sich Oberstführer Dr. Heller bereit, dem Herrn Generalgouverneur jeweils Mitteilung von dem Eintreffen von Lazarettzügen in Krakau zu machen.

Wie Oberstführer Dr. Heller mitteilt, hat das Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes unter dem 19. Mai 1942 eine Eingabe an die Regierung des Generalgouvernements betr. Ausgestaltung des Deutschen Roten Kreuzes im Generalgouvernement gerichtet. Nach der bisherigen Regelung habe sich, so führt

16.6.1942

Dr. Heller aus, das Deutsche Rote Kreuz im Generalgouvernement nicht frei entfalten können, da es bisher an bestimmte Anordnungen des Generalgouverneurs als Reichsleiters der Partei gebunden gewesen sei.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß Staatssekretär Dr. Bühler ihm am nächsten Tage Vortrag über diese Eingabe des Präsidiums des DRK halten soll.

12.10 Besprechung mit Hauptschriftleiter Stoeppler und Schriftleiter Lojewski.

Hauptschriftleiter Stoeppler gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Krakauer Zeitung. Er berichtet weiter von der ersprießlichen Zusammenarbeit zwischen dem Verlagsleiter Strozyk und den Schriftleitern der Krakauer Zeitung. Dank der Tatsache, daß die Wehrmacht von der Einberufung von Schriftleitern der Krakauer Zeitung zum Wehrdienst abgesehen habe, sei auch weiterhin eine ungestörte Arbeit gesichert.

Gegenstand der Besprechung ist weiter die Rede, die der Herr Generalgouverneur am 9. Juni 1942 in der Neuen Aula der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin vor Professoren und Studenten der Juristischen Fakultät gehalten hat, über das Thema: Rechtsidee und Volksgemeinschaft. Hauptschriftleiter Stöppler und Schriftleiter Lojewski berichten von dem großen Eindruck, den diese Rede auch in Pressekreisen gemacht hat.

12.35 Der Herr Generalgouverneur empfängt Staatssekretär Dr. Krohn vom Reichsjustizministerium in Gegenwart

16.6.1942

des Hauptabteilungspräsidenten Ministerialrats Dr. Wille und des Rechtsanwalt Dr. Wolfgramm.

Staatssekretär Dr. Krohn gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über seine Tätigkeit und seine Aufgabe als Reichskommissar für die Behandlung des Feindvermögens. Ihm unterständen die Verwalter der feindlichen Unternehmungen und Vermögensmassen. Er sei für diese seine Tätigkeit aus dem Reichswirtschaftsministerium zum Reichsjustizministerium abgeordnet worden. Da es sich bei diesen Vermögensmassen um Objekte handle, die vielfach stark in die Rüstungsaufgabe eingespannt sind, handle es sich um eine sehr interessante Aufgabe. Bei der Verwaltung des Feindvermögens werde im allgemeinen eine gewisse Rücksicht geübt, man sei bestrebt, die infrage kommenden Objekte gewissermaßen konservativ zu verwalten. Im allgemeinen könne gesagt werden, daß es z.B. in Deutschland zur Zeit vielmehr amerikanisches Vermögen gebe als deutsches Vermögen in Amerika, während früher das Verhältnis umgekehrt gewesen sei. Das bringe den Vorteil mit sich, daß man den Amerikanern gegenüber mehr freie Hand habe. Immerhin sei eine gewisse Vorsicht am Platze, da man nicht wisse, wie stark das Vermögen der Deutschen, die in Amerika geblieben seien, sei. Diese Deutschen würden natürlich durch irgendwelche Vergeltungsmaßnahmen getroffen werden. Außerdem müsse man auf die deutschen Interessen in Süd- und Mittelamerika Rücksicht nehmen. Die Verwaltung des diplomatischen Vermögens in Gestalt der Botschaftsgebäude usw. beruhe auf Gegenseitigkeit, wie ja überhaupt die alten diplomatischen Formen noch immer etwas ritterlich seien.

16.6.1942

Rechtsanwalt Dr. Wolfgramm nimmt als Verwalter des Feindvermögens im Generalgouvernement zu der Frage Stellung, wie bisher das Feindvermögen hier behandelt worden ist. Insgesamt betrage nach bisherigen Schätzungen das englische, belgische und französische Vermögen, das in Industriewerken und anderen Objekten investiert worden sei, etwa 1,5 Milliarden Zloty, kapitalmäßig gesehen etwa 500 Millionen Reichsmark. Da das amerikanische Vermögen bisher noch nicht berücksichtigt sei, rechne man mit einem erheblichen Zuwachs. Die Frist für die Anmeldung des Feindvermögens laufe am 30. Juni ab. Bei einem einzigen Finanzinspekteur seien 40 amerikanische Grundstücke angemeldet worden. Sie gehörten vielfach Polen, die nach Amerika emigriert seien. Die zahlreichen Grundstücke, die bisher in Besitz von Juden gewesen seien, habe man im Gegensatz zu dem im Reich eingeschlagenen Verfahren nicht unter besondere Verwaltung gestellt, sondern sie in der Verwaltung der Treuhandstelle belassen. Zu den von seiner übrigens ganz kleinen Dienststelle verwalteten Grundstücken gehörten unter anderem Werke der Erdölindustrie, Textilfabriken und andere.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Rechtsanwalt Wolfgramm, ihm genaues Zahlenmaterial über den Umfang des Feindvermögens im Generalgouvernement zu geben.

Staatssekretär Dr. Krohn berichtet dem Herrn Generalgouverneur von der im Reich hinsichtlich der Behandlung des Feindvermögens geübten Praxis und stellt dabei fest, daß im allgemeinen diese Werte für das Reich konserviert würden. Man habe bisher stets davon Abstand genommen, von diesen Werten etwas abzugeben. Dieses Verfahren wünsche er auch für das Generalgouvernement eingeschlagen zu sehen, umso mehr, da man ja auch an die Kriegsteilnehmer denken müsse und deshalb vorzeitige Verfügungen nur

16.6.1942

schädlich sein könnten. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, ihn in diesem seinen Bestreben zu unterstützen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, diesem Wunsche des Staatssekretärs Dr. Krohn zu willfahren.

12^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Kammersänger der Berliner Staatsoper Marcel Wittrisch und den Pianisten Wille in Gegenwart des Referenten bei der Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda Dr. Jänicke.

13^{10} M i t t a g e s s e n .

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf. Dort ist Kammersänger Marcel Wittrisch Gast des Herrn Generalgouverneurs.

19^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur "Urania" in Krakau: Liederabend des Kammersängers Marcel Wittrisch.

22^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Krakau

Mittwoch, den 17.Juni 1942

10^{10} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10^{15} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11^{00} Besprechung mit Oberstarbeitsführer Hinkel.

Oberstarbeitsführer Hinkel berichtet dem Herrn Generalgouverneur von einer vorbereitenden Besprechung, die er mit Reichsarbeitsführer Hierl über das Einschalten eines gewissen Prozentsatzes aktiver Führer in den polnischen Baudienst gehabt hat. Der Reichsarbeitsführer plane die Einsetzung eines Sonderbeauftragten für Baudienstangelegenheiten der ihm für den Führereinsatz von Reichsarbeitsdienstführern und gleichzeitig als Leiter des Baudienstes dem Generalgouverneur verantwortlich sein solle. Der Baudienst bleibe also eine gouvernementseigene Einrichtung; nur die Disziplinargewalt der aktiven Führer gebe der Reichsarbeitsführer nicht aus der Hand. Damit sei die Gewähr gegeben, daß im Generalgouvernement nur gute Führer zum Einsatz gelangten, deren Tätigkeit im Generalgouvernement als Vorbereitungszeit gewertet werden solle.

Der Herr Generalgouverneur ist mit dieser geplanten Regelung einverstanden, weist aber darauf hin, daß der Baudienst unbedingt als Einrichtung des Generalgouvernements erhalten bleiben müsse. Er ersucht Oberstarbeitsführer Hinkel, nach Besprechungen mit Staatssekretär Dr. Bühler und der Hauptabteilung Innere Verwaltung einen dementsprechenden Vorschlag auszuarbeiten.

17.6.1942

Oberstarbeitsführer Hinkel erklärt dann, daß die Ostbahn von ihm 20 000 Baudienstmänner für dringende Arbeiten angefordert habe. Er sei daher gezwungen, andere Baustellen stillzulegen. Diese Maßnahme führe aber zu gewissen Schwierigkeiten mit dem Stadthauptmann. Gleichzeitig führe der Baudienst Arbeiten an einer Unterkunft des Sonderdienstes durch, der als Gegenleistung die Bewachung eines Straflagers, in das Baudienstpflichtige, die sich der Erfassung entzögen, gebracht würden, übernommen habe. Es erhebe sich nun die Frage, ob man den Wünschen des Stadthauptmanns und des Sonderdienstes auf Gestellung von Baudienstmännern weiterhin entsprechen könne.

Der Herr Generalgouverneur steht auf dem Standpunkt, daß die Bauarbeiten der Ostbahn als vordringlich anzusehen seien, während man den Wünschen des Sonderdienstes, wenn irgend möglich, entgegenkommen solle.

Oberstarbeitsführer Hinkel verweist anschliessend auf Presseartikel, die von Dienststellen in die Krakauer Zeitung lanciert würden und in denen Leistungen des Baudienstes als solche dieser Dienststellen hingestellt würden. So beanspruche z.B. in einem dieser Artikel die Abteilung Straßenbau die Freihaltung der Nachschubstraßen während des Winters als ihr Verdienst, während doch in Wirklichkeit diese Freihaltung dem Einsatz des Baudienstes zu danken sei. Dadurch werde in die Reihen seiner Baudienstführer eine große Erbitterung hineingetragen

17.6.1942

Der Herr Generalgouverneur gibt Oberstarbeitsführer Hinkel die Ermächtigung, in seinem Namen Schritte zur Richtigstellung zu unternehmen, und regt im übrigen einen Empfang des Führerkorps des Baudienstes auf der Burg an. Bei dieser Gelegenheit könne man die Leistungen des Baudienstes in der Presse ins richtige Licht rücken.

Zum Schluß weist Oberstarbeitsführer Hinkel auf die großen Verzögerungen hin, die dadurch entständen, daß auf Grund einer Anordnung der gesamte Posteinlauf im Staatssekretariat geöffnet werden müsse. Beim Baudienst käme es darauf an, auf aus dem Lande kommende Anforderungen möglichst rasch Befehle zu erteilen. Staatssekretär Dr. Bühler habe sein Ersuchen um direkte Postzuleitung abgelehnt.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Oberstarbeitsführer Hinkel um eine schriftliche Begründung.

11^{15} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Präsident Ohlenbusch berichtet, daß von der Hauptabteilung Propaganda in Lublin eine Sonderaktion gestartet werde. Man verteile über die Woits und den Ukrainischen Ausschuß Flugblätter; Bildplakate würden angebracht, die unter dem Motto stünden: "Bolschewistische Banden ziehen raubend, plündernd und mordend durch Euer Land, setzt Euch zur Wehr, achtet auf Verdächtige, verständigt die Polizei, bewacht die Ernte usw."; insgesamt würden 17 000 polnische und 300 000 ukrainische Flugblätter verteilt. Auch die Polizei gebe ein Merkblatt zur Unterrichtung der Bevölkerung aus. Weiter würden

17.6.1942

in den Dörfern Film- und Rundfunkwagen eingesetzt. Die polnische und ukrainische Presse erschienen mit einer Sondernummer. -

Als Auftakt für den zweiten Parteitag des Generalgouvernements im August schlägt Präsident Ohlenbusch eine grosse kulturelle Veranstaltung vor.

Der Herr Generalgouverneur will für diesen Zweck mehr das Kämpferische, z.B. Fanfarenklänge der Hitlerjugend, hervorragende Sänger für die Standardlieder des Dritten Reiches in den Vordergrund gerückt wissen.

Für den dritten Jahrestag des Generalgouvernements sei folgendes Grundprogramm zu beachten:

am 25.Okt.abends: Neueinstudierung von "Julius Cäsar" von Händel,

am 26.Okt.abends: Festkonzert der Philharmonie,

vormittags 10 Uhr: Festakt auf der Burg

mittags: Vorbeimarsch auf dem Adolf-Hitler-Platz.

Präsident Ohlenbusch fügt hinzu, daß SA-Oberführer Peltz eine große Sportübung der SA-Wehrbereitschaften vorbereite.

In Lemberg solle mit Zustimmung von Reichsminister Dr. Goebbels eine deutsche Vollbühne entstehen. Unterstützung zur Zusammenstellung eines Ensembles sei zugesagt worden. Die Stadt Lemberg habe aber den Intendanten des Mainzer Theaters Oberspielleiter Tessner bereits als Kulturbeauftragten der Stadt in ihre Dienste genommen, während er Herrn Tessner als Intendanten des neuen Städtischen Theaters Lemberg verpflichten wolle.

Der Herr Generalgouverneur ist mit einer Bestallung Tessners zum Intendanten einverstanden.

Anschließend äußert der Herr Generalgouverneur seine volle Zufriedenheit über die von Präsidenten

17.6.1942

Ohlenbusch herausgebrachten "Blätter für Deutsche Kultur im Generalgouvernement", wünscht aber noch die Hereinnahme sonstiger Nachrichten.

Präsident Ohlenbusch lenkt die Aufmerksamkeit des Herrn Generalgouverneurs auf die Tatsache, daß in den gemischten Chor der Philharmonie Deutsche und Polen aufgenommen würden. Die Leistung eines Polen im Rahmen der Philharmonie werde von der polnischen Presse zu stark herausgestellt.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Ohlenbusch,diese Angelegenheiten mit dem Chefdirigenten Hindemith zu bereinigen. Als oberster Grundsatz müsse dabei gelten, daß es zu keinerlei Verletzung des deutschen Gefühls kommen dürfe.

Präsident Ohlenbusch schlägt dem Herrn Generalgouverneur zur Bestreitung der Rundfunksendungen des Generalgouvernements im Reichsprogramm die Bildung einer Staatskapelle des Generalgouvernements vor, in der Chefdirigent Hindemith ernste, Kapellmeister Erb beschwingte und Kapellmeister Antolitsch Opern- und Operettenmusik dirigieren sollten. Die SS sträube sich gegen ein Auftreten der Philharmonie im Reichsrundfunkprogramm.

Der Herr Generalgouverneur gibt Präsident Ohlenbusch freie Hand zur Bildung eines solchen Staatsorchesters des Generalgouvernements. Im übrigen präzisiert er aber seinen Standpunkt dahin, daß das Generalgouvernement die Tatsache nicht zu verbergen brauche, daß seine Philharmonie aus polnischen Musikern bestehe. Man wisse das im Reich, und wenn das Reich das Auftreten der Philharmonie aus diesem Grunde nicht wünsche, dann verzichte man eben.

17.6.1942

12[40] Der Herr Generalgouverneur empfängt Reichsbankvizepräsident Lange, Reichsbankrat Jähne, die in Begleitung von Bankdirigent Dr. Paersch erschienen sind.

13[15] Feierliche Verabschiedung von Ministerialrat Wolsegger in Anwesenheit der Staatssekretäre, der Hauptabteilungsleiter und des Generals von Höberth im Kanonensaal der Burg.

Der Herr Generalgouverneur hält folgende Abschiedsansprache:

Ministerialrat Dr. Wolsegger! Im Namen des Führers und Reiches verabschiede ich Sie hiermit aus den Diensten des Generalgouvernements. Ich darf dabei dem Dank und der Anerkennung des Führers für Ihre Dienstleistung im Generalgouvernement Ausdruck verleihen und Ihnen sagen, daß wir, die wir Sie nun seit Jahren als einen wertvollsten und wichtigsten Mitarbeiter auf hervorragenden Plätzen des Generalgouvernements kennen, Sie ungern ziehen lassen. Sie sind für uns alle eine vorbildlich aufrechte deutsche Verwaltungspersönlichkeit gewesen und haben an entscheidender Stelle mitgeholfen, jenes charakteristische Element des Verwaltungslebens und der Verwaltungsart in diesem Gebiet aufzubauen, das meines Erachtens in der Verwaltungsgeschichte des großdeutschen Raumes geschichtsbildend sein wird.

Diese Kombination von persönlichem taterprobten Einsatz, gepaart mit der Tradition des verwaltungserfahrenen deutschen Beamten im besten Sinne des Wortes, ist die Voraussetzung für die Erfüllung der großen Aufgaben, die in diesem Raum gestellt sind. Eine wahrhaft kleinste Zahl von deutschen Männern hat hier eine Millionenmasse fremden haßer-

17.6.1942

füllten, antideutschen Volkstums in die Gemeinschaftsordnung des neuen Europa.einzufügen. So steht das Generalgouvernement, vielfach umzuckt von den Blitzen einer schwierigsten Entwicklung, aber doch in sich festgefügt, als ein stolzes Bollwerk einer bis jetzt noch von niemandem wieder erreichten Verwaltungskunst da. Das, was wir hier geschaffen haben, muß uns erst noch nachgemacht werden. Daher können wir unser Auge mit Stolz erheben und gegenüber jeder Form von bösartiger, entstellender, subversiver Kritik gegen unsere Arbeit gerade auf das leuchtende Vorbild von Männern hinweisen, wie Sie es, Ministerialrat Wolsegger, darstellen.

Voll innerer Beglückung danke ich Ihnen im Namen der Beamten und Angestellten des Generalgouvernements. Ich weiß, daß Sie sich an dem neuen hervorragenden und geschichtlich entscheidenden Platz, auf den Sie vom Führer gestellt werden, daß Sie in Ihrer Heimat an der Südgrenze des Reiches als Regierungspräsident im Reichsgau Kärnten und als wesentlich führender Mitarbeiter beim Chef der Zivilverwaltung des neuen Bereiches Ukraine erneut sich bewähren werden.

Zum Zeichen meiner Anerkennung und zur Erinnerung an dieses Landes, dem Sie in so hervorragender Weise gedient haben, überreiche ich Ihnen dieses Bild. Mein Wunsch ist es, daß es Sie stets an uns erinnern möge, mein weiterer Wunsch, daß Ihnen noch ein reiches Erleben aus verdienstvoller Arbeit beschieden sein möge.

Ministerialrat Wolsegger dankt dem Herrn Generalgouverneur für die Worte der Anerkennung seiner Arbeit und betont dabei, daß es ihm nicht leicht falle, aus diesem Gebiet zu scheiden. Nach einem

17.6.1942

Rückblick auf seine Beamtenlaufbahn in österreichischen Diensten und vor allem auf die drei Phasen seiner Tätigkeit im Raum des Generalgouvernements spricht er die Bitte aus, nach Beendigung seiner aktiven Beamtendienstzeit in diesem Lande als Pionier deutscher Kultur und deutscher Landwirtschaft wirken zu dürfen.

13³⁰ M i t t a g e s s e n .

16³⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Krakau

Donnerstag, den 18.6.1942

9[50] Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg

9[55] Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10[00] Polizeisitzung im Königssaal der Burg.

(S. Beiakten)

13[30] M i t t a g e s s e n .

15[55] Besprechung mit Oberst Fischer.

16[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt im Beisein von Ministerialrat Wille die Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Draeger-Königsberg, Dr. Wohler-Danzig Dr. Block-Kattowitz und Froboese-Posen.

Die Oberlandesgerichtspräsidenten waren in Kattowitz zur Besprechung allgemeiner Fragen zusammengetroffen und haben anschließend auch der Hauptstadt des Generalgouvernements einen kurzen Besuch abgestattet, um mit der Hauptabteilung Justiz gemeinsam interessierende Fragen ihrer Arbeitsgebiete zu besprechen.

16[35] Der Herr Generalgouverneur empfängt Reichsstatthalter Sprenger.

20[00] Zweite Serenade im Gotischen Hof des Ostinstituts.

Die Philharmonie des Generalgouvernements bringt unter Stabsführung ihres Chefdirigenten Rudolf Hindemith das Brandenburgische Konzert Nr. 3 in G-dur (Haydn), die Oxfordsinfonie und das Violin-Konzert A-dur von Mozart zu Gehör. Solist ist Fritz Sonnleitner.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.
(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Freitag, den 19.Juni 1942

10³⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11⁰⁵ Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11³⁵ Der Herr Generalgouverneur bespricht mit Hauptabschnittsleiter Stahl Parteiangelegenheiten.

11⁴⁵ Hauptabschnittsleiter Stahl stellt dem Herrn Generalgouverneur den neuen Parteirichter Grothmann vor.

11⁵⁰ SA-Oberführer Peltz berichtet dem Herrn Generalgouverneur im Beisein von Hauptabschnittsleiter Stahl über die SA-Wehrbereitschaften.

SA-Oberführer Peltz weist darauf hin, daß die Aufbauarbeit durch Versuche des NSKK, Leute aus der SA-Wehrbereitschaft in seine Reihen zu ziehen, etwas gestört werde. Die Frage der Waffen- und Munitionsbeschaffung sei immer noch nihht ganz geklärt. Im großen und ganzen mache die Arbeit aber große Fortschritte; so seien im Distrikt Radom bereits 12 000, in Warschau 8 000 Wehrmänner erfaßt. Zum Zweiten Parteitag des Generalgouvernements werde eine straff organisierte Formation in Erscheinung treten können.

Der Herr Generalgouverneur will weniger Gewicht auf die große Anzahl als auf das Erscheinungsbild der Männer gelegt wissen. Die Störungsversuche des NSKK solle Pg. Stahl mit den zuständigen Stellen bereinigen.

12⁰⁰ Besprechung mit Ministerialrat Dr. Siebert in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple.

Der Herr Generalgouverneur instruiert die beiden Herren über den Ablauf des anschließend stattfindenden Empfanges des Polnischen Hauptauschusses im Königssaal.

/IX/9.19

19.6.1942

12[00] Im Königssaal der Burg zu Krakau empfängt der Herr Generalgouverneur den Präsidenten des Polnischen Hauptauschusses Grafen Adam Ronikier, die Beiräte Stanislaus Wachowiak, Janusch Machnicki, Dr. Heinrich Wolter, Waclaw Kryczanowski und Ludwig Piotrowicz. Anwesend sind unter anderem die Staatssekretäre Dr. Bühler, Dr. Boepple, SS-Oberführer Dr. Schöngarth Pressechef Dr. Gassner, Leiter der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge Dr. Föhl.

Der Herr Generalgouverneur richtet an die Mitglieder des Polnischen Hauptausschusses folgende Ansprache:

Ich wollte einen ganz konkreten Anlaß benutzen, um an die Herren des Polnischen Hauptausschusses einige Worte zu richten. Mir wurde vor einigen Tagen gemeldet, daß sich 750 000 Arbeiter aus dem Generalgouvernement für die Arbeit im Deutschen Reich zur Verfügung gestellt haben. Ich erblicke darin eine schöne loyale Haltung der Bevölkerung. Angesichts der Bedeutung, die heute die Arbeit für das Reich, für die ganze Wirtschaft und für den Sieg hat, liegt darin auch eine solche Unterstützung der europäischen Gemeinschaftsinteressen, daß ich mich veranlasst sehe, auch Ihnen, meine Herren, zu danken. Im Hinblick auf die große Unterstützung, die Sie diesem großen Werk der Arbeiterverschickung ins Reich haben zuteil werden lassen, werden Sie es wohl verstehen, wenn ich sofort wieder mit der Bitte komme, mir zu helfen, daß mindestens noch weitere 150 000 Arbeiter ins Reich gehen.

Wir können uns bei dieser Gelegenheit auch einmal über Ihre Wünsche und über das unterhalten, was Sie in Ihren Herzen bewegt. Das Schicksal derer, die Ihnen anvertraut sind, ist oft sehr hart und beklagenswert; aber das Schicksal aller Völker ist beklagenswert. Ich darf Sie daran erinnern, daß es

nur dank der Tapferkeit und dem heldischen Mut unserer deutschen Truppen geglückt ist, auch dieses Land vor den bolschewistischen Horden zu bewahren. Aber ich möchte Ihnen, meine Herren, die Versicherung abgeben, daß wir, nachdem Sie einen so schönen loyalen Willen gezeigt haben, Ihnen im Rahmen des Möglichen helfen wollen.

Ich wollte Ihnen das auch im Namen prominenter Mitglieder der Regierung sagen, und erwarte von Ihnen, daß Sie mir Ihre Wünsche unterbreiten.

Der Präsident des Polnischen Hauptauschusses Graf Adam Ronikier bringt in seiner Erwiderung zum Ausdruck, daß die Mitglieder des Polnischen Hauptausschusses schon längst das Gefühl gehabt hätten, daß ein Gesamt/bericht über die Tätigkeit des Hauptausschusses erstattet werden müsse. Bei Gründung des Polnischen Hauptausschusses vor mehr als zwei Jahren als alleinigen Trägers der freiwilligen sozialen Fürsorge, sei man sich klar darüber gewesen, daß alle damit verbundenen Aufgaben, Verpflichtungen und Lasten auf die Schultern des Hauptausschusses fallen müßten. Nach der Bestätigung der Satzung des Hauptausschusses durch den Herrn Generalgouverneurs habe man mit dem organisatorischen Aufbau begonnen. Dank der materiellen Hilfe der deutschen Amtsstellen und Behörden haben wir unsere Aufgabe bis zu einem gewissen Grade erfüllen können. Ein besonderer Dank gebühre hier vor allem dem Herrn Generalgouverneur und dem Hauptabteilungspräsidenten Dr. Siebert wie auch anderen Herren der Regierung. Das dem Präsidenten Dr. Siebert gegebene Versprechen sei eingehalten worden. Man habe sich dabei stets im Rahmen der Satzungen gehalten und sich an die Weisungen der deutschen Aufsichtsbehörde angepaßt.

19.6.1942

Graf Ronikier gibt dann einen Überblick über die Einrichtungen und Leistungen des Hauptausschusses und macht nähere Angaben über die Zahl der betreuten Personen, wobei er besonders der Fürsorge für die Kinder gedenkt.

An finanziellen Mitteln habe der Hauptausschuß von seiten der Regierung in der letzten Zeit monatlich je 2,4 Millionen Zloty erhalten; dazu kämen die freiwilligen Spenden der polnischen Bevölkerung, die in den letzten Monaten durchschnittlich 900 000 Zloty betragen hätten. Eine gewisse Schwierigkeit werde der Spendensammlung von einigen Kreishauptmannschaften in den Weg gelegt. Die Stadtverwaltung von Warschau habe ihren monatlichen Zuschuß von 3 Millionen auf 2,4 Millionen kürzen müssen. Trotzdem erhalte man in Warschau 75 Küchen und 45 verschiedene andere Institute aufrecht.

Der Herr Generalgouverneur weist Präsident Dr. Siebert an, für die Ermöglichung von Spendensammlungen in allen Kreishauptmannschaften Sorge zu tragen.

Graf Ronikier bringt hierauf folgende Wünsche zum Vortrag:

1. Erhöhung der staatlichen Zuschüsse
2. erhöhte Zuwendung von Lebensmitteln an die polnische Bevölkerung
3. Verteilung von Textilien und Schuhwaren an die polnische Bevölkerung
4. Ermöglichung einer rationellen Organisierung der Spendensammlung durch die polnischen Institutionen
5. Hebung der Autorität des Polnischen Hauptauschusses.

19.6.1942

Der Herr Generalgouverneur nimmt die Wünsche des Polnischen Hauptausschusses entgegen und sagt wohlwollende Prüfung dieser Wünsche zu. Er ersucht Staatssekretär Dr. Bühler, ihm demnächst einen ausführlichen Bericht zu erstatten.

/6

530

19.6.1942

12^{40} Der Herr Generalgouverneur empfängt im Beisein des Gesandten von Wühlisch den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Woermann.

13^{10} Der Herr Generalgouverneur empfängt Staatsrat von Stauss.

13^{15} F r ü h s t ü c k .

15^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt Karl Schill, Schauspieler des Staatstheaters Krakau, in einer privaten Angelegenheit.

17^{15} Besprechung mit Präsident Dr. Frauendorfer.

Der Herr Generalgouverneur verweist Präsident Dr. Frauendorfer in Sachen "Verhaftung eines Arbeitsamtsgehilfen und Gegenargumente zur beabsichtigten Gründung einer Hauptgruppe Arbeit in der Zentralkammer" zur Besprechung an Staatssekretär Dr. Bühler.

17^{40} Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königssaal der Burg zwei Gruppen reichsdeutscher Schriftleiter (München und Wien), die auf Einladung des Pressechefs der Regierung des Generalgouvernements Studienreisen durch das Generalgouvernement unternommen haben. In seiner Ansprache wies er auf die Probleme des Raumes hin, der heute seine Aufgabe als Brücke zwischen dem Reich und dem Osten zu erfüllen hat und hob ganz besonders die außerordentlichen Leistungen der Kreishauptmänner hervor, die mit wenigen deutschen Mitarbeitern zahlreiche wichtige Aufgaben in vorbildlicher Weise lösen.

18^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Haus Kressendorf.

IX/9/7

Kressendorf

19.6.1942

19[30] **Empfang** in Haus Kressendorf.

Der Herr Generalgouverneur empfing in Haus Kressendorf Staatsrat von Stauss, einen der größten und bedeutendsten Wirtschaftsführer des Grossdeutschen Reiches und Geheimrat Woermann, Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes und gab ihnen zu Ehren einen Empfang.

An ihm nahmen der Chef der Regierung des Generalgouvernements Staatssekretär Dr. Bühler, der Staatssekretär für das Sicherheitswesen SS-Obergruppenführer Krüger, Staatssekretär Dr. Boepple, General von Höberth als Vertreter der Wehrmacht und andere hohe Persönlichkeiten teil.

Der Generalgouverneur begrüßte im Namen der Regierung des Generalgouvernements Staatsrat von Stauss und Unterstaatssekretär Woermann in einer Ansprache und erläuterte, welch' großes Gewicht die Regierung des Generalgouvernements auf beste wirtschaftliche und wirtschaftlich-vertragliche Beziehungen mit den großen Zentren des deutschen und europäischen Wirtschaftslebens lege. Das Generalgouvernement sei nicht etwa nur ein Agrarland, sondern bemühe sich, der Industrie immer mehr Raum und Entwicklungsmöglichkeiten zu geben. Die Voraussetzungen dazu seien reiche Bodenschätze, eine günstige verkehrspolitische Lage und vor allem das Vorhandensein einer zahlreichen willigen Arbeitskraft, wie sie die Bevölkerung dieses Raumes darstellt. Er begrüße in den beiden Herren die Vertreter von Reichszentralen deren regstes fürsorgliches Interesse von Anfang an dem Generalgouvernement und seinen schweren Aufgaben gegolten habe.

Staatsrat von Stauss dankte zugleich im Namen von Unterstaatssekretär Woermann dem Generalgouverneur

in verbindlichen Worten und versicherte, daß die deutsche Wirtschaft regstes Interesse nehme an dem so erfolgreichen Wirken der Führung des Generalgouvernements und daß die Entwicklung der industriellen Kapazitäten im Generalgouvernement eine der erfreulichsten Positionen im Aufbauwerk des Deutschen Reiches darstelle. Die Zukunftsmöglichkeiten des Generalgouvernements seien dabei von ganz besonderer Eindruckskraft. Er werde sich mit anderen Wirtschaftsführern des Deutschen Reiches auch in Zukunft gern bemühen, der industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung des Generalgouvernements, die ja völlig im Interesse des Großdeutschen Reiches und seiner Industrie und Wirtschaft liege, seine beste Förderung zuteil werden zu lassen.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

X/9 Krakau

Sonnabend, den 20. Juni 1942

9^{50} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{30} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10^{40} Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur im Beisein von Staatssekretär a.D. Dr. Mühlmann die Entwürfe einer

1. Verordnung über Entschädigung von Flurschäden anläßlich militärischer Übungen im Generalgouvernement
2. Verordnung zur Änderung von Vorschriften über die Erhebung der vereinheitlichten Umsatzsteuer
3. Verordnung über die Außerkurssetzung der Münzen aus Stahl zu 50 Groschen
4. Verordnung über die Errichtung eines Amtes für die Pflege der Kunst- und Kulturgüter

vor.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Verordnungsentwürfe, die letzte jedoch vorbehaltlich der Zustimmung der Hauptabteilungsleiter, die bisher dazu nicht gehört worden sind.

10^{50} Fahrt nach Haus Kressendorf.

12^{00} Fahrt von Haus Kressendorf nach Trzebinia. Von Bahnhof Trzebinia tritt der Herr Generalgouverneur im Salonwagen seine Fahrt ins Reich an.

München

Sonntag, den 21.Juni 1942

6^{40} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in München.

15^{00} Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs am Staatsakt für Corpsführer Hühnlein.

535

Montag, den 22. Juni 1942

bis

Montag, den 29. Juni 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in München, Schoberhof und Herrsching.

Wien

Mittwoch, den 1.Juli 1942

7^{00} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs in Wien.

13^{00} M i t t a g e s s e n im Hotel Imperial.

19^{15} Vortrag des Herrn Generalgouverneurs Dr. Frank im Festsaal der Akademie der Wissenschaften, Universitätsplatz Nr. 2, über das Thema:

"Das Recht und die europäische Erneuerung."

Rektor der Universität Wien Prof.Dr. Fritz Knoll eröffnet den Vortragsabend mit folgenden Worten:

Herr Generalgouverneur! Gauleiter! Meine Damen und Herren! Als Rektor der Universität Wien eröffne ich den heutigen Vortragsabend. Herr Generalgouverneur, ich begrüße Sie aufs herzlichste und danke Ihnen schon jetzt für die große Bereitwilligkeit, mit der Sie unserer Einladung gefolgt sind, vor uns einen rechtswissenschaftlichen Vortrag zu halten. Ich begrüße weiter die Vertreter von Partei, Staat und Wehrmacht. Wie Sie sehen, meine Damen und Herren, ist aus dem kleinen Kreis, den wir uns eigentlich vorgestellt hatten, eine gewaltige Versammlung geworden. Ich bitte, darin ein Zeichen zu sehen, daß Sie, Herr Generalgouverneur, dies Mal in Wien willkommen sind, nicht so wie in der Systemzeit, wo man Sie als ungebetenen Gast bezeichnet hat. (Heiterkeit). Die Art und Weise, wie Sie, Herr Generalgouverneur, sich damals

1.7.1942

in Wien bei Ihrem unerbetenen Eintreffen in der Dollfuß-Zeit verhalten haben, hat einen so hervorragenden Eindruck gemacht, daß Sie in Wien eine geradezu volkstümliche Persönlichkeit geworden sind. Das macht sich heute Abend auch wieder geltend. Ich darf der Freude der Universität Wien und aller Anwesenden über Ihr Kommen Ausdruck verleihen und bitte Sie nun, zu uns zu sprechen.

Generalgouverneur, Reichsleiter und Reichsminister Dr. Frank:

Magnifizenz! Volksgenossinnen und Volksgenossen! Für die mir soeben zuteil gewordene herzliche Begrüssung danke ich Ihnen allen mit besonderer Ergriffenheit. Die heutige Stunde einer weltgeschichtlichen Zeit ist wiederum in ernste Kampfgedanken eingesponnen. Und so ist es mir in diesem Augenblick, da ich nun nicht zu Ihnen als Generalgouverneur sprechen, also nicht über die große Aufbauarbeit und Leistung des Deutschen im Osten berichten, sondern da ich zu Ihnen heute im wissenschaftlichen Rahmen als Mann des Rechts über ein den Nationalsozialismus angehendes Problem reden werde, ein umso herzlicheres Bedürfnis, dem Gefühl Ausdruck zu verleihen, daß gerade die Stadt Wien mich zu diesem Vortrag eingeladen hat. Von Krakau nach Wien ziehen alte Bande der Verbundenheit: das stolze Schloß, die hochragende Burg zu Krakau stand schon viele Jahrzehnte unter Führung Wiens. Ich möchte deshalb gerade an dieser Stelle meinen Vortrag damit beginnen, daß ich in meiner Eigenschaft als Generalgouverneur feststelle, wie sehr die kolonisatorisch vorbildliche Leistung unserer ostmärkischen Volksgenossen in diesem Raum der jetzigen, in alle Zukunft hinein sich nun mehr festigenden deutschen Verwaltungsarbeit vorgearbeitet hat. Ohne dieses unermüdliche

1.7.1942

Wirken der politisch sehr versierten, technisch ausgezeichnet aufgebauten alt-österreichischen Verwaltung der früheren Zeit wäre es uns auch nicht möglich gewesen, in den Distrikten Galizien und Krakau die Verwaltung so aufzubauen, wie es in der Tat geschehen ist. Mit besonderer Genugtuung erfüllt mich deshalb der Anteil gerade auch des ostmärkischen Elements an der Durchsetzung dieses Führungsanspruches im Osten. Das allein zeigt schon den Einklang der großen deutschen Sendung, die über uns liegt.

Als ich bis zum Beginn des Krieges gegen den Bolschewismus im Generalgouvernement am weitesten nach Osten hin stand, blickte ich unmittelbar in das Gesicht des Bolschewismus. Wir haben Gelegenheit gehabt, zu erkennen, welch' teuflische Fratze nach Europa hineinbleckte und wie grauenhaft die Verzerrung zu werden drohte, wenn aus diesen Tiefen moralischen, staatlichen und gesellschaftlichen Verfalls jemals eine Linie für eine Führung Europas erstehen sollte. Wie beglückend ist es daher für mich, in diesem Raum zu stehen, in welchem mich das Gesicht Europas in einer der monumentalsten und schönsten Schöpfungen der Barockkunst anstrahlt. Man wird im Osten ernst, man wird sich dessen bewußt und kann ermessen, was mit dem Begriff "Europa" an Zusammenhängen vorstellbar ist.

Ich kann daher nur immer und immer wieder sagen, daß dieses europäische Bedürfnis, die Kultur vor dem bolschewistischen Verfall, vor den bolschewistischen Eingriffen und Zersetzungen aller Art zu retten, im Bereich der Aufgaben unserer Zeit liegt. Und gerade jetzt, da wiederum durch das Generalgouvernement die Truppen unserer großen Nation und die unserer Verbündeten, die Italiener, die Ungarn, die Rumänen, die Slowaken und alle Freiwilligen Europas marschieren, erwacht in uns das stolze Gefühl, daß das Gesicht des

Bolschewismus sich nie wieder über Europa erheben, aber das Gesicht Europas immer heller und immer glückhafter strahlen wird. Daß dieser Krieg, dessen siegreicher Beendigung wir vielleicht nahe stehen, mit dem Siege Europas unter der Führung Deutschlands und Italiens enden wird, ist unbestreitbar.

(Lebhafter Beifall)

Damit wird nun jene große Aufgabe über uns erstehen, die sich mit dem Begriff der europäischen Neuordnung verbindet. Sie werden mir als Mann des Rechts nunmehr heute die Güte erweisen, mir einige Ausführungen über dieses Thema zu gestatten.

Es ist klar, daß ich die europäische Neuordnung als Thema für meinen heutigen Vortrag unter dem Gesichtspunkt des Rechts gewählt habe. Ich sehe in dieser europäischen Neuordnung den Ausdruck der Notwendigkeit, wie sie Adolf Hitler und der Duce Benito Mussolini in ihrem grundlegend wichtigen welthistorischen Dokument vom September vorigen Jahres niedergelegt haben. Danach sollen die europäischen Völker zu einer Neuordnung zusammengefaßt werden, in der der Gesichtspunkt der völkischen Kameradschaft und der gegenseitigen Rechtssicherung aller Nationen Europas mit dem großen Ziel der totalen Erfassung der europäischen Lebensmöglichkeiten gestaltet werden sollen.

Diese europäische Neuordnung ersteht im schärfsten Gegensatz gegen jene Mächte, für die sowohl die europäische Führung wie die europäische Geschichte kein Ausdruck des Eigenlebens war, nämlich gegen England und Rußland. England gehört seiner ganzen geschichtlichen Formierung nach außerhalb Europas; es betrachtet Europa nur als eine der Bedingungen für die Aufrechterhaltung seiner Weltmacht. Und Rußland erstreckte sich nach Europa nur zerstörend und

drohend, es war , wie das der große Schwede Kjellen einmal sagte, die große Weltmacht im Schatten.

Daher ist diese europäische Neuordnung eine Neuordnung der kulturellen Möglichkeiten der Völker dieses Erdteils. Freilich wurden Versuche, Europa, diesen merkwürdigen, durch Schmerz und Leid erschütterten, aber auch durch schöne Dokumente ohnegleichen ausgezeichneten Erdteil, immer wieder neu zu ordnen, im Laufe der Zeit ohne Zahl gemacht. Ich möchte sie nicht im einzelnen anführen. Immer wieder zeigte sich die Idee, die Staaten des europäischen Kontinents durch ein mehr oder weniger festgefügtes Gemeinschaftsorgan zusammenzuschließen. Man wollte damit erreichen daß irgendwie die Gesamtpotenz Europas in der Weltraumordnung in Erscheinung treten könnte. Alle diese Versuche haben in der Regel an das überragende Wirken einzelner ganz großer europäischer Persönlichkeiten angeknüpft, die, aus dem nationalen Rahmen aufsteigend, mit ihrer einmaligen geschichtlich potentiierten Leistung den Rahmen des eigenstaatlich völkischen Wirkens sprengten und größten Einfluß auf die europäische Gesamtgestaltung auszuüben vermochten. Wir sehen das unter Ludwig XIV., wir sehen es bei Napoleon Bonaparte und verschiedenen Führern früherer und späterer Zeiten. Wir sehen den kläglichen Versuch etwa in der Form des Völkerbundes, dieser Pseudoorganisation eines machtgierigen Ausbeuter- und Vertragssystems. Irgendwie aber leuchtete der Gedanke immer voran - sei es im Negativen oder Positiven - : es müßte irgendwie gelingen, die europäische Gesamtpotenz in ein Gefüge der Ordnung zu bringen, um daraus rückstrahlend zwei Momente sicherzustellen: 1) die Möglichkeit, innerhalb Europas den dauernden, den ewigen, den über alle Zukunft hinaus strahlenden Frieden endgültig zu gewährleisten, - 2) dafür zu sorgen, daß im Rahmen dieses Friedenssystems die kulturelle Eigenentwicklung der europäischen Völker gewährleistet werden könnte.

1.7.1942

So ist denn auch eines der wesensbedingenden Elemente dieser Neuordnung immer gewesen, daß ein maßgeblicher Zeitgedanke, gedacht von einer führenden Persönlichkeit, über Europa erstrahlte und dieser Gedanke übervölkisch zu wirken vermochte.

Nun ist es kein Zweifel, daß angesichts dieser aus dem geschichtlichen Ablauf sich ergebenden Bedingung einer Neuordnung Europas heute der Zeitpunkt nahe gerückt zu sein scheint, in dem dieses immer wieder aufgegriffene Problem einer endgültigen Lösung entgegengeführt werden wird. Wir haben ja eine in diesem Europa absolut führende Persönlichkeit: den Führer Adolf Hitler können wir heute als den Repräsentanten des größten und mächtigsten Reiches der Erde bezeichnen. Er ist die schlechterdings alles überragende Persönlichkeit, neben der in gleichem schöpferischen Rahmen die großartige Gestalt Benito Mussolinis, des Gestalters des Faschistischen Italiens, steht. Unzweifelhaft stellen diese Persönlichkeiten, durch engste Freundschaft miteinander verbunden, in ihrer Gesamtkraft etwas so Ungeheures an Energie, etwas so einmalig Weltgeschichtliches an Genialität, Gestaltungskraft und Missionsstärke dar, daß ihnen gegenüber Persönlichkeiten wie die eines Napoleon Bonaparte, eines Ludwig XIV., eines Richelieu völlig zurücksinken.

Aber wir verfügen auch über eine charakteristische Zeitidee, über Ideen, die, sozusagen geschichtlich in Europa geworden, so alldurchdringend wirksam sind, daß sie selbst von den Feinden unseres Systems übernommen werden müssen, wollen sie sich überhaupt in dieser Zeit noch behaupten. Das ist der Gesamtkomplex jener beiden Gruppen, die ich die autoritäre Ideengruppe und die Substanzideengruppe nenne. Die autoritäre Ideengruppe wird durch die Staatssysteme des Nationalsozialismus und des Faschismus schlechthin repräsentiert und hat die Bedeutung, daß innerhalb einer

völkischen Gemeinschaft die Autorität des Staates absolut gesichert sein muß und, von Mehrheitsabstimmungen, parlamentarischen oder sonstigen wirtschaftsinteressierten Parteikämpfen unabhängig, ausschließlich der geschichtlich idealen Sendung des eigenen Volkes zu dienen hat. Mit dieser autoritären Ideengruppe hängt der Vorrang des Staates vor der Wirtschaft, der Vorrang des Heroischen vor dem Kommerziellen, der Vorrang der idealen Staatsauffassung vor der materiellen Staatsauffassung zusammen. So sehr sie auch sonst im einzelnen verschieden sein mögen, in diesem Punkt sind Faschismus und Nationalsozialismus völlig identisch.

Die substantielle Ideengruppe geht auf Rasse, Boden, Arbeit, Staat und völkische Ehre als die schlechterdings unabdingbaren, aus Raum- und Zeitumständen sich formenden Grundprinzipien einer völkischen Gemeinschaft ein. Sie entsinnen sich, daß nun gerade, sowohl was die autoritäre Idee wie die substantielle Idee des Nationalsozialismus und des Faschismus betrifft, unsere Gegner, unsere Feinde schon ungeheuer weit vorangeschritten sind, uns zu imitieren, weil sie die Notwendigkeit einsehen: wollen sie überhaupt den Kampf gegen uns führen, so müssen sie das, was uns stark gemacht hat, im Kriege schnell einführen. Herr Roosevelt geht damit ebenso um wie Churchill. Und Sie werden unsere Freude verstehen, wenn wir bei jedem Programmpunkt Churchills und jeder inneren Entwicklung der Lage der Vereinigten Staaten von Nordamerika immer wieder mit Rotstift anmerken können, welche Punkte unseres Programms man nunmehr zu verwirklichen unternommen hat. Kein Wunder - denn eine überragende Zeitidee, wie sie von den Persönlichkeiten unseres Führers und des Duce geschaffen wurde, muß sich ja in einer solchen Zeit alldurchdringend durch-

setzen.

Nun ist es ganz klar, daß demnach die europäische Neuordnung von Voraussetzungen ausgehen kann, wie sie in dieser Kraft noch niemals vorhanden waren. In dieser europäischen Neuordnung steht wieder einmal der alte Kampf zur Entscheidung, die Frage, ob Rom oder Karthago siegen wird, ob es möglich ist, den Gesamtzusammenhang der geistgeschichtlichen Erlebnisse dieses Gebäudes europäischer Kultur fortzuführen, oder ob diese Kultur nur verkaufbare Ware sein soll. Daher kommt es bei der europäischen Neuordnung zum ersten Mal in der Geschichte darauf an, daß die europäischen Völker aus diesen Zeitideen heraus den notwendigen Schluß ziehen, daß es sich hier nicht darum handelt, einen Völkerbund zu schließen, sondern die oberste Moral der Führung Europas durch die geschichtlich berufenen Nationen sich bewähren zu lassen. Wir werden keine Vertragspakte abschließen, die Scheinrechte geben, sondern die Wirklichkeit Europas und die echten Lebensbedürfnisse schützen und stützen.

Und daher tritt wie immer bei dieser europäischen Neuordnung der Begriff des Staates in den Mittelpunkt. Bei allen diesen Versuchen in der Geschichte erhob sich ja immer wieder die Frage: inwieweit verträgt sich die eigene souveräne Staatlichkeit der kleineren Völker Europas mit der Möglichkeit, innerhalb einer Gemeinschaft der europäischen Völker zu existieren? Dieser Eigenstaat der Völker aber ist etwas, was diese Völker in zunehmendem Maße dann in Gefahr zu bringen vermag, wenn die Eigenstaatlichkeit mit den von der Führung Europas für die Gesamtheit Europas als notwendig erkannten Lebensgrundsätzen in Konflikt kommt.

Deshalb ist und kann es nicht das Ziel der kleineren Völker sein, einen so gefährdeten Eigenstaat mit höchsten Souveränitätsrechten aufzurichten oder

1.7.1942

durchzuhalten, sondern das Ziel müßte sein, die Garantie der eigenvölkischen Entwicklung durch die Führung Europas zu erlangen. Das ist ehrlich, sachlich und klar. Und so geht es auch nicht darum, nun etwa in papierenen Formulierungen, im Wege von Mehrheitsabstimmungen oder auf andere Weise einen gegenseitigen Ausgleich der Faktoren herbeizuführen, sondern es gilt, die Führung Europas durch die siegreichen Mächte in diesem Kriege zur moralischen Grundlage der völkischen Existenz aller Völker Europas emporzuentwickeln. Selbstverständlich ist dabei gerade die Garantie solcher völkisch-kultureller Eigenentwicklung für die Völker wichtiger als das müßige und Europas Haushalte wahnsinnig belastende Wehrmachtsspiel kleiner Staaten. Europa hätte unmöglich gesunden können, wenn das frühere System beibehaltenworden wäre. Bedenken Sie, daß ein Staat wie die Tschechoslowakei sich anmaßte, 70 kriegsstarke Divisionen aufzurüsten, denken Sie daran, was sich Jugoslawien oder Länder ganz kleinen Umfanges an Lasten aufbürdeten. Und was hat sich das gute alte Polen an Wehrmachtslasten aufgebürdet! Wie lange aber hat es gedauert, bis dieses ganze herrliche Wehrmachtssystem vor dem Anprall der starken deutschen Wehrmacht zusammengebrochen ist! In einigen Stunden, Tagen, Wochen war der ganze Zauber dahin. Aus diesen Realitäten der Geschichte wird eben Europa die Schlußfolgerung zu ziehen haben, daß die europäische Neuordnung nicht in der Fortsetzung eines ganz Europa gemeinsam schwächenden Wahnsinns sogenannter eigenstaatlicher Höchstsouveränität selbst kleiner Völker bestehen kann, sondern daß Europas Aufgabe darin besteht sich der offensichtlich vom Schicksal bestimmten und durch die siegreiche Kraft der deutschen und verbündeten Heere bewährten Führung anzuvertrauen.

1.7.1942

Nun soll aber diese europäische Neuordnung nicht zum Inhalt haben, daß wir uns unseren Nationalsozialismus und die Italiener sich ihren Faschismus als Exportartikel allen Völkern Europas aufzuzwingen vorgenommen haben. Nicht darum geht es, sondern in dieser europäischen Neuordnung - vorausgesetzt, daß die staatliche Existenz mit den Notwendigkeiten der Führung und den Gemeinschaftsinteressen Europas vereinbar ist, - kann jedes Volk auf seine Fasson selig werden. Ich brauche nur auf das Beispiel der Slowakei hinzuweisen, die sich heute wie eine Insel der Glücklichen mitten in Europa unter dem Schutze Großdeutschlands entwickelt, um allen Völkern Europas sagen zu können, daß man unter dem Schutz der großen Mächte sehr wohl gedeihen, leben und sich entwickeln kann. Es soll also nicht ein Weltanschauungskampf derart durchgeführt werden, daß wir alle Völker unbedingt mit unseren Ideen durchdringen.

Notwendig wird allerdings sein, daß innerhalb Europas auf die Dauer klar gelegt wird, daß Sendboten der neuen Zerstörer Europas auch dann nicht geduldet werden, wenn sie sich hinter sogenannten Neutralitätsformeln verstecken wollen. In diesem Kampf Europas um seine Existenz und seine Zukunft wird vielleicht das Bekenntnis zu den notwendigen modernen Ordnungsprinzipien wichtiger sein als die Hoffnung, sich durch Neutralitätsreserviertheit aus dieser notwendigen Gemeinschaft heraus halten zu können.

Und so werden dann auch Deutschland und seine Verbündeten diese Neuordnung Europas entsprechend den vom Führer und vom Duce aufgestellten Grundsätzen in die Hand nehmen. Sie haben auch ein Recht dazu:

1.7.1942

Millionen der besten deutschen Männer stehen im Felde; sie ringen nicht nur für Deutschland, sondern den Boden, den sie allüberall unter Einsatz ihres Blutes erkämpfen, erobern sie für Europa.

(Lebhafter Beifall)

Wenn das bolschewistische Riesenreich unter den Schlägen der deutschen Wehrmacht und der Wehrmacht der Verbündeten zusammenbricht, dann wird aus diesen Ländern ein Segen für Europa erblühen. Und damit wird vor allem ein Umstand beseitigt, der nun einmal sehr nüchtern ist, der in theoretischen oder wissenschaftlichen Abhandlungen sehr wenig Beachtung findet oder gefunden hat, der aber doch von größter Wichtigkeit ist: die Ernährungssituation Europas. Es ist ganz selbstverständlich, daß bei der immer schwieriger werdenden Ernährungslage, dem Nachlassen der Bodenkraft, dem Wachsen der Bevölkerungsdichte die Lebenssituation der europäischen Völker vor der Katastrophe gestanden hätte, wenn nicht mit dem Entschluß des Führers, dem bolschewistischen Überfall zuvorzukommen, dieser uns allen notwendige Lebensraum im Osten hätte erobert werden können.

Daraus können wir ohne weiteres erkennen, welche Bedeutung dieser deutsch-italienische Krieg gegen den Bolschewismus, gegen England für die europäische Neuordnung mit sich bringt. Nach diesem Kriege wird keine Macht der Welt sich mehr gegen Deutschland erheben können. (Stürmischer Beifall).

Dieses Ergebnis ist das entscheidende Voraussetzungsfaktum für die europäische Neuordnung. Dabei wird es dann eine europäische Kameradschaft auf Leben

1.7.1942

und Tod geben. Wir wollen - das haben die Deutschen in der Geschichte immer bewiesen - die anderen Völker weder vergewaltigen noch ausbeuten noch ausplündern noch ihnen ihr Lebensrecht nehmen, sondern wir wünschen, daß diese Völker zur Besinnung auf Europa kommen. Denn es ist viel wichtiger, daß etwa die Holländer begreifen, daß im russischen Osten, den ihre eigenen Freiwilligen mit erobert haben, auch neues Siedlungsland für sie und ihr Volkstum entsteht, als daß sie dauernd ihren Kolonien und ihren Inseln nachweinen. Das englische System für Europa war das Scheinrecht einer Art Liberalität und einer bloß geduldeten kommerziell unterbauten Demokratie mit öligen Phrasen, die in Wirklichkeit Not und Elend in Europa zu einem Dauerzustand gemacht haben.

Die europäische Neuordnung ist daher als Kameradschaft der europäischen Völker auf der Grundlage der deutsch-italienischen Führung und der gegenseitigen gerechten Arbeitsteilung aufzufassen. Diese Arbeitsteilung der europäischen Völker wäre nun an sich schon etwas, was sich in völligem Gange befindet. Hunderttausende, ja Millionen Arbeiter aus allen Völkern Europas sind heute im Dienste des Krieges tätig, Hunderttausende sind in Deutschland tätig, Hunderttausende sind voller Mühe, an diesem gemeinsamen europäischen Erleben mitzuwirken. Daraus erwächst, wie ich hoffe, zum ersten Mal in der europäischen Geschichte eine Gemeinschaftsstimmung, die trotz aller Unkenrufe, trotz aller Versuche der feindlichen Gegenpropaganda, trotz aller selbstverständlich da und dort immer wieder vorkommenden Schwierigkeiten in der Gesamtlinie etwas ganz

1.7.1942

Neuartiges darstellt.

Im Rahmen dieser europäischen Neuordnung, die sich unter der deutsch-italienischen Führung aufbaut, möchte ich nun dem Recht seine Mission sicherstellen. Ich komme damit auf den Kern meines Vortrages. Ich beginne damit, daß ich wiederum meine seit jeher im Rahmen der Bewegung vertretenen Argumente ganz klar formuliere: es gibt kein Reich ohne Recht; es gibt kein Recht ohne Richter, und kein Richter kann ohne echte Macht, die ihm von oben gewährleistet wird, Recht sprechen.

Kein Reich ohne Recht - auch das unsere nicht!
Kein Recht ohne Richter - auch das deutsche nicht
Kein Richter ohne echte Macht nach oben - auch der deutsche nicht!

Für mich, der ich seit jeher innerhalb der Bewegung den Rechtsgedanken jedermann gegenüber vertreten habe, ist es wahrlich keine Freude, erleben zu müssen, daß da und dort immer wieder Stimmen laut werden, die da sagen: man braucht für den autoritären Staat, in dem wir leben, keine Richter oder keine unabhängige Rechtsprechung. Ich werde mit dem ganzen Fleiß meiner Ideen immer wieder bezeugen, daß es schlimm wäre, wollte man etwa polizeistaatliche Ideale als ausgeprägt nationalsozialistische Ideale hinstellen, hingegen aber altgermanische Rechtsanschauungen völlig zurücktreten lassen.

(Langanhaltender stürmischer Beifall)

Die Partei hat in Punkt 19 Ihres Programms den Grundsatz aufgestellt, daß wir das deutsche Gemeinrecht errichten wollen. Dieses deutsche Gemeinrecht ist etwas Heiliges. In unserem Volke gibt es keine stärkere

1.7.1942

Leidenschaft als die Rechtssehnsucht, das Rechtsgefühl und das Gerechtigkeitsbedürfnis. Man kann auch nicht immer nur das Germanentum zitieren und einen der wertvollsten Bestandteile germanischer Charakterologie zurücktreten lassen, die darin liegt, daß das Recht und der Richter oberster Sinn der Staatsübung ist. Wir wollen uns darüber klar sein, daß der Nationalsozialismus als Idee und als Inhalt des Staates das Recht bejaht. Es war für mich eine der schönsten Stunden, als sich der Führer selber als obersten Gerichtsherrn des deutschen Volkes bezeichnet hat. Das Recht ist nämlich die einzige Form, in der eine Staatsidee ewig werden kann.

(Lebhafter Beifall)

Die Menschen sterben dahin. Die größten Ideen, die sie prägen und lehren, die sie im Rahmen einer Zeit aus sich heraus wachsen spüren, bleiben in dem seelischen Atem ihrer völkischen Gemeinschaft. Wenn aber das Recht, der Rechtssatz, die gemeinschaftliche Übung dieser Ideen über die bedingte Lebensdauer selbst noch so schöpferischer Persönlichkeiten hinaus nicht gewährleistet sind, dann wird es anders gelagerten Persönlichkeiten immer wieder möglich sein, mit dem revolutionären Impuls neuer Zeiten das Gefüge des wohlbewahrten stolzen Gebäudes zu erschüttern.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat daher mit Stolz den Punkt 19 in ihr Programm aufgenommen. Mein unvergeßlicher Parteigenosse Theodor von der Pfordten, der erste Mann des Rechts in der Bewegung, der im November 1923 fiel, hat mir damals, als ich noch junger Student war, dies als Vermächtnis mit auf den Weg mitgegeben. Und in seinem Sinne werde

1.7.1942

ich nicht müde werden, alle aufzurütteln und auch die so sehr geschmähten deutschen Richter immer wieder aufzurichten.

(Lebhafter Beifall)

Ich habe mich noch nie so stolz zu dem Beruf des Rechtes bekannt wie in den Zeiten, in denen man über einen Stand ununterbrochen Schmutzkübel ausleeren zu können glaubte.

Wenn der Richter, angetan mit den Zeichen des Reiches, in unserem Volke Recht spricht, dann handelt er aus der Macht einer völkischen Gemeinschaftsübung heraus, die über dem Einzelleben steht. Freilich müssen diese Richter aber auch Persönlichkeiten dieser Zeit sein, die Bedürfnisse des nationalsozialistischen Reiches verstehen, und sie müssen Sinn dafür haben, daß gerade, weil sie so hoch gestellt sein sollen, auch ihre Leistung so sein muß, daß vor ihr die billige Kritik verstummt.

Der Führer hat mit Recht in seiner letzten Reichstagsrede gesagt, daß diese Einzelübung, die mancher Richter vollzieht, vom Übel für die Gemeinschaft sein könnte. Wir wissen aus der Geschichte, wie notwendig es immer wieder war, daß höchste Staatsautorität den Richter zu dieser Bewußtheit seines eigenen hohen Amtes aufrief.

Wenn wir an die europäische Neuordnung denken, dann muß auch der Rechtskultur Europas in dieser Neuordnung ihr wohlgemessener Platz zuerteilt werden. Wir können dabei einmal ruhig folgendes bekennen: das Recht, die Rechtsübung, die Rechtsanschauung sind älter als die Justiz. Die Justiz ist die Erscheinungsform des Rechtes, die wir seit einigen Jahrhunderten in Deutschland sich entwickeln sehen, und zwar bei den

1.7.1942

Juristen, den um das Recht Wissenden, den Fachgebildeten. Das Recht selbst aber ist ein Jahrtausende alter Bestandteil unserer völkischen Gemeinschaftsordnung. Es geht daher nicht um den Juristen, auch nicht so sehr um die Justiz. Man könnte sich vorstellen, daß Rechtsübung, Rechtssprechung auch durchaus von Nichtjuristen und Nichtfachgelehrten auf diesem Gebiete möglich wären, sofern allerdings einige Voraussetzungen in jedem Fall erfüllt sind. Diese Elementarinhalte des Rechts müssen in jedem Fall gewährleistet sein, soll überhaupt von Rechtsübung gesprochen werden können. Diese Elementarinhalte bedeuten, daß kein Volksgenosse Leben, Freiheit, Ehre und ehrlich erworbenes Eigentum sowie sonstige lebensbedingende Güter soll ohne Richterspruch verlieren können.

(Lebhafter Beifall)

Es kann und darf nicht Übung werden, daß ohne Richterspruch diese volksgenössischen elementaren Güter zu allenfalls willkürlich aufzuopfernden, beiseite zu schiebenden und völlig gleichgültigen Dingen degradiert werden können.

Wenn Recht in einer Gemeinschaft sein soll, ist es aber auch notwendig, daß jeder, der angegriffen oder beschuldigt wird, sich muß verteidigen können.

(Anhaltender stürmischer Beifall)

Sonst kann eine Volksordnung auf die Dauer nicht bestehen. Nicht um das Recht wäre mir dann bange, sondern um den Staat. Das Recht bleibt ewig, heilig, ein unerreichtes Ideal der Gemeinschaft, stark und stolz, eine wahrhaft göttliche Sendung über dem müden Leben der Menschen. Das Recht ist daher auch die

große Sehnsucht dieser Zeit. Alle irren, die Stärke mit Brutalität verwechseln. Stark ist, der das Recht nicht fürchtet.

Daher müssen wir bei dieser europäischen Neuordnung den Punkt 19 unseres Parteiprogamms in den höchsten Rang der gemeinschaftsbildenden Faktoren dieser Zeit stellen. Das Recht ist nämlich der Schutz des Kleinen im Volke; er hat keine Waffen, er hat keine andere Autorität. Er ist der kleine Spielball des Schicksals und lebt sein Dasein in der Form, die ihm aufgegeben ist. Er müht sich in Arbeit und sorgt und kümmert sich um Familie, Ehre, Leben. Er würde vergehen, wenn er nicht die Hoffnung hätte, daß über ihm die Gerechtigkeit der Gemeinschaft im Rahmen der Staatsaufgaben eine gesicherte Heimstätte hat.

(Lebhafter Beifall)

Und da Europa zu Millionen und Abermillionen aus den sogenannten kleinen Leuten besteht, die in Wirklichkeit die großen verantwortlichen Träger allen völkischen Gemeinschaftsschicksals sind, hat das Recht innerhalb der europäinchen Neuordnung eine grandiose Bedeutung.

Aber nicht nur, daß der Staat, nicht nur, daß die europäische Gemeinschaft im Recht geschützt wird, - das Recht ist auch ein Elementarbestandteil der Kultur. Denn das Recht sichert etwas, was man nicht hoch genug einschätzen kann: es sichert die schöpferische Persönlichkeit. Vielleicht ist es manchmal zu stark betont worden, daß der Einzelne nichts, die Gemeinschaft alles ist. Unser Grundsatz: Gemeinnutz vor Eigennutz - ist jetzt eine Selbstverständlichkeit geworden. Umso mehr müssen wir uns aber immer dessen

1.7.1942

bewußt sein, daß das nicht heißen darf, daß nun die Persönlichkeit des einzelnen Volksgenossen deshalb weniger Schutz, weniger Gewicht haben sollte, weil der Vorrang der Gemeinschaft vorab mit einem Wert versehen ist, wie er unserem Programm entspricht. Man kann nämlich ein Volk und eine Kultur wirklich nur sichern, wenn man der schöpferischen Persönlichkeit auch rechtlich jenen Entwicklungsraum gewährleistet, der dem Fortschritt der Wissenschaft, des Erkennens, des Forschens und der künstlerischen Leistung schlechterdings entsprechen muß. Diese schöpferische Persönlichkeit ist es, um die wir das Schicksal zu bitten haben. Die Genies kann man nicht antreten lassen; die Genies schenkt uns das Schicksal. Die Genies sind da und machen sich bemerkbar und müssen gehört werden, oder sie werden sterben und dann später ihre Wirkung beginnen. Aber welch' glückliches Maß, wenn die Rechtssicherheit und die Möglichkeit der persönlichen Entfaltung mit einem autoritären Gemeinschaftssystem unseres Reiches als kombinierbar angesehen wird! Hierdürfen wir uns auch nicht davor fürchten, zu bekennen, daß es nicht notwendig ist, die wissenschaftliche Forschung auf dem Standpunkt von 1933 festzuhalten. Es gibt keine nationalsozialistische Physik oder Chemie, und es gibt nicht die Möglichkeit, daß unsere Bewegung in alles einbezogen wird, daß, bevor noch jemand einmal zu forschen, zu lehren und zu arbeiten beginnen darf, auf wissenschaftlichem Gebiet eine solche Vielfalt von Instanzen eingeschaltet wird, daß der junge Mann schon zum alten Eisen gerechnet werden muß, ehe er überhaupt die staatliche Lizenz erhalten hat.

(Heiterkeit)

1.7.1942

Unser Staat und unser Reich sind so stark, daß sie mit jedem Professor fertig werden.

(Erneute Heiterkeit)

Daher soll man ruhig die Wissenschaft , ihre Eigenheiten und auch die künstlerischen Grundgesetze sich entwickeln lassen, auf dass sich das Genie durchzusetzen vermag. Es ist eine große Freude, daß der Führer selber in dieser Beziehung immer klarer und deutlicher wird. Ich glaube, daß das aus der Erfahrung heraus geschieht, daß jeder Mißbrauch mit dem autoritären Gedanken auf geistigem Gebiet zu verurteilen ist.

Für uns bedeutet im Rahmen der europäischen Neuordnung genau wie im Reich das Recht den Schutz des kleinen Volkes gegenüber dem großen, den Schutz der kleinen wirtschaftlichen Potenz gegenüber der großen, den Schutz der kleinen Mächte gegenüber den großen und vor allem den Schutz des kleinen Europa gegenüber den großen Räumen der Welt. Das strahlt aus unserer Überlegung und unserer Einstellung zur Rechtsidee auf die große Überzeugung aus, daß so wie im Reich auch innerhalb der europäischen Neuordnung das Recht ~~seine~~ Sendung erfüllen wird, nicht aber nur die Allgewalt der Staaten, die heute notwendigerweise im Vordergrunde steht. Heute allerdings müssen wir uns zur absoluten diszipliniertesten Einheit bekennen, die überhaupt nur möglich ist; denn das Schicksal hat uns mitten in den größten Krieg geführt, der gewonnen werden wird, weil Deutschland unter einer absolut und überall sich durchsetzenden Führung steht. Der Sinn des Sieges ist das Recht unseres Volkes auf das Leben und auf die eigengesetzliche Entwicklung, das wir dann endlich für uns und Europa in alle Zukunft ~~in alle~~ hinein erkämpft haben.

1.7.1942

Dieses Recht ist eine merkwürdige Macht. Ich weiß - und ich sehe es aus Tausenden Briefen von Volksgenossen, die mir von überall zukommen, - wie dieses Rechtsbewußtsein in unserem Volke aufsteigt, wie man jetzt versteht, was wir im Rahmen des rechtswissenschaftlichen Lebens immer gesagt haben, daß die Gerechtigkeit das Fundament der Gemeinschaft ist. Viele, die früher dieses Wort verspottet haben, sind vielleicht in Lagen gekommen, wo sie sagten: wäre doch ein Richter da! Und ich trage in mir ein Bekenntnis und einen flammenden Entschluß: ich habe nur einen Feind, und er ist das Unrecht in jeder Form. Dieses Unrecht darf nicht irgendwie sein oder sich entwickeln. Das Recht wird es unserem Volke lohnen.

Das Recht ist auch eine menschliche Einrichtung. Die Menschlichkeit hat als Begriff an Wert verloren, man leugnet sie sogar. Es gibt viele, die sagen: die Menschlichkeit ist etwas Müdes, irgendetwas, was sich mit der Stärke dieser Zeit nicht verträgt. Ich bin anderer Meinung. Jeder Staat, auch der unsere, muß es sich zum Grundsatz machen, daß seine Methoden der geschichtlichen Aufgabe, die ein Staat jeweils zu erfüllen hat, zu entsprechen haben, daß aber in keinem Fall Menschlichkeit einen Staat gefährden kann; denn mit jeder Staatsmethode ist Menschlichkeit immer noch vereinbar.

(Lebhafter Beifall)

Gerade wir als Nationalsozialisten haben es in der Kampfzeit erlebt, welch' unmenschliche Methoden im Kampf gegen uns angewendet worden sind. Je menschlicher ein Staat, desto deutscher ist er, - je rechtlicher ein Staat, desto unzerstörbarer ist er, - und

je größer ein Reich ist, desto größer muß das Rechtsbewußtsein derer sein, die für dieses Reich verantwortlich zeichnen.

Die europäische Neuordnung wird dieses Recht des Reiches segnen. Und wir werden über die Trauernden, über die Gequälten, über die Unschuldigen und alle die, denen Unrecht geschah, einmal in Gerechtigkeit den Ausgleich suchen. Das Recht und die europäische Neuordnung mögen im Einklang den Segen über die Welt bringen!

(Lang anhaltender, sich immer wieder erneuernder stürmischer Beifall).

Der Leiter der Gesellschaft für Rechts- und Staatswissenschaften Professor Dr. Schönbauer schließt den Vortragsabend mit folgenden Worten:

Eine ehrenvolle Pflicht ist es, die mich auf dieses Rednerpult ruft. Ich habe den herzlichen und warmen Beifall aller Zuhörer in Worte zu kleiden, habe aber vor allem im Namen der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät wie im Namen der Gesellschaft für Rechts- und Staatswissenschaften zu Wien herzlich dafür zu danken, daß Sie, Herr Generalgouverneur, meiner Bitte folgend, wieder einmal in Wien sprachen und in dieser Weise sprachen. Als Sie am 13. Mai 1933 als junger bayrischer Justizminister nach Wien kamen, da bezeichnete Ihr Kommen, daß ein wahrhafter Umbruch stattgefunden hatte: das Bismarck'sche Reich, der deutsche Bundesstaat, war dahin, das neue Deutschland war erstanden. Als Sie dann im Juni 1938 uns

1.7.1942

wieder mit Ihrem Besuche erfreuten und die Gesellschaft für Rechts- und Staatswissenschaften in die Akademie für Deutsches Recht aufnahmen, da waren Sie der Künder des werdenden Großdeutschen Reiches; denn mit der Rückgliederung der alten deutschen Erblande war der entscheidende Schritt zum großdeutschen Reich getan.

Heute nach 4 Jahren durften wir Sie nun wieder mit herzlicher Freude in unserer Mitte sehen und Ihren Worten lauschen. Sie haben uns heute ergriffen, waren Sie doch zugleich Künder des kommenden Europa, das in harten Kämpfen und unter unsäglichen Opfern heute geboren wird. Aber vor diesem Kampf stand eine Idee, es war die Idee des Abendlandes, des stärksten Trägers der Kultur in Vergangenheit und Gegenwart. Für diese Idee des Abendlandes haben Sie, Herr Generalgouverneur, als Künder und als Führer der Rechtswahrer vorbildlich gewirkt. Alle unsere Arbeit dient ja der Vorbereitung für dieses große Werk, das nun dank der genialen Führung Adolf Hitlers und Benito Mussolinis allmählich zur Tat wird.

Jeder arbeitet auf seinem Platz. Der Soldat bringt zwar die größten Opfer, aber auch wir in der Heimat glauben, ein wenig mitarbeiten zu können. Der Rechtswahrer hat aus Ihren Worten aufs neue die Gewißheit erhalten, daß seine Arbeit wirklich Dienst am Volke ist, daß sie geleistet wird für Führer und Volk, für Reich und Vaterland und auch für das kommende neue Europa.

Sie haben uns durch Ihr Beispiel immer gelehrt, daß ein deutscher Rechtswahrer sein nicht bedeutet: ein Paragraphenreiter oder Formaljurist sein, sondern ein Hüter und Wahrer des Rechts, jenes Teils der sittlichen Ordnung, ohne die kein Volk bestehen kann.

1.7.1942

In diesem Zeichen haben Sie den Rechtswahrerbund gegründet, Sie haben die Akademie für Deutsches Recht ins Leben gerufen, und auch die Gründung der Internationalen Rechtskammer geschah im Zeichen des Rechts und der Gerechtigkeit.

Alle haben heute Ihren Worten ergriffen gelauscht weil sie fühlten: das ist eine Botschaft, die an die Herzen und nicht nur an den Verstand appelliert und zugleich auch auf die stürmischen Kräfte für alle Zukunft hinweist. Wir danken Ihnen deshalb von ganzem Herzen. Daß Sie Wien für diese Ausführungen gewählt und in so warmen lieben Worten der Leistungen der Ostmärker für die Kolonisation im Osten gedacht haben, dafür sei Ihnen unser besonders herzlicher Dank gesagt.

Wir wollen uns aber auch dessen bewußt sein, daß nur ein Mann diese Worte hat finden können, der selber zu den ältesten und treuesten Kämpfern des Führers gehört, der Blutordensträger von 1923 ist, der mit der Idee des Dienstes am Volk und mit dem Dank für den Führer erfüllt ist, der deshalb die Worte findet, die auch andere begeistern können. So ist es mehr als eine bloße Formalität, wenn wir Ihre Anwesenheit und die so vieler Vertreter von Partei, Staat und Wehrmacht benutzen, um am Schlusse dieser Veranstaltung jenes Mannes zu gedenken, der es uns überhaupt erst ermöglicht hat, in diesem wunderschönen Saal von einem kommenden Europa, seiner Neuordnung und den Aufgaben des Rechts zu sprechen. Ihm sei daher unser ehrfürchtiger Gruß gewidmet.

Unser Führer Adolf Hitler - Sieg Heil! Sieg Heil! Sieg Heil!

1.7.1942

20^{30} A b e n d e s s e n und Empfang im Palais Schönborn, gegeben von Reichsamtsleiter Dr. Frhr du Prel, Generalsekretär der Union Nationaler Journalisten-Verbände.

22^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach München.

Donnerstag, den 2.Juli 1942

bis

Sonntag, den 5.Juli 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in München, Schoberhof und Herrsching.

561

Krakau

Montag, den 6. Juli 1942

7^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.

10^{30} Ankunft auf der Burg.

12^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

15^{30} Besprechung mit Pressechef Dr. Gassner.

16^{00} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

16^{30} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

IV/9 Krakau

Dienstag, den 7.Juli 1942

10^{40} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{45} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{05} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Vertreter im Amt Stahl und Oberbereichsleiter Kobusch. Zu dieser Besprechung wird später SA-Oberführer Peltz hinzugezogen.

12^{10} Besprechung mit Parteirichter Standartenführer Brodmann

12^{15} Ständchen des Musikzuges 30 (Steiermark) der Hitler-jugend mit Trommlerkorps unter Leitung des Gebietsmusikstammführers Jesrang.

Gebietsmusikstammführer Jesrang meldet dem Herrn Generalgouverneur die Beendigung des Einsatzes dieses Musikzuges im Generalgouvernement.

Der Herr Generalgouverneur spricht dem Musikzug und seinem Leiter seinen Dank und seine Anerkennung für den Einsatz und die vortrefflichen musikalischen Darbietungen aus.

12^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

12^{55} Besprechung mit Hauptabteilungspräsident Bankdirigent Dr. Paersch in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Bankdirigent Dr. Paersch berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß russische Fallschirmabspringer im Distrikt Lemberg gefälschte Banknoten, die in der russischen Staatsdruckerei hergestellt seien, in Verkehr gebracht hätten. Es sei Vorsorge getroffen worden

7.7.1942

daß die im Umlauf befindlichen gefälschten Noten als solche erkannt und aus dem Verkehr gezogen würden. - Was die Fälschung der 50-Groschen Stücke angehe, so sei es schon in einigen Fällen gelungen, die Urheber dieser Fälschungen festzunehmen. Sie würden ihrer strengen Bestrafung zugeführt. Für künftige Fälle werde sich die Einführung der Todesstrafe für Geldfälschungen empfehlen.

Bankdirigent Dr. Paersch legt sodann dem Herrn Generalgouverneur eine Übersicht über die Spartätigkeit im Generalgouvernement vor.

Weiter kann Bankdirigent Dr. Paersch von einem starken Abfall der Preise in Warschau berichten, der wohl in der Hauptsache auf die bevorstehende Ernte zurückzuführen sei.

13^{05} Der Herr Generalgouverneur empfängt Polizeioberst Sendel, der sich in seiner neuen Stellung als Befehlshaber der Schutzpolizei meldet.

13^{15} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

16^{05} Besprechung mit dem Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit Dr. Coblitz.

Direktor Dr. Coblitz überbringt dem Herrn Generalgouverneur eine Einladung zur Eröffnung der Ausstellung

"Altdeutsche Kunst aus Krakau und dem Karpatenland".

Er überreicht dem Herrn Generalgouverneur gleichzeitig einen Katalog der ausgestellten Kunstwerke.

7.7.1942

Der Sinn dieser Ausstellung, so führt Dr. Coblitz aus, sei es, die künstlerische Leistung einer alten deutschen Stadt und des ihr zugehörigen deutschen Siedlungsgebiets in der bedeutsamsten Zeit ihrer Entfaltung zu zeigen. Historisch gesehen sei es von besonderem Wert, daß schon vor Veit Stoß große deutsche Künstler im polnischen Raum gewirkt hätten. Ein besonderes Verdienst habe sich Dr. Behrens vom Institut für Deutsche Ostarbeit um die Gestaltung der Ausstellung erworben.

Direktor Dr. Coblitz bittet den Herrn Generalgouverneur um die Genehmigung, den Dreifaltigkeitsaltar aus der Kreuzkapelle der Burgkathedrale in die Ausstellungsräume verbringen zu lassen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden.

Direktor Dr. Coblitz beklagt sich sodann über das geringe Entgegenkommen, das Hauptabteilungspräsident Watzke hinsichtlich der Zurverfügungstellung von Bibliotheken, Archiven usw. für die praktische wissenschaftliche Arbeit des Instituts zeige. Dieses Verhalten mache es zu einem gewissen Grade unmöglich, eine echte Forscherarbeit durchzuführen.

Direktor Dr. Coblitz berichtet weiter über die Tagung der Ostinstitute in Wien und kann feststellen, daß im Rahmen dieser Tagung das Institut für Deutsche Ostarbeit angesichts seiner vortrefflichen Einrichtungen und der großzügigen finanziellen Unterstützung von seiten der Regierung des Generalgouvernements allgemein Beachtung gefunden habe.

7.7.1942

Gegenstand der Besprechung ist dann noch der neue Satzungsentwurf über die Verleihung des Veit-Stoß-Preises, der die Billigung des Herrn Generalgouverneurs findet. Dieser Preis soll zum ersten Male anläßlich der Eröffnung der Ausstellung

"Deutsche Künstler sehen das Generalgouvernement"

zur Verteilung kommen.

Direktor Dr. Coblitz gibt dem Herrn Generalgouverneur ferner einen Überblick über die Publikationen des Instituts für Deutsche Ostarbeit. In diesem Zusammenhang weist er auf die Tatsache hin, daß die "Zeitschrift für Erdkunde" eine Nummer dem Generalgouvernement gewidmet habe.

Weiter gibt Direktor Dr. Coblitz seiner Freude darüber Ausdruck, daß es dank dem Entgegenkommen des Gouverneurs Dr. Wächter gelungen sei, in Lemberg eine Zweigstelle des Instituts zu errichten, für die ein früheres Palais mit ausreichenden Räumen zur Verfügung gestellt worden sei.

Der Herr Generalgouverneur spricht Direktor Dr. Coblitz seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete Arbeit aus.

16[20] Besprechung mit Hauptabteilungspräsidenten Ohlenbusch.

Hauptabteilungspräsident Ohlenbusch macht dem Herrn Generalgouverneur Mitteilung von der bevorstehenden Eröffnung einer Wehrmachtsausstellung auf dem Adolf-Hitler-Platz und in der Tuchhalle und bittet den

7.7.1942

Herrn Generalgouverneur, an der Eröffnungsfeier teilzunehmen.

Die Anregung des Präsidenten Ohlenbusch, für die in den wehrwirtschaftlichen Betrieben arbeitenden Polen eine Werkzeitung herauszugeben, findet den Beifall des Herrn Generalgouverneurs, der Präsident Ohlenbusch anweist, sich dieserhalb mit Kammergerichtsrat Dr. Keith in Verbindung zu setzen.

16^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Mühlmann.

17^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Kressendorf

Mittwoch, den 8. Juli 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

Krakau

Donnerstag, den 9.Juli 1942

10^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{05} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10^{35} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11^{10} Besprechung mit Stadthauptmann Pavlu in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler.

Stadthauptmann Pavlu berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß sein Verhältnis zu Gouverneur Dr. Wendler sich immer schwieriger gestalte und daß Gouverneur Dr. Wendler ihn von der Stellung als Stadthauptmann entfernt wissen wolle. Die Zusammenarbeit mit dem früheren Gouverneur Wächter sei eine ausgezeichnete gewesen, und er verhalte sich auch dem neuen Gouverneur gegenüber vollkommen loyal. Er bitte den Herrn Generalgouverneur um sein Eingreifen, da unter den gegenwärtigen Verhältnissen zwangsläufig die Autorität der deutschen Verwaltung leiden müsse und eine gedeihliche Arbeit für die Zukunft in Frage gestellt sei.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, unverzüglich eine Besprechung mit Gouverneur Dr. Wendler und Stadthauptmann Pavlu abzuhalten und dabei die aufgetauchten Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Er ermächtige Staatssekretär Dr. Bühler zu der Erklärung, daß Stadthauptmann Pavlu das vollste Vertrauen des Generalgouverneurs besitze und daß der Generalgouverneur sich von einem Gouverneur nicht die Person des Stadthauptmanns vorschreiben lasse. Auch solle Gouverneur Dr. Wendler eröffnet werden, daß Krakau in erster Linie die Hauptstadt der Regierung des Generalgouvernements sei und daß daher die rechtliche Stellung des Stadthauptmanns eine

9.7.1942

andere sein müsse als die der übrigen Stadthauptleute im Generalgouvernement. In Zukunft bedürften Anweisungen des Gouverneurs, die die Stadt Krakau beträfen, der vorherigen Genehmigung des Generalgouverneurs bzw. seines Stellvertreters.

In diesem Zusammenhang streift der Herr Generalgouverneur den Gedanken, ob nicht eine Verlegung des Sitzes des Chefs des Distrikts Krakau nach Tarnow oder Reichshof die zweckmäßigste Lösung darstelle.

11[30] Besprechung mit Finanzpräsident Dr. Senkowsky in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Präsident Dr. Senkowsky berichtet eingangs über Haushaltsfragen und erklärt, daß die Einnahmenentwicklung im allgemeinen zufriedenstellend sei. Ein gewisser Produktionsausfall des Tabakmonopols, der während der Wintermonate infolge Betriebseinschränkung eingetreten sei, könne zur Zeit aufgeholt werden. Kleinere Einnahmeausfälle, deren Ursachen in kommenden Betriebsstillegungen oder -einschränkungen zu suchen seien, werde man immer einkalkulieren müssen. Der Haushalt für das Jahr 1942 werde bis Anfang September verhandlungsreif sein und bereits im September - 4 Monate früher als im vorigen Jahr - würde die Hauptabteilung Finanzen die Haushaltsanforderungen für das Rechnungsjahr 1943 hinausgeben.

Der Herr Generalgouverneur weist demgegenüber darauf hin, daß Bankdirigent Dr. Paersch über die Einnahmenentwicklung ein tristes Bild entworfen habe. Hier müsse es Aufgabe des Staatswirtschaftsausschusses sein, diese Probleme zu erörtern und eine exakte Unterrichtung des Generalgouverneurs vorzubereiten.

9.7.1942

Dr. Senkowsky erklärt dann, daß der bisherige Betrieb der Kurhäuser in den Staatsbädern keineswegs entsprochen und er daher ab 1.Juli 1942 den Regiebetrieb eingeführt habe. Das Schwimmbad in Krynica, in dem sich die Polen in starkem Maße breitmachten, müsse ausschließlich den deutschen Besuchern vorbehalten bleiben.

Der Herr Generalgouverneur erteilt dazu seine Genehmigung..

Anschließend weist Dr. Senkowsky darauf hin, daß bei den Verhandlungen über den Stellenplan auch ein organisatorischer Einbau der Hauptabteilung Finanzen nötig sei, da der Einbau des Stellenplans in den Haushalt Angelegenheit dieser Hauptabteilung sei. Bis jetzt verhandle der Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung als persönlicher Referent des Staatssekretärs allein.

Der Herr Generalgouverneur spricht sich für eine gewichtige Einschaltung der Hauptabteilung Finanzen bei den Verhandlungen aus.

Dr. Senkowsky legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe für die neuen Gebrauchsmünzen zu 10, 20 und 50 Groschen und 1 Zloty vor, über die der Herr Generalgouverneur seine Befriedigung ausspricht.

Mit dem Antrag der Werke des Generalgouvernements, demzufolge die Staatskasse den bei der Ostag-Gründung entstandenen Verlust übernehmen solle, erklärt sich der Herr Generalgouverneur einverstanden.

9.7.1942

Weiter berichtet Dr. Senkowsky, daß die Verhandlungen über den Parteihaushalt beendet seien. Er bitte, daß der Partei in Zukunft keine Sonderzuweisungen (z.B. 6 % aus dem Erlös der Führermarke) gemacht würden.

Dieser Vorschlag findet die Billigung des Herrn Generalgouverneurs.

Dr. Senkowsky erklärt noch, daß er der Partei einen Erlaßentwurf zur Mitunterzeichnung zugeschickt habe, auf Grund dessen von den Treuhandbetrieben, deren Ertrag irgendwie Staatseinnahme ist, keine Spenden für das Winterhilfswerk erhoben werden dürfen. Dagegen nehme Oberbereichsleiter Ollesch scharf Stellung. Durch die Einführung von Kinder- und Erziehungsbeihilfen an die Volksdeutschen werde der Haushalt des Generalgouvernements mit 14 Millionen belastet, während die Partei vor Einführung dieser Beihilfen an den gleichen Personenkreis 15 Millionen an Unterstützungsgeldern verausgabt habe. Praktisch würde also der Betrag weiterhin verbraucht, wenn auch der Verteiler ein anderer geworden sei. Er habe sich auch bereit erklärt, aus dem Gesamtertrag aller Treuhandbetriebe ein Defizit der Partei, das evtl. infolge dieses Einnahmeausfalls entstehen könnte, zu decken.

Der Herr Generalgouverneur gibt dem Erlaßentwurf seine Zustimmung.

9.7.1942

12.30 Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. eines Erlasses über die Entlastung der Regierung wegen der Rechnung über die Haushaltseinnahmen und -aufgaben im Rechnungsjahr 1939
2. einer Verordnung zur Regelung und Überwachung des Verkehrs mit gewerblichen Erzeugnissen
3. Verordnung über die Zulassung von Ausnahmen von verbrauchssteuerrechtlichen Bestimmungen
4. einer Verordnung über den grenzüberschreitenden Güter-Kraftverkehr zwischen dem deutschen Reich, dem Generalgouvernement und dem Protektorat Böhmen und Mähren
5. einer Dritten Verordnung über die Arbeit und Sozialversicherung im Distrikt Galizien
6. eines Erlasses über die Kontrolle von amtlichen Bekanntmachungen in Tageszeitungen

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

12.40 Der Herr Generalgouverneur empfängt Reichsredner Pg. Studentkowsky in Gegenwart von Hauptabschnittsleiter Stahl und Präsident Ohlenbusch.

13.00 F r ü h s t ü c k

9.7.1942

16^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Dienststelle der Baudirektion am Scharfenbergplatz Nr.4.

Professor Bieber-München erläutert sein Modell für den Bau eines neuen Regierungsgebäudes, das in der Gegend des jetzigen Regierungsgebäudes errichtet werden soll. Auch Architekt Stahl macht Ausführungen über ein von ihm ausgearbeitetes Projekt.

Bei der Unterhaltung taucht der Gedanke auf, ob man das neue Regierungsgebäude nicht an der Weichsel mit Front zur Burg erstehen lassen solle.

Anwesende:

Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär a.D. Dr. Mühlmann, Präsident Dr. Senkowsky, Geh.-Oberbaurat Rattinger, Baurat Hofer und andere.

17^{20} Besprechung mit Staatssekretär a.D. Mühlmann und Geh.-Oberbaurat Rattinger.

17^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Krakau

Freitag, den 10. Juli 1942

10^{10} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{15} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

12^{00} Besprechung mit Präsident Dr. Lauxmann und Staatssekretär Dr. Boepple.

Präsident Dr. Lauxmann legt dem Herrn Generalgouverneur ein Heft mit sämtlichen im Generalgouvernement bisher erschienenen Briefmarken und Dienstmarken vor.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Freude über die künstlerische und technische Gestaltung der Marken Ausdruck. - In diesem Zusammenhang ersucht er Präsident Dr. Lauxmann, dafür Sorge zu tragen, daß die Bestempelung der Marken in einer Form erfolge, die vor allem die Ortsnamen erkennen lasse.

Präsident Dr. Lauxmann bemerkt, daß die großen Ämter bereits angewiesen worden seien, Feststellungen darüber zu treffen, in welchen Bezirken und in welcher Anzahl solche undeutlichen Bestempelungen zu beobachten seien.

Präsident Dr. Lauxmann gibt dann dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über den Ausbau der Fernsprechleitungen im Generalgouvernement. Die Deutsche Post Osten habe aus der polnischen Zeit 490 km Leitungen übernommen. Mitte des Jahres 1941 sei die Länge der Fernsprechleitungen auf 1.320 km angewachsen und betrage zur Zeit 2.000 km. Von den Fernsprechleitungen werde der überwiegende Teil durch die Wehrmacht in Anspruch genommen. Das öffentliche Fernsprechnetz sei jetzt so ausgebaut, daß von Krakau nach fast allen größeren Städten des Reiches telefoniert werden könne. Der Telefondienst werde durch

25 Fernsprechämter wahrgenommen. Interessant sei die Tatsache, daß von den Fernsprechteilnehmern des Generalgouvernements zweieinhalb Mal soviel Ferngesprächgespräche geführt würden wie von den Fernsprechteilnehmern im Reich.

Präsident Dr.Lauxmann berichtet dem Herrn Generalgouverneur weiter über den Brief- und Paketverkehr im Generalgouvernement. Im Paketverkehr sei leider festzustellen, daß zahlreiche Sendungen verloren gingen. Im ersten halben Jahr 1942 habe man 367 Personen des Diebstahls an Postsendungen überführen können. Mit Überfällen auf Postgut müsse man ebenfalls rechnen. So seien neuerdings wieder im Kreise Pulawy 80.000 Zloty geraubt worden.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob im Generalgouvernement eine Zensur von Briefsendungen möglich sei, erwidert Präsident Dr.Lauxmann, daß diese Möglichkeit zwar technisch bestehe, man aber leider in Krakau nicht über die dazu erforderlichen Einrichtungen verfüge. Eine Überwachung des Telefonverkehrs in der Richtung, ob Dienstgespräche von dritten Personen gehört werden könnten, sei auch nicht im ausreichenden Maße möglich. So habe man z.B. feststellen müssen, daß die Widerstandsbewegung offenbar imstande sei, mit Hilfe eines Apparates sich in Gespräche einzuschalten, und bisher sei es nicht gelungen, entsprechende technische Maßnahmen dagegen zu ergreifen.

10.7.1942

12 25 Besprechung mit Pressechef Gassner.

Im Laufe der Besprechung berichtet Dr.Gassner dem Herrn Generalgouverneur von dem großen Eindruck, den die Wiener Rede des Herrn Generalgouverneurs vom 1.Juli 1942 auch in Pressekreisen des Reiches gemacht hat.

12 30 Besprechung mit Hauptabteilungspräsident Dr. Emmerich in Gegenwart von Staatssekretär Dr. Boepple.

Hauptabteilungspräsident Dr. Emmerich legt zunächst dem Herrn Generalgouverneur zwei gebundene Mappen vor, enthaltend

1. einen Tätigkeitsbericht der Handelszentrale Dietrich Dirksen-Danzig
2. einen Tätigkeitsbericht der Firma G.L. Gaiser-Hamburg.

Hauptabteilungspräsident Dr.Emmerich berichtet dann über eine Besprechung, die er in Berlin über die Gründung der Karpaten-Öl-A.G. gehabt hat. Es müsse festgestellt werden, daß die Kontinentale-Öl-A.G. mit den deutschen Gruben nicht ganz einig geworden sei, weil diese gewisse Befürchtungen hegten. Darüber seien des längeren Verhandlungen geführt worden. Er, Präsident Dr.Emmerich, habe sich mit Finanzpräsident Dr. Senkowsky über die Frage in Verbindung gesetzt, ob das Generalgouvernement als Anteilseigener einspringen solle. Die Dinge hätten sich neuerdings insofern zugespitzt, als die Bohrleistung abgefallen sei. Deshalb wolle auch die Dienststelle des Vierjahresplan einen Sachverständigen in das Gebiet schikken, der die Dinge technisch etwas schärfer anfasse, als das bisher geschehen sei.

10.7.1942

Präsident Dr. Emmerich nimmt weiter zur Kohlensituation Stellung, die besonders auf der Südstrecke angespannt sei, was darauf zurückgeführt werden müsse, daß die Züge zum Teil auf beiden Gleisen ostwärts führen und dadurch der Rückverkehr außerordentlich gehemmt werde. Gleichwohl müsse dafür Sorge getragen werden, daß bestimmte Eiltransporte unter allen Umständen durchgeführt würden. Im allgemeinen seien aber die Verhältnisse immer noch einigermaßen zufriedenstellend geblieben, umso mehr, als nicht allzu viele Betriebe hätten stillgelegt zu werden brauchen. Besonders trübe sei allerdings die Situation im Distrikt Galizien. An eine Kohlenlagerhaltung sei hier nicht zu denken, und deshalb müsse mit möglichster Beschleunigung eine Großaktion für die Nutzbarmachung der dortigen Braunkohlenvorkommen in Angriff genommen werden.

Er habe zusammen mit Generaldirektor Budin von den Hasag-Werken eine eingehende Verhandlung mit Generalleutnant Schindler über den Verkauf der Eisenhütte Tschenstochau und der Munitionsfabrik Kamiena gehabt. Generaldirektor Budin habe in Tschenstochau sehr viel geleistet, und seiner Initiative sei es zu danken, daß aus dem veralteten Hochofenbetrieb wieder ein leistungsfähiges Werk geworden sei. Budin interessiere sich auch stark für die Herstellung von Koksgenerator-Wagen, die besser und billiger als Holzgeneratoren seien.

Die Zusammenarbeit mit dem Reich auf wirtschaftlichem Gebiet werde etwas durch die neue Organisation der Reichsvereinigung beeinflußt, die von Präsident Kehrl geleitet werde. Für das Generalgouvernement sei es deshalb von Vorteil, daß hier die Organisation

der Zentralkammer bestehe, die es ermögliche, etwas Ähnliches wie im Reiche zu schaffen.

Aus der kürzlich im Reich veranstalteten Spinnstoffsammlung sei auch ein Teil Kleidungstücke ins Generalgouvernement gekommen.

Die Ernteerfassung sei von der gewerblichen Seite aus gut vorbereitet.

Der Herr Generalgouverneur teilt dem Präsidenten Dr. Emmerich mit, daß in seiner Abwesenheit lebhafte Verhandlungen über die Zentralkammer stattgefunden hätten. Bei dieser Gelegenheit habe er den Präsidenten der Kammer Frhr v. Gregory als einen tatkräftigen und zielbewußten Wirtschaftspolitiker kennengelernt.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr. Emmerich, daß es mit der Öl- und Benzinversorgung im Generalgouvernement insofern schlecht bestellt sei, als vom Reich erneute Anforderungen in dieser Beziehung gestellt würden. Bisher habe man sich immer noch einigermaßen helfen können, und man bemühe sich auch vor allem, eine Entlastung durch die Verwendung von Erdgas herbeizuführen. Leider fehle es für die Aufnahme des Erdgases an den notwendigen Stahlflaschen.

13[00] M i t t a g e s s e n .

Anschließend hat der Herr Generalgouverneur mit Oberbaurat Stürzenacker eine kurze Besprechung über die Errichtung einer Außenstelle des Instituts für Deutsche Ostarbeit in Lemberg.

10.7.1942

15^{10} Besprechung mit Kapellmeister Erb, stellvertretendem Chefdirigenten der Philharmonie des Generalgouvernements, und der Referentin Fräulein Mikorey in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

17^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Krakau

Sonnabend, den 11. Juli 1942

10^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{45} Besprechung mit Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

12^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Staatsbibliothek.

12^{10} Abschluß des ersten Lehrganges der Verwaltungsakademie Krakau.

Vor den Teilnehmern dieses Lehrganges hält der Herr Generalgouverneur in Gegenwart der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple sowie mehrerer Hauptabteilungspräsidenten und der Verbindungsoffiziere Oberst Fischer und Oberstleutnant von Dazur folgende Ansprache:

Ich möchte zunächst allen Teilnehmern an diesen, angesichts der sommerlichen Temperatur nicht restlos angenehmen Veranstaltungen, meinen Dank und meine Anerkennung zum Ausdruck bringen. Es ist wahrlich eine Kunst, in diesen Tagen in einer Woche 24 Fachvorträge von Regierungsvertretern über sich ergehen zu lassen. Ich selber verfüge über diese Kunst kaum, kann also ermessen, was Sie geleistet haben.

Die Verwaltungsakademie Krakau wird heute ihren ersten Lehrgang schließen, d.h., daß die Teilnehmer an diesem Lehrgang von jetzt ab Akademiker sind. Sie können sich darauf berufen, daß Sie nun einen Einblick in die Verwaltung und Führung, in die Sicherheits-, Ernährungs-, Verkehrs-, Wirtschafts- und Justizsituation unseres Generalgouvernements genommen haben. Die Teilnehmer an diesem Kursus werden sicherlich den Eindruck haben, daß das Generalgouvernement als das Nebenland des Großdeutschen Reiches,

11.7.1942

als das älteste seit Kriegsbeginn 1939 besetzte neue Gebiet eine in sich wohlgefügte, klar ausgegliederte, ruhig geleitete, zweckmäßig geführte und aufgebaute Verwaltung besitzt. In der Geschichte des Verwaltungsrechts, des Staatsrechts und der Staatsorganisation ganz allgemein gibt es kein Vorbild für das Generalgouvernement. Sie können die Geschichtsbücher aller Zeiten und Völker durchblättern, Sie werden ein so merkwürdiges Gebilde wie das unseres Generalgouvernements nicht finden, das über eine weite Form von eigenstaatlichen Quasi-Souveränitätsrechten verfügt, gleichzeitig aber in größtem Umfange in die Zuständigkeiten des Reiches eingeschaltet ist.

Aus dieser merkwürdigen Verfassung sind denn auch die Hauptschwierigkeiten in der Führung dieses Raumes entstanden. Sie lagen zunächst einmal darin, daß wir hier praktisch mit einem absoluten Minimum an Personal beginnen mußten. 1939, als wir begannen, zählte die gesamte Belegschaft des Generalgouvernements vielleicht 500 Köpfe. Und es ist selbstverständlich, daß diese Altgeneralgouvernementler, diese alten Kämpfer in diesem Raum bei uns heute so eine Art Verwaltungselite darstellen.

Weiter ist es auch durchaus begreiflich, daß man von Anfang an unseren Weg mit schärfster Beobachtungskraft verfolgte, daß man vom Reich aus uns hier als ein völlig Neues heranwachsen sah und daß hierbei vor allem die Einstellung des Führers zu uns, zu diesem neuartigen, diesem laboratoriumsmäßigen, diesem kolonisatorisch-imperialen Anfangsstadium eines werdenden weiten Raumgebildes unseres Reiches eine wesentliche Rolle spielte. Es war ja auch die erste und entscheidende Tat des Führers, daß er seine schützende Hand über den Generalgouverneur und seine Handlungen immer wieder hielt.

11.7.1942

Sie haben nun in die einzelnen großen Bereiche Einblick genommen. Sie gehen jetzt wieder hinaus in die Distrikte, Kreise und Städte unseres Generalgouvernements, und ich hoffe, daß wir in absehbarer Zeit schon einen zweiten Kursus wieder werden eröffnen können. Das Interesse, das Sie hierbei an Ihrer eigenen Fortbildung gezeigt haben, ist ein Interesse, das die Führung des Generalgouvernements aus vollem Herzen bejahen und unterstützen kann. Gerade hier in diesem neuen Gebiet soll ein Grundsatz ganz deutlich ausgesprochen sein: wir kennen nur eine Möglichkeit der Entwicklung im Generalgouvernement - die Leistung. Wir sind bei den Berufungen zu den höheren Funktionen unseres Staates nicht auf irgendwelche Prüfungsschemata des Reiches angewiesen; hier besteht absolut die Möglichkeit, daß jeder, auch der kleinste Beamte und Angestellte, zu den höchsten Stellungen im Generalgouvernement aufsteigt. Das ist, wie Sie das vielleicht schon in den letzten Monaten haben beobachten können, auch mein Bestreben: ich will diesen Aufstieg aus dem Generalgouvernement selbst heraus fördern.

Es ist also nur erwünscht, daß mit diesen Fortbildungsabsichten unserer Beamten und Angestellten von der Führungsseite aus die klare Einstellung bestätigt wird, daß jeder fleißige, ehrliche, saubere Beamte und Angestellte, der hier seine Pflicht erfüllt, der regen Geistes in die Welt schaut, der nicht müde ist und nicht im alten Trott marschieren zu können glaubt, der nicht die Tradition als oberstes Ziel seines Lebens fortzusetzen gedenkt, sondern, dem Goethe'schen Prinzip folgend, dessen eingedenk ist, daß man im Leben nur etwas gilt, wenn man zu dem, was man übernommen hat, das eigene schöpferische Plus gesetzt hat, - daß dieser fleißige und saubere Beamte

11.7.1942

und Angestellte seinen Platz bei uns findet, daß wir diese Aktivisten der Verwaltung zu uns heranziehen, von denen wir leider im Reich allüberall nicht eine allzu große Zahl finden.

Dieses nationalsozialistische Prinzip des Kämpfertums mit der notwendig gemessenen Form und Grundhaltung des Beamtenmäßigen zu kombinieren, scheint kein Gebilde geeigneter zu sein als ein neues Machtgebilde wie das des Generalgouvernements. Tatsächlich hat sich denn auch hier dieser kämpferische Typ der Beamten und Angestellten herausgebildet. Ein K Kreishauptmann, ein Inspektor beim Kreishauptmann oder ein sonstiger Mitarbeiter oder eine sonstige Mitarbeiterin, die im Generalgouvernement an einer räumlich und personell verhältnismäßig kleinen Dienststelle tätig sind, werden das Empfinden haben, welches Übermaß von Verantwortung und Energie sie angesichts der Größe des jeweiligen Raumes und der Zahl der Bewohner zu tragen haben. Bei uns hat ja die persönliche Leistung eines Deutschen einen viel grösseren Spielraum als innerhalb einer entsprechenden Position des Reichsgefüges. Ein Kreishauptmann mit einem Kreis von 7 000 qkm Fläche und einer Bewohnerzahl von vielen Hunderttausenden hat selbstverständlich einen weiterreichenden Wirkungskreis als ein Landrat im Reich.

Dazu kommt aber nun bei uns noch das Charakteristische, was ich als das erste Fundament unseres Verwaltungsapparats ansehe, nämlich dieEinheit der Verwaltung, die Zusammenfassung aller Staatsfunktionen in einer Person. Von dieser Einheit hängt gerade die Wirkungskraft, die befehlsmäßige Strahlkraft der Person in unserem Verwaltungsdienst ab. Was hier ein

deutscher Eisenbahn- oder Postbeamter, ein deutscher Polizist im Vergleich zu dem entsprechenden Beamten im Reich zu leisten hat, liegt nicht darin, daß etwa der Beamte im Reich weniger leistete, sondern es liegt in der Häufung der Arbeit. Der Eisenbahnbeamte muß sich neben seinen sonstigen Pflichten um die Ernährung und das Unterkommen, um die Gesunderhaltung seiner Leute kümmern. Die Aufgabe des hiesigen Beamten liegt vor allem auch in der Betreuung des fremdvölkischen Personals. Bei der Einheit der Verwaltung muß immer berücksichtigt werden, daß es sich schlechterdings dabei um nichts anders handelt als um die Durchsetzung des Persönlichkeitsprinzips, des kämpferischen persönlichen Verantwortungsbewußtseins.

Wir haben von Anfang an dafür gesorgt, daß Überschneidungen von Zuständigkeiten und Verantwortungen auf ein Minimum herabgedrückt werden. Trotzdem sind sie auch bei uns vorhanden. Seien Sie überzeugt, daß es auch bei uns diese Schwierigkeiten gibt. Auch ich kann manchmal beobachten, wie dieses Teuflein Bürokratismus, dieses Teuflein Ressortpartikularismus und das Teuflein Ressortegoismus bereits auch im Generalgouvernement ihr lockeres Wesen zu entwickeln beginnen. Wir müssen sie bekämpfen, weil wir sonst unseren Nimbus verlieren und sagen würden: im Generalgouvernement ist alles so wie im Reich.

Neben dieser Einheit der Verwaltung spielt bei uns die Kleinheit der Verwaltung eine große Rolle. Diese Kleinheit der Verwaltung, diese Kleingehaltenheit unserer deutschen Besetzung, diese zahlenmäßig so geringe Menschenmenge, die wir aus Deutschland hierher bekommen haben und auch in Zukunft bekommen werden, wird beibehalten werden müssen. Denn man täusche sich nicht: das Kriegsende wird uns nicht einen

11.7.1942

gewaltig großen Zustrom von neuen Kräften bringen, sondern mit Kriegsende werden die neuen gigantischen Räume intensiv zu besetzen sein. Also wir werden imme mit einer Kleinheit der Verwaltung rechnen müssen. Und sie wird dazu führen, daß die Verantwortungsgrundlage immer wieder erweitert wird. Hierbei bedarf es dann einer Zusammenarbeit der Regierungszentrale mit den territorialen Zuständigkeiten der Distrikte und Kreise. Es geht nicht an, hier sinnlos zu schematisieren oder zu zentralisieren, es geht nicht an, daß die großen notwendigen Gemeinschaftsformulierungen in diesem Raum normativ aufgeteilt würden in Wirkungsbereiche der Einzelrepräsentanz. Deshalb muß ich auch die Regierung gegen allzu weitgehende Dezentralisierungsbestrebungen in Schutz nehmen; denn sie bringt ja ihre Formulierungen mit Verordnungskraft nicht deshalb, um die Kreise oder Städte zu ärgern oder zu reizen, sondern sie will nur dafür sorgen, daß nicht ein wildes Durcheinander entsteht.

Wir können nun aber auch von einer Feinheit der Verwaltung reden. Sie soll bei uns besonders gepflegt werden. Wir wollen die Feinheit der Verwaltung nicht darin erblicken, daß sie sich in möglichst gedrechselten Formularien offenbart, in einer Überfülle von Berichterstattungen, vielleicht überhaupt in einer Art Barock der Verwaltungskunst und Verwaltungskunde, sondern die Feinheit der Verwaltung muß darin liegen, daß es uns immer mehr glückt, mit einem möglichst geringen Aufwand an Personal, Raum und Sachbedürfnis die größtmögliche Wirkung zu erzielen. Die Feinheit der Verwaltung soll eine Auslese der jeweils für eine Stelle Geeignetsten und Berufenen ermöglichen.

11.7.1942

Im Reich wird ja auch dagegen gesündigt, und wir selber können uns auch nicht davon freisprechen. Dasewige Geschimpfe über den bürokratischen Beamten, das ewige Klagelied über die Schwerfälligkeit der Verwaltung, das ewige Klagen über den Zuständigkeitswirrwarr wird dadurch nicht beseitigt, daß man das Klagen zum Schimpfen und das Schimpfen zu einer wahrhaft alles vernichtenden Dauerkritik macht. Man kann eigentlich immer nur positiv die Frage stellen: welche Technik ist für den Staat die beste? Und diese Staatstechnik ausbauen heißt an dieser Feinheit der Verwaltung arbeiten. Man wird im 20. Jahrhundert imstande sein, den technischen Notwendigkeiten zum Durchbruch zu verhelfen. Allerdings bei uns im Generalgouvernement, wo man um eine Telefonverbindung kämpfen muß, wo die Zugverbindungen unter aller Kanone sind, solange dieser Druck der Wehrmachtsleistung über uns lagert, wo wir mit allen möglichen anderen Schwierigkeiten, räumlicher und sonstiger Art zu kämpfen haben, wäre es vermessen, schon von einer Feinheit der Verwaltung, der Verwaltung als Idealbild, zu sprechen. Aber die Frechheit ist das Kennzeichen der Ostmenschen. Wir haben gar keine anderen Absichten als die, zu erklären, daß das, was wir hier geschaffen haben, ein nationalsozialistischer Staatsmusterbetrieb sein soll und sein wird.

Die Feinheit der Verwaltung bedingt vor allem auch das charakteristische Bild der Menschen, die hier in der Verwaltung tätig sind. Ich bin sehr glücklich und zufrieden, wenn ich auf die drei Jahre zurückblicke, die wir nun demnächst im Oktober vollendet haben werden. Wenn ich an die Gefahren denke, die die Neubesetzung eines Gebietes in charakterlicher Beziehung mit sich bringt, so kann ich nur feststellen, wie verschwindend wenige Menschen diesen Gefahren

11.7.1942

zum Opfer gefallen sind, den Gefahren, die in der Korruption, einer minderwertigen Lebensführung oder einem unkameradschaftlichen Verhalten liegen. Ich möchte hier ausdrücklich feststellen, daß die charakterliche Beurteilung, die saubere Lebensführung unserer Beamten und Angestellten männlichen und weiblichen Geschlechts, einwandfrei dasteht. Das festzustellen freut mich um so mehr, als die Arbeit in unserem Raum nicht leicht ist.

Eine Feinheit der Verwaltung zu erzielen, ist in einem Augenblick schwierig, in welchem man von jedem Beamten verlangen muß, daß er um sein Leben, seine Wohnung, seinen Raum kämpft, daß er bereit ist, die Opfer zu bringen, die in einem solchen Raum gebracht werden müssen. Wieviele sind nicht aus unseren Reihen von den Fremdvölkischen weggemordet worden! Es wird als eines der Ruhmesblätter der deutschen Beamtengeschichte stets bestehen bleiben, was hier ein einsamer deutscher Eisenbahnbeamter, ein Post- oder Forstbeamter, was ein Kreishauptmann oder seine Außenämter leisten an isoliertem Festhalten deutscher Führung unter Hunderttausenden teilweise haßerfüllten Menschen.

Wir kommen alle aus unserer deutschen Heimat, sind aber allmählich doch die Fremde gewohnt geworden, und dadurch ist ein bedeutsames Bildungsmerkmal für die gesamte deutsche Beamtenschaft erstanden. Denn aus den Erfahrungen des Generalgouvernements wird sich traditionell die neue Schulungsform aller Beamten- und Angestelltenkategorien aufbauen, die in den zeitlich nach dem Generalgouvernement gekommenen neuen Gebieten eingesetzt werden. Ich habe einmal scherzhafter Weise gesagt, daß jeder Gouverneur oder Kreis-Hauptmann ohne weiteres geeignet sei, den schwierigsten

diplomatischen Posten des Großdeutschen Reiches bei irgendeiner Großmacht sofort zu übernehmen. Was der einzelne an Instinktsicherheit, an Klarheit, an persönlichem Einsatz, an Humor und charakterlicher Kraft braucht, das ist schon anzuerkennen.

Es gehört viel dazu, im Leben stark, stolz und froh zu bleiben. Auch der Beamte, obwohl er allgemein als der sogenannte gesicherte Stand hingestellt wird, geht einen schweren Lebensweg. Und die allgemeine billige Formulierung, daß der Beamte, weil er es im Leben so sicher hat, unendlich viel glücklicher ist als derjenige, der sich im freien Wirtschaftskampf oder im freien Leben durchkämpfen muß, ist gefährlich. Denn gerade diese Festgefügtheit der Bezüge, dieses immer im Gleichmaß dahinleben müssen ist schwierig, und die Zahl der Zloty, die bei uns gezahlt wird, ist angesichts der Lebenshaltungskosten in diesem Raum so gering, daß man, wenn im Reich etwa Kritik geübt werden sollte, nur sagen muß; diese Kritik ist völlig unberechtigt und wird von uns auch nicht hingenommen. Was freilich die Regierung, was die einzelnen Hauptabteilungsleiter, die Gouverneure und Kreishauptmänner an Fürsorgemaßnahmen für die deutschen Beamten leisten, wird von mir auch anerkannt.

Es ist klar, daß mit vielen anderen Momenten aus dem Reich auch da und dort Stimmungsmomente hereingebracht werden. Viele von den Alten, die hier seit 1939 gedient haben, kommen oft zu mir und sagen: es war 1939 und 1940 viel gemütlicher als jetzt, wo so viele neue hereinkommen, über alles und jedes meckern, alles besser wissen wollen, aber gar keine Ahnung von dem haben, was die Alten, die zuerst gekommen waren, unter den schlimmsten Verhältnissen und bei der Ungeklärtheit der Probleme zu leisten hatten. Aber wir

11.7.1942

haben dagegen teilweise schon eine Art Selbsthilfe. Ich habe den Begriff der Ostdiensttauglichkeit geprägt, und der Führer hat ihn genehmigt. Und wir werden viele von hier abschieben, wenn sie sich nicht in diese großzügige, etwas weitgespannte Form des Lebens in diesem Raum einzufügen vermögen. Wir sollen hier Ostpolitik treiben, und ich werde den Grundsatz deutlich zum Ausdruck bringen, daß Ostluft frei macht. Wir müssen hier ein anderes Format haben. Das soll natürlich nicht heißen, daß wir uns nun von allen den Grundsätzen freimachen, auf denen das deutsche Leben beruht, von den Grundsätzen der Anständigkeit, der Moral und der sauberen Lebenshaltung. Aber es heißt, daß man irgend jemandem, der in diesen Raum gestellt ist, eine klare Aufgabe gibt und daß man ihn in Ruhe arbeiten läßt, so lange, bis er seine Aufgabe gemeistert hat. Wenn er sie gemeistert hat, dann wird er meine Anerkennung finden.

Das persönliche freie Feststehen auf dem eigenen Grunde ist der Ausgangspunkt unserer ein Weltreich aufbauenden Persönlichkeiten. Hier muß die neue Ethik eines neuen Deutschtums erwachsen, das nun endlich die Enge beseitigt und die spießige Gegeneinandergestelltheit aufhören läßt, die das Leben nur danach betrachtet, ob es dem anderen nicht vielleicht doch am Ende besser geht, wo nur der eine auf den anderen schaut, anstatt daß man sagt; ich bin mir selbst genug, ganz gleich, was der andere ist. Diese Konkurrenzsucht darf bei uns nicht einreißen und sich auch nicht in irgendeiner Form durchsetzen, so daß sie zu gegenseitigen Verunglimpfungen oder Verdächtigungen führt. Bedenken wir immer die Größe der Zeit, bedenken wir immer, daß in diesen Tagen das Größte geschieht, die Zerstörung des gewaltigsten Territorialreiches der Welt unter den Schlägen unserer heroischen deutschen Wehrmacht, daß daraus überhaupt

neue Lebensformen, neue Lebensauffassungen, neue Lebensbedingungen für unser Volk erwachsen, die den Rahmen von alledem sprengen, was wir bisher erlebt haben.

Ich habe mich über diesen Kursus vor allem auch deshalb gefreut, weil er mir die Gewähr zu geben scheint, daß mit ihm und in dem von mir dargelegten Sinne das neue Bild der deutschen Verwaltungspersönlichkeit geschaffen werden kann. Bei uns kann man nicht sagen, daß die Führung bei der Bewegung und die Verwaltung beim Staat ist. Hier ist vielmehr zum ersten Mal eine große nationalsozialistische Kombination möglich. Daher sehe ich auch darauf, daß bei den führenden Persönlichkeiten die Kombination von Partei- und Staatsamt soweit wie möglich gegeben ist. Wir haben hier die Führungspersönlichkeit im Staat, die selbstverantwortliche charakterliche Autokratie des einzelnen in den Mittelpunkt des Handelns zu stellen, und das ist das schlechterdings nationalsozialistische Prinzip der Staatsführung. Daß dabei die Autorität und die Disziplin aufrechterhalten wird und die Befehlsklarheit gesichert ist, ist selbstverständlich. Deshalb müssen auch wir gerade das soldatische Element immer wieder als unser Vorbild betonen.

Ich kann sagen, daß wir mit Stolz auf unsere Arbeit und Sie auf Ihre Arbeit blicken können. Es besteht hier kein Unterschied zwischen Ihnen und mir. Was Sie an Sorgen besitzen, besitze ich vielleicht in gehäuftem Masse. Seien Sie sich dessen immer bewußt, daß jeder von uns, die wir durch das Schicksal in eine hohe Position gekommen sind, oft mit Sehnsucht und Trauer an irgendeine Entwicklungsphase des eigenen Lebens zurückdenkt , wo man, wohlbehütet in einem großen Arbeitspensum, sich in Ruhe und fast be-

11.7.1942

haglich auch seines Lebens freuen konnte. Aber die Sorglosigkeit oder die Behaglichkeit ist nicht das Ziel, sondern das Ziel ist die Diensterfüllung bis zum letzten.

Der Ostruf ertönt. Hier in diesem Osten, in dem wir die Sonne zuerst sehen, sollen dem Generalgouvernement nach dem Siege mit Freiheit und Frieden seine Funktionen im ersten kolonial-imperialen Aufbau der großdeutschen Nation zuteil werden. Seien Sie stolz darauf, daß Sie dabei gewesen sind! Es wird für Ihr Leben immer eine der beglückendsten Erinnerungen sein.

(Lebhafter Beifall)

12⁵⁵ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

13¹⁰ M i t t a g e s s e n .

16⁰⁰ Besprechung mit Pressechef Dr. Gassner.

17⁰⁰ Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Krüger und dem Hauptabteilungspräsidenten Naumann.

Gegenstand der Besprechung ist der Entwurf eines Erlasses über den

Ernte-Ausnahmezustand.

17³⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Sonntag, den 12.Juli 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

Krakau

Montag, den 13.Juli 1942

9^{25} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs im Regierungsgebäude.

9^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler und Staatssekretär Dr.Boepple.

9^{40} Beginn der Regierungssitzung.

Der Herr Generalgouverneur leitet die Regierungssitzung mit folgenden Ausführungen ein:

Meine Herren! Ich habe Sie nach längerer Zeit wieder zu einer Regierungssitzung zusammen gerufen, um mit Ihnen einige Themen zu erörtern, die zeitgemäß und zeitbedingt sind.

Seit unserer letzten großen Regierungssitzung hat sich nun im wesentlichen das ereignet, was wir erwartet haben. Der gewaltige Angriff im Osten ist, aufs intensivste vorbereitet, losgebraust, und der Krieg hat damit, wie wir alle hoffen dürfen, die entscheidende Schlußphase erreicht. Für das Generalgouvernement ist festzustellen, daß, wie schon zur Vorbereitung des beginnenden und vorauszusehenden Abwehrkampfes gegen die Sowjetunion im Jahre 1941, so auch diesmal für die Vorbereitung der kriegerischen Ereignisse in diesem Sommer das Generalgouvernement im weitesten Umfange herangezogen worden ist. Ich kann auch weiter feststellen, daß den seitens der Wehrmacht an das Generalgouvernement gestellten Anforderungen in jeder Weise hat entsprochen werden können. Die Transport-, Ernährungs-, Unterkunfts-, Bauanforderungen sind einschließlich der finanziellen Anforderungen vom Generalgouvernement vollauf gedeckt worden. So hat also das Generalgouvernement als Staat

13.7.1942

wie als Einheit deutscher Energien die Aufgaben erfüllt, deren Erfüllung man von ihm verlangte. Das muß uns mit einer großen Genugtuung erfüllen; denn die Schwierigkeiten, diesen stets steigenden Anforderungen des Reiches zu entsprechen, wachsen leider auch.

Die Lage des Generalgouvernements ist heute so, daß von einer eigenen Wirtschaftspolitik, eigenen Verkehrspolitik, eigenen Ernährungspolitik in diesem Lande selbstverständlich nicht mehr gesprochen werden kann, sondern daß in den wesentlichen und umfangreichsten Voraussetzungen des Binnenlebens dieses Nebenlandes das Reich und seine Bedürfnisse den totalen Vorrang besitzen. Das hat zur Folge, daß bei einem Binnenblick ins Generalgouvernement, bei einer kritischen Würdigung der Binnensituation unseres Landes dieser Gesichtspunkt nicht deutlich genug betont werden kann.

Es ist ganz selbstverständlich: wenn sich etwa die Verkehrslage des Generalgouvernements so ehtwickelt, daß für die Eigenbedürfnisse unseres Nebenlandes kaum mehr Raum bleibt, wenn sich die Ernährungslage unseres Gebietes und seiner Bevölkerung angesichts der Anforderungen aus Kriegsgründen weiterhin kritisch gestaltet, so muß die Regierung des Generalgouvernements die Verantwortung dafür ablehnen. Die Erfüllung der Reichsobliegenheiten und der Reichsauflagen, die weit über das eigentliche Substanzvermögen dieses Raumes hinausgeht, ist nur möglich, wenn demgegenüber die Eigenbedürfnisse dieses Raumes rücksichtslos reduziert werden. Daraus ergibt sich auch die stete Notwendigkeit, jenen sinnlosen Kritisierereien an dem Binnenzustand im Generalgouvernement seitens aller Regierungsstellen mit

13.7.1942

Energie entgegenzutreten, jener Kritik, die ohne Rücksicht auf diesen dauernd betonten Vorrang der Reichsinteressen an Zuständen geübt wird, für die nicht die Regierung des Generalgouvernements die Verantwortung trägt, sondern die eben die notwendige Folge des Reichsvorranges darstellen. Ich werde künftig solche Kritiken - als da sind mangelnde Ernährung der Arbeiter in den Rüstungsindustrien, mangelnde Kohlenversorgung in den verschiedensten Wirtschaftsbereichen, mangelnde Verkehrserfüllung in den verschiedensten Gebieten, mangelnde Unterkunft, mangelnder Wohnraum usw. - mit Keulenschlägen zurückschlagen. Ich denke nicht daran, mir dauernd von Reichsstellen, die keinen Dunst und keine Ahnung von den Dingen haben, Kritik in den Weg schmeißen zu lassen für Folgen, die als zwangsläufig anerkannt werden müssen, weil das Generalgouvernement nicht imstande ist, wirklich das alles aus Eigenem zu leisten, was von ihm verlangt wird, und man daher zu Mehr-Leistungen schreiten muß, die auf Kosten der Binnensubstanz gehen.

Ich möchte das nur am Rande feststellen. Ich glaube, jeder Vernünftige - und es soll ja auch in den Berliner Zentralen noch einige Vernünftige geben - wird auf die Dauer einsehen, daß in einem Gebiet wie diesem nicht ununterbrochen die Auspowerung betrieben werden kann, wie es jetzt geschieht, ohne daß das zu ernsten Folgen führt.

Verglichen mit anderen Gebieten ist die Lage des Generalgouvernements immer noch verhältnismäßig gut: wir stehen sicherheitsmäßig, ernährungsmäßig und auch der Gesamtlage nach immer noch wesentlich besser da als andere Gebiete. Das darf uns aber nicht beruhigen, weil doch immerhin einige ernste Anlässe

gegeben sind, die eine innere Umwandlung auch in diesem Gebiet erkennen lassen. In einigen Teilen des Generalgouvernements, vor allem in den Distrikten Lublin und Galizien, hat sich angesichts des Eindringens fremder aufrührerischer und die Sicherheit zerstörender Elemente eine merkliche Unruhe gezeigt. Es ist gar kein Zweifel, daß hier die Sicherheitskräfte des Generalgouvernements in einem schweren Abwehrkampf stehen. Es ist meine gern geübte dankbare Pflicht, in diesem Augenblick derer zu gedenken, die aus dem Korps des Sicherheitswesens des Generalgouvernements im Dienste für Führer und Reich das Leben hingegeben haben. Eine ganze Reihe hervorragender tapferer Polizei- und SS-Männer und auch sonstiger Deutscher ist im Kampf mit minderwertigen Subjekten gefallen.

(Die Sitzungsteilnehmer erheben sich von ihren Plätzen).

- Ich danke Ihnen.

Im Mittelpunkt der heutigen Erörterung soll die Verkündung des

Ernteausnahmezustandes

stehen. Es ist ganz klar, daß in diesem schwersten Jahr des Krieges mit allen, aber auch allen Mitteln zur Verfügung der deutschen Dienststellen, also der Regierung des Generalgouvernements hereingebracht werden muß, was nur irgendwie vom Felde weggeholt werden kann. Wir können heuer nicht irgendwie mit normalen Mitteln rechnen, etwa mit dem normalen Ausgleich von Ware und Preis, von Ware und Entgelt, sondern wir müssen unter allen Umständen, notfalls unter Anwendung der härtesten Methoden, dafür sorgen, daß wir unsere Scheunen in einem Zeitraum, in welchem allein es möglich ist, nämlich spätestens bis November dieses Jahres voll bekommen. Wir werden außerordentliche Maßnahmen ergreifen. Ich habe am Sonnabend auf Vorschlag meiner Staatssekretäre eine

13.7.1942

Verordnung über den Ernteausnahmezustand unterzeichnet. Er stellt eine völlige Neuerung in der Verwaltungsgeschichte des Großdeutschen Reiches dar, bedeutet aber, daß heuer auf diesem Gebiete äußerst ernste Maßnahmen zur Anwendung kommen werden. Wir werden vor nichts zurückschrecken, um den Ertrag der Ernte in unserem Sinne sicherzustellen.

Im übrigen darf ich die Erwartung hegen, daß die Ernte einigermaßen erträglich wird. Wir können durchaus damit rechnen, daß wir den Anforderungen, die schon jetzt von allen Seiten an uns herantreten, werden entsprechen können. Eins sei auch deutlich gesagt: ich werde auch diesmal meinem Prinzip treu bleiben und dafür sorgen, daß abgesehen von dem Eigenbedarf des Generalgouvernements, der unter allen Umständen gesichert werden muß, die Wehrmacht dieses Raumes einschließlich der Lazarette und einschließlich der durchziehenden Truppen vom Generalgouvernement ernährt wird. Darüber hinaus wird aber eine weitere Leistung an das Reich selbst wohl kaum möglich sein. Inwieweit wir dieses Programm angesichts der sehr ernsten und täglich ernster werdenden Ernährungssituation und Verkehrslage unseres Landes werden durchhalten können, steht dahin. Sicher ist, daß, bevor die Deutschen im Reich verhungern, die Polen verhungern. Das heißt, daß ich vor nichts zurückschrecken würde, um allenfalls mit den äußersten Mitteln des Generalgouvernements unserer Heimat zu helfen.

In zunehmendem Maße beschäftigt man sich mit dem Benehmen der Deutschen im Lande. Es ist kaum mehr erträglich, wie sehr das Gewinnstreben der hereinströmenden deutschen Menschen zu charakterlichen und anderen Schwierigkeiten führt. Hier wird ein ziemlich radikales Durchgreifen notwendig sein. Diesen Leuten muß nunmehr auch klar gemacht werden, daß die Zeit des Sturmes und Dranges im Generalgouvernement

wie überhaupt im Osten vorbei ist. Sie belieben sich offenbar immer noch an die seligen Zeiten von 1939 und 1940 zu erinnern.

Wir planten ursprünglich die Durchführung einer großen Volkszählung im Generalgouvernement. Sie ist notwendig geworden, damit wir einigermaßen zuverlässige Grundlagen erhalten können. Ich nehme an, daß infolge dieser Ernteausnahmesituation und der damit gehäuften Arbeit der Außenbehörden es erwünscht sein wird, wenn wir den Termin dieser Volkszählung vom 1.Oktober auf den 1.Dezember dieses Jahres verlegen. Wir wollen dann diese große Volkszählung im Generalgouvernement vorbereiten und durchführen, und wir werden damit endlich einmal eine Grundlage für die Fülle der Verwaltungs- und Behördenarbeit erhalten, hinsichtlich deren man bisher mehr oder weniger auf Schätzungen angewiesen war.

Meine Herren, ich wollte Ihnen diesen knappen Überblick geben, Sie sollten aus dieser knappen Fassung meiner Ausführungen vor allem aber auch eines entnehmen: trotz der Schwierigkeiten der Zeitläufe und der ungewöhnlichen Situation, in der wir das Generalgouvernement begründet haben, beginnen sich die verwaltungsmäßigen Einrichtungen ebenso wie die Führungseinrichtungen allmählich einzuspielen. Ich stelle ganz allgemein fest, daß sich die Autorität der Staatsorgane in unserem Gebiet zunehmend gefestigt hat. Auch ist für unsere Einrichtungen in diesem Nebenlande des Großdeutschen Reiches eine wesentliche Autoritätssteigerung feststellbar. Sie bedeutet eine Normalisierung des behördlichen Lebens einerseits, bringt allerdings andererseits auch die große Gefahr mit sich, daß infolge dieser Normalisierung eine immer wieder spürbare Einlahmung der Initiative und anderer Erscheinungen zu beobachten sind. Wir dürfen daher

13.7.1942

trotz dieser Normalisierung der Behördenstruktur und des behördlichen Arbeitens nie vergessen lassen, daß wir hier als eine zahlenmäßig ganz kleine Minderheit Millionen fremden Volkstums zu beherrschen haben. Daß dieses Experiment bis jetzt geglückt ist, ist kein Beweis dafür, daß es in alle Zukunft hinein weiter glücken wird. Mit aller Härte und Entschiedenheit muß daher auch von den Herren draußen bei ihren Behörden immer wieder verlangt werden, daß das Verhalten gegenüber dem polnischen und auch den anderen Fremdvölkern sich nicht etwa abschwächt und abweichelt. Wir müssen absolut dafür sorgen, daß dieser Abgrund zwischen Deutschen und Polen aufrechterhalten wird. Es muß daher daran festgehalten werden, daß nur schärfstes Durchgreifen und intensivstes Vertreten des Großdeutschen Machtstandpunktes allein imstande sind, die Autorität der Macht aufrecht zu erhalten. Einige sehr ernste Sabotagefälle der letzten Zeit haben gezeigt, daß es angesichts der Versuche, die immer wieder unternommen werden, unser Land in Unruhe zu bringen, nur mit schwerster Mühe möglich ist, die allgemeine Ordnung grundsätzlich aufrecht zu erhalten. Ich bitte Sie, das nicht zu vergessen. Wenn Sie daher in Ihren eigenen Bereichen immer wieder die Erfahrung machen, daß Sie mit den Polen und anderen Fremdvölkern zufrieden sein können, weil sie brav arbeiten, dann vergessen Sie nicht, daß Tag und Nacht in zunehmendem Maße gerade auf das Generalgouvernement stimmungsmäßig ein verzweifelter Angriff beabsichtigt ist, weil ja die Tatsache, daß Hunderttausende von Polen ihre Dienstleistung im Interesse des Deutschen Reiches erfüllen, für die Feindpropaganda eine Belastung darstellt. In diesem Lande eine beständige Unruhe, eine Häufung von Sabotageakten herbeizuführen, ist ja eines der merkbarsten Ziele der Feindpropaganda. Deshalb müssen auch alle Regierungsinstanzen die Bemühungen unserer Sicherheits-

faktoren unterstützen. Es muß durch restloses Durchgreifen dafür gesorgt werden, daß das Minimum an Zahl durch ein Maximum an Energie ausgeglichen wird. Das soll nun nicht bedeuten, daß wir einen brutalen Ausrottungsfeldzug gegen alles beginnen werden, was im Lande polnisch ist. Aber wir müssen es durchsetzen, daß jeder Versuch einer Obstruktion oder einer Sabotage an unserem Gemeinschaftswerk im Keime erstickt wird. Für unsere Wehrmacht, die draußen weit im Osten auf den Nachschub in diesem Lande angewiesen ist, könnte das geradezu tödlich wirken. Es hat sich erwiesen, daß durch einen einzigen Sabotageakt auf einen Zug eine Verspätung des Militärtransports um viele Stunden herbeigeführt wurde. Sie sehen daraus, wie wichtig es ist, daß die Schärfe dieser Aktion unmittelbar und spürbar einsetzt.

Ich erteile nun zunächst dem Hauptabteilungspräsidenten Naumann das Wort zu seinem Referat über den

Ernte-Ausnahmezustand.

Ausführliches Protokoll der Regierungssitzung s. Beiakten.

15.30 Ständchen der Chorvereinigung Königshütte im Königssaal.

Der Chor befindet sich unter der Leitung von Studienrat Paul Rodewald auf einer Einsatzfahrt durch das Generalgouvernement. Er bringt vor dem Herrn Generalgouverneur verschiedene Lieder, teilweise mit Instrumentalbegleitung zu Gehör.

13.7.1942

15^{45} Besprechung mit Direktor Dr. Coblitz.
Thema der Besprechung ist das Programm für die Eröffnung der Kunstausstellung: "Altdeutsche Kunst aus Krakau und dem Karpatenland".

Direktor Dr. Coblitz überreicht dabei dem Herrn Generalgouverneur die neueste Nummer der Zeitschrift "Burg".

16^{15} Besprechung mit Pressechef Dr. Gassner.

16^{40} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Dienstag, den 14. Juli 1942

10^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{20} Der Herr Generalgouverneur empfängt Herrn Richard Schneider-München.

11^{15} Besprechung mit Präsident Dr. Watzke.

Präsident Dr. Watzke übergibt dem Herrn Generalgouverneur das Manuskript der Landeskunde des Generalgouvernements zur Durchsicht. Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, für das Werk ein Vorwort zur Verfügung zu stellen.

Präsident Dr. Watzke macht davon Mitteilung, daß die Möglichkeit bestehe, in Paris den größten Teil des Chopin-Nachlasses für die Staatsbibliothek Krakau zu erwerben. Der Herr Generalgouverneur ist mit dem Erwerb des Nachlasses durch die Regierung des Generalgouvernements einverstanden.

Präsident Dr. Watzke überreicht dem Herrn Generalgouverneur einen Sammelband über die Neuerwerbungen der Staatsbibliothek Krakau und die neuesten Nummern verschiedener polnischer Zeitschriften.

11^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Ostinstitut.

11^{35} Feierliche Eröffnung der Ausstellung:

"Altdeutsche Kunst aus Krakau und dem Karpatenland."

14.7.1942

Nach dem Vortrag des Ersten Satzes aus dem Beethoven'schen Streichquartett Opus 18, gespielt vom Sonnleitner-Quartett, begrüßt Direktor Dr. Coblitz den Herrn Generalgouverneur und geht anschließend kurz auf das Wesen und den Zweck der Ausstellung ein.

Darauf ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Als in den blitzenden sonnenstrahlenden Tagen des September 1939 die deutschen Truppen in dieses Gebiet einmarschierten, brachten sie das Bewußtsein mit, daß sie in ein altes deutsches Land zurückkehrten. Über dieses Land war eine ewige Wiederkehr deutscher Einflußwogen hinweggebrandet, die allerdings immer wieder angesichts der Ohnmacht der eigenen deutschen, völkischen Heimat des Mittelalters im Nichts verschwanden. Wie in der Welt die staatlichen Konstruktionen nur Bedingnisse des Glückes einer an sich vorhandenen völkischen Pracht, gleichsam Wege zu einer und derselben Entwicklungsglücksmelodie sind, so war es völlig gleichgültig, wie das deutsche Reich an sich bestellt war oder wie die deutsche Heimat im Laufe der Jahrhunderte organisiert war. Entscheidend war, daß deutsche Menschen und Persönlichkeiten in diesem Raum unvergängliche Dokumente deutscher Leistung und deutschen Vorstoßenwollens gesichert hatten.

Für uns ist es daher klar gewesen, daß von dem ersten Tag unseres Wirkens in diesem Raum an, da wir auf Befehl des Führers dieses größte Nebenland des Großdeutschen Reiches konstruierten, dieses Bewußtwerden der persönlichen Vorleistung großer deutscher Menschen für uns Gesetz unseres Handelns sein sollte. Wir waren zunächst einmal zur Wiederfindung

14.7.1942

geschritten. Wir hatten in diesem Raum das gefunden, was deutsche Menschen uns hier vorgearbeitet hatten. Große Namen tauchen hier auf, die weit über diesen Raum hinaus die Annalen der Kunstgeschichte der Welt erfüllen. Veit Stoß, Hans Dürer, Plötner und wie sie alle heißen mögen, haben in diesem Raume großartig und unsterblich gewirkt.

Mit dieser Wiederfindung stießen wir aber von den schon allgemein bekannten Kapiteln der Kunstgeschichte in diesem Raum immer weiter vor. Bis dahin war es unbekanntes Gebiet.

Was wir heute in dieser Ausstellung zusammengetragen finden, sind geradezu erschütternde Dokumente von am Rande gleichsam stehen gebliebenen Werken, die gerade in ihrer schlichten Eindruckskraft dem deutschen Wesen der Zeit, um die es sich handelt, näher und verwandter erscheinen als manche monumentalen Meisterwerke. Hier geht es nicht um Könige und Kaiser, um große reichs- oder weltgeschichtliche Zusammenhänge, sondern um einen Ausklang dessen, was die Welt so wundersam erfüllt hat, des deutschen Gemütes und der deutschen Glaubenskraft.

Diese Wiederfindung alten deutschen bescheidenen Kulturgutes muß uns daher in dieser Feierstunde mit einer ganz besonderen seelischen Ergriffenheit erfüllen. Mit dieser Wiederfindung muß deshalb verbunden sein, eine Wiedererweckung dieser zarten, kaum gehauchten künstlerischen Vorgänge, wie sie sich in diesen Dokumenten einer früheren Periode zeigen. Diese Wiedererweckung soll unsere Aufgabe hier im staatlichen Rahmen sein. Sie soll es uns auch ermöglichen, daß wir uns nicht mit der Wiederfindung

14.7.1942

begnügen, nicht etwa mit der historiographischen Feststellung der Tatsache: wir waren hier einmal, hier haben wir einmal gearbeitet, wir wissen darum, daß wir uns damit feierlich begnügen, etwa um einen historischen Anspruch auf die Wiederbesetzung dieses Gebietes zu erlangen. Nein, der Sinn der nationalsozialistischen Kolonisation in diesem Raum soll die Wiedererweckung sein; wir wollen alle die zarten Fäden, die aus dem geschichtlichen Raum bis hierher reichen, wieder anknüpfen. Wir wollen versuchen, ob es uns gelingt, neben dem äußeren Bewußtseinskontakt auch den seelisch-schöpferischen wieder herzustellen, ob es möglich wäre, mit der Wiederfindung und der Wiedererweckung eine Wiedererstehung der schöpferischen Kraft deutschen Menschentums in diesem Raum zu erzielen. Das wäre freilich die Krönung unserer kunstgeschichtlichen Tätigkeit, diese Erweckung der schöpferischen Kraft in diesem Raum.

Und deutsche Menschen sollten gerade an den Dokumenten, wie wir sie heute hier zusammengetragen haben, ihre besondere Anregung finden. Stellen Sie sich vor, unter welchen Notzeiten, unter welchen ungewöhnlichen Verfolgungskampagnen die deutschen Menschen hier Jahrhunderte hindurch gelebt haben. Wir haben dafür die Bilder aus der Zeit von heute, wo ein einsamer deutscher Beamter unter Hunderten und Tausenden von fremdvölkischen leben und arbeiten und wirken muß. Nehmen Sie dazu nun noch eine feindliche, antideutsche Staatsmacht, und dann werden Sie ermessen, wenn Sie etwa in das Gesicht einer dieser Madonnen aus dem Jahre 142o blicken, welch' ungeheurer Glaube, welch' ungeheure Selbstbesonnehheit und welche Besinnung auf das Problem menschlichen Daseins

14.7.1942

dazu gehört, um inmitten dieses brandenden Hasses gegen alles Deutsche in ein Stück Holz, in ein Stück Marmor oder in ein Stück Metall die ganze Glaubenskraft des deutschen Gemüts zu lenken. Das war nicht die wohlbehütete Welt von Nürnberg oder Wien oder Straßburg, nicht irgendwie eine selbstverständliche Mitgetragenheit durch die Zeitgenossen, das war hier der trotzige, in sich geschlossene, kraftgestaltete Mut: es ist gleich, was um mich ist, in mir ist Deutschland und über mir ist Gott! Ein Ungeheures in der Kunstgeschichte! Und Sie brauchen nur zu ermessen, welche Kunstwerte allenfalls die Engländer in Räumen zurückzulassen pflegten, in die sie einmal verschlagen waren, um zu begreifen, wie stolz wir darauf sein können, daß die deutsche Kolonisation hier im Osten gerade in diesen künstlerischen Symbolen eine ihrer wertvollsten Leistungen für alle Zeiten niedergelegt hat.

Ich bin glücklich, dem Institut für Deutsche Ostarbeit, insbesondere Ihnen, Direktor Dr. Coblitz, und Ihren Mitarbeitern dafür danken zu können, daß Sie diese Ausstellung vorbereitet haben. Wir wollen bewußt an die Wiedererstehung der deutschen Kunst in diesem Raum glauben. Wir wollen es diesen bescheidenen, schlichten schöpferischen Gestaltern von früher gleich tun, die so groß waren, daß sie mit ihrem Namen anonym hinter das Werk zurücktraten.

Es tut dieser Zeit gut, wenn vor der Größe des Opfers, das die besten Deutschen an der Front oder in der Heimat bringen, wir Menschen immer daran denken, daß die wahre Größe unseres Volkes nicht nur der Wille, sondern die stets ungestillte Sehnsucht ist.

14.7.1942

Ich möchte jene Deutschen, die uns hier die Dokumente vorgelegt haben, gerade deswegen als große Deutsche bezeichnen, weil sie demütig waren im Glauben an die Kraft ihres Volkes, an das im Wollen wirkende ewige Gesetz.

Ein halbes Jahrtausend deutscher Bewußtheit schaut uns aus den Dokumenten dieser Ausstellung an. Fünf Jahrhunderte - welche Änderungen im Reichsgebiet, welche Wendungen der völkischen und persönlichen Erscheinung! Wir brausten sie alle durch die Geschichte! Still aber leuchtet uns aus den Madonnenköpfen dieser deutschen künstlerischen Leistung das ewig Menschliche des deutschen Gemütes entgegen.

Lassen Sie sich diese Ausstellung tief in die Seele dringen. Wir Deutsche in Krakau haben wenig Gelegenheit, uns zu solchen Feierstunden zu vereinigen; denn wir stehen mitten im Kriege, im schwersten Krieg aller Zeiten. Wir alle haben von Früh bis Abend zu tun, um mit der Härte des Lebens fertig zu werden. Denken wir in einer solchen Feierstunde wie der jetzigen daran, daß es, um mit der Härte des Lebens fertig zu werden, zwar des Willens bedarf, daß aber ebenso der Glaube von Nöten ist, der sich demütig vor dem höchsten Gesetze beugt. In diesem Sinne möchte ich wünschen, daß von dieser Krakauer Ausstellung eine große Sehnsucht nach künstlerischer Wiedererweckung der Deutschen in diesem Lande ersteht.

Ich erkläre die Ausstellung damit für eröffnet.

Mit dem im Anschluß an die Ansprache des Herrn Generalgouverneurs ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer von Direktor Dr. Coblitz findet die Eröffnungsfeier ihren Abschluß.

14.7.1942

Im Anschluß an die Eröffnungsfeier hält Prof. Dr. Frey-Breslau einen einführenden Vortrag.

Dann findet ein erster Rundgang durch die Ausstellung statt.

12^{40} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

13^{00} Empfang von Schriftleitern aus der Mark Brandenburg und Studentinnen und Studenten vom Zeitungswissenschaftlichen Institut Wien, die sich auf einer Besichtigungsreise durch das Generalgouvernement befanden, im Königssaal.

13^{45} F r ü h s t ü c k .

17^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

5

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.)

Krakau

Mittwoch, den 15.7.42

10[10] Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11[30] Besprechung mit Generalleutnant Schindler.

Generalleutnant Schindler berichtet dem Herrn Generalgouverneur vom Stand der Rüstungsproduktion im Generalgouvernement:

Die Produktion befinde sich infolge einer tatkräftigen Rationalisierung ständig im Steigen. Bei großen Industrieunternehmungen des Reiches zeige sich das Bestreben, im Generalgouvernement Niederlassungen zu errichten. Die Heinkel- und Opel-Werke planten die Errichtung großer Betriebe. Eine ziemliche Vergrößerung erführen die Hasag-Werke, denen wahrscheinlich das Monopol für die Fabrikation eines neuen Koks-Generators übertragen werde.

In diesem Zusammenhang erklärt der Herr Generalgouverneur, daß der Führer die Verschiebung der Industrialisierungs-Grenze von der Westgrenze des Generalgouvernements an seine Ostgrenze verfügt habe. Die Regierung des Generalgouvernements sei für jedes neue Industriewerk im Raume des Generalgouvernements dankbar.

Generalleutnant Schindler berichtet weiter, daß in Kamienna, Kielce und Tschenstochau sehr viel Infanteriemunition produziert würde, während in Starachowice und in Stalowa-Wola vor allem Flakgeschütze hergestellt würden. Der größte Teil der Pferdefahrzeuge für die Ostfront werde in Kielce und Tschenstochau fabriziert. Zur Zeit sei man mit der Errichtung einer zentralen Munitionsanstalt beschäftigt,

in der die im Reich hergestellte Munition gefüllt werde.

Große Schwierigkeiten bereitete die Transportlage und vor allem der dauernde Wechsel der Arbeitskräfte. Da die Versorgung der Familienangehörigen der Arbeiter mit Lebensmitteln vollkommen unzureichend sei, würden die Arbeiter zum Zwecke der Lebensmittelhamsterung ständig ihre Arbeitsplätze verlassen. Die Rüstungsinspektion sei daher gezwungen, fortlaufend 20 bis 30 % Arbeiter mehr zu beschäftigen, als sie tatsächlich benötige. Zur Behebung dieser Mißstände müßte sich die Regierung des Generalgouvernements entschließen, nur denjenigen Polen und ihren Familienangehörigen, die in deutschen Diensten arbeiteten, Lebensmittelkarten zu verabreichen; den anderen sollten Lebensmittelkarten, Wohnraum, Strom und Heizung usw. entzogen werden.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß diese Regelung versuchsweise bereits in einigen Kreisen durchgeführt werde und man eine Ausdehnung auf das ganze Generalgouvernement plane.

Generalleutnant Schindler spricht sich dann dagegen aus, Arbeitskräfte zu verhaften und ins Reich zu transportieren. Durch ein solches Vorgehen werde das Vertrauen der Arbeiterschaft gestört und die hiesige Rüstungsindustrie schwer geschädigt. Im Gegensatz zu den wirklichen Verhältnissen glaube man in Berlin immer noch, daß im Generalgouvernement noch überschüssige Facharbeiter vorhanden seien. Dies

treffe zwar insofern zu, als ein großer Teil (vielleicht 50 %) der Facharbeiter nicht erfaßt werden könne. Diese Arbeiter betätigten sich lieber im Schleichhandel. Wenn es gelänge, durch eine restlose Ernteerfassung den Schleichhandel ziemlich unmöglich zu machen, könne man vielleicht mit einer Erfassung dieser Facharbeiter rechnen. Im Reich fehlten circa 800 ooo Arbeiter.

Der Herr Generalgouverneur erwidert darauf, daß von der Regierung des Generalgouvernements am 1.August ein Ernte-Ausnahmezustand verhängt werde, der die restlose Erfassung aller Lebensmittel durch die deutsche Verwaltung zum Ziele habe. Ein starkes Eindämmen des Schleichhandels werde die Folge sein.

Generalleutnant Schindler berichtet über die Arbeit der Juden in der Rüstung: Zur Zeit beschäftige die Rüstungsinspektion 30 ooo Juden, die in Arbeitslagern zusammengefaßt seien. Fast die gesamten Reparaturen an Uniformen und Stiefeln sowie die Fertigstellung von Pelzen für die Ostfront würden von ihnen geleistet.

Die Produktion laufe im großen und ganzen sehr gut, natürlich seien täglich große Schwierigkeiten zu bewältigen. Ein großes Hindernis bilde z.B. der Umstand, daß Manganerze aus der Slowakei zuerst ins Reich geliefert werden müßten und von dort dann ins Generalgouvernement kämen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Generalleutnant Schindler, solche besonderen Fälle ihm schriftlich mitzuteilen, damit er sich für eine Abstellung einsetzen könne.

15.7.1942

12.15 Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königssaal in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple und Ministerialdirigent Dr. Emmerich Generaldirektor Dipl.-Ing. Kuchinka (Witkowitz), Generaldirektor Hummelberger (Poldi-Hütte), Generaldirektor Dr. Frhr von Ringhoffer (Tatra), Direktor Hofmann (Starachowice und Ostrowiec), Direktor Dr. Richter (Stalowa-Wola), Dr. Zimmermann und Diplomkaufmann Fischer.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich führt eingangs aus, daß der Besuch der Herren der Eisenindustrie aus dem Protektorat schon längst geplant gewesen sei und daß die von Reichsmarschall Göring angeordnete Neuorganisation der Eisenwirtschaft des Reiches die Reise zum jetzigen Zeitpunkt habe ratsam erscheinen lassen. Man habe gemeinsame Besprechungen darüber geführt, wie die Eisenindustrieen des Generalgouvernements und des Protektorats im Rahmen dieser Neuorganisation den ihnen gebührenden Platz erhalten könnten.

Die vor kurzem ins Leben getretene Reichsvereinigung Eisen habe die Aufgabe, in der Eisenwirtschaft Großdeutschlands und seiner Einflußgebiete die "Leistungssteigerung und Rationalisierung der Erzeugung und des Absatzes" durchzuführen. Leiter sei Kommerzienrat Röchling. Herr Röchling sei gleichfalls zum "Reichsbeauftragten für Eisen und Stahl in den besetzten Gebieten" ernannt worden, wodurch die Zuständigkeit der Reichsvereinigung Eisen auch auf das Generalgouvernement ausgedehnt worden sei. Im Protektorat mit seiner bedeutenden und organisatorisch bisher selbständigen Eisenindustrie bestehe wie im Generalgouvernement das gleiche Interesse daran daß die Einflußmöglichkeit der beiden Industriegruppen in der zentralen Reichsvereinigung sichergestellt werde.

15.7.1942

Generaldirektor Kuchinka sei sowohl Präsident der "Vereinigung der Eisenwirtschaft des Protektorats" wie Verwaltungsrat-Vorsitzender der "Eisenhütten-gemeinschaft Ost" des Generalgouvernements. Die Zusammenarbeit zwischen Generalgouvernement und Protektorat auf dem Gebiete der Eisenindustrie habe sich nicht nur durch die betriebliche Verbundenheit, sondern durch die Zusammenarbeit der beiderseitigen Organisationen durchaus bewährt.

Es habe der Wunsch bestanden, daß der Herr Generalgouverneur besonders angesichts der Tatsache, daß das Generalgouvernement ein eigenes Zollgebiet bildet, sich dafür einsetze, daß bei aller Bereitschaft zur Zusammenarbeit in der Reichsvereinigung Eisen eine die besonderen Verhältnisse des Generalgouvernements berücksichtigende Gruppe gebildet werde. Auch die Wünsche des Protektorats gingen in der gleichen Richtung.

Wahrscheinlich werde nach dem neuesten Stand der Entwicklung eine direkte Intervention des Herrn Generalgouverneurs nicht nötig sein. Der jetzige Besuch der Herren aus dem Protektorat werde zu einer ausgedehnten persönlichen Fühlungnahme benutzt.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß man in der Industrialisierung des Generalgouvernements erst am Anfang stehe. Im Gegensatz dazu sei das Protektorat eines der dichtest industrialisierten Gebiete mit einer Fülle von Rohstoffquellen, Produktionsstätten und einer großen Facharbeiterschaft.

Das Generalgouvernement sei nunmehr ein stabiles Gebiet geworden. Seine Lage als Durchgangsland des Reiches nach dem Osten erweise sich immer günstiger.

15.7.1942

Die weitgehende Zerstörung aller Industriestätten im weiteren Osten machte es erforderlich, daß sich das Generalgouvernement zu einer äußerst wichtigen Heimstätte für den großdeutschen Wirtschaftsbereich entwickeln müsse. Er freue sich, wenn diese Entwicklung über den eigentlichen Kriegsbedarf hinaus eine Strukturänderung des Generalgouvernements ermögliche.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich erklärt, daß eine Zusammenarbeit zwischen den Industrieen des Generalgouvernements und des Protektorats von besonderem Vorteil sei, da zwischen den Stammhäusern im Protektorat und den stützungsbedürftigen Betrieben im Generalgouvernement eine rationelle Arbeitsteilung Platz greifen könne. Im früheren Polen sei in den einzelnen Industriebetrieben alles hergestellt worden, und diese Methode könne unmöglich wirtschaftlich sein.

Dipl.Ing. Kuchinka, Generaldirektor der Witkowitzer-Eisenwerke, die die Betriebsführung der Berg- und Hüttenwerke in Starachowice sowie der Ostrowiecer Hochöfen- und Werke-A.G. übernommen haben, erklärt, daß man zur Zeit feststelle, inwieweit man bei Berücksichtigung der derzeitigen Anforderungen die künftige Gestaltung der beiden Werke in Angriff nehmen könne. Nach dem Kriege komme auf dem eisenschaffenden Sektor in den Starachowicer-Werken die Herstellung von Stahl infrage. Eine gewisse Erleichterung liege darin, daß in Starachowice auch jetzt schon Hartmetalle für Werkzeuge erzeugt würden. Als Friedensbeschäftigung sei also eine Fabrikation von Werkzeugen durchaus möglich.

15.7.1942

In den Ostrowiecer-Werken solle auf Grund reichlicher Überlegungen der eisenschaffende Sektor ebenfalls aufrecht erhalten werden. Nicht unbedingt erforderlich sei, daß Kohle und Erze am Sitz des Unternehmens vorhanden seien. Bei Verhüttung reichhaltiger Erze ergebe sich eine starke Einschränkung des Koksverbrauches. Eine große Rolle werde die Frage spielen, ob man später die Erze von Kriwoj Rog für den polnischen Raum zur Verfügung habe. Der Ausbau der Wasserwege sei dabei besonders wichtig.

Im übrigen könne bei der kommenden friedensmäßigen Fabrikation eine Angleichung mancher Fabrikationszweige der beiden Werke zu den Witkowitzer-Werken als Stammwerk erfolgen. Weiter müsse in Betracht gezogen werden, daß geplant sei, in Südrußland noch einen Teil der dortigen Eisenindustrie bis zu einer gewissen Grenze nach dem Osten wiederaufleben zu lassen. Zur weiteren Verarbeitung der dort erzeugten Halbfabrikate könnten die Betriebe im Generalgouvernement in starkem Maße herangezogen werden.

Die Betreuung der Stalowa-Wola-Werke habe am 1.Oktober 1941 begonnen. Das Werk sei als reines Edelstahlwerk aufgezogen. Man bemühe sich jetzt, die Ausrüstung für die kommende Friedensproduktion zu ergänzen und die Erzeugung zwischen Starachowice und Stalowa-Wola abzustimmen, damit beide Werke nicht einmal die gleiche Fabrikation aufwiesen. Zu diesem Zwecke solle in Stalowa-Wola mehr Elektronstahl erzeugt werden. Abzuwarten sei, ob Stalowa-Wola für eine Ausfuhr konkurrenzfähig werden könne.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich hält dies auf Befragen für durchaus möglich, da nach dem Kriege auf dem Edelstahlgebiet große Engpässe auftraten würden, sodaß das Werk genügend Zeit für eine Rationierung habe.

616

15.7.1942

Generaldirektor Dr.Frhr von Ringhoffer erklärt, daß er im Generalgouvernement frisch aufbauen müsse, da die Warschauer Fabrik seines Unternehmens vernichtet worden sei. Geplant würden von ihm ein Betrieb zur Fabrikation von landwirtschaftlichen Maschinen (insbesondere Pflüge) und der Neuaufbau des Automobilverkaufes bzw. die Errichtung von großen Reparaturwerkstätten.

Der Herr Generalgouverneur äußert stärkstes Interesse an der Fabrikation von landwirtschaftlichen Maschinen im Generalgouvernement.

Das wichtigste Problem liege darin, das Verkehrsnetz so auszubauen, daß ein Transport der Rohstoffe ins Generalgouvernement leicht möglich sei. Die Erze in der Lysa-Gora seien für einen Abbau nicht geeignet. Der wesentliche Pluspunkt des Generalgouvernements sei seine günstige Lage. Der Führer denke sich das Generalgouvernement als Dauereinrichtung (vorrat) und notwendiges Zwischenglied zwischen der Wirtschaftsstruktur des Großdeutschen Reiches und des gewaltigen Ostraumes. Bei ihm, dem Generalgouverneur, und bei allen Regierungsstellen des Generalgouvernements würden alle Industrialisierungspläne die wärmste Unterstützung finden.

Nach dem Kriege müsse das Generalgouvernement zu einer eigengesetzlichen Wirtschaftsform kommen, es könne nicht immer Anhängsel bleiben. Eigene Preise und Löhne, die aus vielerlei Gründen über denen des Reiches lägen, könnten innerhalb großer Konzerne ausbalanciert werden. Man könne nicht mit Rohstoffquellen rechnen, aber ungeheure Möglichkeiten böten die Lage des Generalgouvernements und seine Arbeitskräfte.

15.7.1942

Die Rohstoffversorgung der Fabrikationsstellen des Generalgouvernements müsse so eingerichtet werden, daß die beste Nutzung für die Gemeinschaftswirtschaft des Großdeutschen Reiches entstehe. Große Bedeutung falle dem Ausbau der Wasserwege zu.

Generaldirektor Kuchinka ist ebenfalls der Überzeugung, daß ein Wirtschaftsraum seine eigene Struktur und seine Sonderheiten habe. Auch für das Protektorat treffe das zu. Die Industrie des Protektorats habe darauf bestanden, ihre eigenen Verbände weiter behalten zu dürfen; denn nur so könnten die wirtschaftlichen Sonderheiten der Protektoratswirtschaft bewahrt werden. Das gleiche gelte auch für die Wirtschaft des Generalgouvernements.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß es ihm vor allem auf den Erfolg ankomme. Das Deutsche Reich sei ein Weltreich geworden, brauche neue Formen und müsse wirtschaftlich sehr großzügig denken. Zu enger Zentralismus sei nicht gut.

13.00 Der Herr Generalgouverneur empfängt in Anwesenheit von Hauptabschnittsleiter Stahl, Distriktsstandortführer Gouverneur Dr.Fischer und SA-Oberführer Peltz Obergruppenführer Mappes, Brigadeführer Orth und Obersturmbannführer Schänzlin im Königssaal.

16.40 Regierungsrat Braun legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung über die Dienstpflicht in den SA-Wehrbereitschaften
2. einer Verordnung über die Strafordnung in den SA-Wehrbereitschaften
3. einer Fünften Devisen Verordnung für das Generalgouvernement

vor.

15.7.1942

Der Herr Generalgouverneur will vor Unterzeichnung der ersten beiden Verordnungsentwürfe noch mit Staatssekretär Dr. Bühler, Hauptabschnittsleiter Stahl und SA-Oberführer Peltz eingehend Besprechungen pflegen. Der Fünfte Devisenverordnungsentwurf für das Generalgouvernement wird von ihm unterzeichnet.

17⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königssaal General der Kavallerie Frhr von Giennanth, die Oberfeldkommandanten Generalleutnant Beuttel, Generalleutnant Moser, Generalleutnant von Höberth und Generalmajor Rossum.

Bei dieser Gelegenheit erklärt der Herr Generalgouverneur, daß im Vordergrund der Arbeit der Regierung des Generalgouvernements die kommende Ernteerfassung stehe. Zur Lagerung des zu erfassenden Getreides benötige die Regierung von der Wehrmacht alle irgendwie frei zu machenden Baracken, da die vorhandenen Lager zu klein seien.

General Frhr von Giennanth sichert dem Herrn Generalgouverneur die geforderten Räume zu. Auf seine Anordnung würden im Generalgouvernement alle verfügbaren Baracken und auch mehrere Hallen auf Eignung zur Lagerung von Getreide untersucht.

17³⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Eröffnung der Wehrmachtsausstellung:

"Der Weltkampf gegen Bolschewismus und Plutokratie"

zum Adolf-Hitler-Platz.

17³⁵ Der Herr Generalgouverneur trifft in Begleitung des Militärbefehlshabers im Generalgouvernement General der Kavallerie Frhr von Giennanth auf dem Adolf-Hitler Platz ein und schreitet die Front der dort aufgestellten Ehrenformationen des Heeres, der Luftwaffe und

15.7.1942

einer Hundertschaft des Arbeitsbereiches NSDAP Generalgouvernement ab.

Nach-dem Präsident Ohlenbusch einleitend Wesen und Zweck der Ausstellung dargelegt, Generalleutnant von Höberth einen Rückblick auf die Heldentaten der deutschen Wehrmacht gegeben und im Auftrage des MiG die militärischen Schaustücke der Ausstellung unter die Obhut der Regierung des Generalgouvernements gestellt hat, ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Herr General! Meine Herren! Das Generalgouvernement ist stolz darauf, heute auf diesem Platz der alten deutschen Stadt Krakau die Wehrmachts-Ausstellung eröffnen zu können. Ich vollziehe diesen Akt, indem ich den Geist derer in unsere Mitte segnend herbeirufe, die diese Beutestücke mit-errungen haben: es ist das ewige unsterbliche deutsche Soldatentum, das sich nunmehr anschickt, unter der Führung Adolf Hitlers dem deutschen Volk das größte Reich aller Zeiten zu erkämpfen und zu erstreiten und damit für unser deutsches Volk und sein nationalsozialistisches Reich eine Zukunft in Frieden, Freiheit und Ehre sicherzustellen. Daß von diesem Reich nicht etwa nur den Völkern der mit uns verbündeten Nationen, sondern dem gesamten europäischen Kontinent ein neues Erblühen erstehen wird, wissen wir. Die Helden unseres Volkes, die, stets voranleuchtend, die Kampfflagge des Dritten Reiches, des Reiches Adolf Hitlers mit unsterblichem Ruhm umgeben, seien in Dankbarkeit gegrüßt!

Möge von dieser Ausstellung den Deutschen im Generalgouvernement immer wieder das Bewußtsein der Opfer nahe gebracht werden, die für diesen Raum gebracht werden mußten. Der Soldat hat diesen Raum

unter dem Einsatz seines Lebens erkämpft. Wenn nicht Tausende und Abertausende deutscher Männer bereit gewesen wären, in den flammenden Krieg für die Freiheit auch dieses Raumes zu ziehen, dann wäre heute deutsches Leben in diesem Raum weder in Verwaltung noch im Staat noch in der Wirtschaft noch in der Kultur möglich. Daher muß sich das Leben in diesem Raum dieser soldatischen Voraussetzung, dieses soldatischen Inhalts des deutschen Daseins bewußt bleiben.

Wir haben diesen Dank an den deutschen Soldaten dadurch abzustatten, daß wir dem deutschen Reich hier ein Nebenland aufbauen, in dem auch der einst von der Front zurückkehrende deutsche Frontsoldat eine gesicherte Heimstätte für sein Fortkommen und seinen Fortschritt finden wird. Dafür zu sorgen, sei eine der Dankespflichten der Regierung des Generalgouvernements.

Ich eröffne die Wehrmachts-Ausstellung, indem ich Sie bitte, Ihre Blicke zum allmächtigen Herrgott zu erheben: Möge er unseren Führer Adolf Hitler in seinen Schutz nehmen! Der Führer und oberste Befehlshaber der deutschen Wehrmacht Adolf Hitler Sieg-Heil!

Anschließend findet ein Rundgang des Herrn Generalgouverneurs und der Ehrengäste durch die Ausstellung statt.

18^{15} Der Herr Generalgouverneur nimmt an einem Tee in den Räumen des Propagandaklubs, Johannisgasse 1 teil.

18^{40} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

621

Kressendorf

Donnerstag, den 16.7.1942

11^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia im Salonwagen nach M ü n c h e n .

622

Donnerstag, den 16.Juli 1942

bis

Sonnabend, den 25.Juli 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

In dieser Zeit hält der Herr Generalgouverneur am 20. Juli an der Universität München einen Vortrag über das Thema:

"Das Recht als Grundlage der Volksgemeinschaft"

und am 21.Juli in der Universität zu Heidelberg einen Vortrag über das Thema:

"Der Rechtsgedanke und die europäische Neuordnung."

Rede des Generalgouverneurs, Reichsministers

Dr. F r a n k

am 20.Juli 1942

im Großen Hörsaal der Universität München über

das Thema:

"Das Recht als Grundlage der Volksgemeinschaft."

Magnifizenz! Volksgenossinnen und Volksgenossen! Kameraden! Ich komme von einer stolzen Burg im Osten dem Dienstsitz des Generalgouverneurs zu Krakau. Dort ist das kriegerische Geschehen unmittelbar spürbar, das durch den Sieg der Wehrmacht Adolf Hitlers einem neuen Europa die Bahnen bereitet. Es ist kein Zweifel, daß dieser Krieg im Osten, in den das deutsche Volk schicksalsbewußt eingetreten ist, nicht nur die Entscheidung für die Größe unseres Volkes und seine endgültige Entwicklung bringt, sondern darüber hinaus für die gesamte europäische Kultur von schicksalhafter Bedeutung sein wird. Man darf diesen Krieg im Osten nicht als vergleichbar ansehen mit kriegerischen Ereignissen früherer Jahrhunderte. Dieser kühne Versuch, die Drohung aus dem Osten für alle Zukunft abzuwenden, ist schlechterdings einmalig. Wir, die wir seit 1939 als unmittelbare Nachbarn in die Fratze des Bolschewismus gesehen haben, wir konnten ermessen, welch' todbringende Gefahr durch das bolschewistische Blut- und Gewaltsystem für unsere gesamte europäische Kultur aufstieg. Das Heldenringen des deutschen Soldaten unseres nationalsozialistischen Reiches ist daher einer der größten Kulturbeiträge des deutschen Volkes im Dienste Europas. Und es ist vielleicht eines der charakteristischen Merkmale dieses Ringens im Osten, daß die bedeutsamste Kulturnation, die aus der Antike herüber die grandiosen Leistungen und Methoden des imperialen Reichsdenkens Roms im Faschismus erneuerte, Seite an Seite mit unserer Wehrmacht die italienische Wehrmacht Mussolinis in den Kampf für Europa gegen Osten entsandt hat.

Jetzt, da wir vor der Errichtung des größten Reiches der deutschen Nation und vor der Neuordnung Europas stehen, ist es notwendig, daß die Gedanken ihre schöpferische Ausprägung erhalten, die berufen sind, den Inhalt dieses Reiches ideell und organisatorisch festzulegen. Mit der Verantwortung, die das

20.Juli 1942

Deutsche Reich als größter Machtblock des werdenden Europa zu tragen hat, ersteht eine europäische Kulturaufgabe, die darin liegt, nicht nur das zu retten, was Europas kulturelle Sendung bedeutete, sondern neues Wachstum aus den mit frischem Lebenssaft erfüllten Wurzeln eines neuen Europas zu ermöglichen. Ich freue mich, daß ich hier als einer der Träger der großen Ostaufgaben sprechen kann. Wir haben in den Osten Ordnung und Klarheit der Entwicklung gebracht und allen verleumderischen Entstellungen der Feindseite gegenüber stelle ich fest, daß das mir vom Führer anvertraute polnische Volk des Generalgouvernements noch nie so klar, sachlich und auch vorteilhaft regiert wurde, wie das unter der deutschen Führung geschieht.

Die große geistige Sendung, die das deutsche Volk zu erfüllen hat, muß vom ganzen Volke erfaßt werden. Ich darf mich hier in diesem Raume mit Stolz zum Akademikertum des deutschen Volkes rechnen, das seine Blutopfer genau so gebracht hat und bringt wie alle anderen Schichten unseres Volkes.

(Lebhafter Beifall)

Ich muß mich im Zusammenhang mit dem Thema des heutigen Abends weiterhin mit Nachdruck gegen eine wesentlich übersteigerte, manchmal völlig unverständliche Kritik am Wirken und an der Arbeit des Juristen wenden, wie sie sich bedauerlicherweise bemerkbar gemacht hat. Ich bin stolz darauf, in diesem Hörsaal, in dem so große Lehrer der Rechtswissenschaft das Wissen um das Recht uns jungen Studenten vermittelt haben, mich auch als Jurist bekennen zu dürfen, weil bei der Schaffung der neuen Gemeinschaft der europäischen Völker dem Rechte und der Rechtsidee

20.7.1942

in der Gestaltung des volksgenössischen Daseins und in der Gestaltung der Beziehungen der einzelnen Volkstümer Europas untereinander eine maßgebliche Bedeutung zukommen wird.

Der Führer hat in einer seiner letzten Reden begeistert von jenem Licht gesprochen, das durch die Jahrtausende von der Akropolis in Athen herüberstrahlt in unsere Zeit. Dieses Licht der Antike hat Europa das Bewußtsein der Bedeutung der schöpferischen Persönlichkeit gegeben, dieser schöpferischen Persönlichkeit als Ausdruck der jeweiligen Kulmination von Kräften, die aus dem rassischen Urgrund eines Volkstums aufstiegen. Gegenüber dem Massenterror des Bolschewismus der schöpferischen Persönlichkeit ihre Wirkungsmöglichkeit zum Vorteil einer höheren Entwicklung der Kultur, die mit dem Namen Europa verbunden ist, sicherzustellen, das ist die Aufgabe des Rechtes, das ja nicht vergewaltigt, das nicht der Unterdrückung dient, sondern das ein lebensförderndes Element innerhalb der Gemeinschaft sein will.

Wenn wir von dem Rechte als Grundlage der Volksgemeinschaft heute sprechen, sind gerade wir als Juristen, als Rechtswahrer uns darüber klar, daß dieses Recht in seiner ausgeschliffenen Formalität nicht bis zur letzten Exaktheit aufrechterhalten werden kann im Augenblick eines schicksalshaften Ringens um die Gesamtexistenz eines Volkes. Das berühmte Wort, wonach Gesetze und Rechtsordnung während des Waffenganges schweigen, gilt sicherlich auch für unsere Zeit, in der eine gewisse Einschränkung der Persönlichkeitssphäre des einzelnen zum Vorteil des Ganzen notwendig ist. Es ist selbstverständlich, daß sie in einem Kriege hingenommen werden muß und auch hingenommen wird, auch wenn sie das Gesamtdasein des einzelnen im weitesten Umfang berührt. Des weiteren ist klar, daß die

20.7.1942

Rechtsarbeit im Kriege bestimmt ist durch den Vorrang jener rechtlichen Maßnahmen, die die stärkste Sicherung vor Hochverrat, Landesverrat usw. zum Ziele haben. Selbstverständlich ist weiterhin, daß darüber hinaus die Rechtsordnung im Kriege vor allem zu dienen hat der Sicherung des Kriegsbedarfes an sich, der Sicherung dessoldatischen Daseins in jeder Form. Darüber brauche ich heute nicht zu sprechen, denn über diese Selbstverständlichkeiten sind wir uns alle klar. Auch daß Gemeinnutz vor Eigennutz geht, zeigt sich nirgends gewaltiger und eindrucksvoller als im Kriege. Das Volk nimmt alle die daraus sich als notwendig ergebenden Einschränkungen in mustergültiger Disziplin auf sich, ganz besonders im Hinblick darauf, daß der Führer selbst jedes Opfer mitbringt. Es gibt niemand im deutschen Volke, der nicht den Ernst der Stunde begriffen hätte und der nicht ermessen könnte, daß dieser Krieg mit dem Sieg Deutschlands enden wird, weil jede andere Möglichkeit die Vernichtung unserer völkischen Existenz bedeutete.

Nach diesen Feststellungen ist es nunmehr meine Aufgabe - und ich bin vielleicht als Nationalsozialist, als Reichsleiter und alter Mitkämpfer des Führers als Einziger in der Lage, mich dieser Aufgabe zu unterziehen -, zu der Kritik Stellung zu nehmen, die in allmählich unerträglich werdender Form am Recht, an den Richtern, an den Rechtsanwälten und an sonstigen Rechtswahrern geübt wird und die oft jedes erträgliche Maß übersteigt.

(Stürmischer Beifall)

Das Recht ist der Inhalt der Volksgemeinschaft schlechthin. Die Volksgemeinschaft kann man nicht anders als auf dem Wege des Rechtes erfassen. Es gibt keine andere Form. Wenn man in der germanischen-arischen

20.7.1942

Staatsidee denkt - wie wir Nationalsozialisten das ja tun-, dann muß man umso mehr im Rechte ein heiliges Gemeinschaftsgut sehen und darf nie vergessen, daß der Sinn des Germanentums darin lag, der asiatischen Barbarei und Willkür wie das Licht der Finsternis gegenüberzutreten. Man soll daher auch wissen, daß, wenn man das Recht als Inhalt der Volksgemeinschaft leugnet, man die Volksgemeinschaft selbst leugnet. Selbstverständlich wissen gerade auch wir, daß die Rechtspraxis manchmal auch kritikwürdige Erscheinungen hervorbringt. Es ist selbstverständlich, daß es schlechte Gesetze gibt, daß nicht jeder Richter seiner Aufgabe gewachsen ist und daß sich unwürdige Elemente im Rechtsstande da und dort zeigen. Der Führer selbst hat Gelegenheit genommen, manchmal seiner ernsten Kritik Ausdruck zu verleihen. Aber es ist unmöglich, von Volksgemeinschaft zu sprechen, die Diener des Rechtes aber aus dieser Volksgemeinschaft als ausgeschlossen zu betrachten und mitten im Kriege mit Schmutz zu bewerfen.

(Lebhafter Beifall)

Der Führer hat mir die Aufgaben des Reichsleiters des Reichsrechtsamtes und des Führers des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes übertragen, und es ist daher meine Pflicht, es als der deutschen Volksgemeinschaft abträgig zu erklären, wenn im "Schwarzen Korps" Rechtsanwälte als Kloakentierchen bezeichnet werden.

(Stürmischer Beifall)

Das Recht hat die Substanzwerte unseres Volkes zu sichern. Es sind dies die Rasse, der Boden, die Arbeit, der Staat und die Ehre unseres Volkes. Nach diesen Gesichtspunkten hat sich die nationalsozialistische Reichsgesetzgebung Adolf Hitlers zu dem bisher

monumentalsten Gesetzgebungswerk der Geschichte emporentwickelt. Sie ist der Ausgangspunkt einer Ordnung geworden, die zum mindesten so mustergültig und in die Zukunft weisend ist, wie das irgendeine revolutionäre Ordnung früherer Jahrhunderte war. Die Sicherung der Autorität der Staatsführung in unserer Rechtsordnung ist vollkommen. Das nationalsozialistische Rechtsdenken sieht ähnlich wie der Faschismus in der obersten Staatsführung einen mit absoluter schicksalshafter Vorbedeutung begabten Gemeinschaftsdienst. Zu diesem Dienst am Volke und am Einzelnen hat sich die nationalsozialistische Reichsführung von Anfang an bereiterklärt. Wenn man auf die zehn Jahre der Regierung Adolf Hitlers nunmehr zurückblickt, so ist festzustellen, daß die Forderung, dem Reiche zu geben , was des Reiches ist, als in vollem Umfange geglückt bezeichnet werden muß, und zwar auf den beiden Gebieten, sowohl dem der Substanzwertsicherung, wie dem der Autoritätssicherung.

Um ein so gigantisches Gesetzgebungswerk in die Tatsachen/welt überzuführen, genügt es aber nicht, daß grundlegende Gesetze, Verordnungen und Ausführungsbestimmungen irgendwo in einem Gesetz- und Verordnungsblatt schwarz auf weiß stehen, sondern dazu ist eben notwendig ein klargefügter Dienst am Recht. Es ist unmöglich, von irgend jemand zu verlangen, daß die Technik des Staates keinerlei fachlicher Vorbildung bedürfe und daß es ohne weiteres ausreicht, ein guter Redner zu sein, um zugleich einen fabelhaften Verwaltungspraktiker darstellen zu können. Daß das ein Irrtum ist, muß festgestellt werden nicht im Interesse des Rechtsstandes oder der Rechtswahrer, sondern im Interesse des Reiches. Gewiß, das Recht ist älter als die Juristen. Aber die Gesundheit ist auch älter als die Ärzte. Gewiß gab es einmal eine

20.7.1942

Zeit, in der Recht geübt wurde - sagen wir einmal recht und schlecht -, bevor es Juristen gab. Man kann gewiß auch sagen: es wäre vielmehr Recht auf der Welt, wenn es weniger Juristen gäbe. Das alles ändert aber nichts daran, daß jeder, der nicht als Rechtsfachmann geschult ist, vor dem Reichsgesetzblatt hilflos ist.

(Heiterkeit)

Alle kritischen Betrachtungen ändern nichts daran, daß auch die Technik des Staates nach dem Fachmann ruft. Freilich ist das Nichtfunktionieren eines Maschinenaggregats leichter feststellbar als das Nichtfunktionieren der Technik des Staates. Eine Lokomotive, die unfachgemäß betreut wird, bleibt stehen. Der Staat aber schleppt sich leider auch dann noch fort, wenn er unfachmännisch betreut wird. Immerhin ist man zur Erkenntnis gekommen, daß angesichts des immer komplizierter werdenden Lebens die Betreuung der Gemeinschaftsordnung einen fachlich gebildeten Beruf braucht. Wer den Dienst am Recht als Spezialaufgabe innerhalb der Volksgemeinschaft beseitigen wollte, der müßte zuerst die normative, formale Gesetzgebung beseitigen. Man müßte zu dem mit der Glocke ausgestatteten Dorfausrufer zurückkehren. Es ist sehr schwierig, jemand diese Dinge klarzumachen, der von Rechtsbegriffen oder vom Dienst am Rechte keine Ahnung hat und von dieser Art Betätigung in der Volksgemeinschaft überhaupt nichts wissen will.

Demgegenüber können wir nur sagen: das Recht enthält eine der entscheidendsten germanischen Kultursendungen, die es gibt. Ohne Recht keine Gemeinschaft! Wenn es aber das Recht in diesem Sinne geben soll, muß es auch den Betreuer dieses Rechtes geben, und zwar den geschulten Betreuer. Und dann muß es auch den geben, der den Gesetzgeber bei seinen Formulierungen unterstützt und darüber hinaus

20.7.1942

jene Männer des Rechtes, die den Willen des Gesetzgebers, der mit 80 Millionen rechnen muß, übertragen in die Schicksalsgestaltung des einzelnen Volksgenossen.

Sie wissen, daß ein großer Kampf geht um die so viel erörterte Unabhängigkeit des Richters. Man hört oft die Meinung, daß die Unabhängigkeit des Richters etwas wäre, was der autoritären Staatsführung unseres Reiches widerspricht. Ich bin der Auffassung - und ich beweise es,- daß die Unabhängigkeit, wie wir sie verstehen und wie sie auch vernünftig verstanden werden muß, dem Richter als ein Wesenselement beigegeben ist, soll er überhaupt Richter sein.

(Stürmischer Beifall)

Der Gesetzgeber äußert seinen gesetzgeberischen Willen aus den Notwendigkeiten und Bedürfnissen des ganzen Volkes. Das Schicksal der völkischen Gemeinschaft ist dem Gesetzgeber wichtiger als das Schicksal des Einzelnen. Aber der Kleine im Volke, auf dem die gesamte Last der Gemeinschaft ruht, kann sich in sein Schicksal nur finden, wenn er glaubt, daß ihm Gerechtigkeit wird. Wenn man dem kleinen Mann im Volke den unabhängigen Richter nimmt, dann macht man ihn schutzlos.

(Lebhafter Beifall)

Unabhängig ist der Richter nicht von dem Willen des Gesetzgebers, er ist nur unabhängig davon, daß in der Entscheidung der Angelegenheit des einzelnen Volksgenossen Gesichtspunkte vorherrschend werden, die nicht aus diesem Einzelfall geboren sind. Der Richter ist unabhängig, kann man sagen, von jedem, der eben in diesem Falle nicht Richter ist. Von jedem muß der Richter unabhängig sein, der in diesem Einzelfalle eines Volksgenossen etwas anderes vertritt als die allgemeine Norm, die für 80 Millionen gilt, und die der Richter zu Grunde zu legen hat. Diese Unabhängigkeit des Richters ist eines der ältesten germanischen

Kulturgüter. Für sie einzutreten ist nicht demokratisch-liberalistisch-parlamentarisch-jüdische dekadente Reaktion oder Derartiges, sondern das Eintreten für diese Unabhängigkeit des Richters ist so germanisch, wie nur irgendetwas sein kann.

(Lebhafter Beifall)

Wir müssen sie als Inbegriff unserer Gemeinschaftsordnung ansehen. Die Autorität des Reiches, verkörpert in der schicksalshaften Figur des Führers, ist völlig unberührbar durch das Einzelschicksal. Es ist nicht möglich, daß ein Richter eine Gefahr für das Reich sein kann. Es ist nicht möglich, daß Unabhängigkeit des Richters in der Entscheidung des Falles eines Volksgenossen das Reich gefährdet. Sie ist nur eine Gefahr für diejenigen, die auf dem Boden des Reiches vielleicht etwas anderes wollen als das Recht. Deshalb muß ich mich als Führer des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes im Rahmen der mir vom Führer gegebenen Vollmacht dagegen verwahren, daß man die Männer und Träger des Rechtes etwa als geringwertigere Volksgenossen ansehen will wie alle anderen. Die Rechtsanwälte sind ein würdiger und wichtiger Beruf. Auch sie sind nicht Trabanten des liberalistisch-demokratischen Systems. Sie tragen in sich eine der heiligsten Ideen der völkischen Gemeinschaft, nämlich die, daß immer auch der andere Teil gehört werden soll, daß niemand verurteilt werden soll, der nicht gehört wurde, zu dem, was man ihm vorwirft. Er soll dem Volksgenossen machtvolle Hilfe sein im Ringen um sein Recht. Dieser Rechtsanwalt ist kein Kloakentier, er wühlt nicht in Schmutz und Unrat, er ist eine der wichtigsten Gemeinschaftsfiguren unseres Volkes. Wir können geradezu die Kulturhöhe eines Reiches und Staates daran messen, welchen Rang und welches Ansehen Richter und Staatsanwälte innerhalb einer Gemeinschaft genießen.

(Stürmischer Beifall)

20.7.1942

Daß es größte Bedeutung hat, die Rechtsfindungsmethode sicherzustellen, ist klar. Denn die persönlichen Repräsentanten der Rechtsfindung können mit menschlichen Fehlern begabt sein, es können ihnen vielleicht Irrtümer unterlaufen, wie das allgemein menschlich sein soll.

Die Autorität des Reiches, die Autorität des Führers wird die Gerichtsbarkeit in Schutz nehmen. Es wird möglich sein, unsere völkische Gemeinschaft dadurch zu sichern, daß der Volksgenosse nur dann verurteilt wird, wenn er im Rahmen eines vorgeordneten Verfahrens seinen Richter gefunden hat. Viele haben mir, als ich diese Ideen immer wieder vertrat, früher gesagt: was wollen Sie? Die Richter sind schlecht, sie sind alte Männer, sie sind nicht sehr tapfer, sie sitzen da und zittern; das Leben aber ist frisch und klar und gerade. Da kann ich sagen: die Richter sind Volksgenossen, es gibt unter ihnen Männer verschiedenen Charakters, wie in allen Berufen. Aber ich selber habe in über 2400 Prozessen, die ich im Dienste derBewegung in der Kampfzeit persönlich geführt habe, im ganzen deutschen Reich keinen Richter gefunden, der das Recht gebeugt hat.

(Stürmischer Beifall)

Es ist notwendig, daß das gerade von mir als dem auf diesem Gebiet berufensten Nationalsozialisten einmal so vieler negativen Kritik gegenüber festgestellt wird. Es gab viele, die früher sagten: paßt denn das noch in das 20.Jahrhundert? Da sitzen oben am Gerichtstisch so einige Männer in merkwürdiger Tracht, davor steht als Unglückswurm der Volksgenosse. Vor ihm erhebt sich feierlich der Staatsanwalt, und neben ihm steht der Rechtsanwalt - gibt es nicht eine direktere Methode, um das Ergebnis herbeizuführen? - Ja, die direkte Methode ist, daß man den Richter, den Staatsanwalt und den Verteidiger ausschaltet und die

20.7.1942

Staatsexekutive direkt auf den Einzelnen losläßt mit der Wirkung, daß der Mann, den man auf diese Weise etwa um seine Freiheit brachte, nicht vor der Öffentlichkeit als Schuldiger überführt ist; das hat die weitere Wirkung, daß sich dann in weiten Kreisen die Meinung bildet, es wäre noch besser, wenn selbst ein schlechter Richter da wäre, der wenigstens auch als schlechter Richter Gelegenheit gibt, daß der Angeklagte gehört wird. Das ist aber das Entscheidende, daß das Vorgehen der Staatsexekutive, ein rein polizeiliches oder sonstiges Vorgehen, als unterhalb des richterlichen Verfahrens stehend angesehen wird.

Ich glaube, wir alle könnten es schaffen, daß das Reich Adolf Hitlers die Richter bekommt, die in seinem Dienste alles das erfüllen werden, was als Staatsschutz notwendig ist. Als ich im Jahre 1939 auf dem Tag des Deutschen Rechts in Leipzig sprach und dort diese Grundsätze vor vielen Tausenden darlegte, gab es manchen, der sagte: die direkte Methode ist doch die bessere. Heute bekomme ich ununterbrochen Zuschriften aus den Kreisen der Rechtswahrer und vor allem aus den Kreisen unserer Parteigenossen mit dem Inhalte: es ist doch vielleicht richtiger, wenn man es so macht, wie Sie das vorgeschlagen haben. Das Rechtsgefühl und das Interesse an der Rechtssicherheit sind die Grundlage des Interesses, das die Volksgenossen an der Gemeinschaft nehmen. Daher halten sie den Dienst am Recht, der durch die Rechtswahrer als Richter, Rechtsanwalt, Rechtspfleger, Notar usw. geübt wird - mögen sie aus der Fülle von Irrtümern menschlicher Art noch so sehr der Kritik unterstellt werden - immer noch für besser wie jede Form des Polizeistaats.

(Stürmischer Beifall)

Und ich habe diesen Rechtsdienst im Namen der nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, gestützt auf Punkt 19 des Parteiprogramms, der das deutsche

20.7.1942

Gemeinrecht dem deutschen Volke zusichert, zu vertreten.

Auch im Kriege ist das Postulat einer Rechtskultur für die Entwicklung unserer völkischen Ordnung wichtig. Der Führer selbst hat mir vor kurzer Zeit persönlich gesagt, daß weitaus die Mehrzahl aller deutschen Richter ihre Pflicht getreu erfüllt. Wenn dieser Krieg beendet sein wird, der den Führer mit so ungeheuren Aufgaben belastet, daß man sich davon keine Vorstellung machen kann, dann wird das Postulat der Rechtskultur eine deutlichere Ausprägung erlangen, als das in der Notzeit des Krieges geschehen kann. Aber wichtig ist, daß es im Kriege nicht erlischt, daß nicht ein Schaden entsteht durch sinnlose Kritik an Rechtseinrichtungen und Persönlichkeiten der Rechtsarbeit in unserem Reich. Es darf nicht den Anschein bekommen, als ob das Recht in unserem Reiche schutzlos werden sollte. Das Recht ist der persönliche Schutz unseres Volkes. Ich muß immer wieder daran erinnern, daß die Millionen Männer im feldgrauen Rock in ihrer Militärgerichtsbarkeit einen ausgeprägten Persönlichkeitsschutz besitzen. Kein Soldat verliert im strafrechtlichen Sinne Ehre, Leben oder Freiheit ohne Richterspruch. Das muß auch für das Volk gelten.

Der Führer selber hat sich zum obersten Gerichtsherrn des Reiches wiederholt bestätigt und damit gesagt, daß er die richterliche Funktion so höchstwertig ansieht, daß sie in Personalunion ausgeübt wird von dem obersten Gestalter unseres Schicksals. Das sei ein Appell an alle unsere Richter, sich am Führer als obersten Gerichtsherrn auch ein Vorbild zu nehmen. Wir, die wir so stolz sind auf unsere Rechtsaufgabe, sollen auch dafür sorgen, daß die Richter und alle anderen Rechtswahrer in ihrem Wirken immer mehr dem entsprechen, was das Reich Adolf Hitlers verlangt.

20.7.1942

Es ist selbstverständlich, daß manches, was ich hier ausführe, bei Ihnen den Eindruck erweckt, als ob es ein Zukunftsprogramm wäre. Denn die Wirklichkeit spricht leider oft eine andere Sprache. Ich selber würde jetzt auch viel lieber meine Aufgabe im Osten allein erfüllen. Aber ich muß doch aus vielen mir zugebrachten Erlebnissen und Tatbeständen schließen, daß manches große Wort des Führers falsch verstanden wird und daß es sogar Parteigenossen gibt, die glauben, es sei nun an der Zeit, mit diesem mittelalterlichen Kram der Justiz völlig sozusagen zu brechen. Es soll das auch in den Gerichtssälen selbst in Erscheinung treten. Es sollte das nicht sein! Denn die Partei hat in Punkt 19 ihres Programms die Verpflichtung übernommen, dem deutschen Volk ein deutsches Gemeinrecht zu geben, und es ist daher klar, daß da, wo ein Richter - angetan mit den Hoheitszeichen des Reiches - im Namen des deutschen Volkes Recht spricht, die Weihe der ältesten sittlichen Tradition unseres Volkes gewahrt zu bleiben hat.

(Lebhafter Beifall)

Gerade wir als Nationalsozialisten wissen, wie schwer alles das in der Tat durchzuhalten ist. Aber ich werde mit der letzten Kraft mich dafür einsetzen, daß der Punkt 19 des Parteiprogramms genau so Bedeutung hat wie alle anderen Punkte dieses Parteiprogramms. Ich rufe daher alle Rechtswahrer im Deutschen Reich auf, nicht müde zu werden, nicht den Mut und die Kraft zu verlieren, sondern sich jedermann gegenüber mutvoll durchzusetzen, wenn sie ihre hohe Funktion üben.

(Starker Beifall)

Wir werden den Kampf um die Verwirklichung der nationalsozialistischen Rechtsidee auf den Fundamenten der

20.7.1942

der geschichtlichen Bezogenheit unserer Bildung, unserer Gesetzestradition und vor allem der Gerechtigkeitssehnsucht unseres Volkes durchführen. Denn wenn auch die Juristen erst vierhundert Jahre in Deutschland sind, - das deutsche Rechtsgefühl ist so alt wie das deutsche Volk selbst, und dieses Rechtsgefühl ist das, was der einzelne Volksgenosse mitbringt, wenn er sich mit den Dingen des Rechtes beschäftigt. Es ist nicht die Gewalt allein, die den Staat stark macht. Brutalität aber ist niemals mit Stärke identisc DieBrutalität ist der Ausdruck der übersteigerten Gewalt. Wir wissen, daß das bolschewistische System die Brutalität als Grundsatz eingeführt hat. Ich sage: stark ist nur, wer das Recht nicht fürchtet. Stark ist vor allem der, der nicht völlig die Menschlichkeit als unvereinbar mit dem Staatswirken bezeichnet. Die Menschlichkeit ist auch eine der Methoden des Rechtes. Verständnis für den Kleinen im Volke, für seine Nöte, für die vielfachen Fährnisse seiner Existenz, soll und kann und wird auch Inhalt nationalsozialistischen Staatshandelns sein. Mit dieser Menschlichkeit ist auch vereinbar die Methode, daß nun nicht auf alles und jedes nur noch die Todesstrafe angewandt wird.

(Lebhafter Beifall)

Es ist eine der schönsten Kultursendungen der Rechtstradition gewesen, die feinen und wichtigen Unterschiede zu machen, die dieses oder jenes Handeln für die Volksgemeinschaft an Gefährdung in sich birgt. Man entwertet aber die Höchststrafen, wenn man nur sie immer anwendet, und das ist nicht vereinbar mit den Grundsätzen der Volksgemeinschaft. Deswegen setze ich mich, wo immer es irgend geht, dafür ein, daß mindestens in weitem Umfange von Gnadenerweisen

20.7.1942

Gebrauch gemacht wird. Auf keinen Fall darf es dahin kommen, daß ein Urteil von vornherein dann anerkannt wird, wenn es die Todesstrafe ausspricht, der Kritik aber dann unterliegt, wenn das nicht geschieht. Wir müssen die Erkenntnis gewinnen, daß jede Zeit ihre Aufgabe zu erfüllen hat, daß sie aber auch nur ein Teil der Ewigkeit eines Volkes ist und daß daher nicht aus einer Zeit heraus ein Samen aufgehen darf, der die Hoffnungen der Zukunft zunichte machen würde. Daher haben wir denen, die ununterbrochen nur Kritik an den Männern des Rechtes üben und die in einer wirklich dieser Kriegszeit nicht entsprechenden Weise unseren Stand herabzureißen suchen, mit Ernst und Nachdruck entgegenzutreten und sie zu fragen: Glaubt ihr nicht, daß 80 Millionen Deutsche in der Rechtsordnung das Fundament des Glückes unseres Volkes erblicken?

Wir sind dankbar für jede Kritik am Recht. Wir üben sie selbst. Wir sind dankbar für sachliche Kritik an einem Urteil, und wir üben sie selbst. Wir sind aber nunmehr auch entschlossen, nicht weiter Schmutzkübel über uns ausleeren zu lassen.

(Stürmischer Beifall)

Die Rechtswahrer erfüllen ihre Pflicht in der Heimat und an der Front, wie alle anderen Volksgenossen auch. Was soll die Witwe eines gefallenen Rechtsanwalts denken, wenn sie lesen muß, daß ihr Mann ein Kloakentier war? Man soll sich nicht täuschen, der Nationalsozialismus Adolf Hitlers lebt und das Bild des Führers ist der Sonne zugewandt und wir, die ältesten Kämpfer in seinem Dienst, wir bitten ihn: Führer, schütze auch den Rechtswahrer!

20.7.1942

Ich habe hier gegenüber der Universität ein Haus gebaut. Dieses Haus des Deutschen Rechts habe ich bestimmt einer Idee, der Rechtsidee. Ich habe bei der Einweihung dieses Hauses als Aufgabe gestellt, das Volksgesetzbuch der deutschen Nation zu schaffen. Unendliche Arbeit wird daran geleistet, um das gesamte Ideengut dieses Jahrhunderts in unserer völkischen Rechtsordnung zum Ausdruck zu bringen. Ich habe dieses Haus auch errichtet als Gedenkstätte für meinen alten Kampfgenossen Theodor Vonderpfordten, der im November 1923 in den Reihen des Führers fiel. Er hat mir wenige Tage vor seinem Tod in einer ernsten Aussprache das Vermächtnis mitgegeben, ohne Ansehung der Person und ohne Rücksicht auf irgendetwas mein Leben einzusetzen und die Aufgabe meines Lebens zu identifizieren mit der Rechtsidee.

Tausende von Jahren ziehen durch unser Volksbewußtsein. Es waren uns immer wieder Höhen der Geschichte beschieden, auf denen die Tiefen folgten, aus denen dann wieder der Aufstieg begann. Eines aber blieb immer gleich strahlend: der lautere Sinn unseres Volkes, der Glaube an eine höhere Sendung des Daseins und an das unzerstörbare Recht unseres Volkes.

(Stürmischer Beifall).

Dienstag, den 21. Juli 1942

13^{00} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs in Heidelberg, Hotel Europäischer Hof.

19^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Neuen Universität.

19^{35} Vortrag des Herrn Generalgouverneurs Reichsministers Dr. Frank in der Aula der Neuen Universität über das Thema:

Der Rechtsgedanke und die europäische Neuordnung.

Da bereits vor Beginn des Vortrages die Aula überfüllt ist, wird der Vortrag auch noch auf einen anderen Hörsaal durch Lautsprecher übertragen.

Der Rektor der Universität Heidelberg, Staatsminister, SS-Brigadeführer Professor Dr. Schmidthenner leitet den Vortragsabend mit folgenden Worten ein:

Herr Reichsminister! Reichsleiter! Kameraden der Universität! Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen! Die Universität Heidelberg hat die Ehre, heute den Herrn Generalgouverneur, Reichsminister, Reichsleiter Dr. Frank bei sich zu sehen und seinen Vortrag über das Thema: Der Rechtsgedanke und die europäische Neuordnung zu hören. Herr Reichsminister, es ist das erste Mal, daß wir die Ehre haben, Sie in den Mauern unserer Universität begrüßen zu können. Ich heiße Sie und Ihre Begleiter auf das herzlichste bei uns willkommen. Vor allem danke ich Ihnen, daß Sie uns von den wenigen Tagen, die Sie in der Heimat zur Verfügung haben, den heutigen Tag schenken.

(Lebhafter Beifall)

21.Juli 1942

Der gegenwärtige Krieg beendet ein Weltzeitalter und führt ein neues Weltzeitalter, das Zeitalter der großen Räume, herauf. Über den Rechtsgedanken und die Neuordnung der europäischen Welt werden wir heute aus berufenem Munde hören. Mir scheint es besonders zweckmäßig, diese Frage vor der Heidelberger Universität zu erörtern, einmal angesichts ihrer alten Auslandsmission, die sie besitzt, zum anderen angesichts der Tatsache, daß wir zur Zeit einen Ferienkurs für Ausländer durchführen, endlich auch angesichts der Tatsache, daß wir auf dem Wege über die neuen großen Institute, die zur Zeit im Entstehen begriffen sind, auch die Ausrichtung auf Europa und die Welt erfahren haben.

Indem ich Ihnen nochmals für Ihr Kommen und Ihre Bereitwilligkeit herzlichst danke, uns diesen Vortrag zu halten, darf ich Sie, Herr Reichsminister, bitten, das Wort zu ergreifen.

Der Herr Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank ergreift hierauf das Wort zu seinem Vortrag über das Thema:

Der Rechtsgedanke und die Europäische Neuordnung.

Er führt aus:

642

21.7.1942

Magnifizenz! Kommilitoninnen und Kommilitonen! Volksgenossinnen und Volksgenossen!

Ich bin außerordentlich glücklich über den liebenswürdigen Empfang, den Sie Magnifizenz, mir im Namen der altberühmten Heidelberger Universität bereitet haben. Ich bin der Einladung herzlich gern gefolgt, im Rahmen einer Universitätsveranstaltung über einen Kreis von Problemen zu sprechen, der immer mehr mit dem ansteigenden Sieg der deutschen Waffen im Osten in das Bewußtsein Europas eintritt.

Ich komme aus dem Osten, aus dem Teil des europäischen Kontinents, in dem zur Stunde in diesen Tagen und Wochen die großen Schlachten geschlagen werden, in dem das deutsche Schwert, von ungeheurer Tatkraft vorwärtsgestoßen, dem Feinde Europas die Vernichtung bereitet, der die bolschewistische Fratze der Verzerrung, der Verelendung, der tyrannischen Unterdrükkung aller kulturellen Werte auf seinem Antlitz trägt.

Dieses Ostgebiet ist das weite Tor, das Adolf-Hitler nicht nur dem deutschen Volke, sondern ganz Europa aufgetan hat. Es ist mehr als nur ein politisch diplomatisches Zusammenwirken, es ist ein schicksalhaftes Symbol der Wiedererweckung europäischer Gemeinschaftsbewußtheit, daß Seite an Seite neben unseren unvergleichlichen herrlichen deutschen Soldaten die Verbündeten Europas stehen und marschieren und kämpfen und bluten, vor allem die italienischen Soldaten Benito Mussolinis, die zusammen mit den deutschen Kameraden den Schicksalskampf dort drüben führen. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, daß die alte Kapitale Rom den Geist, den das imperiale

21.7.1942

Denken der Antike einst geformt hat, heute im engsten Verein mit dem nationalsozialistischen Reichsgedanken einer neuen Welt entgegenbrausen läßt. Daran sind alle die andern Völker beteiligt. Ihre Soldaten marschieren durch unser Land mit einem Ziel, der aufgehenden Sonne entgegen, die unser Gebiet zuerst begrüßt. Sie marschieren im grauen Staube, sie marschieren in Regendünsten und sie legen Bresche für Europas Jugend und Zukunft. Das leuchtende Hoffen einer neuen Welt ersteht dort drüben unter den Schlägen der stärksten soldatischen Macht, die die Welt jemals gesehen und die Adolf Hitler geschaffen hat.

Aus diesem Lande, aus diesem Bereich, aus diesem Getriebe kommen wir alle immer wieder gern in die Heimat zurück. Sie ist es, die uns hinausgeschickt hat, für die der Kampf dort drüben geführt wird, auch jener Kampf, der dann einsetzt, wenn die Organisation der neuen Verwaltung und Staatsführung dort drüben aufzurichten ist. Wir können sagen, daß die Tausende und Abertausende deutscher Männer, die über Millionen fremder Völker heute regieren, aus den besten Traditionen der deutschen Verwaltungskunst kommen, und daß sie das Unmögliche möglich gemacht haben.

So ist denn für uns die Heimat das seelisch-herzliche Band. Wenn man von der alten deutschen Burg in Krakau, diesem monumentalen Werk, an dem die Jahrhunderte gebaut haben, nach dem Westen in die deutsche Heimat zurückschaut, dann weiß man, daß die Geschlechter, die durch viele Jahrhunderte hindurch vor uns in den Osten gezogen sind, dies nicht umsonst getan haben.

Europa steht vor der Neuordnung, vor einer endgültigen Formung der Beziehungen der Völker Europas. Ganz selbstverständlich ist die Grundlage dafür jenes monumentale Programm, das der Führer des Großdeutschen Reiches, Adolf Hitler , und der Duce Italiens, Benito

21.7.1942

Mussolini, im September vorigen Jahres verkündet haben, - jenes Programm, welches vorsieht, daß sich in gegenseitiger aufgeschlossener Kameradschaft die Völker Europas zu einer Art Gemeinschaftsvertretung ihrer Interessen zusammenfinden, daß eine Art nützlichen Interessenausgleiches zwischen den Belangen, den Kräften und den Bedürfnissen der einzelnen Völker Europas stattfindet, daß damit dann aber auch dieser europäische Kontinent für alle Zukunft aufgehört haben wird, seinen Völkern das schwere Los aufzuerlegen, stets abhängig zu sein von der Willkürherrschaft der angelsächsischen Weltmächte, die Ozeane nach Belieben sperren können, - daß an die Stelle dieser Abhängigkeit endlich wieder die freie und autarke Entwicklung Europas treten wird.

Nicht um zu entnationalisieren, nicht um zu terrorisieren, nicht um mit Gewalt irgendein Regime, das wir allen andern vorziehen, anderen Völkern aufzuoktroieren, wird diese europäische Neuordnung aufgebaut, sondern nur zu dem Zwecke, die brennendste Lebensnot von den europäischen Völkern durch gemeinschaftlich geplante Arbeitsteilung zu nehmen. Bis dahin aber wird der Krieg seine harte, eherne Sprache sprechen, er wird von allen Völkern, die an ihm teilnehmen, noch große Opfer verlangen. Wenn aber je ein Krieg notwendig war, dann war es dieser, den der Führer zur Abwehr der bolschewistischen Vernichtung Europas begonnen hat, nach dem der Angriff der Sowjetunion unmittelbar bevorstand.

Dieser Krieg im Osten ist es daher, der auch mir persönlich immer wieder in meinem großen Aufgabengebiet der Rechtsbetreuung des deutschen Volkes die Gedanken eingibt. Das deutsche Volk steht vor der

21.7.1942

Erringung des größten territorialen, staatlichen und völkischen Raumes, den es je in seiner Geschichte besaß. Dies ist ein Empfinden, das zunächst einmal noch gar nicht in die breiten Massen unseres Volkes vielleicht so gedrungen ist, weil die drängende Not der Zeit, die Probleme der persönlichen Sorgen, das Hineinbezogensein in den Schmerz der großen gemeinsamen Trauer und der stete Kampf um das Leben und seine Nöte so manchen hindern, aus dem Grauen dieser Zeit des Krieges das Leuchten der Zukunft zu spüren. Aber wir dürfen bei allem, was auf dieser Welt geschieht, - und sei es der größte Krieg aller Zeiten - nie vergessen, daß alles Geschehen um die Menschen und für die Menschen unter einem höheren schicksalhaften Zusammenhang steht; denn in Zusammenhang mit diesem Kriege ist die endliche Befriedung dieses Kontinents für alle Zukunft sicherzustellen. Der größte Krieg wird bestimmt auch der letzte Krieg Europas gewesen sein. Und mit diesem Ergebnis ist der Sieg gekrönt, mit diesem Ergebnis aber auch jedes Opfer gerechtfertigt, das der Führer im Namen der Zukunft unseres Volkes, selber vorbildlich vorangehend in der Hingabe an sein Land und Volk, von allen Volksgenossen fordert.

Die europäischen Völker werden in diesen großen Zusammenhängen ihre Aufgabe gewiß erfüllen. Die europäische Jugend schaut nicht mehr auf die enge Bedingtheit ihrer irgendwie historisch oder sonst gewordenen Grenzen allein, sondern fühlt hier den Pulsschlag einer neuen, man möchte fast sagen, wieder menschlicher werdenden Zeit, einer Zeit, die über die Härten dieser Epoche hinweg das Blühen und die Farben, den Idealismus und sogar den romantischen Schimmer des Lebensglücks in den Mittelpunkt des Daseins rückt. Jedes Empire trägt in sich die Hoffnung auf die kommende Romantik. So trägt auch diese Zeit das tiefe Sehnen in sich, daß in Ergänzung des großen geschicht-

21.7.1942

lichen Zwanges und der großen geballten Wucht der Massenenergien einmal wieder das persönliche Glück des Einzelnen als Segen erstrahlen wird. Und daraus erfolgt die große Sendung, in dem dann endlich befriedeten Europa jene Tradition wieder aufzunehmen, die vom Führer in einer seiner letzten Reden in so schöner Weise dahin präzisiert wurde, daß er sagte: Seit Jahrtausenden leuchtet das herrlich strahlende Licht Athens durch Europa. Dieses Licht Athens, dieses Licht der Persönlichkeit, dieses Licht der Kultur ist es, das über Europa aufgehen wird. Und wir - gerade auch die Jungen dieser Zeit - haben diese Sendung dahin zu erfüllen, daß wir der Kulturbezogenheit Europas unser Leben weihen.

Der Nationalsozialismus Adolf Hitlers bedeutet zunächst die Voraussetzung für die Existenz unseres Volkes. In ihm liegt die Kultursendung auch unserer Gemeinschaft. Volk und Raum und unsere Kulturbedürfnisse sind in gewaltigem Aufstieg; die Sehnsucht nach der kulturellen Bestimmung des Lebens wächst. Es ist klar, daß die Millionen unserer Soldaten, zurückgekehrt und das kriegerische Erleben noch in ihrem Bewußtsein tragend, voll echten Durstes sich an die Quellen der geistig-seelischen Kräfte Europas begeben werden.

Im Rahmen einer so altbewährten Leuchte des geistigen Europa, der Heidelberger Universität, ist es daher auch ein Glück für mich, zu wissen, daß jener Beruf des Akademischen wieder erstehen wird, der so vielfach verkannt wird. Die Akademie der Antike war eines der ersten Sammelbecken der geistigen Kräfte dieses werdenden Europa. Und die akademische Welt ist es, die diese Tradition auch heute noch priesterlich wie eine Opferschale zu tragen hat. Das Universitätsleben, das durch die deutsche Geistesgeschichte leuchtet, wird wiedererstehen, wenn die Studenten und

21.7.1942

Studentinnen, wenn die jungen Lehrkräfte, vereint mit den alten und gestützt auf die besten Traditionen, sich in diesen Räumen der besten europäischen Kulturmission bewußt bleiben.

Ich bin stolz darauf, diese akademische Note zu besitzen, und freue mich, daß die Akademiker, so sehr sie manchmal verkannt werden, wie alle anderen in diesem Kriege ihre Opfer bringen und ihre Leistungen vollführen.

Im Rahmen dieser akademischen Aufgabe und dieser Sendung der Kultur müssen wir uns daher auch der Rechtsaufgabe bewußt bleiben. Europa bildet ja noch keine echte Rechtsgemeinschaft im ausgeprägten Sinne, vielleicht ist es durch politische Machtüberlegungen zu sehr aufgespalten, zu stark in diplomatisch-wirtschaftliche Verstrickungen verfallen, als daß sich schon jenes Band von Volk zu Volk hätte binden können, das eigentlich den Kern der völkischen und zwischenstaatlichen Beziehungen ausmachen sollte, sodaß nämlich auch die zwischenstaatlichen Beziehungen nach Art der volksgenössischen anzusehen wären. Der Begriff des Völkerrechts mangelte immer seiner letzten konstruktiven Vollendung, fehlte es doch stets an jenem Organ, das imstande gewesen wäre, mit der Autorität einer echten Exekutive Rechtssprüche mit Urteilskraft Staaten gegenüber zu vollstrecken. Wenn nun aber zwei Mächte, von denen die eine, Großdeutschland, von dem Nationalsozialismus Adolf Hitlers, die andere, das Italien Benito Mussolinis, vom Faschismus geschaffen worden sind, entschlossen sind, die Führung über den gerechten friedlichen Ausgleich Europas zu gewährleisten, dann wird es sicherlich möglich sein, daß alle fried- und rechtliebenden Völker Europas den Schutz dieser beiden Mächte finden. Damit ist zum ersten Male in der geschichtlichen Entwicklung Europas eine zentrale Potenz entstanden, die den bisherigen

21.7.1942

Mangel völkerrechtlicher Konstruktion beseitigt. Die Autorität unseres Reiches wird es in Zukunft nicht gestatten, daß auf diesem Kontinent Kriege ausbrechen, die dem Kontinent schaden könnten. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der absolut klaren Entwicklung der rechtlichen Beziehungen zwischen den Völkern.

Das Problem der europäischen Neuordnung liegt damit in dem Willen Europas begründet, zu dieser Gemeinschaft zusammenzuwachsen, die jedem eigenbestimmten Volk die eigene Schicksalsgestaltung ermöglicht, die jedem dieser Staaten eine mit Europa vereinbare Souveränität gewährleistet, die darüber hinaus aber die Verpflichtung aller europäischen Völker zum Inhalt hat, soweit sie mit der eigenen völkischen Bestimmung dieser Völker vereinbar ist, an der gemeinsamen Kulturaufgabe der Wiederaufrichtung Europas mitzuarbeiten.

Diese europäische Neuordnung ist es, die den Inhalt der von mir schon erwähnten Deklaration Benito Mussolinis und Adolf Hitlers vom September vorigen Jahres ausmacht. Wie unterscheidet sie sich doch von den Plänen der Herren Churchill und Roosevelt, die die Welt nur immer und ewig als Ausbeutungsdomäne für plutokratisch-kapitalistische Privatinteressen großer Gesellschaften ansehen können, die, verbrämt durch billige längst abgedroschene Phrasen von demokratischer, liberalistischer, jüdischer Weltauffassung, von Freiheit reden, in Wirklichkeit aber unterdrücken, die von Gerechtigkeit schwätzen, in Wirklichkeit aber die Rechtsübung zum Handelsobjekt von Börsenkreisen degradieren, die von Freiheit der Wirtschaftsbeziehungen sprechen, in Wirklichkeit aber die Welt nur einteilen nach dem Prinzip der besten Aufsaugungsmöglichkeiten aller nutzbringenden Werte in allen irgendwie beherrschbaren Völkern und Territorien der Erde.

21.7.1942

Es ist selbstverständlich, daß wir mit dem Siege diese Verpflichtung zur europäischen Neuordnung übernehmen. Der Führer hat das wiederholt zum Ausdruck gebracht. Niemand in der Welt wird später einmal Europa ungestraft angreifen. Dieser europäische Kontinent, seit Jahrhunderten aufgewühlt und zum Blutrausch entfacht durch sinnloses Raufen um sinnlose Grenzen, wird endlich zur Ruhe kommen. Welch' ein Segen daraus für die Völker Europas ersteht, ist zunächst gar nicht abzusehen, ganz abgesehen davon, daß alle Völker Europas eingeladen sind, an diesem großen Betreuungswerk der im Osten erstehenden neuen Ländergebilde wirtschaftspolitisch, siedlungsmäßig und national mitzuarbeiten, - eine Aufgabe von einer Größe wie sie Europa noch nie gestellt war, mit der verglichen etwa die Betreuung der hinterindischen Inseln durch Holland ein Kinderspiel war. Es handelt sich hier um Ländereien von einer gewaltigen Fruchtbarkeit, von einer gigantischen Möglichkeit der Fruchtbringung für ganz Europa. Hier liegt die Aufgabe der europäischen Neuordnung. So entsteht denn auch ein neues Lebensgefühl. Das Müde, das Bequeme, das Enge und Sterile wird dann verschwinden, es wird eine neue, junge Welt erstehen, an die wir glauben, weil wir die Fanatiker dieses Jahrhunderts sind, an die wir aber auch glauben, weil wir die Realisten der weltpolitischen Praxis geworden sind. Nicht als verblendete Träumer, sondern als klare Erkenner der Möglichkeiten dieser Zeit können wir das alles sagen. Jeder Soldat, der nach dem Osten gezogen ist, jeder, der diese Länder gesehen hat, weiß, daß dort für Europa auf Jahrhunderte hinaus segensreiche Arbeit ermöglicht ist. Freiwillig sollen alle dazu aufgerufen sein, keinerlei Zwang soll Europa mehr bedrücken. Man soll vor dem Großdeutschland Adolf Hitlers keine Sorge haben, man braucht uns nicht zu fürchten, als hätten wir etwa

21.7.1942

tyrannische Gelüste, nein: das Großdeutsche Reich Adolf Hitlers will Europas Kultur in jeder Weise fördern und die europäischen Völker kameradschaftlich betreuen.

Von diesem Recht der Völker komme ich zum Recht des Volkes. Die große Aufgabe dieser Zeit ist es, sic darüber klar zu werden, daß jener Irrtum nicht bestehen darf, der einer Fehldeutung des Begriffs der Autorität des Staates entspringt, nämlich dem, daß die Rechtsordnung mit autoritärer Staatsführung nicht vereinbar wäre. Ich bin vom Führer als Betreuer des Rechtslebens der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei eingesetzt. Unsere Bewegung hat in Punkt 19 des Parteiprogramms dem deutschen Volke das deutsche Gemeinrecht als Programmpunkt sichergestellt. Dieses deutsche Gemeinrecht soll und wird der Ausdruck eines unseren eigenen rassemäßig bedingten, lebensgesetzlichen Bedürfnissen entspringenden Rechtes sein. Die Entstehung dieses Rechtes wird geraume Zeit beanspruchen; aber im wesentlichen Bereichen ist bereits eine fundamental revolutionäre Neugestaltung der Rechtsordnung im Reich gesetzgeberisch erfolgt. Die große Substanzgesetzgebung des Reiches war es, die Adolf Hitler zum größten Gesetzgeber der deutschen Geschichte gemacht hat. Zum ersten Mal wurde der Begriff der Rasse in die Gesetzgebung eingeführt. Dieser Rassebegriff bedeutet einen der - man möchte fast sagen,- heiligen Bekenntnispunkte unserer Bewegung. Das Bekenntnis zu diesem würdig-wertvollen Rassekern unseres deutschen Volkes hat auch in der Gesetzgebung seinen bedeutsamen Niederschlag gefunden.

Der zweite große Substanzwert, der Boden unseres Volkes, hat seinen gewaltigen Schutz gefunden in Gestalt der Schaffung der Erbhöfe, der Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion und des Bauernstandes.

21.7.1942

Der dritte Substanzwert, die Arbeitskraft unseres Volkes, hat seinen herrlichen Ausdruck in der Neugestaltung des Begriffs des Arbeiters schlechthin gefunden, der nunmehr nicht etwa als Prolet verurteilt ist, seine dunklen Wege zu gehen, der sich nicht mehr in klassenkämpferischen Irrwahn zu bewegen suchen muß, sondern der als Arbeiter der Stirn und Faust ein vollwertiges, gleichgeachtetes Glied der völkischen Gemeinschaft wurde.

Der Staat selbst, das Reich als Geschichtsfigur unseres Volkes, hat als großartigen Ausdruck die fundamentale Gestaltung Großdeutschlands durch Adolf Hitler erhalten. Dazu tritt die nationale Ehre mit allem, was damit zusammenhängt, mit der Wehrkraft, dem selbstbewußten, zielklaren und flammenden Bekenntnis zur Nation. In wie vielfältiger Beziehung liegt nicht dieser Substanzwert unserer Gesetzgebung zu Grunde! Ich möchte diese fünf großen Substanzwerte Rasse, Boden, Arbeit, Staat und Ehre daher als das große Programm der Gestaltung des deutschen Gemeinrechts ansehen.

Die Akademie für Deutsches Recht hat ununterbrochen ihre Arbeit an der Schaffung des deutschen Volksgesetzbuches auch während des Krieges fortgesetzt. Das deutsche Volksgesetzbuch wird alle diese Ideen zusammenfassen, es wird in Ablösung des bürgerlichen Gesetzbuches und alles dessen, was wir noch als veraltet in unserer Gesetzgebung empfinden, einmal das deutsche volksgenössische Leben mit einer neuen Grundlage versehen, die der heutigen Zeit, ihren Erfahrungen, Nöten und Bedürfnissen entspricht.

So sehen wir, daß auf dem Gebiet der Gesetzgebung bis zu Beginn dieses Krieges eine monumentale Arbeit an der Erstehung des Rechtes geleistet wurde. Freilich ist ein Problem nicht mehr ganz in Ordnung gebracht worden: es ist das Verhältnis des Einzelnen

zurRechtsübung, der Bewegung zur Rechtswirklichkeit und des Staates zur Justiz. Wir leiden in Deutschland sehr unter den Nachwirkungen einer Voreingenommenheit gegenüber den juristischen Belangen, die aus der jahrhundertealten Entfremdung zwischen dem eigentlichen Justizdasein und dem volksgenössischen Dasein hervorgegangen ist, einer Entfremdung, die man immer künstlich geschürt hat, die aber in Wirklichkeit gar nicht so kapital war. Es gab eine Zeit schon vor hundert Jahren, in der man den wissenschaftlichen Charakter des Rechts bestritt. Es gab eigentlich nie eine Zeit in Deutschland, in der nicht der Jurist in den Mittelpunkt schwerster kritischer Betrachtungen gestellt wurde. Das wissen gerade wir Juristen, wir Rechtswahrer am besten, die wir uns allerdings durch alle diese Erfahrungen und dieses Vorwissen nicht davon haben abbringen lassen, unsere geistige Kraft in den Dienst des Rechtes zu stellen. Es ist heute so etwas wie eine neue Welle antijuristischer Stimmung, betontester Ablehnung des juristischen Denkens und Handelns spürbar. Gerade an dieser Stelle, im Rahmen einer der ältesten Universitäten Deutschlands, die auf dem Gebiete der Rechtswissenschaft so unendlich vieles und Großartiges schon geleistet hat, müssen wir Rechtswahrer bekennen, daß wir stolz darauf sind, Diener und Träger und Arbeiter des Rechts zu sein.

Man soll daher auch in alledem und bei allen diesen kritischen Momenten sich keinem Zweifel darüber hingeben, daß wir nationalsozialistischen Rechtswahrer uns als genau so gute Nationalsozialisten ansehen, wie es andere Nationalsozialisten sind. Wir sind darum auch keineswegs gewillt, etwa deshalb, weil gegen uns da und dort Verdächtigungen ausgesprochen

oder Angriffe gerichtet werden, nun unsere Rechtsaufgabe im Dienste des Volkes weniger zu erfüllen.
Man soll in dieser Zeit ernsthaftester Sorge der völkischen Gemeinschaft überhaupt nicht einen Stand oder eine Gruppe herausgreifen und sagen: alle halten sie die Volksgemeinschaft, nur die Juristen nicht. Das darf man nicht sagen; auch die Juristen gehören zur Volksgemeinschaft. Hunderte von ihnen erfüllen draußen wie die andern ihre Pflicht, viele von ihnen sind für des Vaterlandes Größe gefallen. Es ist nicht erträglich, und ich finde es nicht schön, wenn in einer Zeitung wie dem "Schwarzen Korps" geschrieben wird, daß die Rechtsanwälte Kloakentiere sind. Was soll wohl die Witwe eines gefallen Rechtsanwaltes denken, wenn sie da in einem Blatt der Bewegung lesen muß, daß ihr Mann zu einem Stand gehört hat, der angeblich diese schimpfliche Bezeichnung verdient. Daher muß dieses Bewußtsein wieder Platz greifen, dass das Recht ein heiliges Gut der Gemeinschaft ist. Man kann nicht von Germanentum reden, wenn man nicht vor allem davon spricht, daß das germanische Element in der Geistesgeschichte im Hinblick auf die Rechtskultur des Volkes von wesentlicher Bedeutung ist.

Es ist klar, daß die Juristen erst 400 Jahre in Deutschland ihr Amt ausüben, und daß das Recht älter ist; aber die Gesundheit des Volkes ist auch älter als die medizinische Fakultät. Das sind keine Argumente, mit denen man heute im Ernst solche Probleme erörtern kann. Wenn man das Reichsgesetzblatt aufschlägt und nun etwa einem fachlich in der Gesetzeslektüre nicht Beschlagenen dieses Gesetzblatt anvertraut, dann wird das vielleicht schreckliches Unlustempfinden erwecken, und es muß schon zu einer starken und außergewöhnlichen beherrschten Bezogenheit der Gehirntätigkeit gekommen sein, um mit solchen

Dingen fertig zu werden. Aber sehr schwierig ist es, die Gesetze in die Tat umzusetzen. Die Kritik des Einzelnen an der Verwirklichung eines allgemein normierten Gesetzesinhalts ist unendlich viel stärker als das Interesse des verordnenden Staatsorganes an der Textierung des einzelnen Paragraphen.

Daher ist es selbstverständlich, daß Rechtsarbeit eine fachliche Arbeit darstellt. Es ist unmöglich, den Dienst am Recht des Volkes durch Dilettanten ausüben zu lassen.

Man muß daran denken, daß es nicht nur eine Technik im maschinellen Sinne gibt, - es gibt auch eine "Technik des Staates." Jeder wird zugeben, daß eine Lokomotive oder ein Automobil, damit sie fahren, des technisch Geschulten bedürfen. Er muß es zugeben, weil der technisch auf diesem Gebiete nicht Erfahrene eine Maschine nicht in Gang setzen könnte. Aber auch die Technik des Staates bedarf der Hilfe erfahrener Staatstechniker. Nur bleibt leider das Fahrzeug Staat nicht stehen, wenn ein Dilettant die Verwaltungsapparatur vergiftet, sondern es schleppt sich leider mühselig weiter dahin. Wir müssen uns darüber klar sein, daß daher die Erziehung zur Beherrschung der technischen Aggregate eine der wichtigsten Gemeinschaftsaufgaben darstellt, die es überhaupt geben kann. Auch an dieser Stelle geht daher mein Appell an die geistige deutsche Jugend, sich zur Rechtswissenschaft zu bekennen, ihr beizutreten und sich dem juristischen Studium zu verschreiben als einem der bedeutungsvollsten und kulturreichsten Studien,die wir in unserer völkischen Gemeinschaft haben.

Es ist daher auch nicht zu verwundern, daß die Universitäten der Rechtswissenschaft, der Verwaltungswissenschaft und dem Dienst am Recht den wohlgemessenen Anteil in ihrem inneren Aufbau gegeben haben.

655

21.7.1942

Wohin kämen wir, wohin käme irgendeine völkische Gemeinschaft, die innerhalb des Verwaltungsbereiches immer mehr in dilettantisch-chaotische Zustände versänke! Man muß sich nun leider damit abfinden, daß dies notwendig ist. Wenn man aber keine Juristen will, dann muß man die Entwicklung unserer völkischen Gemeinschaft um 1.400 Jahre zurückschrauben. Dann muß man vor allem die Herausgabe des Reichsgesetzblattes sofort einstellen und dafür sorgen, daß es irgendwie ein geheimer Code jedem ermöglicht, seinen eigenen Weg im Leben zu gehen. Eine allgemeine Ordnung könnte dann nicht aufrechterhalten werden.

Deshalb brauchen wir vor allem den Richter in der Gemeinschaft. Der Richter ist nicht irgendein überflüssiges Wesen, ist nicht ein verächtliches Instrument einer liberalistischen versunkenen Epoche, sondern eine der germanischsten Gemeinschaftsfiguren, die die Geschichte kennt. Um diesen Richter und seine stolze Stellung in der Gemeinschaft geht es, wo immer es um die Freiheit unseres Volkes geht. Man soll den Richter in Ehren halten. Daß die Richter irren, verdanken sie nicht ihrer juristischen, sondern ihrer menschlichen Eigenschaft. Daß sie Fehler machen, hängt damit zusammen, daß selbst Nichtrichter manchmal Fehler machen können.

Daß die Richter nicht immer nur Urteile fällen, die allen Interessen entsprechen, hängt justament damit zusammen, daß dem Richter immer aufgegeben wird, innerhalb eines Streites, eines Konfliktes eine Entscheidung zu treffen.

Selbstverständlich muß dieser Richter auch unabhängig sein. Diese Unabhängigkeit bedeutet aber nicht, daß er nun etwa von einem politischen Willen im Reich unabhängig wäre. Es wird keinem Richter einfallen, gegen den politischen Willen des Reiches irgendwie anzugehen.

656

21.7.1942

Daß die Unabhängigkeit des Richters notwendig ist, ergibt sich aus folgendem: Wenn ich den Richter zur rein abhängigen Figur wie jeden anderen Beamten mache, dann übt der Richter nicht Rechtssprechung aus, sondern er vollzieht Befehle. Das heißt: in jedem Einzelfall eines Volksgenossen müßte dann vorher dem Richter die Entscheidung von einer anderen Instanz aufgegeben worden sein. Dann brauche ich den Richter nicht. Die Unabhängigkeit des Richters bedeutet: bei der Entscheidung des Einzelfalles ist dafür zu sorgen, daß die Entscheidung nur im Namen des Gesetzes und in Anwendung des Gesetzes, nicht aber in Anwendung irgendwelcher anderer Gesichtspunkte gefällt wird.

Diese Unabhängigkeit ist aber auch eins der heiligen Fundamente einer germanisch-völkischen Gemeinschaft; sie ist unabdingbar. Freilich ist der Richterstand heute aus Juristen zusammengesetzt. Das mögen viele bedauern, aber jeder Richter, auch ein besorgter und vielleicht übertrieben entschlußunfreudiger Richter hat den großen Vorzug: er hört den, den er verurteilt, bevor er das Urteil spricht; er gibt dem, den er verurteilen soll, Gelegenheit, zu wissen, weswegen er ihn verurteilen soll; er gibt ihm auch Gelegenheit, sich dagegen zu verteidigen, was ihm vorgeworfen wird. Diese fundamentale Regelung war von jeher deutsch.

Wir haben dafür gesorgt, daß niemand verurteilt wird, es sei denn er sei gehört worden, - daß niemand verurteilt wird, es sei denn, er hätte sich verteidigen können. Möge uns ein gütiges Schicksal dies bewahren! Das Glück unseres Volkes hängt davon ab. Ich spreche in diesem Falle nicht als fanatischer Jurist, sondern als Deutscher.

Wir hatten zu anderen Zeiten auch ein großes Ideal, das mit dem Reich verbunden war, wir hatten das Ideal ~~das mit dem Reich verbunden war~~ des Kaisertums.

21.7.1942

Heute ist es die leuchtende Figur des Führers, die uns den Führerstaat zur geschichtlichen Erlebniszone größten Ausmasses gemacht hat. Niemals aber darf es einen Polizeistaat geben, niemals! Das lehne ich ab.

Ich bin daher als Nationalsozialist und als Führer der deutschen Rechtswahrer berufen, mich gegen diese dauernden Verunglimpfungen des Rechts und der Rechtswahrer in jeder Form zu verwahren. Ich habe den Angriff nicht gesucht, ich würde während des Krieges über diese Probleme nicht sprechen, wenn sie nicht von anderer Seite dauernd in der hämischsten Weise aufgerollt würden. Solange die deutschen Rechtswahrer ihre Pflicht erfüllen, wird und muß man sie in diesem ihren Amt gewähren lassen. Ich verwahre mich dagegen, daß man einen Stand lediglich aus Gehässigkeit und dauernder nörgelnder Kritiksucht angreift und verunglimpft. Das ist unerträglich, weil wir als Reich stark sind, weil unsere innere Ordnung festgefügt ist und weil wir keinerlei Form der Opposition, keine Parteien mehr kennen. Deshalb muß ich sagen, dass nationalsozialistisches Reich und nationalsozialistische Richter eine untrennbare Einheit geworden sind. Vor wenigen Tagen erst hat der Führer mir gesagt, er glaube und sei fest davon überzeugt, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Rechtswahrer ihre Aufgabe hervorragend erfüllt. Dieses Wort des Führers gebe ich mit großer Freude an Sie weiter, meine Kameradinnen und Kameraden.

Auch das Gerede von dem Rechtsanwalt als einer liberalistisch-dekadenten, jüdischen Figur ist nichts weiter als ein lächerliches Wortgeplänkel und soll nur dazu dienen, Schutzfaktoren auszuschalten. Ich meine, daß der Rechtsanwalt nunmehr, genau so wie alle anderen Faktoren des öffentlichen Dienstes von den Juden und sonstigen zerstörenden Elementen geläutert

und gereinigt, eine Figur in unserer Gemeinschaft darstellt, die notwendig ist. Das gilt von allen andern Rechtsberufen auch. Selbstverständlich müssen wir dafür sorgen, daß die Qualität der Menschen und Persönlichkeiten, die in diesem Rechtsberuf tätig sind, immer besser, immer zeitentsprechender, immer sozial aufgeschlossener, immer dem 20. Jahrhundert näher wird. Man darf nicht aus Kritiksucht eine Gesamteinrichtung vernichten wollen, die nun einmal in unserem Volke ihrem Wesen nach verwurzelt ist.

Solange das deutsche Volk lebt, so lange besitzt es ein echtes Rechtsgefühl. Es gab früher viele, die immer sagten: diese Anschauung sei vielleicht doch nicht auf die Dauer haltbar. Viele von denen, die mir das damals gesagt haben, haben sich heute bekehrt. Viele Einzelbriefe, die mir aus dem deutschen Volke ununterbrochen geschrieben werden, zeigen, wie stark die Sehnsucht nach Gerechtigkeit in unserem Volke lebt, wie empfindlich unser Volk in diesem Punkte ist. Daher muß auch unsere Bewegung diesem seelischen Bedürfnis unseres Volkes nach Gerechtigkeit entsprechen. Wir wollen ja eine echte, klare und wahrhafte Volksbewegung bleiben, wir wollen keine Zwangsanstalt, sondern eine echte, klare Volksgemeinschaft deutscher Männer und Frauen, deutscher Jugend und deutscher werktätiger Menschen aller Stände, die sich getreu dem Befehl des Führers zum Schicksalskampf um ihn scharen.

Aber auch ein anderes muß mit dem Recht immer verbunden sein: die Menschlichkeit. Die Menschlichkeit - ein Wort, das man manchmal schon nicht mehr zu sprechen wagt, wie wenn es ein fremdes geworden wäre. Europa will menschlich sein. Das heißt: es ist nicht notwendig, daß auf alles und jedes immer und dauernd nur Todesstrafen gesetzt werden. Wir wollen menschlich sein; es gibt keinen Staat, der dadurch Schaden leiden würde, daß er menschlich ist.

21.7.1942

Daraus wollen wir lernen, und wir wollen immer und immer wieder betonen: das Recht, seine Kultur und der Rechtsdienst sind zu dem Zwecke für die deutsche Volksgemeinschaft aufgerichtet, damit sie dem kleinen irrenden, dem kleinen fehlenden Volksgenossen eine Heimstätte des Schutzes sind. Er hat niemand anderen. Wie stände es mit der Not unseres Volkes, wenn man ihm den Rechtsschutz und den Richter nähme? Diese kleinen Menschen haben ja keine Waffe, sie sind schutzlos. Daher muß diese Menschlichkeitsübung auf dem Wege des Rechts unserem Volke in jeder Weise gesichert werden. Die Kritiker am Rechtsleben und die steten Verunglimpfer der Rechtsberufe mögen es wissen, daß ich auch hier nicht als Mann der Rechtswahrer, sondern als Deutscher spreche.

So glaube ich denn, daß in diesen kulturvollen Bezogenheiten auch das Recht seine neue Sendung innerhalb unserer Gemeinschaft erfüllen wird, so sehe ich es auch, wenn die Millionen unserer Soldaten, in ihren Reihen stehend und kämpfend, doch des Wehrmachtrechtsschutzes gewürdigt werden. Keinem deutschen Soldaten geht Leben, Freiheit, Ehre verloren, es sei denn auf Grund einer klaren Verurteilung mit Richter und Rechtsspruch. Jeder Volksgenosse soll des gleichen Rechtes teilhaftig sein. Wir müssen uns darüber immer wieder klar werden, daß auch im Zusammenhang mit dem letzten Reichstagsbeschluß, der dem Führer für diese außerordentliche Zeit letzter Kräfteanspannung außerordentliche Vollmachten gibt, gerade vom Führer betont wurde, daß er nicht als Führer allein, sondern als oberster Gerichtsherr, als oberster Richter des Volkes seine Entscheidung trifft. Dies ist eine Verpflichtung für die Richter, sich klar zu sein, daß mit ihren Entscheidungen auch dem Ernst dieser Zeit entsprochen werden muß. Entscheidend ist es aber auch vor allem für jene, die

21.7.1942

dauernd das Rechtsleben verunglimpfen. Wenn sich der Führer selber als obersten Gerichtsherrn bezeichnet, so ist das eine Ehre für den ganzen deutschen Rechtsstand.

Wir haben also die Verpflichtung, uns zu unserer Aufgabe zu bekennen. Ich bin über nichts so traurig, wie wenn ich immer wieder da und dort höre, daß der eine oder andere in diesen Rechtspositionen glaubt, manchen außerordentlichen Aktionen nachgehen zu sollen. Wenn der Richter, angetan mit dem Ornat des Reiches, der das Hoheitszeichen unserer völkischen Gemeinschaft trägt, im Gerichtssaal erscheint, dann muß von ihm jene Macht ausstrahlen, die durch die Jahrhunderte hindurch unserem Volke vorangeleuchtet hat, und die da bedeutet, daß die Gerechtigkeitsübung allein das Fundament des Staates ist.

So sehe ich denn aus dieser Rechtsübung und Rechtsüberzeugung unseres Reiches, ausstrahlend nach Europa, die Neuordnung erstehen, die an die Stelle des Gegensatzes von alles Recht Besitzenden und jeden Rechtes baren Untertanen die große kameradschaftliche Gemeinschaft von Führer und Volksgenossen setzt, die durch gemeinsame Rechtsübung verbunden sind. Der Führer selber nimmt an dieser Gerechtigkeitsübung, wie Sie wissen, persönlich das größte Interesse. Man kann ihm dafür nur danken, und wir können von uns aus dem Führer nur geloben, daß auch wir alles tun wollen, um in seinem Sinne der Gerechtigkeitsübung in diesem Reich zu entsprechen. Wir bitten nur den Führer, er möge sein Augenmerk auch darauf lenken, daß nicht durch unwürdige und völlig unsachliche Kritik am Rechtsleben oft ein Zustand entsteht, der zu dem Aufwand in keinem Verhältnis steht.

Wir stehen vor der gewaltigen Aufgabe der Ordnung des größten Reiches unserer Nation. Dazu aufgerufen zu sein, ist die großartige Sendung dieser

Generation des Rechtswahrertums. Lassen Sie uns daher in dieser Gemeinschaft einer beglückenden Arbeit uns zusammenfinden! Über die Gräber unserer Gefallenen, über die Opfer dieses Krieges hinweg mögen Reich und Recht und Führer untrennbar sein!

(Langanhaltender stürmischer Beifall).

Professor Dr. Krause, Dekan der Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg, schließt den Vortragsabend mit folgenden Worten:

Herr Reichsminister! Alle Ihre Zuhörer sind bewegt über die bedeutsamen und weitreichenden Gedanken, die Sie hier vor uns entwickelt haben. In Ihren Ausführungen haben Sie uns die Aufgabe vor Augen gestellt, die vor allem dem Rechtswahrer naheliegt, die aber gleichzeitig auch eine innerdeutsche und darüber hinaus eine europäische Aufgabe mit allen ihren geistigen Auswirkungen darstellt. Das wird uns um so klarer, wenn wir daran denken, vor welchen Problemen denn bisher die Rechtswahrer gestanden haben. Gerade hier von Heidelberg aus ist zu Beginn des vorherigen Jahrhunderts von Anton Thibaut jener Ruf über die Notwendigkeit eines bürgerlichen Rechts für Deutschland erklungen. Ein ganzes Jahrhundert hat Arbeit und Mühe darauf verwenden müssen, diesen Gedanken zu verwirklichen, um es überhaupt erst einmal innerhalb Deutschlands zu einer Rechtseinheit zu bringen. Wir erinnern uns dessen, daß vor 5 Jahren in eben diesem Saale und vor vielen Zuhörern, die damals wie heute zugegen waren, jene Rede mit dem bald berühmt gewordenen Titel gehalten worden ist: Abschied vom BGB.

21.7.1942

Damals war das Reich einheitlich, kraftvoll und unangreifbar. Aber alle unsere Blicke waren absolut nach innen gerichtet. Alle Probleme, die vor uns standen, auch das der Erneuerung unseres Rechts schienen nur uns selber anzugehen und an unseren Grenzen halt zu machen. Heute aber hat sich das Blickfeld gerade auch des Rechtswahrers unendlich geweitet. Bei der Erfüllung aller Aufgaben, die uns gestellt sind, insbesondere der Aufgabe, verantwortlich in jenen Gremien und Ausschüssen mitzuwirken, die an der Entstehung des neuen deutschen Volksgesetzbuches arbeiten, müssen wir uns immer und ständig dessen bewußt sein, wie von dem, was inmitten Europas geschieht, die geistigen Auswirkungen und Ströme über unsere Grenzen hinweg nach allen Richtungen in Europa hineingehen werden.

Wir danken Ihnen, Herr Reichsminister, daß Sie uns die Größe der Aufgabe wieder vor Augen geführt haben. Wir danken Ihnen ganz besonders für die Worte, die Sie für die sittliche und menschliche Würde wie für die Notwendigkeit des Richtertums gefunden haben. Ihnen diesen Dank im Namen der Universität Heidelberg und im Namen Ihrer bis zum letzten Wort gefesselten Zuhörer übermitteln zu dürfen ist mir eine ganz besondere Freude.

Wir alle sind uns aber dessen bewußt, daß die Erfüllung dieser weitreichenden, über die Grenzen Deutschlands hinausgehenden Aufgaben mit ihrer geistigen Auswirkung auf Europa undenkbar wären, ohne die politische Tat und ohne das große politische und militärische Geschehen unserer Zeit. Wir gedenken in dieser Stunde in Treue, Ehrfurcht und hingebender Liebe des Führers. Unser Führer Adolf Hitler: Sieg-Heil,Sieg-Heil, Sieg-Heil!

663

Kressendorf

Sonntag, den 26.Juli 1942

8⁰⁰ Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia und Fahrt zum Hause Kressendorf.

12³⁵ Besprechung mit Hauptabteilungspräsidenten Ohlenbusch, Pressechef Gaßner und Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler.

17⁰⁰ Besprechung mit Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler.

Gegenstand der Besprechung ist die Herausgabe einer Broschüre mit dem Titel:

Die Rechtsidee im Umbruch der Zeit.

Der Herr Generalgouverneur verfügt die Veröffentlichung nachstehenden Nachrufes für den verstorbenen Geh.-Oberbaurat Rattinger:

Nach kurzem schweren Leiden starb in München am 24.Juli 1942 mein Sonderbeauftragter für Bauvorhaben, der Geh. Oberbaurat Richard Rattinger. In dem Verstorbenen verliere ich einen bewährten Mitarbeiter am Aufbau des Bauwesens des Generalgouvernements, dem das Generalgouvernement eine Reihe hervorragender Bauten mit zu verdanken hat. In ihm ging eine Persönlichkeit von lautersten Charakter, edler Bildung und hervorragender Geistesstärke von uns. Was er in langen Friedensjahren in treuer Pflichterfüllung im Dienste der deutschen Wissenschaft schuf, krönte er durch hingebungsvolle Diensterfüllung im Generalgouvernement.

Sein Leben und sein Wirken waren Vorbild. Seine Menschlichkeit bleibt uns Verpflichtung.

Krakau-Burg, den 27.Juli 1942

Generalgouverneur
Dr. Hans Frank

Krakau

Montag, den 27. Juli 1942

10^{20} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Nach einiger Zeit wird Staatssekretär Dr. Boepple zugezogen.

11^{55} Besprechung mit Regierungsrat Braun in Anwesenheit der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe

1. einer Verordnung über die Beseitigung bolschewistischer Wirtschaftsformen auf dem Gebiete des Handwerks, des Einzelhandels und der Kleinindustrie
2. einer Verordnung über die Beseitigung bolschewistischer Wirtschaftsformen auf dem Gebiete der Verwaltung von Hausgrundstücken und gewerblich genutzten Grundstücken
3. einer Verordnung über das Amt für die Pflege alter Kunst.

12^{35} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

12^{45} Besprechung mit Hauptbannführer Förschle in Anwesenheit von Hauptabschnittsleiter Stahl.

13^{20} Besprechung mit Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler und Verlagsleiter Strozyk.

Gegenstand der Besprechung ist eine Herausgabe einer Broschüre, die die Reden des Herrn Generalgouverneurs in den Universitäten Berlin, Wien, München und Heidelberg zum Inhalt hat.

665

27.7.1942

15^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Pressechefs Gassner im Königssaal 11 Schriftleiter aus dem Reich, die eine Pressefahrt durch das Generalgouvernement gemacht haben.

18^{05} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Sonderzug im Hauptbahnhof Krakau.

18^{20} Abfahrt des Sonderzuges nach Galizien.

Besichtigungsreise

des Herrn Generalgouverneurs durch die Kreise Tarnopol, Czortkow, Kolomea und Stanislau des Distrikts Galizien vom 28.Juli bis 30.Juli 1942.

Reiseteilnehmer:

Staatssekretär Dr. Boepple
Gouverneur Dr. Wächter
Gesandter von Wühlisch
Oberst Fischer
Bevollmächtigter Dr. Heuber

Abteilungspräsidenten:

Dr. Senkowsky
Dr. Lauxmann
Dr. Emmerich
Dr. Eißfeldt
Ohlenbusch
Naumann

Hauptabschnittsleiter Stahl
Kammergerichtsrat Dr. Keith
Amtschef Losacker
Pressechef Gassner
Schriftleiter Hirche
Arzt Dr. Ruppert
Regierungsrat Gnauck
Assessor Dr. Jänsch
SS-Hauptsturmführer Pfaffenroth

662

Tarnopol

Dienstag, den 28. Juli 1942

7.00 Gouverneur Dr. Wächter besteigt mit Amtschef Dr. Losacker im Hauptbahnhof Lemberg den Sonderzug.

8.30 F r ü h s t ü c k im Sonderzug.

12.00 M i t t a g e s s e n im Sonderzug.

12.58 Ankunft des Sonderzuges in Tarnopol.

Vor dem Bahnhof wird der Herr Generalgouverneur von einer ukrainischen Abordnung begrüßt. Danach schreitet der Herr Generalgouverneur in Begleitung des Gouverneurs Dr. Wächter und des Kreishauptmanns von Harbou die Front einer Abteilung des Sonderdienstes ab.

Anschließend Fahrt mit Kraftwagen zum Stadthaus. Dort werden dem Herrn Generalgouverneur der Ortskommandant, die Dienststellenleiter und die Vertreter der Partei vorgestellt.

Nach einer Fahrt durch die Stadt begibt sich der Herr Generalgouverneur mit seiner Begleitung in das Gebäude der Kreishauptmannschaft.

14.00 Dienstbesprechung im Sitzungssaale der Kreishauptmannschaft.

Die Dienstbesprechung wird eingeleitet durch einen Vortrag des Kreishauptmanns von Harbou über die Struktur und die Verwaltungsorganisation des Kreises Tarnopol.

Kreishauptmann von Harbou führt aus, daß im Kreise Tarnopol besonders in den östlichen Bezirken der schwere Boden vorherrsche, der ausgezeichnete Erträge liefere. Die Zusammensetzung der Bevölkerung des

668

28.7.1942

Kreises Tarnopol sei derart, daß in den Städten die Polen etwa zur Hälfte gegenüber den Ukrainern die Bevölkerung ausmachten. Die in der Stadt Tarnopol wohnhaft gewesenen Juden seien jetzt zum großen Teil abtransportiert worden. Der Kreis zähle etwa 480 000 Einwohner, darunter 36 000 Juden. Die Bevölkerung bestehe zum überwiegenden Teil aus Ukrainern geschart um Tarnopol, das früher ein Mittelpunkt des ukrainischen Lebens gewesen sei. Die polnische Minderheit sei stark zurückgedrängt und werde von den Ukrainern mit Haß verfolgt.

Der Einfluß des alten österreichischen Beamtentums lasse angesichts der Haltung der stark radikal werdenden Jugend und der Bauernbevölkerung mehr und mehr nach. Das sei zu bedauern, weil diese alten Beamten in ihrer Disziplinierung und Arbeitsgewöhnung das gegebne Element der Vermittlung wären. Man versuche deshalb, den Einfluß dieser Beamten zu stärken. Daß auch die alten österreichischen Gendarmen in den Gemeinden keinen Widerhall mehr fänden, hänge damit zusammen, daß die Bauern angesichts der immer größer werdenden Ernährungsschwierigkeiten eine ziemlich geschlossene Front bildeten. Nahezu alles, was sie an Brotgetreide besäßen, werde ihnen weggenommen. Die Nähe zum Reichskommissariat Ukraine lasse auch politische Gesichtspunkte besonders stark in den Vordergrund treten: vielfach kämen unerwünschte Elemente ins Land, die heimlich für die bolschewistische Idee würben. Die Bevölkerung verhalte sich gegenüber dieser Propaganda unterschiedlich. Wo die Jugend dazu neige, der deutschen Führung nicht zu folgen, gewinne diese Propaganda Boden. Wo ältere verständige Leute ein Dorf führten, sei der Widerstand der Bevölkerung gegen die behördlichen Maßnahmen gering. Die üblen Wirkungen

28.7.1942

der Propaganda und der Gerüchtemacherei zeigten sich besonders bei der Werbung für die Arbeiterverschickung ins Reich. Hier müßte eine wirkungsvolle Propaganda von seiten der Regierung einsetzen, um so mehr, als bisher nur geringes Werbematerial von der Zentrale gekommen sei.

Auffallend sei die Haltung der Bevölkerung des Kreises in der Gegend von Tarnopol gegenüber derjenigen in den Karpatenkreisen. In den Karpatenkreisen verhalte sich die Bevölkerung trotz größter Ernährungsschwierigkeiten durchaus loyal, während in den wohlhabenden Gegenden eine widersetzliche Stimmung festzustellen sei. Man müsse leider auf diese stimmungsmäßige Haltung der Bevölkerung Rücksicht nehmen, wenn man überhaupt in seinen Verwaltungszielen weiterkommen wolle. Ein Beispiel dafür seien die Verhältnisse auf dem Gebiet der Arbeit. Man habe festgestellt, daß für die Werbung von Arbeitern für das Reich mit Polizeimaßnahmen nichts zu erreichen sei.

Die Mitarbeit der Ukrainer im engeren Verwaltungssektor und insbesondere in der Kommunalverwaltung sei leidlich. Der Stellvertreter in der Leitung des Gemeindeverbandes zeige zwar eine große Arbeitsfreude, betrachte sich aber im übrigen doch als Anwalt der Ukrainer dem Kreishauptmann gegenüber.

Man habe sehr stark mit einer vollen Reprivatisierung gerechnet. Seit einigen Wochen habe sich das Gerücht verstärkt, daß jetzt nach einem Jahr des Bestehens der Verwaltung die Reprivatisierung des bäuerlichen Grundbesitzes wieder eingestellt werde. Wenn man den bäuerlichen Besitz nicht reprivatisieren könne, dann sollte man besser von jeder Art kleinerer Maßnahmen absehen, um so mehr, da die Bauern ja schon die Verwaltung und Nutznießung hätten.

28.7.1942

Was die landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse angehe, so herrsche im wesentlichen der Kleinbesitz vor. Dieser Umstand nötige dazu, auf die Stimmung der kleinbäuerlichen Bevölkerung Rücksicht zu nehmen. Von den Kleinbauern würden alle möglichen Leistungen verlangt: neben der Ablieferung des Getreides Gestellung von Fuhrwerken und Scharwerksleistungen, Gestellung von Arbeitskräften und von Hilfskräften für die Verwaltung.

Die Liegenschaftsverwaltung habe etwa 130 Güter in Eigenbewirtschaftung, gleich 5 bis 7 % des gesamten landwirtschaftlichen Besitzes. Das sei ein ganz geringer Prozentsatz gegenüber den bäuerlichen Anliegen. Dass die bäuerliche Bevölkerung von den Liegenschaftsverwaltungen zu allen möglichen landwirtschaftlichen Hilfsleistungen und besonders zur Gestellung von Arbeitskäften herangezogen würde, habe in bäuerlichen Kreisen große Mißstimmung hervorgerufen. Die Kleinbauern, denen zur Zeit der Sowjetherrschaft Land zugeteilt worden sei, empfänden es mit großem Unwillen, daß sie jetzt auf ehemals polnischen Besitzungen arbeiten müßten. Er versuche daher ständig, die Liegenschaftsverwaltung zu veranlassen, sich diesen Verhältnissen etwas mehr anzugleichen.

Eine Anordnung der Liegenschaftsverwaltung in Lemberg laufe darauf hinaus, daß der gesamte bäuerliche Pferdebestand in Betrieben unter 3 Hektar den Liegenschaften abgegeben und in Betrieben von 3 bis 6 Hektar Größe nur je 1 Pferd gehalten werden solle. Damit würden 80 % der bäuerlichen Betriebe ohne Pferd sein. Eine solche Maßnahme dürfe unter keinen Umständen durchgeführt werden. Man könne nicht einfach die Verhältnisse des Reiches den hiesigen Verhältnissen zu Grunde legen. Das Pferd sei hier das einzige Transportmittel, und der Bauer könne überhaupt nur arbeiten, wenn ihm zwei Pferde zur Verfügung ständen.

28.7.1942

Große Unruhe sei in bäuerlichen Kreisen auch durch die Landplanung der Landinspektion entstanden. Auch wenn einmal deutsche Landgüter geschaffen werden sollten, dann dürfe eine solche Maßnahme doch nicht forciert werden.

Das dem Kreise auferlegte Kontingent von 48 000 t Brotgetreide werde nicht erfüllt werden können. Angesichts der Auswinterungsschäden stehe die Ernte sehr schlecht. Gleichwohl seien alle Vorbereitungen getroffen, damit das bestmöglichste Ergebnis erzielt werden könne. Als besonders wichtige Aufgabe im landwirtschaftlichen Sektor werde die Vermittlung von Arbeitskräften ins Reich angesehen. Leider seien bisher die Erfolge der Werbung recht gering gewesen. Im vergangenen Herbst habe die schwierige Transportlage eine Beförderung von Arbeitern auf der Eisenbahn unmöglich gemacht. Auch seien aus dem Reich Nachrichten gekommen, daß dort die Ukrainer ebenso behandelt würden wie die Polen. Dazu sei noch eine starke Agententätigkeit gekommen. Auf diesem Gebiete sei nur etwas zu erreichen, wenn die Landkommissariate eng mit der Bevölkerung zusammenarbeiteten und Polizei nur herangezogen werde, wenn die zur Arbeit beorderten Leute nicht kämen.

In den letzten Wochen habe man das Hauptaugenmerk auf den Zustand der Straßen gelegt. Das Land sei straßenmäßig sehr gut erschlossen; feste Straßen führten in die Bezirksstädte, und es gebe auch Querverbindungen. Um so bedauerlicher sei der Zustand der Strassen selbst, der kaum einen Kraftfahrzeugverkehr ermögliche. Auf Initiative des Gouverneurs Dr. Wächter habe man deshalb nach Abschluß der Bestellungsarbeiten bis zum Beginn der Ernte umfangreiche Straßenbauarbeiten durchführen lassen. Leider werde diese Arbeit ständig gestört. So sei z.B. die Arbeit der Firma Eichoff vor 3 Wochen plötzlich abgebremst wor-

worden, weil die für die Distriktsstraßen zur Verfügung gestellten Mittel nachträglich von der Hauptabteilung Straßenbauwesen gekürzt worden seien. Nach Abberufung der Firma hätten dann die Scharwerker damit beschäftigt werden müssen, die Steine für die Abrechnung zu schichten. Diese Firma hätte in 4 oder 5 Wochen die Straße bis Tarnopol herstellen können.

Auf dem Gebiete des Hochbaues empfinde man die Baubeschränkungen als besonders schmerzlich. Die Finanzlage verhindere die Durchführung sowohl größerer Projekte wie kleiner Ausbesserungsarbeiten, die angesichts des Wohnraummangels für die Deutschen von größter Wichtigkeit wären. Von der Kreishauptmannschaft selbst könne in dieser Beziehung nur wenig getan werden, weil die Zuweisung von Mitteln an den Kreis nur sehr gering sei.

Was den Aufbau der Dienststelle angehe, so habe sich die Einrichtung der Landkommissariate sehr günstig ausgewirkt. Man sei auch bestrebt, ihnen in immer stärkerem Maße Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen. Allerdings mache sich der Mangel an Personal sehr fühlbar.

Im übrigen sei man bestrebt, im Sinne der Einheit der Verwaltung wie einer kameradschaftlichen Zusammenarbeit alle Dienststellen des Kreises Tarnopol zu einer ersprießlichen Zusammenarbeit zu bringen. Hier habe man auch schon in der letzten Zeit recht gute Erfolge gehabt.

Kreislandwirt Graf Reichersberg gibt zunächst eine Schilderung der Bodenstruktur des Kreises. Er führt dann weiter aus, daß im laufenden Jahr die anhaltende Nässe großen Schaden verursacht habe. Dies sei auch mit darauf zurückzuführen, daß die Bolschewisten die Abflußgräben völlig sinnlos zugeschüttet hätten. Die Wasserwirtschaftsinspektion sei jetzt

28.7.1942

im Begriff, die Schäden wieder wettzumachen. Unter anderem werde ein vier bis fünf Kilometer langer Vorfluter angelegt. - Angesichts der klimatischen Verhältnisse des Kreises verbleibe nur wenig Zeit für die Feldbestellung. - Die landwirtschaftliche Nutzfläche betrage458 ooo Hektar, landwirtschaftliche Betriebe gäbe es etwa 72 ooo, von denen 50 ooo eine Größe bis zu 3 Hektar hätten. Die Liegenschaftsverwaltung habe 125 Betriebe mit einer Gesamtnutzfläche von 45 ooo Hektar in Bewirtschaftung, davon in Eigenbewirtschaftung 27.400.

Die Herbstbestellung habe nur unter den größten Schwierigkeiten angesichts der lang andauernden Niederschläge durchgeführt werden können, es sei nur mit Einsatz von Judenkommandos ermöglicht worden, das auf den Feldern stehende Getreide hereinzuholen. In normalen Jahren sei im Kreise Tarnopol eine Fläche von 135- bis 140 ooo ha im Herbst bestellt worden. Zur Zeit der Sowjets seien 110 ooo ha bestellt gewesen. Im vorigen Jahre hätten nur 100 ooo ha bestellt werden können. Die Auswinterungsschäden hätten zur Folge gehabt, daß 26 % der Fläche hätten umgebrochen werden müssen. Die restierenden 73 ooo ha könne man auch nicht voll und ganz als mit Winterung bestellt rechnen, der Ertrag werde geringer sein, da man bestellte Flächen habe stehen lassen, die man in normalen Jahren umgebrochen hätte. Er rechne als Durchschnittsertrag mit einem Ertrag von 8 dz je Hektar und würde dann auf eine Brotgetreide-Ausbeute von 56 ooo t kommen. Für eine Anbaufläche von mindestens 130 ooo ha müßte aber Saatgetreide von in einer Menge von etwa 20 ooo t zur Verfügung bleiben, sodaß also nur etwa 32- bis 35 ooo t Brotgetreide übrigblieben. Das Brotgetreidekontingent betrage 46 ooo t, sodaß dann ein Minus von 10 ooo t entstehe. Es werde aber ohne

weiteres möglich sein, dieses Minus in diesem Jahre durch einen Mehrertrag an Gerste, die als Brotgetreide anerkannt sei, zu decken. Das Gerstekontingent betrage 25 300 dz, 3 dz vom Hektar.

Die Kartoffelanbaufläche habe nicht wesentlich erhöht werden können, weil nicht genügend Saatgut zur Verfügung gestanden habe.

Die Milchablieferung sei im Kreise Tarnopol gewaltig gesteigert worden. Von einer Lieferung von 200 000 Litern im Monat habe man es im Juni auf 2 Millionen Liter gebracht. Dadurch sei der Kreis Tarnopol an die erste Stelle im Distrikt hinsichtlich der Milch- und Butterlieferung gekommen.

Das Eierkontingent sei mit einer Anlieferung von 9 Millionen Eiern zu 40 % eingehalten worden.

Die Viehablieferung gehe auch zufriedenstellend vor sich, trotzdem seit vergangener Woche an die Wehrmacht die fünffache Menge der bisherigen Lieferung abgegeben werden müsse.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß eine solche Erhöhung der Fleischlieferungen von der Wehrmacht gefordert werde, trotzdem doch die kämpfende Truppe etwa 1.800 km entfernt von den Grenzen des Generalgouvernements stehe.

Hauptabteilungspräsident Naumann weist darauf hin, daß von seiten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft nur an den Militärbefehlshaber im Generalgouvernement geliefert werde. Im übrigen sei ihm bisher von der Forderung der Lieferung einer fünffachen Menge Vieh nichts bekannt gewesen.

675

28.7.1942

Der Herr Generalgouverneur ersucht Hauptabteilungspräsidenten Naumann, die Sachlage aufzuklären, und gibt weiter dem Wunsche Ausdruck, den zuständigen Wehrmachtsinspektor im Laufe des Tages zu sprechen.

Kreislandwirt Graf Reichersberg führt dann weiter aus, daß der Ernteerfassung große Schwierigkeiten entgegenständen. Die Hauptschwierigkeit bestehe aber darin, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung infolge der zweijährigen Sowjetherrschaft unter einem starken Mangel an Textilien und Schuhwerk leide. Die Preise der Wirtschaftsartikel ständen zu den Preisen der landwirtschaftlichen Produktion in keinem Verhältnis. Für ein Paar Schuhe mit Holzsohlen, die 25 Zloty kosteten, müsse der Bauer zwei Kälber verkaufen, da er für ein Kalb durchschnittlich nur 12 bis 13 Zl. erhalte.

Hauptabteilungspräsident Naumann sieht darin den Beweis dafür, in welchem schreienden Mißverhältnis die amtlichen Preise der landwirtschaftlichen Produkte zu den amtlichen Preisen für gewerbliche Produkte stehen. Daher habe er auch immer die Forderung erhoben, eine vernünftige Preisgestaltung auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produkte herbeizuführen.

Kreislandwirt Graf Reichersberg weist darauf hin, daß angesichts dieser Sachlage der Bauer für den freien Tauschhandel sehr empfänglich sei. - Für die diesjährige Getreideerfassung, die innerhalb 8 bis 12 Wochen durchgeführt werden müsse, seien alle Vorbereitungen getroffen. In den einzelnen Gemeinden des Landes habe man sich Ukrainer namhaft machen lassen, die als Verbindungsmänner eingesetzt werden sollten. Ihre Aufgabe sei, den draußen eingesetz-

ten Polizeiorganen jeder Zeit die notwendigen Aufklärungen zu geben. Durch ständige Prüfungen in den Gemeinden werde man auch in der Lage sein, festzustellen, wie die Anlieferung vor sich gehe.

Bei Dienstbesprechungen mit den Vögten und Schulzen in den einzelnen Bezirken habe man den Eindruck gewonnen, daß sie guten Mutes seien und ihre schweren Verpflichtungen erfüllen zu können glaubten.

Die Lagerräume für die Aufnahme der Ernte seien im Kreise Tarnopol vorbereitet. Man verfüge über einen Lagerraum für insgesamt 32 ooo t bei einer normalen Schütthöhe von 1,lo m. Günstige Witterung vorausgesetzt, könnte die Schütthöhe auf 2 bis 2 1/2 m erhöht werden. Verschiedene Holzbaracken seien bereits aufgestellt, ein großer Bau mit 3 Hallen zu je 5 ooo t sei in Arbeit.

Leider sei infolge des Mangels an Arbeitskräften mit den Erntearbeiten zu spät begonnen worden, trotzdem hoffe man, Lagerraum mit einer Aufnahmefähigkeit von 25 ooo t zu schaffen, da man auch noch Kirchen und Schulen für diesen Zweck zur Verfügung habe.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Graf Reichersberg, daß die Bauern, wenn sie sich auch heute schon im Besitz der Felder befänden, Wert darauf legten, Eigentümer zu sein. Vom Standpunkt der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft könne die Reprivatisierung nur begrüßt werden.

Der inzwischen erschienene Leiter des Straßenbauamtes Bofinger nimmt zu der Frage Stellung, weshalb Straßenbauten im Kreise Tarnopol abgebrochen werden mußten. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin,

daß die Haushaltsmittel für die Straßenbauten direkt von der Zentrale in Krakau angewiesen würden. Im Falle der Firma Niehoff habe er plötzlich feststellen müssen, daß die bewilligten Mittel bereits ausgegeben worden seien. Auf Anfrage bei der Zentrale in Krakau sei ihm gesagt worden, daß die betreffende Straße nicht weitergebaut werden solle. Es handle sich im vorliegenden Falle um die Straße Tremplowa-Tarnopol.

Der Herr Generalgouverneur ordnet eine Nachprüfung dieses Falles an.

Landkommissar Labuda-Zborow berichtet, daß das Landkommissariat am 1.Juni eröffnet worden sei. Es umfasse den nordwestlichen Teil des Kreises Tarnopol und liege beiderseits der großen Straße Lemberg-Tarnopol und der Eisenbahnlinie Lemberg-Tarnopol. Die räumliche Ausdehnung des Gebietes betrage ~~100 qm~~ 2000 qkm mit etwa 100 ooo Menschen. Davon seien 80 % Ukrainer, 14 % Polen und 6 % Juden. Volksdeutsche gebe es so gut wie gar nicht. Etwa 200 Reichsdeutsche seien in den verschiedensten Stellen tätig. Das Landkommissariat gliedere sich in 7 Sammelgemeinden mit 81 Dörfern und 3 kleinen Städten. Die größte Längenausdehnung dieses Gebietes betrage etwa 55 bis 60 km, die größte Breite 33 km. Die Einrichtung einer deutschen Verwaltungsstelle in einem solchen Gebiet habe sich als notwendig erwiesen, da die Ukrainer, die bisher dort tätig gewesen seien, die Aufgabe verwaltungs- und führungsgemäß nicht bewältigen konnten. Die Ukrainer hätten die Einrichtung einer deutschen Stelle nicht gern gesehen, weil sie darin eine Einengung ihrer eigenen Möglichkeit erblickten. Sie hätten aber bald einsehen müssen, daß es in ihrem

28.7.1942

eigenen Interesse liege, wenn eine deutsche Stelle die Aufgaben in die Hand nähme, und sie gäben selber zu, daß sie nicht in der Lage gewesen wären, in der kurzen Zeit diese Aufgaben zu meistern. Auch wachse die Einsicht, daß ihre völkischen Belange bei den Deutschen gut aufgehoben seien. Sie versuchten jetzt, eine Jugend heranzubilden, die ihre Wünsche später verwirklichen könnte.

Das Landkommissariat Zborow zeige überwiegend landwirtschaftlichen Charakter. Wald gebe es dort nur sehr wenig, Industrie überhaupt nicht. Es müsse jetzt verwaltungsmäßig die Grundlage dafür geschaffen werden, damit die landwirtschaftliche Erzeugung auf ein Höchstmaß gebracht werden könne. Der Bezirkslandwirt müsse weitgehend unterstützt und die Vögte müßten in ihrer Autorität gestärkt werden.

Der Schwerpunkt der Arbeiten in den letzten Wochen habe beim Straßenbau gelegen. Wer den Zustand des Straßenbaues vor dem 15. Juni mit dem jetzigen Zustand vergleiche, müsse zugeben, daß schon Erfolge erzielt worden seien. Gleichwohl könne man die bisherigen Ergebnisse nicht etwa schon als zufriedenstellend bezeichnen; denn die Straßen genügten bei weitem nicht deutschen Ansprüchen. Eine enge Zusammenarbeit mit den Straßenbaumeistern des Bezirks habe gute Erfolge gezeitigt; sie sei ein Beweis dafür, daß eine Angliederung dieser Außenstellen der Hauptabteilung notwendig sei, zumindesten aber ihnen ein Weisungsrecht gegeben werden müsse. Eine vordringliche Arbeit sei die Vermittlung von Arbeitskräften ins Reich gewesen. Wenn dies auch eigentlich eine Aufgabe des Arbeitsamtes sei, so sei doch die Hilfe des Landkommissars dringend notwendig gewesen, um auf die Vögte und Schulzen einwirken zu können.

28.7.1942

Auf diese Weise habe man erreicht, daß bis jetzt 5 000 Menschen nach Deutschland vermittelt werden konnten. Insgesamt wolle man 10 000 Menschen aus diesem Bezirk herausholen. Leider sei immer noch mit einer starken Gegenpropaganda zu rechnen.

Von besonderer Bedeutung sei die Hereinbringung der Ernte, ihre Erfassung und Weiterleitung an die zuständige Stelle. Alle hierfür erforderlichen Maßnahmen seien eingehend besprochen worden. Die Bauern müßten zum Teil ihr gesamtes Brotgetreide abgeben, was naturgemäß auf die Stimmung in der Bevölkerung ungünstig einwirken werde. Deshalb müsse dafür gesorgt werden, daß den Bauern zum Ausgleich Textilien und Schuhwerk gegeben würde.

Der Herr Generalgouverneur hält es für notwendig, daß in den bäuerlichen Kreisen eine entsprechende wirksame Propaganda getrieben werde. Den Bauern müsse gesagt werden, daß Deutschland in dem größten Krieg aller Zeiten stehe, es müsse ihnen klar gemacht werden was der deutsche Mensch im Reich leiste und welche Ernährung er dort erhalte. Die Propaganda müsse sich eben auch um die Ukrainer und Polen kümmern.

Landkommissar Labuda bemerkt, daß nach Möglichkeit die Bevölkerung aufgeklärt werde. Die beste Propaganda sei allerdings immer der eigene Einsatz und die eigene Leistungsfähigkeit.

Stadtkommissar Saltner-Tarnopol berichtet, daß die Stadt Tarnopol eine Einwohnerzahl von insgesamt 37 000 habe, davon je etwa 12 500 Polen und Ukrainer und 350 deutschstämmige Einwohner. Wenn sich auch die jüdische Gruppe vor der Besetzung durch die Sowjets

um 4000 ermäßigt habe, so mache sie doch immer noch mehr als 1/4 der gesamten Bevölkerung aus.

Eine der ersten Sorgen der polnischen Stadtverwaltung sei es gewesen, den in Tarnopol herrschenden großen Wohnungsmangel zu bekämpfen, und zwar durch Ausweitungsbauten im Inneren der Stadt und durch Schaffung einer Stadtrandsiedlung. Heute gelte es vor allem, genügenden Wohnraum für die Deutschen zu schaffen und zu diesem Zweck zerstörte Wohnungen und Bauten wiederherzustellen. Von der Regierung des Generalgouvernements sei für den Distrikt Galizien eine Erleichterung in der Möglichkeit des Bauens geschaffen worden; jedoch reiche diese Hilfe für eine grundlegende Verbesserung der Lage nicht aus. Das deutsche Hotel werde dauernd von einer größeren Anzahl von Reichsdeutschen bewohnt, die sonst keine Unterkunft fänden. Eine weitere Zusammendrängung des Judentums halte er aus sanitären Gründen für unmöglich, ganz abgesehen davon, dass die von den Juden bewohnte Altstadt in ihrem gegenwärtigen Zustande von anderen Menschen nicht bewohnt werden könne.

Eine weitere Hauptaufgabe sei die Wiederherstellung der Straßen und die Instandsetzung der Bürgersteige, die stark gelitten hätten. Da die polnische Stadtverwaltung nur wenig, die sowjetische Stadtverwaltung überhaupt nichts für den Straßenbau getan habe, befänden sich diese seit zwei bis drei Jahren in einem jeder Beschreibung spottenden Zustand. Auf diesem Gebiet habe er bisher allerdings gute Fortschritte erzielen können, nur wirke sich ebenso wie beim Wohnungsbau auch hier der Mangel an Arbeitskräften, an Gespannen und sonstigen Transportmitteln sehr hemmend aus.

681

<u>28.7.1942</u>

Die <u>Straßenreinigung</u> und die Fäkalienabfuhr sei in den letzten Monaten vor dem Ausbruch des Krieges so vernachlässigt gewesen, daß sich die Senkgruben in einem furchtbaren Zustand befänden. Hie? habe die Stadt eine große Anzahl von Gespannen einsetzen müssen. Weiter sei die Ausweitung der Kanalisation notwendig. - Mit der Wiederherstellung und Neuschaffung von <u>Grünflächen</u> wolle man auch gleichzeitig sanitäre Maßnahmen durchführen. In den letzten Monaten sei ein beträchtlicher Rückgang der ansteckenden Krankheiten zu verzeichnen.

Auf dem Gebiet des <u>Gesundheitswesens</u>, allerdings eng verknüpft mit der städtischen Fürsorge, hätten sich große Schwierigkeiten infolge der von den Sowjets geschaffenen Lage ergeben. Die Sowjets hätten die für ukrainische und polnische Kinder vorgesehenen <u>Waisenhäuser</u> liquidiert und die Insassen nach Tarnopol gebracht. Zu Ende des Jahres 1941 sei deshalb eine größere Anzahl von Waisenkindern, deren Heimatort nicht mehr festgestellt werden könne, der städtischen Fürsorge zur Last gefallen.

Die Stadt Tarnopol habe bislang kein <u>Wasserwerk</u> besessen. Es sei wohl in den letzten Jahren des polnischen Staates von der Stadtverwaltung die Errichtung eines solchen Werkes geplant gewesen. Er versuche nun, Mittel für den Ausbau eines solchen Werkes zu erhalten, und werde im nächsten Jahr einen entsprechenden Antrag bei der Regierung einreichen. Die Stadt verfüge zwar über 125 öffentliche Brunnen und auch über eine größere Anzahl von Privatbrunnen, aber die Wasserverhältnisse seien doch so schlecht, daß unbedingt Abhilfe geschaffen werden müsse.

28.7.1942

Das durch Bombenwurf stark beschädigte Elektrizitätswerk habe durch Fachleute schnell wieder instand gesetzt werden können, sodaß eine notdürftige Versorgung gewährleistet sei. Allerdings stehe das Werk ständig vor der Gefahr, angesichts der immer knapper werdenden Kohlenbelieferung den Betrieb einstellen zu müssen. Die Bewirtschaftungsstelle für Kohle tue zwar ihr möglichstes, aber die Lage sei doch so, daß überhaupt keine Wintervorräte herangebracht werden konnten, sondern der bestehende Vorrat aufgebraucht werden mußte. Da als Hauptabnehmer des Stromes die Wehrmacht und die Ostbahn in Betracht kämen, habe er sich an diese beiden Stellen mit dringenden Ersuchen gewendet, leider ohne großen Erfolg.

Die Stadt Tarnopol verfüge abgesehen von dem Elektrizitätswerk und dem Schlachthof über keine größeren Unternehmungen. Daher sei die Finanzgebarung in sehr bescheidenen Grenzen gehalten. Deshalb müsste das der Gemeinde an Grundstücken und Gebäuden zustehende Eigentum sobald als möglich wiederhergestellt werden, damit der Stadt aus diesem Vermögen die der Einkünfte zufließen könnten. Die Stadt habe früher als Kreisfreie Stadt größere Einnahmen an staatlichen Steuern gehabt, was jetzt nicht mehr der Fall sei. Hier müsse also ein Ausgleich geschaffen werden.

Finanzpräsident Dr. Senkowsky weist darauf hin, daß sich bei der Besprechung des Verordnungsentwurfs über die Reprivatisierung die Notwendigkeit ergeben habe, baldmöglichst eine Verordnung über die Rückgabe bzw. die Feststellung des Eigentums des ehemaligen polnischen Staates und der Gemeinden zu erlassen. Dieser Verordnungsentwurf werde von den Hauptabteilungen

Finanzen und Innere Verwaltung ausgearbeitet und im Laufe des Jahres herauskommen.

Hauptabteilungspräsident Dr. Emmerich weist darauf hin, daß die Strecke von Krakau nach Tarnopol im ganzen Generalgouvernement den stärksten Engpaß darstellt. Er könne deshalb nur den Rat geben, sich mit der Wehrmacht in Verbindung zu setzen und an sie ein entsprechendes Ersuchen zu richten. DerWehrmacht müsse eben gesagt werden, daß sie sich ja auch nicht in diesem Raum aufhalten könne, wenn nicht die Versorgungsbetriebe wenigstens mit einem Minimum an Kohle bedacht würden.

Hauptabteilungspräsident Naumann nimmt zur Frage der Reprivatisierung Stellung. In der letzten Sitzung in Krakau habe er den Vorschlag gemacht, man solle jetzt das lebende und tote Inventar, daß zum Teil von den Russen in Kolchos-Betrieben hereingenommen worden sei, und die Gebäude, deren Eigentumsverhältnisse in den verschiedenen Gebieten auch etwas unklar seien, zurückgeben. Eine generelle Rückgabe habe er zur Zeit nicht unterstützen wollen. Nach Ausführungen, die Staatssekretär Krüger gemacht habe, ist sei es dann nicht zur Annahme dieses Vorschlages gekommen, sondern man habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Frage des Eigentums überhaupt nicht wieder in der Form behandelt werden solle. Man habe darauf hingewiesen, daß der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums gewisse Bedenken geäußert habe, zum anderen, daß, wenn man jetzt die Frage des Eigentums in die Debatte werfe, viele überhaupt erst hellhörig werden würden. Diese Bauern hätten vielleicht geglaubt, sie seien schon Eigentümer, da sie

28.7.1942

die restlose Bodennutzung hätten, sie könnten behalten, was sie ernteten, sie könnten das Vieh, das sie aufzögen, verkaufen und den Erlös in ihre Tasche stecken.

Kreislandwirt Graf Reichersberg ist der Ansicht, daß es sich in diesem Fällen um Bauern handle, die über wenig Intelligenz verfügten. Er habe vor einem Jahr den Eindurck gewonnen, daß damals der Bauer keinen Unterschied zwischen Nutznießung und Eigentum gemacht habe. Mittlerweile habe sich dann die Ansicht der Bauern geändert.

Hauptabteilungspräsident Naumann bemerkt, daß den Bauern, wenn sie jetzt ablieferten, auch die Prämienware in Gestalt von Textilien usw. gegeben werde. In dieser Beziehung werde Galizien genauso behandelt wie das alte Generalgouvernement. Allerdings seien gewisse Schwierigkeiten für die Herstellung der Prämienscheine wegen Papiermangels aufgetaucht, diese Prämienscheine hätten nicht bis zum 21.Juli hergestellt werden können. Sie würden aber bis zum Beginn der Ablieferung zur Verfügung stehen.

Für den Kreis Tarnopol sei ein Kontingent von 46 ooo t Brotgetreide und ein Kontingent an Futtergetreide umgelegt worden. Wenn man zu Grunde lege, daß dieser Kreis immerhin eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 450 ooo Hektar habe und es freigelassen worden sei, ob das Kontingent Brotgetreide in Roggen, Weizen oder Gerste abgeliefert werde, dann müsse es auf jeden Fall gelingen, diese Menge aufzubringen.

28.7.1942

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Hauptabteilungspräsident Ohlenbusch, daß er sich seit einiger Zeit der Versorgung der fremdvölkischen Bevölkerung mit Propagandamaterial angenommen habe. Wenn er jetzt zum ersten Mal in diesen Kreis komme, dann beweise das, daß es bisher an einer Berichterstattung gemangelt habe, die vom Kreis zur Hauptabteilung gelangen müsse. Eine Propaganda wirkungsvoller Art werde ihm nur möglich sein, wenn alle ihm zur Verfügung stehenden Propagandamittel wie Film, Rundfunk, Plakate, Flugblätter usw. eingesetzt werden könnten. Er könne diese Mittel aber nur einsetzen, wenn er vorher eine Propagandaerkundung durchgeführt habe. Er habe schon den Einsatz von Filmwagen für Galizien vorgesehen. Leider stehe nicht genügend Benzin zur Verfügung, auch mangle es an einer Verbindung der Kreise mit der Abteilung im Distrikt. Er sei aber überzeugt, daß sich diese Verhältnisse in nächster Zeit bessern würden.

Gouverneur Dr. Wächter dankt am Schlusse der Dienstbesprechung dem Herrn Generalgouverneur dafür, daß er mit seinen Mitarbeitern nach Tarnopol gekommen sei. Es sei ein ganz eigenartiger Fall, daß der Staatschef mit seiner Regierung zur ersten Instanz gehe und einer solchen Sitzung beiwohne. Im übrigen habe die Besprechung gezeigt, wie sehr in Galizien alles noch im Anfang stehe. Er und seine Mitarbeiter seien mit dem, was bisher geschehen, gearbeitet und geleistet worden sei, noch lange nicht zufrieden.

Was die Kritik an den Zuständigkeiten angehe, so werde man diese Beschwerden in jeder Kreishauptmannschaft hören. Das gelte besonders für die Zuständigkeit auf dem Gebiete des Straßenbaues. Eine Einflußnahme auf diesen Kompetenzenaufbau sei zu-

mindest in der Sphäre der Kreishauptmannschaft und des Distrikts sehr erwünscht.

Was im besonderen den Straßenbau angehe, so werde der Distrikt gern einen außerordentlichen Beitrag dadurch leisten, daß die Kreishauptmannschaften mit ihrem Apparat hinsichtlich des Einsatzes von Menschen und Gespannen tätig seien. Selbstverständlich habe auch die Distriktsverwaltung das größte Interesse daran, daß zunächst die Durchgangsstraßen in Ordnung gebracht würden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert, daß die Einrichtung der Landkommissariate überall durchgeführt worden sei bis auf den Distrikt Radom, wo es allerdings auch schon Ansätze dafür gebe.

Finanzpräsident Dr. Senkowsky nimmt zu der Frage Stellung, wie die Straßenbauvorhaben finanziell durchgeführt werden sollten. Wenn immer wieder darüber geklagt werde, daß in der Beschränkung der Baumittel auf 20 ooo Zloty eine Erschwerung liege, so weise er darauf hin, daß diese Summe von 20 ooo Zl. die Grenze zwischen einmaliger Bauausgabe und laufender Bauausgabe darstelle. Bei den Summen, die über 20 ooo Zl. hinausgehen, handle es sich um einmalige Ausgaben, die besonders einzustellen seien. In Zukunft werde diese Schwierigkeit wesentlich geringer sein. Es würde allerdings einer vorausschauenden Arbeit vor allem der Kreishauptmänner und auch der Bärst Distriktsverwaltung bedürfen. Die Schwierigkeiten entständen ja hauptsächlich durch die Notwendigkeit der nachträglichen Berichtigung.

28.7.1942

Kreishauptmann von Harbou berichtet dann noch kurz über die kulturellen Einrichtungen im Kreise Tarnopol. Zur Verfügung ständen ein Wehrmachtskino und ein ukrainisches Theater, das auch von Deutschen besucht werde. Spielgruppen kämen gelegentlich nach Tarnopol. Abgesehen von einem kleinen Kasino bestehe leider nicht die Möglichkeit, in Tarnopol ein großes deutsches Haus aufzumachen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Kreishauptmann von Harbou, daß die benötigten Mittel fristgemäß von Lemberg angefordert würden, daß ihre Auszahlung aber vielfach zu spät erfolge. Im allgemeinen erhalte man nur 40 oder höchstens 60 % der benötigten Summe.

Finanzpräsident Dr. Senkowsky führt dieses Unstimmigkeiten darauf zurück, daß die Finanzgebarung der Kommunalverbände noch nicht funktioniere.

Der Herr Generalgouverneur weist Finanzpräsident Dr. Senkowsky an, dafür Sorge zu tragen, daß die Kreishauptmannschaften rechtzeitig in den Besitz der für die sie bestimmten Haushaltsmittel gelangen.

Der Herr Generalgouverneur faßt dann das Ergebnis der Besprechung zusammen und stellt fest, daß er sowohl wie die Mitglieder der Regierung einen sehr erfreulichen Eindruck von der Arbeit im Kreise Tarnopol gewonnen hätten.

Schluß der Sitzung 15 Uhr 40 Minuten.

28.7.1942

15^{45} Besprechung mit Hauptabteilungspräsidenten Naumann, Kreislandwirt Graf Reichersberg, Wehrmachtsinspektor Soltau in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple und Gouverneur Dr. Wächter.

Gegenstand der Besprechung ist die erhöhte Anforderung von Fleisch seitens der Wehrmacht.

Hauptabteilungspräsident Naumann führt aus, daß sich die Anforderungen der Wehrmacht im allgemeinen im Rahmen der monatlich zu liefernden Kontingente gehalten hätten. Die Tatsache, daß plötzlich eine Verfünffachung des regelmäßigen Kontingents eingetreten sei, sei offenbar darauf zurückzuführen, daß für die kämpfende Truppe plötzlich größere Fleischmengen zur Verfügung gestellt werden mußten. Bei der Dienststelle des Militärbefehlshabers müsse natürlich Klarheit darüber bestehen, daß das ihm zur Verfügung stehende Kontingent bei derartig erhöhten Anforderungen eines Tages ausgeschöpft sein werde.

Wehrmachtsinspektor Soltau ist ebenfalls der Ansicht, daß eine vorsichtige Wirtschaft am Platze sei. Es werde auch dafür Sorge getragen, daß in die Viehbestände mit aller Schonung eingegriffen werde. So werde z.B. keine tragende Kuh genommen und überhaupt jeglicher Raubbau an der Viehwirtschaft vermieden.

16^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt eine Abordnung des Ukrainischen Kreiskomitees.

Der Leiter des Komitees richtet folgende Ansprache an den Herrn Generalgouverneur:

28.7.1942

Herr Generalgouverneur, Herr Reichsminister!
Im Namen des Ukrainischen Kreiskomitees und im Namen der ukrainischen Bevölkerung des Kreises Tarnopol ist mir die Ehre widerfahren, auf diesem seit Jahrtausenden heiß umkämpften und verteidigten, nicht nur mit dem Schweiß, sondern auch mit dem Blut des ukrainischen Volkes reich durchtränkten Boden Podoliens Sie herzlichst und mit vollster Freude willkommen zu heißen.

Vor allem in innigster Dankbarkeit für die vor einem Jahre erfolgte Befreiung unserer Heimat vom frevelhaften Bolschewismus bringen wir jetzt im Moment des gewaltigen Ringens um Neuordnung und Freiheit unsere Ergebenheit dem Führer des deutschen Volkes mit seiner Regierung und der unbesiegbaren Wehrmacht entgegen. In diesem entscheidnden weltgeschichtlichen Ringen aller europäischen Völker und der ganzen Kulturwelt für die bessere Zukunft stehen die Ukrainer mit ganzer Seele und mit innigstem Herzen an der Seite des deutschen Volkes.

Wir sind uns dessen bewußt, daß wir unsere Dankbarkeit und Anhänglichkeit durch Taten beweisen müssen, da von dem Ausgang dieses Ringens auch das Schicksal unseres Volkes abhängt. Wir sind überzeugt, daß in der Neuordnung nach dem siegreichen Ausgang dieses Weltkrieges die ihm gebührende Stellung in der europäischen Volksgemeinschaft einnehmen wird.

Wir sind also zu jedem Opfer bereit und erachten es für unsere heilige Pflicht, durch Einsatz aller unserer Arbeitskräfte die Front der Arbeit zusammen mit dem deutschen Volk zu stärken, um den vollen Sieg und die Befreiung Eupas zu erringen.

Seit einem Jahre stehen wir im Distrikt Galizien unter der deutschen Verwaltung, die unter Ihrer erprobten Führung, Herr Generalgouverneur, auf dem

28.7.1942

Prinzip des Kriegseinsatzes, aber auf der wohlwollenden Gerechtigkeit und der Rechtmäßigkeit wirkt und in dieser Richtung weiterentwickelt wird. Zu Ihrer Verwaltung stehen wir mit vollem Vertrauen, und wir bitten auch, uns und unserer Mitarbeit Ihr Vertrauen schenken zu wollen.

Wir bitten ferner, wenn seitens mancher unserer ukrainischen Volksgenossen irgendwelche Übergriffe oder ein Versagen vorgekommen sein sollte, solche Fälle mit Nachsicht und Milde - wenn auch Kriegsgesetze hart sind - behandeln zu wollen mit Rücksicht darauf, daß durch anormale Verhältnisse zur Polenzeit und zur Zeit des schrecklichen bolschewistischen Joches die ukrainische Bevölkerung Galiziens als gewissermaßen krank zu betrachten und behandeln ist. Insbesondere war es die Jugend, die sich durch jene anormalen Verhältnisse der Führung der älteren entzogen hat und jetzt erst der vollen Gesundung entgegengehen, um sich der rechten Führung zu fügen.

Die einheimische ukrainische Bevölkerung ist milde mit hochentwickeltem Gerechtigkeitssinn und Begriff der imponderabilen Werte. Für milde und rechtmäßige Behandlung und - ich wende den populären Ausdruck an - für das gute Wort ist er bereit sein letztes Hemd abzugeben.

Es bleibt mir noch hervorzuheben, daß wir bei unserem Herrn Kreishauptmann ~~und-imm~~ volles Verständnis und immer schnellste Unterstützung in unseren berechtigten Wünschen und volles Entgegenkommen erfahren und daß wir ihm für sein gerechtes Entscheiden und scharfes Eingreifen großes Vertrauen und den besten Willen für Mitarbeit entgegenbringen.

Herr Generalgouverneur, ich bitte, die Zusicherung unserer Treue zum Führer und zu Ihnen entgegennehmen zu wollen. Wir erklären, daß wir zu jeder Mitarbeit

28.7.1942

mit Ihrer Regierung und zu jedem Opfer bereit sein werden, um die Zertrümmerung und Beseitigung des depravierenden Bolschewismus und aller Feinde Europas zu erkämpfen und den Endsieg zu erringen. Unser Schicksal ist aufs engste mit dem Schicksal des deutschen Volkes verbunden. Der Sieg des deutschen Volkes ist auch unser Sieg.

Der Herr Generalgouverneur dankt dem Sprecher der Delegation für diese Worte. Er nehme die Erklärung des Komitees zur Kenntnis und werde alles tun, um den gerechten Belangen des ukrainischen Volkes zu entsprechen.

Der Herr Generalgouverneur unterhält sich sodann mit den Mitgliedern des Komitees, die ihm eine eindrucksvolle Schilderung von den Verhältnissen im Kreise Tarnopol, von den Schrecken der Polenzeit und der bolschewistischen Herrschaft geben.

DerHerr Generalgouverneur setzt die Mitglieder der Delegation davon in Kenntnis, daß die ukrainischen Institute in Lemberg, die der Ausbildung von Ärsten und Juristen dienen sollen, wieder eröffnet werden sollen. Er richtet dan Appell an die Delegation, hier tatkräftig mitzuhelfen und dafür zu sorgen, daß baldmöglichst wieder eine ukrainische Intelligenz erstehe. Wenn ein Land wie Galizien 5 Millionen Ukrainer zähle, dann müsse doch eigentlich der ukrainische Volksteil auch in der Verwaltung eine ganz andere Rolle spielen, als das bislang der Fall gewesen sei. Die deutsche Verwaltung werde sich gern der Mitarbeit des ukrainischen Volksteils bedienen, um so mehr, da ja doch die Selbstverwaltung in der Hand der Ukrainer bleiben müsse. Er spreche der Delegation den Dank für das Treuegelöbnis

aus und sei der Überzeugung, daß der Gouverneur und der Kreishauptmann im Einvernehmen mit ihm, dem Generalgouverneur, den ukrainischen Belangen entsprechen würden.

16[15] Der Herr Generalgouverneur empfängt eine Abordnung des Polnischen Hilfskomitees.

Der Sprecher der Abordnung richtet an den Herrn Generalgouverneur folgende Worte:
Beehrt durch die Möglichkeit, im Namen des Polnischen Hilfskomitees in Tarnopol sich vorstellen und Sie, Herr Generalgouverneur, begrüßen zu dürfen, empfinde ich die angenehme Pflicht, Ihnen für die Erlaubnis unserer Betätigung auf dem sozialen Gebiet und für die großzügige Hilfe, die Sie uns sowohl in finanzieller Beziehung als auch in Naturalleistungen zu teil werden lassen, meinem wärmsten Dankbarkeitsgefühle zum Ausdruck zu bringen.

Mit dem Gefühl der freudigen inneren Bewegung unterstreiche ich auch die Gewogenheit und Objektivität des gegenwärtigen Herrn Kreishauptmanns uns gegenüber, sodaß unsere Gemeinschaftsarbeit die besten Früchte zu zeitigen verspricht.

Der Herr Generalgouverneur erkundigt sich anschließend nach den Verhältnissen der im Kreise Tarnopol ansässigen Polen.

Der Sprecher der Abordnung berichtet, daß von der Gesamtbevölkerung des Kreises Tarnopol von insgesamt etwa 480 000 Menschen rund 40 % Polen seien. Genaue Angaben könnten nicht gemacht werden, da in manchen Familien ein Teil sich zu den Polen, ein anderer zu den Ukrainern zähle. Dies sei auf die

aus und sei der Überzeugung, daß der Gouverneur und der Kreishauptmann im Einvernehmen mit ihm, dem Generalgouverneur, den ukrainischen Belangen entsprechen würden.

16[15] Der Herr Generalgouverneur empfängt eine Abordnung des Polnischen Hilfskomitees.

Der Sprecher der Abordnung richtet an den Herrn Generalgouverneur folgende Worte:

Beehrt durch die Möglichkeit, im Namen des Polnischen Hilfskomitees in Tarnopol sich vorstellen und Sie, Herr Generalgouverneur, begrüßen zu dürfen, empfinde ich die angenehme Pflicht, Ihnen für die Erlaubnis unserer Betätigung auf dem sozialen Gebiet und für die großzügige Hilfe, die Sie uns sowohl in finanzieller Beziehung als auch in Naturalleistungen zu teil werden lassen, meinen wärmsten Dankbarkeitsgefühlen zum Ausdruck zu bringen.

Mit dem Gefühl der freudigen inneren Bewegung unterstreiche ich auch die Gewogenheit und Objektivität des gegenwärtigen Herrn Kreishauptmanns uns gegenüber, sodaß unsere Gemeinschaftsarbeit die besten Früchte zu zeitigen verspricht.

Der Herr Generalgouverneur erkundigt sich anschließend nach den Verhältnissen der im Kreise Tarnopol ansässigen Polen.

Der Sprecher der Abordnung berichtet, daß von der Gesamtbevölkerung des Kreises Tarnopol von insgesamt etwa 480 ooo Menschen rund 40 % Polen seien. Genaue Angaben könnten nicht gemacht werden, da in manchen Familien ein Teil sich zu den Polen, ein anderer zu den Ukrainern zähle. Dies sei auf die

Zugehörigkeit zur römisch-katholischen bzw. griechisch-katholischen Kirche zurückzuführen. Wer sich zur griechisch-unierten Kirche bekenne, der solle Ukrainer sein. Gleichwohl hätten sich viele Angehörige der griechisch-katholischen Kirche zum Polentum bekannt. Es komme häufig vor, daß ein polnisches Kind in einer griechisch-katholischen Kirche getauft werde. Im allgemeinen bestehe die Sitte, daß die Tochter die Nationalität der Mutter, der Sohn diejenige des Vaters annehme. Die römisch-katholisch Kirche werde von einem Bischof mit dem Sitze in Lemberg geleitet. Leider hätten die Bolschewisten die schöne Dominikanerkirche in Tarnopol absichtlich zerstört, und die polnische Bevölkerung sei jetzt am Werke, die angerichteten Zerstörungen zu beseitigen.

Die polnische Bevölkerung des Kreises gehöre überwiegend dem Handwerkerstande an. Die Intelligenz sei fast zu 80 % von den Bolschewisten weggeschleppt oder ermordet worden. - Die Tätigkeit des polnischen Hilfskomitees bestehe hauptsächlich in der Verabreichung von Mittagessen. In der Stadt Tarnopol würden auf diese Weise 350 bis 400 Polen versorgt. Vorräte habe man vielleicht für 2 Wochen, Kartoffeln gebe es überhaupt nicht.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, wie das Verhältnis der Ukrainer zu den Polen sei, erwidert der Sprecher der Abordnung, daß es für ihn schwer sei, darüber zu sprechen.

Kreishauptmann von Harbou bemerkt dazu, daß der Gegensatz stärker geworden sei. Es sei allerdings nicht leicht, ein objektives Urteil über diese Dinge zu gewinnen.

28.7.1942

Der Herr Generalgouverneur will dafür gesorgt sehen, daß die Polen von den Ukrainern nicht unterdrückt werden.

16[45] Fahrt zum Liegenschaftsbetrieb Mikulcine.

Hier werden dem Herrn Generalgouverneur die Pferde- und Rindviehbestände gezeigt. Ferner werden die Schweineställe besichtigt.

18[00] Fahrt nach Miszkowice.

18[25] Ankunft in Miszkowice.

A b e n d e s s e n in Miszkowice. Danach Besichtigung des Parkes. Ein ukrainischer Chor bringt ukrainische Lieder zum Vortrag.

21[00] Rückfahrt nach Tarnopol.

(Übernachtung im Sonderzug)

Mittwoch, den 29.Juli 1942

7^{35} Abfahrt der Wagenkolonne vom Bahnhof Tarnopol.

8^{30} In Trembowla wird der Herr Generalgouverneur vom Bürgermeister begrüßt.

8^{50} Kreishauptmann von Harbou verabschiedet sich von dem Herrn Generalgouverneur. Kreishauptmann Kujat meldet sich beim Herrn Generalgouverneur.

9^{10} In Kopisince wird der Herr Generalgouverneur von der ukrainischen Bevölkerung begrüßt. In einer Ansprache versichert der ukrainische Bürgermeister dem Herrn Generalgouverneur, daß die ukrainische Bevölkerung immer treu bleiben und am Aufbau mithelfen werde. Er dankt für die Befreiung vom bolschewistischen Joch. - Von einer Ukrainerin werdem dem Herrn Generalgouverneur Salz und Brot gereicht.

9^{30} An der Grenze der Stadt Czortkow wird der Herr Generalgouverneur von zahlreichen Ukrainern zu Pferde begrüßt.

9^{35} Empfang des Herrn Generalgouverneurs und der Reiseteilnehmer vor der Kreishauptmannschaft. Kreishauptmann Kujat stellt dem Herrn Generalgouverneur den Stadtkommandanten und die Behördenleiter vor. Von der zahlreich vertretenen ukrainischen Bevölkerung wird der Herr Generalgouverneur lebhaft begrüßt.

696

29.7.1942

Der Leiter des Ukrainischen Kreiskomitees Dr. Michael Roslak richtet an den Herrn Generalgouverneur folgende Ansprache:

Herr Generalgouverneur! Es ist unserem Kreiskomitee eine besondere Ehre und Freude, einen so erhabenen Gast in unserer Stadt begrüßten zu dürfen. Im Namen der ukrainischen Bevölkerung unseres Kreises heißen Sie auf das herzlichste willkommen. Ihre Ankunft in unserer Stadt erinnert uns unmittelbar an jene großen Tage, als hier ungefähr vor einem Jahr die siegreichen Truppen unter dem deutschen Banner einmarschiert sind. Sie haben uns vom Joch unserer Erzfeinde befreit und die bolschewistische Gefahr auf immer von uns gebannt. Die Erinnerung an jene Tage ist immer lebendig, und Ihre Person macht uns diese Erinnerung zur Wirklichkeit.

Geruhen Sie, Exzellenz, zur Kenntnis zu nehmen, daß das gesamte ukrainische Volk sich wohl dessen bewußt ist, was es der deutschen Wehrmacht zu verdanken hat. In diesem Bewußtsein bringen wir Ihnen als dem höchsten Vertreter der deutschen Macht in diesem Lande unsere innigste Dankbarkeit zum Ausdruck für die Taten des heldenmütigen deutschen Soldaten, der im gewaltigen Ringen in Osteuropa auch für unsere Sache und für die Zukunft des ukrainischen Volkes gefochten hat und weiterhin kämpfen wird.

Ich versichere Sie, daß wir nicht nur mit unseren Gefühlen bei den deutschen Helden im Osten sind, sondern daß wir auch mit Taten zum Gedeihen dieses großen Kampfes beitragen wollen.

Obwohl wir hier weit enffernt von großen Zentren leben, verstehen wir wohl die großen weltpolitischen Zusammenhänge, welche dem heutigen Kriege zu Grunde liegen. Infolge dessen sind wir fest überzeugt, daß

die Mitarbeit des ukrainischen Volkes an der Herbeiführung des Sieges der deutschen Waffen für uns eine Notwendigkeit geworden ist, die unseren eigensten nationalen Interessen entspricht. Wir werden daher alles daransetzen, daß sie ungeachtet der schwierigen Verhältnisse der Kriegszeit erfolgreich sein wird.

Unser Komitee hat sich als seine erste Aufgabe den deutschen Behörden gegenüber gestellt, diese Mitarbeit auf das beste auszubauen. Der Kreishauptmann wird Ihnen, Herr Generalgouverneur, sicher bestätigen können, daß wir es mit dieser Mitarbeit durchaus ernst und aufrichtig meinen.

Ich darf noch dankbar erwähnen, daß seitens des Herrn Kreishauptmanns den durch die vorhergegangenen Kriegswirren entstandenen Problemen der ukrainischen Bevölkerung größtes Verständnis entgegengebracht wird.

Im Geiste unserer traditionellen Freundschaft begrüßen wir Sie, Exzellenz, als unseren teuren Gast gemäß unseren herkömmlichen Gebräuchen.

Geruhen Sie, diese Gaben als Symbol unserer Gastfreundschaft so herzlich zu empfangen, wie wir Sie, Herr Generalgouverneur, herzlichst empfangen und willkommen heißen.

Dem Herrn Generalgouverneur werden auf einem großen geschnitzten Holzteller Proben der landwirtschaftlichen Erzeugung überreicht.

Mit den Worten: "Wir ukrainischen Kinder grüßen Sie herzlichst, Herr Generalgouverneur," bietet ein ukrainisches Mädchen dem Herrn Generalgouverneur Brot und Salz, ein anderes einen Blumenstrauß.

29.7.1942

Der Herr Generalgouverneur dankt für die Gaben und den herzlichen Empfang und verspricht, alles zu tun, was in seiner Macht liegt, um dem ukrainischen Volke zu helfen.

Der Herr Generalgouverneur wird dann noch von Angehörigen des BDM begrüßt.

9[50] Bei der Fahrt durch die Stadt Czortkow wird der Herr Generalgouverneur von der Bevölkerung herzlich begrüßt. Bis zur Grenze der Stadt wird die Wagenkolonne von zahlreichen ukrainischen Reitern begleitet.

10[10] Ankunft in der Tabakfabrik Jagielnica.

Eine volksdeutsche Fabrikarbeiterin überreicht dem Herrn Generalgouverneur einen Blumenstrauß, eine Ukrainerin eine Anzahl verschiedenartiger getrockneter Tabakblätter.

Der Leiter des Betriebes Direktor Semrat, der noch vier andere Tabakfabriken unter sich hat, hält einen Vortrag über die Tabakfabrikation. Er führt dabei aus, daß 60 % des galizischen Tabaks als Zigarettentabak Verwendung finden. Der Tabak werde vorwiegend zur Herstellung der Möve-Zigarette gebrauch Trotz der bolschewistischen Zerstörung sei es im vorigen Jahre gelungen, die Tabakernte hereinzubringen. In diesem Jahre rechne man mit einer Ernte von 5,6 Millionen Kilogramm, was einer Produktion von 5,6 Milliarden Zigaretten entsprechen würde. Direktor Semrat spricht dann von den verschiedenen Tabaksorten und ihrer Anpflanzung. Von der Belegschaft berichtet er, daß im allgemeinen bei ihnen eine große Arbeitswilligkeit festzustellen sei.

29.7.1942

Unter Führung des Direktors Semrat findet darauf eine Besichtigung der der Tabakaufbereitung dienenden Räume statt.

10^{35} F r ü h s t ü c k im Kasino der Fabrik.

Während des Frühstücks bringen ein Chor des Ukrainischen Kreiskomitees unter Leitung des Komponisten Prof. Berezowskyj und ein Chor der Ukrainischen Delegatur in Zalesczyki unter Leitung von H. Smereczanskyj ukrainische Lieder zum Vortrag. Daran schließen sich Volkstänze, ausgeführt von Schülern des ukrainischen Staatsgymnasiums Czortkow.

Kreishauptmann Kujat ergreift dann das Wort zu einer Ansprache, in der er ausführt:
Herr Generalgouverneur! Ich darf Sie bei uns mit besonderer Freude willkommen heißen und Ihnen danken, daß Sie unter Führung des Herrn Gouverneurs Ihre Reise durch diesen südöstlichen Teil Ihres Hoheitsbereiches gelenkt haben. Ich begrüße auch Herrn Staatssekretär Dr. Boepple, Herrn Gouverneur Dr. Wächter, den Bevollmächtigten Reichsamtsleiter Dr. Heuber, Hauptabschnittleiter Stahl, Herrn Oberst Fischer, Herrn Vizegouverneur Losacker und alle anderen Vertreter von Wehrmacht, Partei, SS. Das Gebiet des Kreises Czortkow bildet mit seiner Schwarzerde einen der fruchtbarsten Teile des Generalgouvernements überhaupt. Unsere Hauptaufgabe liegt daher auf dem Gebiete der Ernährung und Landwirtschaft. So ist denn auch das uns in diesem Jahre auferlegte Kontingent von 82 ooo t das höchste, das bisher einer Kreishauptmannschaft auferlegt wurde.

Der harte Winter und das späte Frühjahr stellten uns vor schwere Probleme. Infolge des frühen Eintritts

29.7.1942

des Winters konnten nur 25 % der Fläche bestellt werden. Aber dank des Einsatzes der Männer von der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft ist es gelungen, doch noch 97 % der nutzbaren Ackerfläche zu bestellen. Die neue Ernte steht bevor, schon beginnt das Korn in den südlichen Teilen der Kreishauptmannschaft zu fallen. Es gilt jetzt, dieses Getreide zu erfassen.

Sehr schwierig liegt für uns das Verkehrsproblem, haben die galizischen Straßen doch den Ruf, die schlechtesten Straßen in ganz Europa zu sein. Auf Anordnung des Herrn Gouverneurs haben wir einen Monat der Straße eingeführt und die gesamte Bevölkerung in den Dienst dieses Monats gestellt. Mit primitivsten Mitteln ist es uns gelungen, die durch Frostausbrüche beschädigten Straßen einigermaßen wieder herzustellen. Auch ist in kürze damit zu rechnen, daß auf sämtlichen Schienenwegen die Wagen wieder rollen.

Die Formen der Selbstverwaltung wurden wiederhergestellt, Gemeindeverbände und Landgemeinden wieder neu gebildet. Sie arbeiten im allgemeinen zufriedenstellend, sodaß jetzt das Gebiet dem Generalgouvernement verwaltungsmäßig angeglichen ist. Die Bevölkerung, die zu 70 bis 80 % aus Ukrainern besteht, ist froh, dem bolschewistischen Joch entronnen zu sein. Der herzliche Empfang, den Sie, Herr Generalgouverneur, hier erlebt haben, wird Ihnen ein Beweis von der loyalen Einstellung der Bevölkerung geben. Wenn auch noch einige Teile der Bevölkerung diese oder jene Maßnahme nicht ganz verstehen, so wird doch mit Hilfe des Ukrainischen Kreiskomitees das Verständnis für solche Maßnahmen erheblich gefördert werden.

Die Hauptaufgabe ruht naturgemäß auf den Schultern weniger deutscher Männer. Diese Aufgabe würde nicht erfüllt werden können, wenn unsere Arbeit durch

Zuständigkeitsfragen gehemmt werden würde. Wir danken Ihnen deshalb, Herr Generalgouverneur, daß Sie durch die Einführung der Einheit def Verwaltung uns die Möglichkeit gegeben haben, Konflikte zu vermeiden. Unser Dank kann nur darin bestehen, daß wir mit aller unserer Kraft das Vertrauen, daß Sie in uns setzen, rechtfertigen. Wenn Sie, Herr Generalgouverneur, in Kürze einmal wieder die Kreishauptmannschaft besuchen, dann werden Sie sich an Ort und Stelle von dem Fortgang der Arbeit überzeugen können. Ich trinke auf das Wohl des Herrn Generalgouverneurs und unserer Gäste.

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten: Herr Kreishauptmann, im Namen der Gäste danke ich Ihnen für den freundlichen Willkommensgruß. Sie hatten die Liebenswürdigkeit, darauf hinzuweisen, daß das Interesse des Generalgouverneurs und der Regierung, das sie den Kreishauptmännern entgegenbringen sehr erfreulich sei. Ich kann Ihnen versichern, daß in der Arbeit des Kreishauptmanns für mich die unterste Grundlage jener Einheit besteht, die, vom Generalgouverneur zum Gouverneur und von diesem zum Kreishauptmann laufend, sich bis zum Volkstumsvertreter fortsetzt. Das ist das starke Rückgrat, aus dem allein das Märchenhafte Wunder Generalgouvernement entstanden ist. Ich darf sagen, daß das Generalgouvernement heute unter den gesamten seit 1939 besetzten Gebieten eine Insel absolut klarer Entwicklung darstellt, ~~an~~ einer Entwicklung, an der niemand rütteln wird und die sich mit allem Nachdruck in den allein beschrittenen Bahnen fortsetzt, zum Wohle des Führers und des Reiches.

702

29.7.1942

Wir sind in Galizien vor über einem Jahr eingezogen und angetreten. Die schweren Schäden, die über diesem Lande lagen, die ungeheure schwere Erbschaft, die wir übernahmen, machten uns ein Jahr lang Sorge. Nunmehr ist es aber unter der bedeutsamen Führung des Parteigenossen Dr. Wächter zu einem Erblühen, einem Erstarken und Wiedergesunden gekommen. Ich kann Ihnen nur wünschen, Herr Kreishauptmann, daß Sie, der Sie an dieser Stelle stehen, mit Tatkraft an die Lösung der Probleme herangehen können, immer in dem Bestreben, mehr vorwärts zu schreiten als etwa negativ zu kritisieren.

Sie haben auch einen kleinen Tadel mit Ihren Worten verbunden, ich habe ihn wohl verstanden, er sei an den Präsidenten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft weitergeleitet. Hinsichtlich der Festlegung des Kontingents kann ich Sie leider von Schuld nicht freisprechen. Wenn Sie uns zu so fürstlichem Gastmahl einladen, so ist die Stunde zum mindesten nicht günstig gewählt, eine Bevorzugung in der Kontingentslieferung herbeizuführen. Ich nehme an, daß auch für Sie das Wort gilt: ein guter deutscher Mann und daher schlechter Diplomat. - Ich trinke auf Ihr Wohl!

12^{00} Abfahrt der Wagenkolonne.

12^{55} Ankunft in Zaleszczyki.

13^{00} Motorbootfahrt des Herrn Generalgouverneurs und einiger Reiseteilnehmer auf dem Dnjestr.

13^{35} Besichtigung der zerstörten Dnjestr-Brücke

29.7.1942

14^{00} M i t t a g e s s e n im Hause des Landkommissars von Zaleszczyki.

14^{40} Weiterfahrt der Wagenkolonne nach Uscieczko.

15^{00} Übergang der Reiseteilnehmer auf einer Behelfsbrücke auf das andere Ufer des Dnjestr.

Anschließend Weiterfahrt nach Sniatyn über Horodenka.

In Horodenka wird der Herr Generalgouverneur von der ukrainischen Bevölkerung herzlich begrüßt.

16^{45} Ankunft in Sniatyn. Dort wird der Herr Generalgouverneur vom Kreishauptmann Dr. Gorgon begrüßt, ebenso von einem ukrainischen Komitee.

17^{10} Besichtigung der Grenze, des Zollamtes Kulaczyn und des rumänischen Zollhauses.

18^{00} Weiterfahrt nach Kolomea. Hier wird der Herr Generalgouverneur vom Bürgermeister der Sammelgemeinde begrüßt. Bürgermeister Pschuku richtet folgende Worte an den Herrn Generalgouverneur:
Herr Generalgouverneur, wir haben uns hier in dieser Stadt versammelt, um Sie herzlich willkommen zu heißen und Ihnen im Namen der Bevölkerung unseres Kreises diese Früchte zu überreichen. Von allem, was wir in unserem Kreise an Feldfrüchten haben, bieten wir Ihnen eine Probe.

Der Herr Generalgouverneur dankt dem Bürgermeister für diese Gabe und den Willkommensgruß und richtet dann einige Fragen an ihn. Auf diese Fragen antwortet der Bürgermeister, daß eine gute Ernte zu erwarten sei, wenngleich im Frühjahr die Ernteaussichten nicht günstig gewesen seien. Man beginne schon

29.7.1942

jetzt mit der Ernte. Bürgermeister Pschuku berichtet dann noch von den Schrecken der bolschewistischen Herrschaft.

19^{05} A b e n d e s s e n im Hause des Kreishauptmanns Dr. Gorgon.

(Übernachtung im Sonderzuge, der inzwischen nach Kolomea geleitet worden ist).

Donnerstag, den 30.7.1942

8.15 Einige im Osteinsatz stehende BDM-Mädchen bringen vor dem Salonwagen des Herrn Generalgouverneurs einige Lieder zum Vortrag und überreichen dem Herrn Generalgouverneur einen Blumenstrauß.

8.55 Abfahrt der Wagenkolenne vom Güterbahnhof Kolomea.

Auf der Fahrt von Kolomea nach Zabie wird der Herr Generalgouverneur in den Ortschaften von der ukrainischen Bevölkerung lebhaft begrüßt, so besonders in dem Orte Bistyn. Hier hört man auch zum ersten Mal die Töne der Trembita, eines dem Alphorn ähnlichen Blasinstruments.

10.00 Ankunft in Kossow.

Der ukrainische Bürgermeister Demeter Lukaniecz begrüßt den Herrn Generalgouverneur und versichert ihn der Treue der ukrainischen Bevölkerung, die von der deutschen Regierung eine Anerkennung dessen erhoffe, was die Ukrainer geleistet hätten.

Ein junges ukrainisches Mädchen überreicht dem Herrn Generalgouverneur einen Blumenstrauß mit den Worten: Am Tage Ihrer Ankunft begrüßen wir Sie, Herr Generalgouverneur, mit Heil-Hitler.

Allgemeine Beachtung findet bei den Reiseteilnehmern eine Ausstellung von Gegenständen huzulischer Volkskunst. Ausgestellt sind Töpfereien, Holzschnitzereien und Teppiche. Der Obmann des Ukrainischen Komitees Prof. Kohot berichtet an Hand der ausgestellten Gegenstände dem Herrn Generalgouverneur über das Entstehen und den derzeitigen Stand des huzulischen Kunstgewerbes.

30.7.1942

11.30 Ankunft in Zabie.

Vor dem "Schäferhaus", in welchem eine Versuchsstation für Almenwirtschaft untergebracht ist, hat eine ukrainische Delegation Aufstellung genommen. Der Bürgermeister der Sammelgemeinde Zabie richtet folgende Worte an den Herrn Generalgouverneur:
Herr Generalgouverneur! Als Bürgermeister der Sammelgemeinde in Zabie grüße ich Sie und die hohen Gäste, die zu uns zu Besuch gekommen sind, und reiche Ihnen nach alt-ukrainischer Sitte zum Empfang Salz und Brot. Im Namen der ukrainischen Einwohner danke ich für den hohen Besuch und verspreche Ihnen Treue, Gehorsam und loyale Mitarbeit für unser gemeinsames Wohl und für eine bessere Zukunft. Das ukrainische Volk ist fest davon überzeugt, daß es ohne Hilfe des deutschen Volkes nie befreit worden wäre. Darum bitte ich Sie, den Ausdruck unseres Dankes und unserer Verehrung, die wir dem Führer Großdeutschlands, unserem Befreier und dem Befreier aller Kulturvölker Europas, schulden, entgegenzunehmen.

Der Vorsitzende des Ukrainischen Komitees von Zabie begrüßt den Herrn Generalgouverneur mit folgenden Worten:
Euer Exzellenz! Als Vorstand der Ukrainischen Delegatur in Zabie, im Namen der ukrainischen Bevölkerung gestatten Euere Exzellenz vom innigsten Herzen Sie zu bewillkommen, und versichere, daß unserseits werden allerlei Bemühungen zugelegt, damit durch gewissenhafte Arbeit der deutschen Wehrmacht zum Siege über Juden- bolschewistische Herrschaft und demselben zum Wiederaufbau des neuen Europa Hilfe leisten zu können.

30.7.1942

11⁴⁵ M i t t a g e s s e n auf der Terrasse vor dem Schäferhaus.

Während des Mittagessens bringt eine Trachtengruppe eine huzulische Hochzeit zur Darstellung. Daran schließen sich Tanzvorführungen.

12³⁰ Abfahrt von Zabie.

13⁰⁵ Kreishauptmann Dr. Gorgon verabschiedet sich an der Kreisgrenze von dem Herrn Generalgouverneur. Kreishauptmann Dr. Albrecht-Stanislau meldet sich hier beim Herrn Generalgouverneur.

13³⁰ Ankunft in Worochta und Besichtigung des Sägewerks.

Vor dem Sägewerk wird der Herr Generalgouverneur durch den ukrainischen Pfarrer Kuniczki begrüßt, der dem Herrn Generalgouverneur die Versicherung abgibt, daß die ukrainische Bevölkerung in Treue zum Reich stehe und immer bei Deutschland bleiben wolle.

Das Sägewerk Worochta wird hierauf vom Herrn Generalgouverneur einer eingehenden Besichtigung unterzogen. Oberleiter Weth gibt dem Herrn Generalgouverneur eine Schilderung der Verarbeitungsmethoden. Er weist dabei insbesondere auf den Charakter der "Worochta-Fichte" als einer in ihrer Dauerhaftigkeit in Europa einzigartigen Holzart hin. Unter anderem wird ein 290 Jahre alter Stamm gezeigt. Wie Oberleiter Weth weiter mitteilt, hätten 50 % des Baudienstes und 70 % des Heimatdienstes, die im Werke beschäftigt gewesen seien, leider infolge Ernährungsschwierigkeiten hätten entlassen werden müssen.

30.7.1942

Hauptabteilungspräsident Naumann gibt zu bedenken, daß in dieser Gegend fast nichts wachse. Er hoffe jedoch, daß die neue Ernte eine Besserung der Ernährungsverhältnisse ermöglichen werde.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß das gesamte Holz der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werde.

14[20] Weiterfahrt zum Tatarenpaß (Jablonica-Paß).

15[05] Besichtigung des Grenzpolizeipostens Jablonica.

16[15] Kurzer Aufenthalt in dem Gästehaus der Sicherheitspolizei und SS in Tatarow.

17[00] Ankunft in Jamna.

Besichtigung der Eisenbahnbrücke, von der sich ein Blick in das schöne Prut-Tal bietet.

17[25] Ankunft in Jaremcze.

Hier wird der Herr Generalgouverneur durch einige Baudienstführer begrüßt.

17[45] Gemeinsame Kaffetafel im Hause der NSDAP.

Ein ukrainischer Chor bringt einige Lieder zum Vortrag.

Eine ukrainische Delegation begrüßt den Herrn Generalgouverneur. Der Sprecher der Delegation, Pfarrer Wladimir Pylypeć richtet folgende Worte an den Herrn Generalgouverneur:

709

30.7.1942

Als Vertreter des ukrainischen Volkes begrüße ich Sie, Herr Generalgouverneur, im Namen der Ukrainer des hiesigen Bezirks. In Ihrer Person begrüßen wir auch den Führer und die siegreiche Wehrmacht. Gleichzeitig danken wir herzlich für die Befreiung aus dem bolschewistischen Joch. Die Ukrainer Galiziens haben ihre deutschfreundliche Gesinnung während der Polenherrschaft mit Blut und Tod büßen müssen, sie haben in jener Zeit mit Deutschen zusammen in polnischen Gefängnissen gesessen. In dem gewaltigen Ringen im Osten sind wir jetzt keine passiven Zuschauer. Wir stehen zwar nicht in der Kampflinie, obwohl wir jeder Zeit dazu bereit sind, wir stehen aber doch in einer Front, die ebenfalls für den endgültigen Ausgang des Krieges wichtig ist, nämlich in der inneren Front der Arbeit. Ob ein Beamter in seinem Amt, ob ein Bauer in seiner Wirtschaft, ob ein Arbeiter hier in der Heimat oder drüben in Deutschland auf seinem Posten steht, jeder tut seine schwere Pflicht und steht eisern, damit der Soldat im Osten auch weiterhin seine schwere Pflicht erfüllen kann. Das alles leisten wir, das alles werden wir in Zukunft leisten, in tiefem Vertrauen auf den Führer, in tiefem Vertrauen auf Großdeutschland, in der festen Überzeugung, daß auch das ukrainische Volk im neuen Europa einen würdigen Platz finden wird.

Als ehemaliger Frontsoldat bin ich kein Freund von langen Reden, und deshalb schließe ich mit den Worten: wir grüßen den Führer, wir grüßen unseren Generalgouverneur, wir grüßen die siegreiche Wehrmacht, und ich persönlich grüße die beste Luftwaffe der Welt, die deutsche Luftwaffe.

30.7.1942

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten: ich danke Ihnen vielmals für Ihre schönen Worte, mit denen Sie den Opferwillen des ukrainischen Volkes zum Ausdruck gebracht haben. Ich werde hier im Generalgouvernement dafür sorgen, daß Ihre Volksgenossen Frieden und Schutz genießen. Vor allem liegt mir noch, auch Ihnen für die hervorragende Treue aufopfernde Arbeit des ukrainischen Volkes im Generalgouvernement zu danken, von der Sie mit Recht sagen, daß sie eine der schönsten Voraussetzungen des Kampfes um die Freiheit für ganz Europa darstellt. Es wird stets ein Ruhmesblatt in der Geschichte bleiben, wie tapfer und blutbewußt sich die Ukrainer gegen jede Form von Terror gewendet haben. Wie sehr auch der Herrgott das Schicksal Ihres Volkstums in seine segnende Hand genommen hat, erkennen Sie daraus, daß der Führer Adolf Hitler mit seinen Soldaten auch ihm die Freiheit gegeben hat.

Ich bin sehr beglückt über die Aufnahme, die mir das ukrainische Volkstum auf meiner Reise bereitet hat. Seien Sie überzeugt, daß ich die herzliche Begrüßung, die mir überall von seiten der ukrainischen Bevölkerung zu teil wurde, nie vergessen werde. Ich freue mich, in Ihnen nicht nur den Vertreter Ihrer ehrwürdigen Kirche, sondern auch den ehemaligen Frontsoldaten begrüßen zu können. Möge aus dem Geist, der das ukrainische Volk beseelt, auch etwas Schönes entstehen!

Dem Herrn Generalgouverneur werden hierauf einige Geschenke überreicht.

Der Herr Generalgouverneur erwidert dem Sprecher, von dem ihm die Gaben überreicht werden, mit den

30.7.1942

Worten: Es bleibt mir immer nur übrig, Ihnen meinen Dank zu sagen und zu erklären, daß ich alles, was Sie mir zu geben vermögen, durch eine würdige Behandlung des ukrainischen Volkes danken werde.

A b e n d e s s e n im Sonderzuge.

20^{00} Abfahrt des Sonderzuges nach Lemberg.

Lemberg

Freitag, den 31.Juli 1942

6^{20} Ankunft des Sonderzuges auf dem Hauptbahnhof in Lemberg.

9^{00} Begrüßung des Herrn Generalgouverneurs durch Gouverneur Dr. Wächter und die Vertreter von Partei, Wehrmacht und Staat im Hauptbahnhof.

Vor dem Hauptbahnhof ist eine Ehrenformation des Sonderdienstes aufgestellt, deren Front der Herr Generalgouverneur abschreitet.

Der Herr Generalgouverneur und die übrigen Reiseteilnehmer begeben sich darauf im Kraftwagen zum Distriktsgebäude.

9^{40} Eintreffen im Distriktsgebäude.

10^{00} Überreichung von Kriegsverdienstkreuzen und Kriegsverdienstmedaillen durch den Herrn Generalgouverneur an 41 Angehörige der Distriktsverwaltung.

Der Herr Generalgouverneur hält folgende Ansprache:

Meine Herren! Ich habe den Vorzug, Ihnen heute in Vertretung des Führers die Auszeichnung des Kriegsverdienstkreuzes und der Kriegsverdienstmedaille zu überreichen. Ich möchte diesen Anlaß benutzen, um Ihnen im Namen des Führers und des Reiches die Anerkennung für Ihr treues und hervorragendes Wirken in diesem schwierigen Aufgabengebiet des Ostens zum Ausdruck zu bringen. In einem Zeitpunkt, in dem sich die Weltgeschichte in gigantischen Ausmaßen zu formen beginnt, erhalten Sie eine Auszeichnung, die Sie mit Fug und Recht als völlig verdient ansehen dürfen. Ich freue mich, sie Ihnen persönlich am Vortage des Jahrestages der Eingliederung des Distrikts Galizien

31.7.1942

in das Generalgouvernement überreichen zu können.

10[lo] Dienstbesprechung im Großen Sitzungssaal des Distrikts gebäudes.

Gouverneur Dr. Wächter eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:
Herr Generalgouverneur! Ich darf Sie heute am Vortage des ersten Jahrestages, da der Distrikt Galizien, von Ihnen in den Verband des Generalgouvernements übernommen wurde, in der Hauptstadt Lemberg aufs herzlichste begrüßen. Sie haben eine dreitägige Reise durch das jüngste Gebiet des Generalgouvernements gemacht. Sie sind von Tarnopol, einer Stadt, die durch den Krieg schwer gelitten hat, hinaus gefahren in die weiten Flächen podolischen Landes, von dort an den Dnjestr in das Karpatenvorland, von dort hinaus in die schönen Karpatenlande. Sie haben dabei die Mannigfaltigkeit dieses Gebietes gesehen und kennengelernt, haben aber auch aufs unmittelbarste die Probleme gesehen, die uns, Ihre Mitarbeiter, in diesem Gebiet nun ein Jahr lang bewegen. Sie haben die Fülle dieses Landes, aber auch die Armut einzelner Teile dieses Landes gesehen, Sie haben seine bunte Bevölkerung an sich vorüberziehen lassen, eine Bevölkerung, die uns in ihrer breiten Masse aufgeschlossen gegenübersteht. Sie haben auch die heiklen Probleme erkannt, die sich aus der Bevölkerungsstruktur, aus der Spannung der Intelligenzschicht und der übrigen Masse des Volkes ergeben.

Sie haben auf diese Weise einen kleinen Querschnitt durch eine einjährige Arbeit bekommen, die uns allen gegenüber dem gesamten Problem des Generalgouvernements insofern Sonderprobleme gestellt hat, als wir den Distrikt Galizien zweieinhalb Jahre

31.7.1942

später in den Verband des Generalgouvernements aufgenommen haben, als wir nacharbeiten müssen und auf vieles nicht mehr rechnen können, was dem alten Generalgouvernement zur Verfügung stand. Sonderprobleme waren es auch insofern, als nach zwanzigjähriger polnischer Herrschaft zwei Jahre Sowjetherrschaft über dieses Land gegangen sind, die überall ihren unauslöschlichen Stempel aufgedrückt haben, so in der Wirtschaft, die gänzlich sozialisiert wurde, in der Zerstörung der Verkehrswege, insbesondere aber auch in der seelischen Haltung der Bevölkerung, die durch die zweijährige asiatische Herrschaft außerordentlich stark mitgenommen wurde.

Wenn daher Ihnen gegenüber, Herr Generalgouverneur, im Verlaufe dieser Reise und vielleicht heute durch den Vortrag des einen oder anderen Ihrer Mitarbeiter auf diese Sonderlage hingewiesen wird, so bitte ich Sie, das nicht so zu verstehen, als wollte der Distrikt Galizien in Anspruch nehmen, in irgendeine unterschiedliche Haltung gegenüber den anderen Distrikten des Generalgouvernements zu kommen, sondern ich bitte es so aufzufassen, daß gerade Ihre Mitarbeiter hier mit ganzem Herzen und ganzem Einsatz dabei sind, daran arbeitend, dahin strebend, daß auch dieses jüngste Gebiet des Generalgouvernements möglichst schnell und weitgehend mit dem übrigen Generalgouvernement verwächst, sich ihm einordnet und damit ein dienendes Glied dieses stolzen Gebietes des Reiches wird. Ich bitte auch, die Ausführungen meiner Mitarbeiter in diesem Sinne zu verstehen, die aus der unmittelbaren Verbindung mit den Problemen, aus dem täglichen Hineingestelltsein in die lebendigen Dinge dieser Umwelt immer wieder dahin streben, diese Eingliederung möglichst schnell vorwärtszutreiben. Ich

bin überzeugt, daß Sie, mit den Herren der Regierung durch dieses Land fahrend, nun auch um so klarer diese unsere Bemühungen erkannt haben werden.

Weiter bitte ich Sie, Herr Generalgouverneur, zu glauben, daß alle Ihre Mitarbeiter im Distrikt Galizien mit dem, was sie bisher geschaffen haben, noch nicht zufrieden sind. Wir alle sind der Überzeugung, daß wir im ersten Anfang stehen, daß bisher noch nicht allzu viel geschehen ist, zum mindesten für die Erfüllung unserer heißen Wünsche. Wir alle sind aber der Hoffnung, daß wir im zweiten Jahre des Bestehens des Distrikts Galizien in immer steigendem Maße vorwärts kommen werden. Zufrieden und glücklich sind wir allerdings, an der Erfüllung einer Aufgabe mitarbeiten zu dürfen, die schön, groß und würdig ist, von deutschen Männern angefaßt zu werden.

Wir haben uns im Distrikt Galizien in diesen spannungsvollen und schwierigen Monaten des ersten Jahres richtig zusammengefunden, mußten wir uns doch in dieser vielfach eigenartigen und besonderen Lage immer auf das gemeinsame Gefühl einstellen, daß wir hier für das Reich stehen, - auf das gemeinsame menschliche Gefühl der Kameradschaft und der Zusammenarbeit. Ich darf Ihnen die Versicherung geben, Herr Generalgouverneur, daß Sie sich im Distrikt Galizien auf Ihre Mitarbeiter verlassen können. Wir werden mehr und mehr mit den Aufgaben verwachsen, wir werden zusammenstehen und werken mit dem einen Ziel, daß auch dieser südöstlichste Eckpfeiler des Generalgouvernements möglichst bald ein geordnetes, sicheres und stolzes Gebiet Ihres Generalgouvernements und damit unseres großen deutschen Reiches werden möge.

31.7.1942

Amtschef Losacker gibt als einer der Männer, die von der ersten Stunde an am Aufbauwerk Galiziens mitgeholfen haben, einen Überblick über die Lage Galiziens. Er geht dabei von der völligen Verschiedenartigkeit der Übernahmesituation von der des Generalgouvernements im September 1939 aus. Die Gleichheit der Landschaft, das deutsche Bild des Landes und der Distriktshauptstadt Lemberg hätte darüber hinwegtäuschen können, daß das Gift bolschewistischer Zersetzung und Zerstörung in diesem Lande und dieser Stadt Lemberg außerordentlich stark gewirkt habe. Wie ganz anders nehme sich dieses Lemberg gegenüber dem Bilde aus, welches man von sowjetischen Städten habe! Trotädem habe der sowjetische Terror, wenn auch kürzere Zeit, so doch kaum weniger spürbar im Distrikt Galizien gewütet als in den sonstigen weiten Bereichen der Sowjetunion. Der Auftakt dazu sei zunächst langsam und behutsam gewesen. Aber seit dem Winter 1940 verstärke sich das Tempo, mit dem die Sowjets die gesamten kulturellen Beziehungen nach dem Westen zerstörten, die Familienbindungen beseitigten, die ethischen und religiösen Grundlagen vernichteten. Hand in Hand damit gehe die Ausrottung der führenden Einwohnerschaft dieses Gebietes und damit wieder die Angleichung aller Lebensverhältrisse an die Verelendung der Sowjetunion. Eine Klique anonymer Sowjetkommissare, hauptsächlich Juden, habe die Macht ausgeübt, einer den anderen belauernd, jeder in der Furcht lebend, von der seelenlosen Unbarmherzigkeit des Systems ausgerottet zu werden. Nach einem Jahre Verwatlungstätigkeit in diesem Gebiet könne festgestellt werden, daß es den Sowjets in einem die Erwartungen übersteigenden Maße gelungen sei, die russisch-sowjetische Verelendung und Lethargie auch diesem Lande aufzuprägen.

31.7.1942

Man komme aber auch um die weitere Feststellung nicht herum, daß es den Sowjets im Rahmen einer deutschen Rechtsbegriffen hohnsprechenden Zielsetzung gelungen sei, auf einigen Gebieten Verwaltungsergebnisse zu erzielen, die zunächst doch als außerordentlich angesehen werden müßten. Sie hätten es fertiggebracht, die landwirtschaftliche Erzeugung in diesem Gebiet ziemlich stark zu erfassen. Sie hätten die Bevölkerung zur Arbeit gezwungen; sie hätten außerordentlich hohe Steuererträge und auch auf dem Gebiete der Erdölförderung eine hohe Produktion gehabt. Diese Verwaltungsergebnisse hätten sie allerdings nur mit einem außerordentlichen Personaleinsatz erreicht. In jeder der 5 ooo Ortschaften des Distrikts Galizien hätten mindestens 3 Sowjetkommissare gesessen. In Lemberg allein seien 30 ooo Männer der GPU stationiert gewesen. Daß die Sowjets abgesehen von dem gewaltigen Personaleinsatz mit den brutalsten Mitteln vorgingen, sei verständlich, da ja die Voraussetzung für den Erfolg in einer größtmöglichen Anzahl von Exekutivkräften liege. Daraus sei für die deutsche Verwaltung der Schluß zu ziehen gewesen, daß man sich bei Durchsetzung seiner Verwaltungsziele im Distrikt Galizien nicht zu sehr von den sowjetischen Härtegraden entfernen dürfe. Denn die Bevölkerung wäre sonst allzu geneigt gewesen, in die Ernsthaftigkeit der Weisungen der Distriktsverwaltung Zweifel zu setzen. Das schließe aber nicht aus, daß man sich bemüht habe, die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung dieses Gebietes, die der deutschen Verwaltung durchaus loyal gegenüberstehe, pfleglich und gerecht zu behandeln.

31.7.1942

Für die Situation, die die wenigen deutschen Männer vor einem Jahre zu bewältigen gehabt hätten, sei zunächst festzustellen, daß die Russen in Verfolg des Prinzips der Lähmung jeder Eigenverantwortlichkeit und Selbständigkeit auch auf dem gemeindlichen Sektor die Selbstverwaltung völlig abgeschafft hätten. Sie hätten das Gebiet in vier Oblasten eingeteilt, und zwar mit dem Sitz in Lemberg, Tarnopol, Stanislau und Drohobycz. Das einzige, was die deutsche Verwaltung von dem sowjetischen System zunächst einmal unberührt gelassen habe, seien die Oblast-Grenzen gewesen. Man habe sie gebraucht, weil die landwirtschaftliche Erfassung auf die Gebiete abgestellt gewesen sei. Die Unterteilung sei diejenige der Rayons gewesen, die ohne jede Selbstverwaltung und Verantwortlichkeit von Kommissaren und Rayonchefs besetzt gewesen sei. Die Rayons seien nach dem Weggang der Russen von Ukrainern besetzt worden. Als man die Verwaltung übernommen habe, seien diese Rayonschefs zum größten Teil oder insgesamt bestätigt worden oder hätten ihre Arbeit unter Führung der deutschen Militärbehörde verrichtet. Die Ukrainer hätten diese Aufgabe weniger fachlich als politisch erfüllt. Als der für den Verwaltungsaufbau Verantwortliche sei er sich sofort klar darüber gewesen, daß es gegolten habe, diese Rayons möglichst bald mit einem Schlage abzuschaffen. Dabei habe man Rückschläge in der Verwaltung in Kauf nehmen müssen. Das regionale Prinzip habe doch irgendwie in die Bevölkerung Eingang gefunden, insbesondere habe die Tätigkeit der ukrainischen Politiker bei der Bevölkerung einen Widerhall gehabt. Die Arbeit der deutschen Verwaltung sei daher durch die Rayons sehr erschwert worden. Deutsche dafür heranzuziehen, sei unmöglich gewesen, da die Rayons zwei oder drei Sammelgemeinden umfaßten, also bei

31.7.1942

weitem nicht einem Landkommissariat oder einer Kreishauptmannschaft vergleichbar waren. Man habe allerdings befürchtet, daß die Ukrainer, wenn sie blieben, sich zwischen die Bevölkerung und den Kreishauptmann als den Mann erster Instanz schieben, daß sie sich dann bei der Bevölkerung die Segnungen des deutschen Regimes zuschreiben, während alle unpopulären Maßnahmen auf die deutsche Verwaltung geschoben werden würden. Eine Anknüpfung an diese Rayoneinteilung sei nicht möglich gewesen, ebenso wenig eine solche an die polnische Gemeindeeinteilung, hätten doch die Polen die Gemeinden nach dem Prinzip zusammengestellt, daß der ukrainischen Mehrheit auf dem flachen Lande durch die Angliederung von Kreisstädten eine polnische Mehrheit entgegengesetzt worden sei.

In diesem Stadium habe man mit erschreckender Deutlichkeit erkannt, wie sehr es den Russen gelungen sei, den ganzen Stamm von Menschen, auf die man hätte zurückgreifen könne, zu beseitigen. Man habe außer politischen Eiferern und de n alten Beamten des österreichischen Regimes, auf die man alle Hoffnungen setzen mußte, kaum irgendwelche brauchbaren Leute gefunden. Deshalb seien gleich im Anfang Verwaltungskurse in Lemberg, Tarnopol und Stanislau eingerichtet worden, die sich hauptsächlich von seiten der Ukrainer eines starken Zuspruchs erfrauten. Die gemeindliche Selbstverwaltung habe so einen durchaus zufriedenstellenden Standpunkt erreicht. Auch sei die völlige Angleichung an die Rechtsverhältnisse des Generalgouvernements gelungen, da das Prinzip der Sammelgemeinden sich für die Autorität des Kreishauptmannes als desjenigen, der der Bevölkerung gegenüber als Repräsentant des Reiches auftrete, in der ganzen Vergangenheit des Generalgouvernements überaus bewährt habe.

31.7.1942

Die Nationalisierung aller Betriebe, der Hotels, der Restaurants, der Ladengeschäfte, des Handwerks und ihre Zusammenfassung in Basen und Trusts habe ein unüberschaubares Gewirr von Organisationen geschaffen, in die die Bevölkerung mit zynischer Brutalität hineingepreßt worden sei. Jeder, der geglaubt habe, seinen Betrieb in Selbstverantwortung weiterführen zu können, sei bald auf dem kalten Wege der Besteuerung eines besseren belehrt worden. Es seien ihm soviel Steuern aufgebürdet worden, daß er den Betrieb nicht habe weiterführen können. Die Verschickung nach Sibirien sei die Folge der Nichtzahlung der Steuern gewesen; das Vermögen des Betreffenden sei damit dem Staat verfallen.

Die wenigen deutschen Männer, die auf dem Gebiet der Wei Wirtschaft arbeiten, ständen vor Aufgaben von geradezu gigantischem Ausmaß. Bei allen Mühen und Sorgen, die die Beseitigung des Wirtschaftschaos mit sich bringe, sei es doch schon gelungen, im Distrikt Galizien eine gewisse Wirtschaftspolitik zu treiben. Man habe unwirtschaftliche Kleinstbetriebe stillgelegt, Zusammenschlüsse seien erfolgt, man habe die Umstellung von Fabrikationsprogrammen auf die kriegsbedingten Notwendigkeiten in Angriff genommen.

Auch auf dem Gebiet der Landwirtschaft sei eine Rationalisierung, wenn auch noch nicht so weitgehend wie auf dem Gebiet der Wirtschaft, im Entstehen. Unter dem Sowjetregime hätten die Bauern eine Landwirtschaftssteuer und daneben auch noch eine Kultursteuer zahlen müssen. Diese Kultursteuer sei lediglich nach politischen Gesichtspunkten gehandhabt worden, während die Landwirtschaftssteuer eine Mischung von Grundsteuer und Eigentumssteuer gewesen sei. Die Kultursteuer habe sich in Prozenten der Landwirtschaftssteuer ausgedrückt. Der Kulake, der mit seiner

31.7.1942

Leistung das Niveau überragte, sei von vornherein mit 100 % Kultursteuer belegt worden, sodaß sein Besitz bald in die Hände der Sowjets kam, während der Kolchos-Bauer nur 10 % dieser Steuer zu bezahlen brauchte.

Die Russen hätten dem Distrikt Galizien ein Kontingent von 360 000 t auferlegt. Es wäre aber jedenfalls den Russen nicht gelungen, die Erfüllung dieses Kontingents zu erreichen, denn sie hätten schon im ersten Jahr Getreide aus der Ukraine eingeführt. Von diesem russischen Kontingent habe man unter der deutschen Verwaltung 40 % aufbringen können. Damit habe der galizische Bauer die in ihn gesetzten Erwartungen nicht enttäuscht, müsse man doch die sehr schlechte Ernte und auch die Kriegsverhältnisse berücksichtigen, wozu noch die Überschwemmungskatastrophe im südlichen Teil des Landes gekommen sei. Das jetzt dem Distrikt Galizien auferlegte Kontingent liege unter dem, was die Russen seinerzeit dem Lande auferlegt hatten, wobei allerdings zu berücksichtigen sei, daß der Distrikt Galizien mit dem früheren Gebiet nicht gleichbedeutend sei. Man hoffe, daß das geforderte Kontingent voll und ganz abzuliefern, ohne daß die Durchführung des Ernteausnahmezustandes aktuell zu werden brauche. Allerdings werden die ganze Härte der Ernteausnahmebestimmungen gegen diejenigen angewendet werden, die ihrer Ablieferungspflicht nicht genügten.

Daß die Bevölkerung des Distrikts Galizien im großen und ganzen mit der Verwaltungsleistung und Verwaltungsführung zufrieden sei, zeige sich besonders in der sehr hohen Zahl der Vermittlungen von Arbeitskräften ins Reich. In nur viereinhalb monatiger Wer-

bung sei es gelungen, dem Reich 150 000 Arbeiter zur Verfügung zu stellen. Gauleiter Sauckel habe das Ersuchen gestellt, im Wege einer weiteren Aktion noch 100 000 Arbeitskräfte dem Reich zur Verfügung zu stellen.

Der Herr Generalgouverneur weist mit Nachdruck darauf hin, daß eine solche Weisung nur über die Hauptabteilung Arbeit von der Distriktsverwaltung entgegengenommen werden könne. Das Generalgouvernement unterstehe keiner Reichsbehörde, von der es irgendwelche Weisungen entgegenzunehmen habe. Auch wäre es zweckmäßig gewesen, wenn der Regierung des Generalgouvernements über diesen Fall Bericht erstattet worden wäre.

Amtschef Losacker führt weiter aus, daß man bis jetzt von den verlangten 100 000 Mann weitere 75 000 Arbeitskräfte habe erfassen können. Auch der Rest von 25 000 Arbeitern werde bis zum 10.August ins Reich transportiert werden können. Damit seien 6 % sämtlicher arbeitsfähigen Menschen des Distrikts Galizien erfaßt.

Ein erfreuliches Ergebnis habe auch der Arbeitseinsatz beim Baudienst gehabt. Im Distrikt Galizien arbeiteten 10 000 Baudienstmänner, sie seien für die Ostbahn, für die Wehrmacht und sonstige wichtigen Betriebe eingesetzt. Ihre Aufgabe sei Ausbau und Neubau von Bahnhöfen, Kabelverlegung, Brückenbau, Tunnelbau, Herstellung von Dämmen und Vorflutern, Schlagen von Bauholz usw.. Das Niveau der Arbeitsleistung sei zufriedenstellend. Allerdings zeige sich auch hier wieder großer Unterschied zwischen Stadt- und Landbevölkerung. Der Stadtbevölkerung gegenüber sei es immer viel schwieriger sich durchzusetzen als gegenüber der politisch nicht so versuchten Landbevölkerung.

31.7.1942

Auch auf dem Gebiete des Straßenbaues sei angesichts des katastrophalen Zustandes der Straßen ein umfangreicher Arbeitseinsatz erfolgt. In Ergänzung der Arbeit der Abteilung Bauwesen sei die Bevölkerung aufgerufen worden, die Straßen in Ordnung zu bringen. Den Kreishauptmännern seien in dieser Beziehung ausführliche Weisungen erteilt worden, die auch technische Einzelheiten hinsichtlich des Einsatzes des Baudienstes enthielten. Die errichteten Straßen hätten natürlich fachmännischen Gesichtspunkten nicht standhalten können, hätten aber für die nächsten Monate den Ansprüchen des Distrikts genügt. Verschiedene Gebietsteile seien durch diesen Straßenbau überhaupt erst dem Verkehr erschlossen worden.

Im übrigen habe der Straßenbau auch im Distrikt Galizien stark eingesetzt. Zunächst habe es gegolten, die wichtige Straße Lemberg-Brody in Richtung Kiew, dann die Straße Lemberg-Tarnopol und die Verbindungsstraße Rawaruska-Lemberg instand zu setzen. Leider habe der frühe Beginn des Winters große Rückschläge gebracht. Beim Straßenbau habe sich dann auch der große Mangel an Steinmaterial sehr störend bemerkbar gemacht. Brauchbares Steinmaterial gebe es eigentlich nur in den Karpaten, und daher hätten die Steine von weit her herangebracht werden müssen. Von den 250 ooo cbm Steinmaterials hätten nur 10 % mit Waggons befördert werden können. Man sei daher überwiegend auf den Transport mit Panjewagen angewiesen gewesen.

Die Verkehrsverhältnisse seien im übrigen auch durch die Zerstörung der Brücken in einer Gesamtlänge von 7 ooo m gekennzeichnet. Was durch Kriegshandlungen nicht zerstört war, sei der Überschwemmungskatastrophe im Herbst vorigen Jahres zum Opfer gefallen. Bis Ende Mai seien 4 ooo m Brücken wiederhergestellt worden, und

31.7.1942

in der Zwischenzeit hätten weitere 1 000 m Brückenbau insbesondere durch Einsatz des Baudienstes vollendet werden können. Bis Ende des Jahres würden alle Brükken im Distrikt Galizien, auch die noch fehlenden Eisenbahnbrücken, wieder fahrbar sein.

Straßenbau und Brückenbau seien angesichts der überaus ungünstigen Eisenbahnverhältnisse von großer Wichtigkeit. Das Eisenbahnnetz sei an sich schon außerordentlich dünn, dazu kämen die Zerstörungen und der Umstand, daß es von einem ganz gewaltigen Truppennachschub fast ausschließlich beansprucht werde.

Die Ungunst der Eisenbahnverhältnisse wirke sich bei der Kohlenversorgung ganz erschreckend aus. Abgesehen von der Unmöglichkeit, die Amträume zu heizen, was im vergangenen Winter unter der Gefolgschaft infolge chronischer Erkältungskrankheiten große Ausfälle gebracht habe, habe man die Elektrizitäts- und Gaswerke nur mit größter Mühe durchhalten können. Man habe deshalb den Straßenbahnverkehr in Lemberg für einige Zeit stillgelegt, Theater und Kinos seien geschlossen worden, auch Operationssäle in Krankenhäusern, soweit sie nicht Wehrmachtszwecken dienten, seien unbeheizt geblieben. Im Monat März habe man statt 16 000 t nur 837 t Kohle bekommen. Inzwischen sei auf Grund einer Besprechung, die am 29. Juli unter Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Boepple stattgefunden habe, eine Besserung eingetreten. Der Distrikt Galizien solle nunmehr für die landwirtschaftliche Versorgung wöchentlich 2 400 t Kohle = 3 Kohlenzüge erhalten, und zwar ausschließlich für Druschzwekke. Diese Züge rollten zur Zeit. Außerdem seien zwei Kohlenzüge wöchentlich mit 1 600 t zugesagt, die für die übrigen Versorgungsbetriebe und die Wirtschaft laufen sollten.

31.7.1942

Die Erhebungen hätten ergeben, daß die Gas- und Elektrizitätswerke über irgendwelche Vorräte für den Winter nicht verfügten. Eine kleine Entlastung könne nur durch die Auswertung der hiesigen Verhältnismäßig geringen Kohlenverkommen gebracht werden. Außerdem könne in der Umgebung von Lemberg und Stanislau Torf gestochen werden. Die Arbeiten seien mit aller Energie in Angriff genommen, und die Arbeitergestellung für diese Betriebe werde mit großer Härte durchgeführt. Neben Insassen von Zwangsarbeitslagern und Juden müsse auch die Bevölkerung der umliegenden Ortschaften dort arbeiten. Die Kohlenvorkommen in der Gegend von Rawaruska und Kolomea könnten nur eine kleine Entlastung bringen. Im Bezug auf die Kohlenversorgung sei man auf die Eisenbahn angewiesen. Im übrigen sei man jedoch bestrebt gewesen, die Transportverhältnisse gründlich zu ändern. Man habe sich angesichts der ungünstigen Lage der Ostbahn hauptsächlich auf Lastwagenverkehr umstellen müssen. Man habe ein einziges Unternehmen für den Verkehr eingesetzt, und dieses Unternehmen sei in der ersten Zeit zu einem Begriff geworden. Die galizischen Verkehrsbetriebe unterhielten sieben Verkehrslinien, daneben auch einen Verkehrsdienst mit Warschau und Krakau. Es sei dem Unternehmen gelungen, in der kurzen Zeit 7 4oo t über 2oo ooo km zu befördern. Das ungünstige Verhältnis zwischen Werksfahrzeugen und Fahrzeugen, die den Verkehrsbetrieben zur Verfügung ständen, habe die Distriktsverwaltung gezwungen, eine Regelung einzuführen, nach welcher für jeden Transport von Gütern eine Genehmigung der zuständigen Stelle bei den Kreishauptmannschaften erforderlich sei. Dadurch werde es ermöglicht, Werksfahrzeuge aus dem Werke zu ziehen und für den Gütertransport im öffentlichen Interesse zu beordern und außerdem die Transporte zusammen-

31.7.1942

zulegen. Jeder, der über Lageraum verfüge, sei angewiesen, ihn anzubieten, und demgemäß werde über sein Fahrzeug verfügt. Für Fernfahrten seien wieder besondere Genehmigungen erforderlich. Gerade der Ausbau des Verkehrswesens sei von größter Bedeutung.

Die Rolle, die gerade die schnelle Vermittlung der Güter von dem Platz, an dem sie liegen, zu dem Platz, an dem sie benötigt werden, spielt, dürfe bei der Entwicklung der Preise nicht übersehen werden. Die hohen Schleichhandelspreise seien durch die Tatsache hervorgerufen, daß man eigentlich wirklich alles aus dem Lande herausgeholt habe. Die bei den einzelnen Ortschaften durchgeführten Polizeikontrollen hätten erwiesen, daß Vorräte nicht mehr vorhanden seien. Man habe zur Bekämpfung des Schleichhandels und aus anderen Gründen mit der Konzentrierung der Juden in den Kreisstädten begonnen. An diese Konzentrierung schließe sich dann die Umsiedlung der Juden an. Dieser Umstand wirke auch stark entspannend auf die gesamte Preisentwicklung. Darüber hinaus müßten aber das Verteilungssystem und der Verteilungsapparat vervollkommnet werden. Gegen den verbleibenden Rest des Schleichhändlertums werde man mit den drakonischsten Mitteln vorgehen müssen.

Alle diese Arbeiten seien mit einem zahlenmäßig ganz geringen Personal bewältigt worden. An diesem Zustand werde sich auch in Zukunft nicht viel ändern. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, zu dezentralisieren. Die Kreishauptmänner und Landkommissare könnten ohne weiteres eine große Verantwortung übertragen erhalten. Je mehr man die Verantwortung von oben nach unten verlagere, desto besser komme man vorwärts, und desto besser werde das Verwaltungsergebnis sein.

31.7.1942

Sehr große Schwierigkeiten habe man im Anfang mit dem Personal gehabt. Die Rückschläge, die in dem ersten Aufbaujahr eingetreten seien, seien insgesamt auf das Verhalten der Leute zurückzuführen, die als untüchtig oder mißliebig gegolten hätten. Jetzt zeige sich aber doch, daß sich aus der Reihe der von Anfang an im Generalgouvernement tätigen Männer eine ganze Anzahl herausschäle, die im besten Sinne des Wortes Ostpioniere seien . Mit diesen Männern könne man die großen Aufgaben des Generalgouvernements erfüllen. Bezirkslandwirte, Männer des Zollgrenzschutzes,der Ostbahn, der Deutschen Post Osten täten unverdrossen und still ihre Pflicht. Es sei ein großes Erlebnis für diese Männer gewesen, daß der Herr Generalgouverneur ihnen heute die Hand drücken und das Kriegsverdienstkreuz überreichen konnte. Auch im kommenden Jahre würden die Männer des Distrikts mit voller Zuversicht und Schaffenskraft die Probleme meistern, die dem Distrikt Galizien gestellt würden.

Der Leiter der Abteilung Innere Verwaltung Rechtsanwalt Dr. Bauer gibt einen Überblick über die Verwaltungsorganisation im Distrikt Galizien. Die territoriale Gliederung der Kreishauptmannschaften als der unteren Verwaltungsbehörde des Distrikts habe unter verschiedenen Vorzeichen gestanden: die räumlich und sachlich überdimensionalen Aufgaben hätten zu einem äußerst sparsamen Einsatz der fachlich berufenen Menschen gezwungen, ferner zu der Notwendigkeit, die nichtdeutsche Bevölkerung weitgehend zur Mitarbeit beim Aufbau der Verwaltung des Distrikts heranzuziehen. Die schlechten Erfahrungen, die man mit dem Einsatz reichsdeutschen Personals aus den anderen Distrikten gemacht habe, hätten ebenfalls dazu genötigt, Nichtdeutsche in starkem Maße

31.7.1942

heranzuziehen, vor allem auch aus der politischen Notwendigkeit heraus, sie in der Selbstverwaltung zu verwenden. In Verwaltungskursen seien 811 Absolventen ausgebildet worden, die im wesentlichen dazu ausreichten, um so wohl für die Hoheitsverwaltung wie für die Selbstverwaltung genügendes Personal zur Verfügung zu stellen.

Die Erfahrung zeige, daß die Wahrung des deutschen Ansehens und die Erfüllung der Aufgaben der Verwaltung vor allem eine Frage der Auswahl bei der Spitzenbesetzung sei. Darunter verstehe er die Spitzenstellungen in der Distriktsverwaltung selbst bis herunter zu den Kreishauptmannschaften und Landkommissariaten.

Der Distrikt Galizien sei in 13 Kreishauptmannschaften eingeteilt und habe eine einzige Stadthauptmannschaft. Die Erfahrung habe gelehrt, daß die Errichtung einer Stadthauptmannschaft untunlich sei. Die vorhandenen Schwierigkeiten hätten es verboten, an die intensive Verwaltung der polnischen Zeit oder die noch intensivere Verwaltung der österreichischen Zeit anzuknüpfen. Die Gliederung der Kreishauptmannschaften mit durchschnittlich etwa 350 ooo Einwohnern weiche stark von derjenigen des alten Generalgouvernements ab. Die Unmöglichkeit, in den letzten Ort, das letzte Dorf des Kreises zu gelangen, habe zur Anknüpfung an die bewährte Einrichtung der Landkommissariate geführt. Man habe sich aber dabei von vornherein vor Augen gehalten, daß die allmähliche Loslösung des Landkommissariats durch das Anstreben einer vierten Verwaltungsinstanz unter allen Umständen vermieden werden müssen. Deshalb sei in der Dienstanweisung vorgesehen worden, daß der Landkommissar nur mit seinen wesentlichen Aufgaben und mit dem Recht

31.7.1942

der Weisung an die ihm unterstellten Organe der Kommunal- und Staatsverwaltung zu fungieren habe. Um dem Versuch einer gewissen Verlagerung entgegenzutreten, habe man von vornherein die Besetzung der Landkommissariate auf nicht mehr als 3 Reichs- und 3 Volksdeutsche beschränkt. Bei 13 Kreishauptmannschaften beständen 24 Landkommissariate und 27 Stadtkommissariate. Zur Zeit seien die Landkommissariate mit nicht mehr als 2 Reichsdeutschen besetzt. Das sei zum Teil auf die Personalnot zurückzuführen. Diesem Mangel versuche man durch Heranziehung von fachlich qualifiziertem nichtdeutschen Personal zu steuern. Im Herbste dieses Jahres werde in der Verwaltuhgsschule ein Wiederholungskursus stattfinden, mit dem Ziele, die fähigsten und der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtigen Ukrainer und Polen in die Hoheitsverwaltung zu überführen.

Auf die Auswahl der Landkommissare habe man ganz besonderen Wert gelegt. Das sei auch haushaltsrechtlich sehr wichtig, da die Stellung der Land- und Stadtkommissare als Endstellung der mittleren Bürolaufbahn und Eingangsstellung des höheren Dienstes betrachtet werde. In Zukunft solle im Distrikt Galizien niemand Kreishauptmann werden, der nicht ein Landkommissariat und möglichst auch ein Stadtkommissariat geleitet habe. Es werde nicht zugelassen, daß ein Kreishauptmann sein Gebiet in Landkommissariate aufteile und sich so praktisch zur Stellung des Regierungspräsidenten entwickle. Er solle vielmehr seinen ausgedehnten Landkreis, der normaler Weise aus drei bis vier polnischen Starosteien bestehe, unmittelbar betreuen. Es solle auch durch Einführung von Dienstreisetagebüchern dem Kreishauptmann Gelegenheit gegeben werden, über das Ergebnis der Bereisung

seines Gebietes Rechenschaft abzulegen. Wie das Beispiel von Lemberg-Gródec, Lemberg-Land und Horodenka zeige, könne durch Zusammenlegung Personal erspart werden. Angesichts der Dreistufigkeit der Verwaltung hätten alle Verwaltungsbehörden ein Mindestmaß an täglicher Verwaltungsarbeit. Das führe zu einer Mindestbesetzung, die vielleicht bei einer kleineren Kreishauptmannschaft nicht voll in Anspruch genommen sein könne, die aber angesichts des möglichen Anfalls größerer Arbeit bestehen müsse. Bei der Zusammenlegung von Lemberg-Grodec und Lemberg-Land habe man eine Vermehrung des Personalbestandes der übernehmenden Kreishauptmannschaft von einem Drittel in Kauf nehmen müssen. Zwei Drittel der Gefolgschaft von Lemberg-Grodec habe man auf die übrigen Kreishauptmannschaften verteilen können.

Im Zeichen der Einheit der Verwaltung sollte man versuchen, die räumlichen Bereiche der Fachverwaltungen mit denen der allgemeinen Staatsverwaltung zusammenfallen zu lassen. Das möge angesichts der Personalnöte, in denen die Finanzverwaltung, die Arbeitsverwaltung, die Postverwaltung und andere steckten, sehr schwierig sein, vielleicht auch deshalb, weil die Aufgabenbereiche und Zuständigkeiten infolge der Darunterlagerung einer nichtdeutschen Verwaltung anders lägen. Als Ideal aber müsse es angesehen werden, die räumlichen Bereiche aller Verwaltungen zusammenfallen zu lassen, da es sonst Friktionen gebe.

Die territoriale Gliederung der Hoheitsverwaltung könne insofern noch nicht als beendet angesehen werden, weil die Durchführung des Erlasses vom 3.Okt.1941 immer noch ausstehe. In diesem Erlaß sei die Rückgabe der durch den deutsch-sowjetischen Interessenvertrag abgetrennten ehemaligen Gebiete Ostgaliziens

31.7.1942

RawaRuska, Sokal an den Distrikt Lublin vorgesehen gewesen. In diesem Zusammenhang weise er auf die ganz unmögliche rein politische Grenzziehung an der grünen Grenze zwischen San und Bug hin. Der Bahnhof von Sokal liege im Gebiet des Distrikts Lublin. Ähnliche Erscheinungen habe man auch andererwärts. Die einfachste und schnellste Lösung sei die, daß einer der maßgebenden Beamten der Regierung mit einem Beauftragten der Distriktsverwaltung eine Besichtigung dieses Gebietes vornehme. Ein völkisch geschlossenes Gebiet werde durch diese Teilung auch in seiner Reicht Rechtseinheit zerrissen, weil im Distrikt Lublin im allgemeinen noch russisches Recht herrsche, während auf der Seite des Distrikts Galizien österreichisches Recht gelte. Die Abteilung Justiz habe bereits einen Vorstoß gemacht, bisher leider ohne Erfolg.

Die quantitative und qualitative Besetzung des Distrikts Galizien fordere dazu heraus, Erfahrungen der Reichsbehörden, insbesondere des Reichsministeriums des Inneren für eine klare organisatorische Gliederung der inneren Verwaltungsbehörden und weiter für eine Einheitlichkeit nicht nur im Behördenaufbau, sondern auch in derGeschäftsverteilung, Geschäftsbehandlung, Aktenordnung und aller Vorgänge, die tagtäglich im Bereich der Verwaltung anliefen, zunutze zu machen. Deshalb sei eine Geschäftsordnung erlassen worden, die für Distrikt und Kreishauptmannschaften gleichermaßen gelten

Im Distrikt Galizien beginne die Selbstverwaltung bei den Kreishauptmannschaften in Form der Gemeindeverbände, die nach der Vorschrift über die Bildung dieser Verbände mit den Kreishauptmannschaften zusammenfielen. Auch hier habe man auf dem Personalsektor große Schwierigkeiten gehabt. Wenn auch die Gemeinde-

verbandsarbeit im wesentlichen von nichtdeutschem Personal verrichtet werde, so gibt es doch gleichwohl nur eine absolut deutsche Selbstverwaltung. Da sich der Begriff der Selbstverwaltung nach heimatlichen juristischen Anschauungen dem einer parlamentarischen Organisation nähere, könne man hier eigentlich nur von sogenannter Selbstverwaltung sprechen. Der Begriff der Selbstverwaltung im engeren Sinne sei nicht mehr angebracht.

Trotz der schwierigen Verhältnisse seien die Gemeindeverbände heute im wesentlichen aufgebaut. Allerdings fehle zu ihrem Aufbau noch die Rückgabe des Vermögens der in den Kreishauptmannschaften aufgegangenen ehemals polnischen Starosteien. Es werde nicht zweckmäßig sein, von den Gemeinden nun ins Einzelne gehende Verzeichnisse und Nachweisungen zu fordern, sondern man könnte sie ermächtigen, über die Kreishauptmannschaften das am 1.September 1939 in ihrem Besitz befindliche Vermögen wieder an sich zu nehmen. Zu einer Verfügung darüber müßte allerdings die Bestätigung der Distriktsverwaltung eingeholt werden.

Von größter Wichtigkeit sei das Aufgabengebiet des Straßenbaues. Hier stehe die Distriktsverwaltung im Gegensatz zur Hauptabteilung Bauwesen, die ihre Selbständigkeit mit einem Nachdruck verfechte, der einer besseren Sache würdig wäre. Die Frostausbrüche dieses Frühjahres und die Hochwasserkatastrophe des vergangenen Jahres hätten die Nachteile der unterlassenen Eingliederung der Bauabteilung in der Kreisstufe schlagend erwiesen. Ohne den Einsatz des Baudienstes, der Insassen der Zwangsarbeitslager und des von den Kreishauptmännern eingerichteten Katastrophendienstes wären die Ausfallstraßen wochenlang blockiert

gewesen. Von der Hauptabteilung Innere Verwaltung habe man nun die Genehmigung erhalten, im Bereich der Gemeindeverbände Kreisbauämter einzurichten, denen die zusätzliche Aufgabe der Betreuung der Gemeindestraßen gestellt werde, die für die Erfassung der Ernten nicht minder wichtig seien als manche Distrikts und Kreisstraßen. Darüber hinaus habe man sich auch jener Kreisstraßen angenommen, die nicht in das Strassenbauprogramm der Abteilung Bauwesen aufgenommen seien. Es sei untragbar, daß man zwar den Gemeindeverbänden die Pflicht zur Zahlung der Straßenbaukosten auferlege, aber eine ausschlaggebende Bestimmung über das Bauprogramm im Bereich des Kreises versage. Gewiß handle sich hier um eine Frage übergeordneter Bedeutung, denn der Ausbau der Distriktsstraßen und vielleicht auch einiger Kreisstraßen müsse zentral gelenkt werden, - dem stehe aber eine klare Eingliederung des Straßenbaudienstes in der Kreisstufe in keiner Weise entgegen.

Bei der Bildung der Land- oder Sammelgemeinden als der untersten Organe der sogenannten Selbstverwaltung habe man ebenfalls abweichend von den Erfahrungen der übrigen Distrikte auch angesichts der Persönalschwierigkeiten zu anderen Lösungen gegriffen. Man hätte es mit Rücksicht auf das räumliche Ausmaß und der Einwohnerzahl begrüßt, wenn man es bei der ursprünglichen Bezeichnung "Sammelgemeinde" belassen hätte, weil in den Sammelgemeinden auch Städte oder Städtchen im Sinne des polnischen Gesetzes über die territoriale Selbstverwaltung enthalten sei. Man habe diese großen räumlichen Gebilde aus den verschiedensten Gründen gewählt, so vor allem wegen der Personalschwierigkeiten, weil gewisse Gemeinden in der Lage

sein müßten, neben ihrem eigentlichen Aufgabenbereich noch andere Aufgaben zu übernehmen. Um eine engere Bindung der Sammelgemeinden an die Kreishauptmannschaften und überhaupt an die Staatsverwaltung herbeizuführen, habe man festgelegt, daß der Vogt nicht etwa aus dem Bereich der Dörfer, die heute in einer Gemeinde vereinigt seien, gewählt, sondern als hauptamtlicher Vogt vom Kreishauptmann ernannt werde.

Bei der Bildung der Sammelgemeinden hätten auch politische Momente berücksichtigt werden müssen. Aus der Unzahl von Städten, Städtchen und bisherigen Sammelgemeinden habe man nunmehr 337 Sammelgemeinden gebildet und 45 Städte als Selbstverwaltungskörper belassen. Den in die Sammelgemeinden aufgenommenen Städte und Städtchen habe man ihre Selbständigkeit nicht genommen, und zwar aus dem Grunde, um ihnen die besonderen Steuervergünstigungen im Rahmen dieser Sammelgemeindeverwaltung zu erhalten. Man habe ein instrumentum sui generis geschaffen.

Zur Sicherung einer einheitlichen Verwaltung im Bereich der Selbstverwaltung auf der Ebene der Land- und Sammelgemeinden habe man eine Verwaltungs- und Dienstordnung vorbereitet, die der Hauptabteilung Innere Verwaltung vorliege und eigentlich in ihrem ersten Teil eine Landgemeindeordnung sei. Diese Verwaltungs- und Dienstordnung enthalte in ihrem zweiten Teil eine Geschäftsordnung, die den klaren Ablauf der Verwaltungsarbeit sichern solle, außerdem die politische Kontrolle der Vögte in der Landgemeindeverwaltung, daneben aber auch eine einheitliche Verwaltungsführung zu gewährleisten habe.

Am 8.August begännen die ersten dreiwöchigen Krse für Gemeinderevisoren, in denen 61 durchweg juristisch vorgebildete nichtdeutsche Beamte und Angestellte der Landgemeindeverwaltung geschult würden.

31.7.1942

Man wolle zunächst im Referat "Gemeindefinanzen" des Distrikts eine Revisionsabteilung aufziehen, aus der dann, sobald Erfahrungen vorlägen, die Kreishauptmannschaften mit einem oder zwei Revisoren besetzt werden sollten. Mit den Revisionen sei sehr bald begonnen worden, weil jede Prüfung Mängel enthüllt, die sich sonst leicht weiterfortsetzten. Nach dem Ergebnis dieser Prüfung werde eine Dienstanweisung für die Gemeinderevisoren ergehen. Man denke dabei nicht nur an die Sicherung der einheitlichen Verwaltungsführung, sondern auch an die politisch doch immerhin in Betracht zu ziehende Notwendigkeit der dauernden Überwachung einer Gemeindeverwaltung, die im wesentlichen mit Nichtdeutschen besetzt sei. Bei Erlaß der neuen Landgemeindeordnung müsse auch daran gedacht werden, die Sammelgemeindeverwaltung bzw. die Vögte zur Ortspolizeibehörde zu machen.

Zu Gunsten der im Distrikt Galizien beschäftigten Beamten habe man schon seit Monaten darum gebeten, daß im Hinblick auf die Einführung des Stellenplans in den alten Distrikten des Generalgouvernements dem Distrikt Galizien eine Planstellenreserve zur Verfügung gestellt würde. Die Beamten, die im den Distrikt Galizien gekommen seien, seien infolge der bisherigen Regelung schlechter gestellt als die Beamten in den alten Distrikten.

Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert kann sich in den wesentlichen Punkten der Auffassung des Vorredners anschließen. Die Hauptabteilung Innere Verwaltung in der Regierung des Generalgouvernements arbeite mit der Abteilung Innere Verwaltung des Distrikts Galizien aufs beste zusammen. Die Hauptabteilung habe aus der Distriktsabteilung eine ganze Reihe von Anregungen erhalten, die man vielleicht so-

31.7.1942

gar für das ganze Generalgouvernement als vorbildlich erklären könne. Selbstverständlich habe man von der Hauptabteilung aus dem Distrikt namentlich hinsichtlich des Aufbaues und der Struktur möglichst freie Hand gelassen, was angesichts der Verhältnisse im Distrikt Galizien durchaus gerechtfertigt sei. Man sei dazu um so eher in der Lage gewesen, als man wisse, daß die Abteilung Innere Verwaltung des Distrikts Galizien in guten Händen liege.

Von ganz besonderem Interesse sei der im Distrikt gemachte Versuch, die fremdvölkische Bevölkerung möglichst stark in den deutschen Verwaltungsapparat einzuspannen. Angesichts der Personallage im Reich könne man auf die Dauer unmöglich um dieses Problem herumkommen. Die Erfahrung, die man gerade im Distrikt Galizien mit einem großen Teil dieser Kräfte aus fremdvölkischen Kreisen gemacht habe, seien nur als günstig zu bezeichnen. Auf diese Weise sei es gelungen, die Abgabe eines großen Teils weiterer Beamter aus dem Reich oder dem Generalgouvernement zu verhindern. Wenn Deutschland ein Weltreich werden solle, dann müsse man versuchen, mit den besten, andererseits aber auch mit möglichst wenigen Kräften auszukommen, im übrigen sich jene Elemente dienstbar zu machen, die, wenn auch fremdvölkischer Zugehörigkeit, guten Willens seien.

Was die Grenzbereinigung zwischen San und Bug angehe, so sei auch der Regierung bekannt, daß hier eine Lösung gefunden werden müsse. Die Regierung habe sich jedoch auf den Standpunkt gestellt, daß während des Krieges eine gewisse Stetigkeit herrschen solle. Staatssekretär Dr. Bühler habe auf verschiedene Anträge von Gouverneuren, die sich auf Grenzbereinigungen oder -umschichtungen bezogen hätten, seinerzeit einen Erlaß unterzeichnet, nach welchem bis auf weiteres diese Bereinigungen unterbleiben sollten. Wenn aber der Herr Generalgouverneur die Durchführung einer Grenz-

bereinigung für notwendig halten solle, dann würde zweifellos keine Schwierigkeit bestehen, den Wünschen eines Distrikts zu entsprechen.

Die für die Rückgabe des Vermögens an die Gemeinden notwendigen Anordnungen und Verordnungen seien in Vorbereitung. Selbstverständlich müßten die Gemeinden wieder in ihre alten Rechte eingesetzt werden, da sich eine Gemeindeverwaltung nur durchführen lasse, wenn der Gemeinde das erforderliche Vermögen zur Verfügung stehe.

Die Verhältnisse auf dem Gebietes des Straßenbaues seien allgemein bekannt. Die Hauptabteilung Straßenbau habe bisher aus gewissen Gründen die ihr hinsichtlich der Kreisstraßen und der Gemeindestraßen obliegenden Aufgaben nicht erfüllt. Nachdem die Hauptabteilung Bauwesen es bis auf weiteres ablehne, sich eingliedern bzw. angliedern zu lassen, bleibe nichts anderes übrig, als den Gemeinden, Gemeindeverbänden und Kreishauptmannschaften eine gewisse Selbsthilfe zu überlassen. Es sei sehr erfreulich, daß gerade im Distrikt Galizien die Kreishauptmänner eigene Kreisbauämter errichteten und es auf diese Weise möglich sei, die absolut notwendigen Straßenausbesserungen durchzuführen.

Die Frage, ob eine Gemeinde Sammel- oder Landgemeinde heißen solle, halte er nicht für so bedeutungsvoll, als daß man nicht in Erwägungen eintreten könnte, ob man nicht den geäußerten Wünschen Folge leiste. Maßgebend sei wohl der Gesichtspunkt gewesen, daß es im Generalgouvernement nicht nur Sammelgemeinden, sondern auch Landgemeinden gegeben habe. Er werde die Frage nochmals untersuchen.

31.7.1942

Angesichts der Lage der Sammelgemeinden werde man dahinkommen müssen, künftighin den hauptamtlichen Bürgermeister und Vogt einzuführen. Neben dem hauptamtlichen Vogt werde noch der eine oder andere Beamte stehen müssen, wenn man bedenke, daß manche Gemeinden 20- bis 25 ooo Einwohner hätten.

Die Frage der Planstellenreserve werde man auch wohlwollend behandeln können. Für das Jahr 1942 werde eine Erfüllung dieses Wunsches allerdings nicht mehr möglich sein, da die Stellenplanverhandlungen abgeschlossen seien. Im übrigen seien die Wünsche des Distrikts Galizien für den Stellenplan erfüllt, es habe fast gar keine Schwierigkeiten gegeben. Er habe das Bestreben, die Einweisung in den Stellenplan möglichst bald erfolgen zu lassen. Man werde bereits in den nächsten Tagen in die Beratung des Stellenplans für 1943/44 eintreten müssen. Dazu sei es notwendig, daß in Berlin möglichst viele besetzte Stellen nachgewiesen würden; denn je mehr man besetzte Stellen nachweisen könne, desto leichter seien die Verhandlungen in Berlin.

Was die Frage der Verwaltungsvereinfachung angehe, so sei es erfreulich, zu hören, daß die Kreishauptmänner trotz der geringen Zahl der deutschen Angestellten und Beamten in der Lage seien, die Aufgaben zu erfüllen, die man ihnen gestellt habe. Die Wünsche, die von den einzelnen Distrikten laut geworden seien, würden in einem demnächst ergehenden Erlaß erfüllt werden. Man werden den Kreishauptmännern eine ganze Reihe von Zuständigkeiten geben können, andererseits au von der Regierung Zuständigkeiten auf die Distrikte verlagern.

31.7.1942

Abteilungsleiter Rechtsanwalt Dr. Bauer hält eine Neuordnung der Uniformfrage für dringend geboten. Besonders den Beamten des Außendienstes sei schon vor vielen Monaten eine Regelung dieser Frage zugesagt worden. Für das deutsche Ansehen sei diese Frage von großer Bedeutung. Was bei der Ausrüstung des Baudienstes geschehen sei, müßte auch für den Bereich der übrigen Beamtenschaft möglich sein. Verschiedene Beamte hätten sich schon den erforderlichen Stoff beschafft, es werde ihnen aber keine Erlaubnis zum Uniformtragen gegeben.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß das Tragen der feldgrauen Uniform unter keinen Umständen gestattet werden könne. Er müsse darauf bestehen, daß die in dieser Beziehung mit dem Reich getroffenen Abmachungen unbedingt eingehalten würden.

Abteilungsleiter Rechtsanwalt Dr. Bauer bemerkt, daß die Einführung der feldgrauen Uniform nicht zur Diskussion stehe. Andererseits sei die blaue Uniform besonders für die Beamten des Außendienste völlig unzweckmäßig.

Leiter der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft Dr. Gareis gibt einen eingehenden Bericht über die landwirtschaftlichen Verhältnisse im Distrikt Galizien. Wenn das Erfassungsergebnis im Distrikt Galizien im vorigen Jahr im allgemeinen unbefriedigend gewesen sei, so sei dies auf die Schwierigkeiten zurückzuführen, mit denen man zu kämpfen gehabt habe. Die Ernte des vorigen Jahres habe kaum 50 % einer normalen Ernte betragen. Die Transportschwierigkeiten auf der

Eisenbahn hätten dazu geführt, daß auf den Bahnhöfen 20 000 t Kartoffeln verdorben seien. Sehr günstig habe die schon im Juli vorigen Jahres ergangene Anweisung gewirkt, nach welcher die Bauern das, was sie früher an Eigentum besessen hätten, zur Herbstbestellung wieder erhalten würden.

Dr. Gareis gibt dann in eingehenden Ausführungen ein anschauliches Bild von den Ergebnissen der Arbeit, die von der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft des Distrikts Galizien im abgelaufenen Jahre geleistet worden ist.

Hauptabteilungspräsident Naumann gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Kontingente insbesondere beim Getreide wahrscheinlich 100 %ig hereinkommen würden. Er müsse aber darauf hinweisen, daß die Hauptabteilung im Distrikt Galizien für dieses Jahr noch einmal ein Aufbaujahr gewährt und das Kontingent noch nicht in voller Höhe umgelegt habe. Man habe jetzt schon für zwei Jahre, also auch für die Ernte 1943 die Kontingente herausgegeben, damit beim Anbau im Herbst darauf Rücksicht genommen und die Flächen für den Brotgetreideanbau umgelegt werden könnten, deren es bedürfe, um eine ausreichende Versorgung des Generalgouvernements zu gewährleisten. Im nächsten Jahre werde dieses Kontingent noch um einige 10 000 t erhöht werden müssen.

Was die Angleichung der Rationssätze des Distrikts Galizien an diejenigen des Generalgouvernements angehe, so sei es im Interesse der Leistung, die das Generalgouvernement zu erbringen habe, notwendig gewesen, einheitliche Rationssätze für die nichtdeutschen Normalverbraucher ab 1. August einzuführen. Dadurch werde eine etwas bessere Versorgung der A- und

B-Karten-Inhaber im Laufe dieses Wirtschaftsjahres ermöglicht.

Der Frage der Treibstoffversorgung für die Herbstbestellung habe man schon seit Mai dieses Jahres große Aufmerksamkeit zugewendet. Die Hauptabteilung Wirtschaft habe sich größte Mühe gegeben, 12 ooo t Treibstoff zu bekommen. Leider hätten angesichts der Kriegsnotwendigkeiten dem Generalgouvernement für die Herbstbestellung nur etwa 4 3oo t zur Verfügung gestellt werden können. Außerdem hätten die Mengen, die den Distrikten zur Verfügung stehen sollten, ab 1.Juli gekürzt werden müssen. Infolgedessen werde es außerordentlich schwierig sein, in diesem Herbst die Felder 100 %ig zu bestellen. Daher müßten wieder an das Pferd hohe Ansprüche gestellt werden.

Mit der Hauptabteilung Forsten wäre sich die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft darüber klar, daß Gutswald in bestimmtem Umfange an die Liegenschaftsbetriebe zurückgegeben werde, damit ein abgerundetes Ganzes entstehe.

Es stehe fest, daß die 24 ooo Pferde, die für eine ordnungsmäßige Bewirtschaftung der Liegenschaftsgüter gebraucht würden, nicht etwa aus den sämtlichen Betrieben unter 6 ha Größe genommen würden. Es brauche nur ein ganz kleiner Teil ein Pferd abgeben.

Er hoffe, daß man gutes Erntewetter bekommen werde, damit die Lagerraumfrage nicht noch größere Schwierigkeiten bereite, als sie ohnehin bereite, wenn man berücksichtige, daß bis zum 30.November das gesamte Getreide erfaßt werden müsse. Wenn es gelinge, eine trockene Ernte hereinzuholen, dann werde es möglich sein, mit dem vorhandenen und dem noch zu erstellenden behelfsmäßigen Lagerraum auszukommen. Hoffentlich würden dann auch die Schwierigkeiten, die in den Monaten Juni und Juli in den Karpatengebieten zwangsläufig aufgetreten seien, im nächsten Jahr nicht wieder auftraten. Wenn die 120 ooo t Brotgetreide, die den Bedarf des Distrikts Galizien ausmachten, frist- und fachgemäß gelagert werden könnten, werde

31.7.1942

man in den sogenannten Hungermonaten des nächsten Jahres nicht mit den gleichen Schwierigkeiten wie in diesem Jahre zu rechnen brauchen.

Leiter der Abteilung Wirtschaft Dr. Brandel gibt einen eingehenden Bericht über die wirtschaftlichen Verhältnisse im Distrikt Galizien.

Hauptabteilungspräsident Dr. Emmerich nimmt zu einigen der vom Vorredner berührten Fragen Stellung. Während früher einmal der Distrikt Warschau vor allem verkehrs- und versorgungsmäßig das Hauptsorgenkind gewesen sei, sei es jetzt der Distrikt Galizien. Über die Kohlensorgen des Distrikts habe man schon in Tarnopol gesprochen. Man gehe zweifellos hinsichtlich des Kohlenproblems zu einem sehr ernsten und unerfreulichen Winter entgegen. Dies treffe aber auch für das Reich zu. Es sei nicht daran zu denken, daß im Reich eine Hausbrandversorgung stattfinde, die mit der vorjährigen vergleichbar wäre.

Die durch den Distrikt Galizien führenden Eisenbahnlinien seien transportmäßig die Lebensadern für die Teile der Front, auf denen sich gegenwärtig die großen Entscheidungen anbahnten. Jede Transportkapazität, die etwa noch zusätzlich herausgewirtschaftet werden könnte, habe von vornherein als militärisch beschlagnahmt zu gelten. Der sogenannte Zivilsektor, zu dem auch der Ernährungssektor und die Versorgungsbetriebe gehörten, müsse durch ständige Verhandlungen mit den militärischen Stellen versuchen, seine Rechte zur Geltung zu bringen. Deshalb werde immer wieder darauf hingewiesen, daß die Versorgung dieses

31.7.1942

Aufmarschgebietes auch mittelbar im Interesse der Wehrmacht liege. In diesem Raume könnten sich ja Truppenteile nicht aufhalten, könnten auch nicht durch ihn hindurch bewegt werden, es könnten Transporte nicht durchgeführt werden, wenn nicht elektrischer Strom erzeugt werde und in diesem Raum der normale Blutkreislauf mit allen in Kauf zu nehmenden Einschränkungen nicht wenigstens bis zu einem gewissen Grade funktioniere. Alles, was man sich unter ungewöhnlichen Maßnahmen gerade auf dem Gebiete der Kohlenversorgung vorstelle, werde genau überlegt: das Fahren von Umwegstrecken, das Benutzen der Vorkarpatenbahn usw. seien Dinge, die bei den Verhandlungen mit der Ostbahn täglich besprochen würden. Es werde vielleicht bekannt sein, daß man zum Teil schon Kohlenzüge für den Distrikt Galizien durch die Slowakei gefahren habe, weil angesichts der Engpässe, die sich beim Übergang vom Reich zum Generalgouvernement bilden, weitere Züge nicht durchgeführt werden könnten. Alle diese Dinge würden forciert, das äußerste werde dabei herausgeholt, vor allem unter dem Gesichtspunkt, ob nicht militärische Dienststellen ihre Anforderungen noch etwas zurückstekcen könnten, ob nicht aus dem zur Verfügung stehenden Kohlenkontingent für die Versorgung etwas abgezweigt werden könnte.

Er habe schon im vorigen Jahre darauf hingewiesen, daß der Distrikt in starkem Maße an die <u>Selbsthilfe</u> denken müsse. Diese Selbsthilfe könne, energiemäßig gesehen, einmal vom Erdgas kommen, zum anderen von der Erschließung der Braunkohle. Die <u>Erdgasleitung</u> von Stryj nach Lemberg hoffe man bis zum Winter unter allen Umständen fertigstellen zu können. Der Termin für den Bauabschluß sei mit der Unternehmer-

31.7.1942

firma für den 1. November vertraglich festgelegt. Die Baugenehmigung, die als bürokratisches Hemmnis noch ausgestanden, aber das Heranrollen des Materials und die Dispositionen der Firma nicht gehindert habe, sei von Präsident Bauder erteilt worden.

Was die Braunkohle angehe, so seien künftig noch einige Beamte der Hauptabteilung 8 Tage durch das Gebiet gefahren, um an Ort und Stelle die Schwierigkeiten, die etwa noch ressortmäßig auftreten könnten, zu überwinden. Noch nicht geklärt sei die Frage der Zuteilung der Feldbahnlokomotiven. Er habe telegrafisch an den Militärbefehlshaber die Bitte gerichtet, sich bei zwei Dienststellen, bei denen diese Lokomotiven eingesetzt weien, für die Freigabe einzusetzen. Wichtig sei auch der Ausbau des Bahnhofes auf dem der Übergang von der Feldbahn auf die Ostbahn erfolge.

Die Neuorganisation der Erdölwirtschaft des Generalgouvernements sei durch die Gründung der Karpaten-Öl-A.G. sichergestellt. Diese Gesellschaft werde die Einheitsgesellschaft des Generalgouvernements sein und ihren Sitz in Lemberg erhalten. Dadurch werde zum Ausdruck gebracht, daß das Schwergewicht der Erdölwirtschaft des Generalgouvernements in Galizien liege. Es müsse alles getan werden, um der Erdölproduktion die Arbeit zu erleichtern. Dazu gehöre in erster Linie die Versorgung mit Kohle, ferner die ausreichende Versorgung der Arbeiter. Wenn die Erdölwirtschaft nicht als Rüstungsbetrieb, sondern als A-Betrieb klassifiziert worden sei, so sei die Unterscheidung zwischen diesen beiden Arten von Betrieben zunächst rein bürokratisch. Es könne gar kein Zweifel sein, daß bei der Dringlichkeit der

31.7.1942

Erdölproduktion den Erdölbetrieben die gleiche Förderung zu Teil werden müsse wie den Rüstungsbetrieben.

Der Erdölkonsum müsse aus dringenden militärischen Gründen eine drastische Einschränkung erfahren. Vom Reihh seien Auflagen gemacht worden, die man nicht ohne weiteres hingenommen, sondern die noch in der vergangenen Woche Gegenstand einer eingehenden Besprechung mit dem Leiter der Mineralölabteilung des Reichswirtschaftsministeriums Dr. Fischer gebildet hätten . Die militärische Situation erfordere, daß bei der gegenwärtigen Anspannung alle Kräfte eingesetzt würden, um zu verhindern, daß die sich bietenden militärischen Möglichkeiten etwa durch Unbeweglichkeit der Truppenteile nicht ausgeschöpft werden könnten. In der Mineralölzuteilung werde so verfahren, daß die Hauptabteilung Wirtschaft bzw. die Bewirtschaftungsstelle den Hauptkontingentsträgern ein Unterkontingent gebe. Dann sei es Sache der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, zu entscheiden, wie sie die zugeteilten Mengen, die unter dem Motto des Erntenotstandes der Landwirtschaft zugewendet würden, auf die einzelnen Bedarfsträger und Zwecke verteile, d.h. auf die Distrikte und auf die Verwendungszwecke, nämlich für die Herbstbestellung, für den Herantransport von Holz zur Errichtung von Lägern für Getreide usw.. Ob die für die Drosselung der Zuteilung genannte Zahl wesentlich verbessert werden könne, sei kaum anzunehmen. Aber gerade die Kreishauptmänner müßten alle Möglichkeiten der örtlichen Selbsthilfe unbedingt sich nutzbar machen.

Was die Versorgung des Distrikts Galizien mit gewerblichen Gütern, Textilien usw. we angehe, so seien die weiteren Ostgebiete natürlich auch als

Konkurrenten ernster Art aufgetreten. Versorgt werde das Gebiet mit Textilwaren, Leder usw. aus eigener Produktion und aus dem, was das Reich dem Generalgouvernement zuwende. Es ist selbstverständlich, daß der Distrikt Galizien im Rahmen der allgemeinen Bewirtschaftung nicht nur paritätisch behandelt würde, sondern daß man auch durchaus willens sei, dem Distrikt, wo es gehe, mehr zuzuteilen. In Galizien seien große Lücken in die Bestände gerissen worden, und deshalb solle der in der Bevölkerung herrschende Notstand gelindert werden.

Bei der Übernahme der früheren Sowjetwirtschaft im Distrikt Galizien handele es sich um eine organisatorische Aufgabe, die weit über das hinaus gegangen sei und noch hinaus gehe, was man im Altgeneralgouvernement kennengelernt habe. Hier können nur mit den klaren Richtlinien gearbeitet werden, wie sie der Leiter der Abteilung Wirtschaft entwickelt habe. Er sei auch durchaus der Auffassung, daß für die Treuhandbetriebe unbedingt privatwirtschaftliche Gesichtspunkte hinsichtlich der Betriebsführung entscheidend sein müßten, sei doch die Betriebsführung durch den Staat für den großen Teil der hiesigen Verwaltung nur ein Übergang zur späteren Privatwirtschaft. Es sei also nicht denkbar, daß für diese vorübergehende Bewirtschaftung durch den Staat zunächst ganz andere Maßstäbe angelegt würden, als sie später bei der Überführung der Betriebe in die Privathand selbstverständlich herrschen würden. Auch er spreche sich unbedingt gegen eine Subventionspolitik aus.

Das Problem der Waren-Menge und des kontrollierten Preises, die bis zum gewissen Grade miteinander im Wettbewerb ständen, müsse so gelöst werden, daß eine Zusammenarbeit mit dem Amt für Preisüberwachung und

31.7.1942

dem Amt für Preisbildung einsetze.

Nach der Besetzung des Distrikts Galizien sei zunächst mit dem Treibstoff sehr großzügig umgegangen worden. Der Treibstoff habe in Lagern gelegen und zum großen Teil nicht nach der Ukraine abtransportiert werden können, weil die Bahn noch nicht fertiggestellt war. Man habe angesichts der Transportnot zunächst einmal dazu animiert, Kraftwagen hereinzuholen, wo es möglich gewesen sei, und habe mit dem Treibstoff so großzügig arbeiten können, daß jetzt die Einschränkungen gerade im Distrikt Galizien besonders ernst würden. Allgemein sei es so, daß man von dem Gesamtkontingent, welches man mit Berlin vereinbare, einen bestimmten Teil dem gewerblichen Sektor, einen bestimmten Teil der Landwirtschaft zuteile. Die Verbrauchsträger im gewerblichen Sektor ständen mit ihren Forderungen absolut starr. An der Spitze stehe die Ostbahn, die gewaltige kriegsnotwendige Bauten hier im Lande durchzuführen habe. Es sei nicht möglich, das Ostbahnkontingent zu kürzen; denn das würde bedeuten, daß die Arbeiten an den zusätzlichen Strecken eingestellt oder wesentlich eingeschränkt werden müßten.

Ein weiteres Kontingent sei das der Hauptabteilung Bauwesen. Auch hier spielten kriegswirtschaftlichen Erwägungen und Notwendigkeiten eine Rolle. Eine Einschränkung des Kontingents würde eine Einschränkung des Straßenbaues bedeuten.

Der Vertreter der Distriktsstandortführung Pg. Lochmann berichtet über den Aufbau der Partei im Distrikt Galizien und über die im Distrikt und in den Standorten geleistete Arbeit.

748

31.7.1942

Stadthauptmann Dr. Höller gibt darauf eine eingehende Schilderung von der Aufbauarbeit, den wirtschaftlichen, finanziellen und kulturellen Verhältnissen der Stadt Lemberg.

Am Schluße der Dienstbesprechung ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort. Er führt aus: Ich möchte zunächst dem Herrn Geuverneur und den Referenten für die Ausführungen danken, mit denen sie uns ein deutliches Bild von der Lage des Distrikts Galizien gegeben haben. Ich werde morgen beim Staatsakt Gelegenheit haben, einiges über die Leistungen zu verkünden, die im vergangenen Jahre, in diesem Jahr schwersten Ringens um die Neuordnung in diesem Raum vollbracht worden ist. Ich glaube, Sie alle stehen unter dem Eindruck, daß der Distrikt Galizien einer der leistungsfähigsten und zukunftsreichsten Teile des Generalgouvernements ist. Gerade Sie werden aus Ihrer Arbeit in diesem Raum erkennen können, welch' geniale Lösung der Führer durch die Angliederung des Distrikts Galizien an das Generalgouvernement und dadurch an das Großdeutsche Reich gefunden hat. Mir wurde das bei meiner Rundfahrt durch die vier Grenzkreise besonders eindrucksvoll nahegebracht. Überall finden wir, daß durch diesen Distrikt, der im Wetterwinkel Europas liegt, die unmittelbare Verbindung des Großdeutschen Urraumes, wenn ich ihn im Vergleich zu dem kommenden gewaltigen Gebieten des Ostens so nennen darf, über Rumänien mit den Ländern in Südosteuropa gegeben ist.

Der Distrikt Galizien hat in diesem ersten Jahre seine schweren Sorgen gehabt. Es obliegt mir, den engeren Kreis der Mitarbeiter des Gouverneurs Dr. Wächter darauf hinzuweisen, daß auch der Fall des

Gouverneurs Dr. Lasch eine solche schwere Sorge in diesem Winter war. Ich möchte aber ebenso feststellen, daß dieser Fall, so beklagenswert und ungewöhnlich eindrucksvoll weithin wirkend er auch gewesen sein mag, nunmehr völlig abgeschlossen ist. Vor allem steht fest, daß sich um ihn herum nicht irgendwie eine weitere Fäulnis innerhalb der Verwaltung des Distrikts Galizien gezeigt hat. Es ist deshalb auch möglich, daß man sich hier offenen Auges ansieht und sich die Versicherung abgibt, daß auf Sie alle, meine Herren, die Sie hier versammelt und jetzt in Galizien tätig sind, auch nicht der leiseste Vorwurf fällt und daß die Verwaltung des Distrikts Galizien vollkommen einwandfrei darsteht. Ihnen, Gouverneur Dr. Wächter, habe ich ja immer schon mein grosses Vertrauen entgegengebracht. Ich danke Ihnen für alles, was Sie durch Ihr persönliches Vorbild, durch Ihr mannhaftes Eintreten, durch Ihren stürmischen Tatendrang geleistet haben. Ich bin stolz auf den Distrikt Galizien, das ganze Deutsche Reich kann es sein.

Ich möchte dann noch zu einigen sachlichen Fragen Stellung nehmen. Die wichtige Frage der Reprivatisierung werde ich morgen durch Kundgebung einer Verordnung lösen. Die Frage der Grenzbereinigung in Galizien wird ebenfalls durch eine von mir zu erlassende Verordnung geregelt werden. Die Durchführung der Ernte scheint mir in besten Händen zu liegen. Ich glaube auch, daß die Möglichkeit der Einbringung des Kontingents in Galizien die Grundlage für die Sicherung des Gesamtergebnisses im Generalgouvernement sein wird.

Über die Lage sonst brauche ich nichts mehr Besonderes mehr zu sagen. Dass die kommenden Monate

für das ganze große Deutsche Reich unendliche Schwierigkeiten bringen werden, ist klar. Ganz gleich, wie sich der Krieg weiterentwickelt - er wird sich dank dem grandiosen Vormarsch unserer herrlichen Wehrmacht sicher siegreich entwickeln -, so wird doch jedenfalls der vor uns liegende Winter der schwierigste sein, den unser Volk je erlebt hat. Sie müssen bedenken, daß es im Deutschen Reich selbst heute um die Sihherung der Substanz der Arbeitskraft unseres deutschen Volkes, um die Sicherung und Aufrechterhaltung der Wehrmachtsbedürfnisse geht. Sie selber, die Sie immer wieder in die Heimat kommen, werden feststellen, wie unendlich erschwerend und stets schwieriger werdend die Lage unserer Heimat auf allen Gebieten wird, wie aber andererseits der Geist der Truppe, der Geist des Sieges in unserem Volke steigt und wie gerade durch die Ereignisse in den letzten Wochen der Ausblick in eine große Zukunft sicherer ist denn je. Lemberg, die alte deutsche Stadt, wird wieder in einem stolzen großen deutschen Reich erblühen.

Gouverneur Dr. Wächter: ich danke Ihnen, Herr Generalgouverneur, im Namen meiner Mitarbeiter und in meinem eigenen Namen herzlich für die Worte, die Sie zu uns gesprochen haben. Ich darf Ihnen versichern, daß all' Ihre Mitarbeiter, aufs engste verbunden und geschlossen, einträchtig zusammenstehend und zusammenarbeitend, auch in den nächsten für das Reich entscheidenden Monaten ihre Pflicht erfüllen werden.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

45

31.7.1942

19⁰⁰ Festakt aus Anlaß der Eröffnung des Schauspielhauses Lemberg.

Die Feier wird eingeleitet durch die Leonoren-Ouvertüre von Ludwig van Beethoven.

Gouverneur Dr. Wächter übergibt nach einer Ansprache, in der auf die kulturelle Bedeutung der Stadt Lemberg als der östlichsten Großstadt des Generalgouvernements hinweist, das neue Haus dem Stadthauptmann Dr. Höller.

Stadthauptmann Dr. Höller übernimmt das Schauspielhaus in die Obhut der Stadt Lemberg. Er sei sich, so führt er aus, der Verantwortung voll bewußt, die er damit übernehme, gehe es doch um die Aufgabe, das Haus mit dem Geiste wahrer Kunst zu erfüllen und es zu einem leuchtenden Ausstrahlungspunkt deutscher Kultur zu machen. Über diesem Hause liege bereits eine deutsche Tradition. Er versichere, daß er der Betreuung dieses Hauses jenes Maß von Sorgfalt zuwenden werde, das der Größe der ihm gestellten Aufgabe entspreche. Er danke dem Stadtbaudirektor und seinen Mitarbeitern dafür, daß sie trotz aller Schwierigkeiten zum Jahrestag der Eingliederung Galiziens in das Generalgouvernement den Bau fertigstellen konnten.

Der Herr Generalgouverneur ergreift hierauf das Wort zu folgender Ansprache:

Herr Gouverneur! Herr Stadthauptmann! Deutsche Männer und Frauen! Der Augenblick, in dem wir uns zur Einweihung des Schauspielhauses der Stadt Lemberg zusammenfinden, ist in Ihren Worten, Herr Gouverneur und Herr Stadthauptmann, eindrucksvoll dargestellt worden. Es ist wahrlich eine Stunde der Weihe, dass wir mitten in dem größten weltgeschichtlichen Geschehen aller Zeiten eine Kulturstätte dieser Art im Namen

31.7.1942

des Führers und des Reiches hier im Osten aufrichten.

Der deutsche Soldat kämpft den schweren Kampf um die Zukunft unseres Volkes; er kämpft, wie Sie, Herr Gouverneur, schon so schön gesagt haben, den Kampf um die Kultur Europas. Das Schauspielhaus der Stadt Lemberg wird dieser Tradition entsprechen. Mit dieser Stätte der Kunst wird dafür gesorgt werden, daß der Geist, dessen Atem wir alle in unserer Brust tragen, dieser urdeutsche kulturelle Sendungsgeist, der nunmehr durch zwei Jahrtausende hindurch Europa durchleuchtet und erwärmt, erhellt, beglückt und bereichert, wie kaum ein Segen dieser Welt jemals fruchtbarer aufsteigen konnte, nunmehr hier wiederkehrt.

Die Lage dieser Stadt Lemberg an einem der großen Brennpunkte europäischer Arbeit, europäischen Verkehrs, europäischen Druchdringens aller Bedürfnisse, Neigungen und Strömungen bestimmt sie dazu, in Zukunft ein Sammelbecken zu sein, von dem aus in die Lande strahlend das deutsche Aufbauwerk des Ostens geistig und seelisch befruchtet werden wird. Dieses Streben nach den höchsten und letzten Werten des Daseins war von je her unsere Aufgabe und wird immer unsere Aufgabe bleiben.

Der deutsche Soldat, gerade er, der in der erschütternden Stunde seiner Hingabe für das Vaterland, für Führer und Reich in seinem letzten Bewußtsein immer wieder diesen großen Glauben behalten muß, daß sein Opfer bestimmt ist, der Höherentwicklung seines Volkes zu dienen, einer Höherentwicklung, die rückstrahlend sein Opfer wertet und weiht, gerade er soll in diesem Schauspielhaus die Werke unserer großen Dichter kennenlernen, die ein Gleichnis des Lebens sind.

31.7.1942

Die Engländer haben auch ein Weltreich gezimmert; sie haben auch die Grenzen dieses Binnenraumes gesprengt. Sie haben aber nirgendwo Theater und Kulturstätten errichtet. Sie sind in die Lande gezogen, um dort ihren eigenen "kulturellen" Sendungen die Bahn zu brechen und das Licht ihres geistigen Gehalts leuchten zu lassen. Nein, sie waren keine Kulturträger. Sie haben Börsen gebaut, sie haben Gefängnisse gebaut, haben Zwingburgen des Kapitals in allen Ländern errichtet und stets nur allen unterdrückten Völkern des Empire die haßerfüllte Welt des Kolonialkapitalismus gezeigt. Wie anders das Weltreich der Deutschen, das die deutsche Wehrmacht nunmehr zimmert, wie ganz anders gedacht, wie so sehr gesehen von der Solidarität aller berufenen Völker, wie so sehr getragen von der Mission, den Frieden dieses Kontinents durch kameradschaftliche Arbeitsteilung zwischen den Völkern unter Führung der berufenen Nationen endlich sicherzustellen, wie so ganz anders auch der Ausdruck dieses Führungswillens des Deutschen Reiches hier im Osten! Da werden Theater, Schauspielhäuser, Konzertsäle, Philharmonien gegründet und damit dem weiten Bogen der schönsten Träume des menschlichen Daseins die Bahn geebnet. Welch' ein Gegensatz!

Wir errichten in Lemberg das Schauspielhaus in einer Zeit, in der durch englische Bomben das Gautheater in Saarbrücken ~~durch Bomben~~ zerstört wird. Welch' ein Unterschied: dort der brutale, haßerfüllte Menschenfeind, dem nun die Maske vom Gesicht gerissen wird und der in seiner brutalen Nacktheit enthüllt vor den Völkern dasteht, - hier die leuchtende Gestalt Adolf Hitlers in ihrer reinen Schlichtheit, in ihrer gottgesandten Schicksalskraft!

31.7.1942

Eingerahmt von den unsterblichen Weisen Beethovens geht diese Weihestunde vor sich. Beethoven, der in sich die Kraft des Westdeutschtums vereint, er, der ringende Geist, der von sich alles stieß, was ihn krank machte, der aber in sich die Ahnung des großen Kommenden trug, hat die Eroica im Gedanken an den größten Mann Europas geschrieben. Klingen seine Weisen nicht, wie wenn sie für den Führer bestimmt gewesen wären? Ist dieses eben verrauschte Vorspiel zum Fidelio nicht ein Ausdruck dieses Freiheitssehnens unserer Nation geworden? Sind diese Klänge in ihrer ewigen Wiederkehr nicht Ausdruck der Sehnsucht unseres Volkes nach der Freiheit, klingen nicht die Trompetenstöße in dies Erleben hinein, als kündeten sie die Öffnung des Tores in die Zukunft?

So schufen die großen Künstler unseres Volkes, unser Schicksal erahnend. Wir können nur dem Himmel für die Segnung danken, das er uns zu Zeitgenossen Adolf Hitlers, zu Mitgestaltern seines Werkes werden ließ. Beethoven, dessen Neunte Sinfonie heute Abend erklingen soll, hat über sich und sein Volk hinaus an den großen Einklang des Menschlichen auf dieser Welt gedacht. Diese Neunte Sinfonie, die Verklärung des Wortes Schillers, eines anderen ganz großen Gestalters der deutschen Kultur, ist ein Aufblick zur Freude, ist ein Ertönenlassen des letzten Zieles alles Wirkens staatlicher oder sonstiger Art auf dieser Welt, ein Erkennen dessen, was uns nun aus dem Ringen dieser Zeit erblühen soll, - was werden und wahr werden wird, so wahr es einen Gott gibt, daß endlich Friede wird in Europa, daß die Menschen froh werden, daß die Völker aufblicken werden und aus diesem Druck, aus dieser Not, aus den Wunden dieser Zeit über die Gräber dieser Epoche hinaus eine glückliche wiederum im großen Glauben geeinte Welt aufsteigen wird.

31.7.1942

Diesen Glauben haben wir von 1919 an in unserer Bewegung getragen. Und dieser Glaube hat uns die Kraft gegeben, aus einer kleinen Schar von wenigen Männern die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei aufzubauen, die dann das idealistische Ringen mit der Wirklichkeit aufnahm, die gegen uns war. Sie hat uns in allen diesen kämpfereichen Jahren gehalten, sie wurde vom Führer selbst getragen in den schweren, schweren Monaten des letztvergangenen Winters.

Es ist ein tiefernster und doch beglückender Augenblick, in dem wir dieses Haus weihen. Vor knapp 14 Monaten wütete in dieser Stadt der bolschewistische Terror, überall zeigte sich frech das rote Banner mit Hammer und Sichel, allüberall wurde in diesem Raume, in dieser Gegend, in diesem Lande Europa zerstört. Und heute weihen wir dieses Schauspielhaus der deutschen Kunst. Es gibt Stunden, die solche Werte und solche Weihe in sich tragen, daß man sie nicht in Worte zu fassen vermag. Man kann dann nur die besten Geister des Volkes bitten, in unserer Mitte zu sein.

Wir werden als Deutsche dieses Gebiet nie mehr verlassen. Der Distrikt Galizien wird für alle Zukunft ein untrennbarer Bestandteil Großdeutschlands bleiben. Damit wird auch dieses Schauspielhaus der Stadt Lemberg in den großen Kulturkreis der deutschen Sendung einbezogen und seine große Aufgabe erfüllen. Mit der Neunten Sinfonie eröffnen wir dieses Haus. Möge sie vielen Deutschen Freude spenden, vielen Menschen, die verzweifeln wollen, und allen denen, denen die graue Not in das Auge dringt und die da glauben, mit dem Leben nicht mehr fertig werden zu können, die unter der Mühsal und Last der ihnen geschenkten Tage zusammenbrechen, neue Hoffnung geben, damit sie an dieser Stätte wieder den glühenden, klingenden Glauben an ein frohes Leben gewinnen, emporsteigend aus den Tiefen zur göttlichen Sendung des Menschen! Wir haben als Deutsche so viele Not und

so viel Elend erlebt, so viel wurde uns aufgebürdet, daß nun der Glaube an die kommende Freude der Inhalt unseres Ringens sein soll. Daraus wollen wir auch die Kraft nehmen, mit den Nöten dieser Zeit fertig zu werden.

Die Kultur kann man nicht bannen, man kann über die Kultur kaum reden, man kann sie nur erleben. Man kann sie nicht klassifizieren, man kann über sie keine Bücher schreiben. Man kann die schöpferische Persönlichkeit dankbar begrüßen, wenn sie da ist; man kann sie niemals schaffen.

Die Sinfonie, die wir nun hören werden, ist geschrieben von einem Meister, der taub war, der die Töne, die er in seinen Noten schrieb, nicht mehr hören konnte, der sie nur in sich ahnte, der sich mit jedem Blatt seiner Partitur weiter hineinfühlen mußte in das, dem er Ausdruck zu geben versuchte. Er, der so Gequälte, dem gerade jener Sinn genommen war, der ihm als Musiker, als Komponist, als Meister der Töne der wertvollste war, er, der auf dieser Welt sein Leben wie eine Strafe verspüren mußte, er, der ein Martyrium auf sich nahm wie kaum ein Mensch vor und nach ihm, - wem widmete dieser Beethoven seine Neunte Sinfonie? - Nicht dem Schmerz, nicht seinem Martyrium, nicht seinem Ichfühlen, sondern der Freude. Welch' ein Symbol! Denken wir immer darüber nach, seien wir immer dazu bereit, den Aufblick in uns wieder und wieder zu finden!

Wir haben hier im Osten schweres erlebt. Die Aufgabe, die man uns gestellt hat, war furchtbar, war unerhört. Aber die Soldaten und alle Deutschen hier haben wacker zugegriffen, und wir haben versucht, hier etwas zu schaffen, immer in der Hoffnung, daß aus der Schwere dieser Zeit einmal die Freude kommen wird.

31.7.1942

Beethoven war kein bequemer Bürger, er war freiheitlich gesonnen und kritisierte an allem herum. Er war für die damalige Polizei ein unbequemer Zeitgenosse. So sehr er sich vor eleganten Schmeichlern verschloß, so hatte er doch andererseits eine leuchtende Güte gegenüber dem einfachen Menschen. Wenn wir Beethoven hören, dann wollen wir erkennen, daß die Freude, die wir erstreben, nicht die Freude weniger Auserwählter sein soll, sondern daß diese Freude zum ersten Mal einganzes Volk von vielen Millionen erfassen soll. Der Gewinn dieses Krieges darf nicht das Glück nur wenigen Menschen geben, sondern er soll das Glück einem ganzen großen Volke in allen seinen Schichten bringen. Auf dem Territorium dieses großen weiten Reiches sollen auch andere Völker ihren Raum finden können. Ich denke hier gerade an die Ukrainer, die in ihrem Schicksal so viel mit uns gemeinsam haben, die als brave, tüchtige Bürger im Generalgouvernement ihre Pflicht erfüllen. Auch sie sollen ihre kulturelle Sendung im Rahmen des Generalgouvernements finden, auch sie sollen etwas von dem Glück verspüren, einem großen Weltreich anzugehören.

So freue ich mich denn, Herr Gouverneur und Herr Stadthauptmann, daß Sie in so weit gespannter Arbeit dieses Haus übernehmen. Möge der beste Geist deutscher Beseeltheit über dem Hause schweben, möge immerdar von ihm der Klang der Freude ertönen!

(Lebhafter Beifall).

Unter der Leitung des Musikdirektors Fritz Weidlich gelangt darauf die Neunte Sinfonie von Ludwig van Beethoven zur Aufführung. Mitwirkende sind: das verstärkte Städtische Sinfonieorchester,

31.7.1942

der Chor des Opernhauses Lemberg und die Vereinigten Chöre des Instituts für Ukrainische Volkskunstpflege, ferner die Solisten:

Eugenia Pospiejewa, Sopran
Lydia Tschernych, Alt
Dr. Wassyl Tyssiak, Tenor
Zeno Dolnytzkyj, Baß-Bariton

Anschließend an die Eröffnung des Schauspielhauses findet im Foyer ein Abendessen statt.

Im Verlaufe des Essens ergreift Stadthauptmann Dr. Höller das Wort zu einer Ansprache, in der er ausführt: Man habe am heutigen Abend einen Eindruck von einer Probe des Zusammenwirkens deutscher Führung und ukrainischer Darstellungskunst gewonnen. Diese Probe ukrainischer Kunst sei doch wohl recht gut ausgefallen, wenngleich sie den letzten Schliff erst durch die Arbeit des Musikdirektors Weidlich erhalten habe. Aus der Aufführung werde man den Schluß ziehen können, daß das deutsche Schauspielhaus in Lemberg mit Leistungen werde aufwarten können, die sich zumindesten gleichwertig dem heute Gehörten an die Seite stellen könnten. Allerdings werde das auch wesentlich von der Förderung abhängen, die dieses Haus von der Regierung erhalte. Es möge vielleicht ein Zufall sein, daß die Eröffnung des Schauspielhauses mit dem Geburtstag des Finanzpräsidenten Dr. Senkowsky zusammenfalle. Er sehe schon im Geiste die Bestätigung des Schillerschen Wortes: "Seid umschlungen Millionen" Mit der Aufführung der Neunten Sinfonie sei ein neues Kapitel der Entwicklung deutscher Kunst in Lemberg aufgeschlagen worden.

31.7.1942

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten: Herr Stadthauptmann! Der heutige Abend wird für uns alle ein unvergeßliches Erlebnis bleiben. Es ist schon eine kühne Tat, ein so gewaltiges Werk mit einem neuen Orchester und einem neuen Chor aufzuführen. In der Kunstgeschichte Lembergs wird dieses hohe künstlerische Verdienst seinen Platz finden, denn heute ist diese Geschichte durch ein monumentales Ereignis bereichert worden. Ihnen, Herr Stadthauptmann, die Sie auf die Iniativa des Herrn Gouverneurs Dr. Wächter diesen kühnen Plan gefaßt haben, Ihnen, Herr Musikdirektor Weidlich, gilt unser aller herzlicher Dank. Gern sind wir bereit, von Krakau immer wieder nach Lemberg zu kommen. Ich glaube auch, daß es nicht nur bei dem Besuch bleiben wird, sondern daß der Finanzgewaltige des Generalgouvernements zweifellos den milden Appell würdig hingenommen hat. Es ist zwar etwas ungewöhnlich, daß man an seinem Geburtstag ein Geschenk gibt, (Heiterkeit) aber diese Einladung ist ja auch in so einmaliger Form gleich unter einer bestimmten Begrenzung erfolgt, sodaß ich hoffen möchte, Herr Präsident Dr. Senkowsky wird das Wort Schillers nicht wahr machen wollen: "Und wer's nie gekonnt, der stehle weinend sich aus diesem Bund." (Heiterkeit). Es wird im Rahmen des Möglichen alles geschehen, um der Kulturinitiative der Stadt Lemberg zu entsprechen. Ich trinke auf das Wohl des Herrn Stadthauptmann und auf das Gedeihen der deutschen Kunst in der Stadt Lemberg!

31.7.1942

Kreishauptmann Dr. Albrecht dankt namens der übrigen Kreishauptmänner dem Stadthauptmann Dr. Höller für den schönen Abend. Gleichzeitig spricht er dem Herrn Generalgouverneur seinen Dank dafür aus, daß er auf seiner Reise in die Bezirke des Huzulenlandes gekommen sei. Wer seit 1939 im Dienste des Generalgouvernements stehe, erinnere sich gern daran, welche großen Energien von der Burg in Krakau in den vergangenen zweidreiviertel Jahren bis in die kleinsten Kreisstädte ausgestrahlt seien. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, an der Gepflogenheit festzuhalten, selber an die Stätten der Arbeit der Kreishauptmänner zu kommen und ihnen dort weitere Richtlinien zu geben. Er bitte die Herren, die aus Kreisen nach Lemberg gekommen seien, auf das Wohl des Herrn Generalgouverneurs zu trinken.

23^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hauptbahnhof Lemberg.

(Übernachtung im Sonderzuge)